

POLITIK

Zypern: UNO-Generalsekretär Javier Pérez de Cuellar hat erneut einen Anlauf unternommen, um seine jüngste Friedensinitiative für Zypern zu retten und die endgültige Teilung der Mittelmeerinsel abzuwenden. (S. 6)

Grenzyke in Ungarn: Der sowjetische Außenminister ist offenbar in Vorbereitung der Außenministerkonferenz des Warschauer Paktes am Donnerstag oder Freitag nach Budapest gereist.

CDU-Frauen: Die Frauenvereinigung der CDU macht ihre Zustimmung zum Leittrag für den Parteitag in Stuttgart von zwei Änderungen abhängig. Es fehle ein Passus über die Gleichberechtigung, und die Familienpolitik dürfe kein „Anhängsel der Bevölkerungspolitik“ sein, erklärte Helga Wex. (S. 6)

Brasilien: Trotz einer Massendemonstration von mehr als anderthalb Millionen Menschen in São Paulo hält Brasiliens Präsident Figueiredo daran fest, daß die Direktwahl des Präsidenten erst 1988 eingeführt werden soll.

Todesstern: Durch eine Selbstschußanlage ist in der Nähe von Coburg ein junger Mann aus der Bundesrepublik Deutschland an der Demarkationslinie zur DDR verletzt worden. Er hatte sich dem Todesstreifen offenbar versehentlich genähert.

Schüsse: Bei einer Schießerei vor der ehemaligen libyschen Botschaft in London ist eine Polizistin getötet worden; elf Menschen wurden verletzt. Ein Mann hatte aus einem Fenster des heutigen libyschen „Volksbüros“ auf Studenten geschossen, die gegen den libyschen Staatschef Khadhafi demonstrierten. (S. 12)

West-Bindung: Der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Apel hat die grundsätzliche Treue seiner Partei zum westlichen Bündnis unterstrichen und zugleich dazu aufgefordert, alle aktuellen Schritte in der Sicherheitspolitik so zu setzen, „daß sie unsere Westbindung nicht in Frage stellen“. (S. 4)

Fahndungsaktion: Das Bundeskriminalamt hat eine neue Fahndungsaktion nach 15 mutmaßlichen Mitgliedern der „Rote Armee Fraktion“ (RAF) begonnen. (S. 4)

Genscher: Der Bundesaußenminister wird am 30. April und 1. Mai Libyen besuchen und dabei auch mit Staatschef Muammar Khadhafi zusammentreffen. (S. 4)

Heute: US-Vizepräsident Bush legt in Genf den neuen amerikanischen Vorschlag für ein weltweites Verbot chemischer Waffen vor. - FDP-Fraktionschef Mischnick beim polnischen Regierung und Parteichef Jaruzelski.

ZITAT DES TAGES



„Was wir in dieser Situation überhaupt nicht brauchen können, ist jede Form von Klassenkampf“

Bundeskanzler Helmut Kohl in einem KNA-Interview zum Streit der Tarifparteien um die 35-Stunden-Woche
FOTO: RICHARD SCHULZE-VORBERG

WIRTSCHAFT

Haushaltsdefizite: Die öffentlichen Haushalte haben 1983 ihre Finanzierungsdefizite gegenüber dem Vorjahr um 15,1 Mrd. auf 55,0 Mrd. Mark verringert. Die Nettokreditaufnahme sank dadurch auf 55,3 (67,3) Mrd. Mark.

Erzeugerpreise: Die Erzeugerpreise in der Bundesrepublik sind im März um 0,2 Prozent gegenüber Februar gestiegen (3,1 Prozent gegen den Vorjahresmonat).

Hoechst: Die Hoechst AG will für 1983 eine von 5,50 DM auf sieben Mark erhöhte Dividende zahlen, hat der Aufsichtsrat das drittegrö-

ten deutschen Chemiekonzerns beschlossen.

WestLB: Die Westdeutsche Landesbank erwartet in diesem Jahr ein „moderates Wachstum“. Bilanzsumme 1983: plus 4,9 Prozent auf 139,4 Milliarden DM. (S. 13)

Börse: Die deutschen Aktienmärkte schlossen am Dienstag überwiegend freundlich. WELT-Aktienindex 151,3 (150,3). Am Rentenmarkt konnten sich öffentliche Anleihen behaupten. Dollar-Mittelkurs 2,6357 (2,6352) Mark. Goldpreis je Feinunze 390,20 (390,10) Dollar.

KULTUR

Schleswiger Dom: Zur 850-Jahr-Feier des 1134 erstmals urkundlich erwähnten Doms wurde Leipziger Thomaskantor Hans-Joachim Rotzsch für zwei öffentliche Konzerte verpflichtet. Die 850-Jahr-Feier wird auch Organisten aus ganz Deutschland und dem Ausland nach Schleswig führen.

Bauerntheater: Kraftvoll inszeniertes, blutvolles, derbes Bauerntheater - auch so etwas gibt es noch in der „DDR“. Anspielungen auf die Gegenwart, Mißstände im sozialistischen Alltag und SED-Funktionswörter, sind dabei im Rhönbauerntheater, in Oberkatz, unüberhörbar. (S. 23)

SPORT

Olympia: Würden heute die Spiele von Los Angeles eröffnet, so fänden sie ohne die Sowjetunion, ihre Satelliten und eine ganze Reihe schwarzafrikanischer Staaten statt. (S. 3)

Tischtennis: Mit zwei Siegen in den ersten Platzierungsspielen bei der 14. Europameisterschaft wurde der drohende Abstieg abgewendet. Damen: 3:1 gegen Dänemark; Herren: 5:3 gegen England.

AUS ALLER WELT

China-Tourismus: Von rund 872 500 ausländischen Touristen, die 1983 China besuchten, kamen 26 500 aus der Bundesrepublik Deutschland - 11,6 Prozent mehr als noch zwei Jahre zuvor bei der letzten Erhebung. Allerdings ist China derzeit noch Reiseziel für nur zwei von tausend deutschen Auslandsurlaubern.

Racheakt: Die New Yorker Polizei vermutet einen Racheakt von Drogenhändlern als Motiv für das Massaker, bei dem am Palmsonntag zehn Menschen im Arbeiterviertel Brooklyn getötet worden waren. (S. 24)

Wetter: Meist sonnig, Erwärmung auf zehn bis 13 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Meinungen: Extremisten und Jugendarbeit - Die Schulen und ihre Unterwandertage S. 2

Fernsehen: Ich streue mir keine Asche aufs Haupt - Dreifertiger TV-Film über BB S. 8

Großbritannien: Dem heißen Spion zeigte Moskau die kalte Schulter - von Fritz Wirth S. 3

Sport: Fußball-Länderspiel gegen Frankreich - Das „wilde Tier“ hofft nun auf Verzeihung S. 11

Exilpölen: Bonner Gesetzesänderung stellt Flüchtlinge mit Asylanten gleich S. 4

Wirtschaft: Automobilindustrie - Die Nachfrage ist im März deutlich gesunken S. 13

Südafrika: Moskau nutzt Schwäche des Westens aus - Tagung der Hanns-Seidel-Stiftung S. 6

Kultur: Der Mensch ist Leidenschaft - Zum 100. Geburtstag von Ludwig Meißner S. 23

Forum: Personalien und Leserbrief - an die Redaktion der WELT. Wort des Tages S. 7

Unicef: Unter Krisen leiden immer zuerst die Kinder - Studie des Kinderhilfswerks S. 24

IG Metall: Streik ganz nah. Spitzengespräch gescheitert

Kompromißvorschlag der Arbeitgeber für flexible Arbeitszeit abgelehnt

GÜNTHER BADING, Bonn

In der deutschen Metallindustrie droht ein Arbeitskampf um die 35-Stunden-Woche. Nach mehrstündigen Beratungen zwischen den Vorständen der Industriegewerkschaft Metall und des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall erklärte die Gewerkschaft gestern nachmittag das Spitzengespräch in Düsseldorf für gescheitert und drohte einen Arbeitskampf an. Er sehe nun „keine Chance mehr“ Urabstimmung und „einen möglichen Streik“ zu verhindern, sagte der IG Metall-Vorsitzende Hans Mayr.

Heute und morgen tagen sämtliche Tarifkommissionen der IG Metall. Sie können jetzt beim IG Metall-Vorstand die Genehmigung für eine Urabstimmung als Voraussetzung für einen Streik beantragen. Der Vorstand wird am 25. April über die Anträge beraten.

Die Metall-Arbeitgeber hatten zu Beginn des zweiten Spitzengesprächs mit der Gewerkschaftsführung eine ausführliche schriftliche Erklärung zu ihrem Vorschlag zur einer tarifvertraglichen Regelung einer „flexiblen

Arbeitszeit“ vorgelegt. Dieser Punkt war beim ersten Spitzengespräch in der selben Besetzung am 6. April noch offen geblieben. Die Arbeitgeber hatten damals 3,3 Prozent mehr Lohn, eine Vorruhestandsregelung für Arbeitnehmer von 58 Jahren an („Tarifrente“) mit 70 Prozent der letzten Monatsbezüge sowie das Konzept von Arbeitszeitverkürzung durch Flexibilisierung der individuellen Arbeitszeit angeboten. Die IG Metall beharrte damals wie auch gestern wieder darauf, daß sich Gesamtmetall auch bereit finden müsse, die nach diesem Angebot weiterbestehende Regelarbeitszeit von 40 Stunden in der Woche aus dem Tarifvertrag herauszunehmen. Die IG Metall setzte

mit moderaten jährlichen Einkommensanhebungen akzeptieren würde.

Gestern ging es in dem dreistündigen Gespräch am Vormittag dem Vernehmen nach zunächst darum auszuloten, inwieweit das „Flexi-Konzept“ von Gesamtmetall tatsächlich eine Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit mit sich bringen würde. Gesamtmetall spricht in der Erläuterung für die Gewerkschaftsseite davon, daß anders als durch das Konzept der IG Metall man nicht von einer Umverteilung der Arbeit sondern von der Eröffnung der Chancen für mehr Arbeit ausgehe. Dieses „Flexi-Konzept“ erlaube „eine Arbeitszeitverkürzung durch mehr bezahlte Freizeit“, wenn eine bessere Nutzung der Betriebsanlagen als sie mit der starren Wochenarbeitszeitregelung zu erreichen sei, erzielt werde. Dadurch sei eine grundsätzliche Kostenneutralität der vorgeschlagenen Arbeitszeitverkürzung erreichbar, hieß es in der Argumentation. Das vorgeschlagene Konzept könne besonders wirksam sein, weil es die Einstellung neuer Mitarbeiter ermögli-

SEITE 12:
Wortlaut des Angebotes

dem Arbeitgebervorschlag einen Stufenplan zur Einführung der 35-Stunden-Woche entgegen. Als Entgegenkommen gegenüber der Unternehmensebene wurden dabei auch vorgeschlagen, daß die IG Metall dafür einen langfristigen Lohn-Tarifvertrag

Kohl appelliert an Tarifparteien

„35-Stunden-Woche überfordert die Wirtschaft und gefährdet die Arbeitsplätze“

KNA, Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl hat an die Tarifparteien appelliert, Vereinbarungen anzustreben, die die wirtschaftliche Erholung nicht gefährden, sondern unterstützen. In einem Interview mit der katholischen Nachrichten-Agentur (KNA) warnte Kohl gestern nachdrücklich vor der Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Er sei davon überzeugt, daß eine solche Verkürzung der Wochenarbeitszeit „unsere Wirtschaft überfordert und Arbeitsplätze eher gefährdet als neue schafft“.

Kohl betonte, daß seine „offenen“ Worte zu dieser Frage nicht bedeuten, daß er damit die jetzige Arbeitszeitregelung für alle Zeiten zum Tabu erkläre. Doch könne er derzeit keine Entwicklung gutheißen, die es politisch, wirtschaftlich und sozial für falsch halte. „Wir streben eine stärkere Flexibilisierung der Arbeitszeit an, um die Arbeit den Bedürfnissen der Menschen besser anzupassen.“

Damit die Tarifpartner neue Modelle erproben können, wolle die Bundesregierung noch vorhandene

Hemmnisse weiter abbauen. Der Kanzler verwies dabei auf die Vorschläge von Arbeitsminister Norbert Blüm. Entsprechende Regelungen könnten schon Anfang 1985 in Kraft treten. Darüber hinaus habe die Bundesregierung den Tarifpartnern mit der Vorruhestandsregelung ein zusätzliches Angebot gemacht und leiste mit ihren vielfältigen Maßnahmen ihren Beitrag dazu, „daß neue Freiräume für eine wirtschaftliche Dynamik entstehen“.

Kohl wandte sich auch gegen „jede Form von Klassenkampf“. Nicht die geballte Faust helfe weiter, sondern die ausgestreckte Hand des Partners. „Der Umgang zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern darf nicht in Feindbildern erstarren.“

Zu der von ihm geforderten „geistig-moralischen Umkehr“ können nach den Worten des Kanzlers Staat und Parteien zwar viel beitragen, jedoch könne die „Veränderung des geistigen Klimas in unserem Land nur beim einzelnen Bürger beginnen“. In diesem Zusammenhang sagte Kohl, „wir machen Schluß mit einer Sozialpolitik für die Schaulen, die

das böse Wort vom nahtlosen Übergang vom BAFÖG in die Rente hervorgebracht hat. Wir sagen wieder, daß den Rechten auch Pflichten entsprechen.“

Kohl sprach davon, daß die „gefährliche Epidemie des Pessimismus“ zurückgegangen sei und einen neuen Zuversicht Platz gemacht habe. Dazu gehöre auch die Einsicht, daß staatliche Hilfe stärker konzentriert werden müsse. Eine Politik „der mit der Gießkanne ausgeschütteten Hilfeleistung“ schädige die am stärksten, die sich selbst am wenigsten helfen könnten.

Die kritischen Anmerkungen der katholischen Bischöfe und Verbände zu seiner Familienpolitik nehme er „sehr ernst“. Daß drei Viertel aller Schwangerschaftsabbrüche mit einer sozialen Notlage begründet werden, nannte Kohl einen „untragbaren Zustand“ für ein Land mit einem Brutto- sozialprodukt von über 1,5 Billionen Mark. Dies weise auf eine „gefährliche Fehlentwicklung“ hin, der durch moralische Überzeugung und verstärkte soziale Hilfen entgegenzuwirken werden müsse.

Craxis Lohndekret kam nicht durch

Neue Regierungsvorlage begrenzt Eingriff in Automatik auf das erste Halbjahr 1984

FRIEDRICH MEICHNER, Bonn

Der vereinten Links- und Rechtsopposition im italienischen Parlament ist es gelungen, durch wochenlange parlamentarische Obstruktionstaktik das Lohndekret der Regierung Craxi zu torpedieren. Der sozialistische Ministerpräsident reagiert auf diesen Rückschlag sofort mit einem neuen Angriff. Er ließ das Dekret, mit dem die inflationstreibende gleitende Lohnskala abgebrochen werden soll, im Kern unverändert neu einbringen.

Nach einer Vertrauensabstimmung, bei der das Regierungslager mit 360 gegen 236 Stimmen die Oberhand behielt, wurde die Marathonsitzung des Parlaments von der kommunistischen Kammerpräsidentin Nilde Iotti für beendet erklärt.

Craxi rief daraufhin gestern mittag den Ministerrat zusammen, um ein neues Dekret auf den Weg zu bringen. Wie das alte Dekret sieht es vor, daß der automatische Inflationsausgleich für die Arbeitnehmer aller Kategorien in diesem Jahr um 3 Punkte (etwa 330

Mark) niedriger sein soll, als er auf Grund der geschätzten Inflationsentwicklung normalerweise gewesen wäre. Zwar wird der Eingriff in die Lohnautomatik jetzt auf das erste Halbjahr 1984 begrenzt, aber die drei „Sparpunkte“ werden schon während dieses Zeitraumes abkassiert, so daß der Effekt der gleiche ist wie beim alten Dekret, das für das ganze Jahr gelten sollte.

Allerdings hat gestern morgen das römische Amtsgericht auf Grund von Klagen einiger Arbeitnehmer ver-

schiedene Unternehmen dazu verurteilt, für die Monate Februar und März ihren Arbeitern und Angestellten den vollen Lohnausgleich nachzahlen. Es stellte sich auf den Standpunkt, daß ein nicht ratifiziertes Regierungsdekret als von Anfang an ungültig betrachtet werden müsse. Die Unternehmer werden aller Voraussicht nach Einspruch einlegen

SEITE 2:
Scylla mobile

und alle gerichtlichen Instanzen durchlaufen. Auf der gestrigen Ministerratssitzung wurde auch über einen Appell an die Unternehmer und die Gewerkschaften diskutiert, sich bis Ende des Jahres auf ein neues, der Anti-Inflationspolitik Rechnung tragendes Lohnindizierungsverfahren zu einigen, wenn sie vermeiden wollten, daß die Regierung im nächsten Jahr ein Projekt für die generelle gesetzliche Revision des Lohnrolltreppensystems vorlege. Den Tarifpartnern soll damit eine letzte Gelegenheit gegeben werden, das Tempo der „scala mobile“ in eigener Regie abzumildern.

Das verfallene Lohndekret war im Parlament sowohl von der KP und den links-extremen Splitterparteien als auch von den Neofaschisten bekämpft worden. Es hatte zwar die Zustimmung des Unternehmerverbandes gefunden, war auf Gewerkschaftsseite jedoch von den kommunistischen Gewerkschaften abgelehnt worden.

Bonn hilft Argentinien bei Umschuldung

Genscher will im Zehner-Club vermitteln / Aufklärung über vermifft Deutsche verlangt

rtz/AP/dpa, Buenos Aires

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher hat die Regierung Argentiniens Unterstützung bei ihren Umschuldungsverhandlungen angeboten. Seinem Amtskollegen Dante Caputo sagte er, die Bundesrepublik werde sich im „Zehner-Club“ konstruktiv verhalten, dem Argentinien umgerechnet 6,5 Milliarden Mark schuldet.

Im Zehner-Club sind die wichtigsten Industrieländer zusammengeschlossen, um sich im Rahmen des Internationalen Währungsfonds bei Zahlungsbilanzschwierigkeiten gegenseitig zu unterstützen. Caputo hatte erst kürzlich die westlichen Regierungen um Hilfe bei den Neuverhandlungen über die gesamte argentinische Auslandsverschuldung von rund 113 Milliarden Mark gebeten, welche die im Oktober 1983 gewählte

Regierung des Präsidenten Raul Alfonsín von den Militärs übernommen hatte.

Bei einem Essen im argentinischen Außenministerium sagte Genscher weiter, er sei sicher, daß die argentinische Regierung eine Lösung für die humanitäre Frage finden werde, die bisher die Beziehungen beider Länder stark belastet habe. Genscher wies darauf hin, daß die Bundesregierung von den argentinischen Behörden Aufklärung über das Schicksal von 18 Deutschen und 40 Argentinern erwarte, die in den sieben Jahren der Militärdiktatur verschwunden sind, wahrscheinlich aber im Gefängnis starben oder ermordet wurden.

Genscher, der auch mit Präsident Alfonsín zusammentraf, setzte sich vor der Deutsch-Argentinischen Handelskammer unter anderem für die

Verbesserung des Verhältnisses zwischen der Europäischen Gemeinschaft und Argentinien ein. In seinen in Bonn vorbereiteten Ausführungen regte er an, die EG und Argentinien sollten „möglichst bald“ über ein neues Kooperationsabkommen verhandeln.

Zugleich setzte sich Genscher dafür ein, den Handel zwischen der Bundesrepublik und Argentinien zu intensivieren, der 1982 in Folge der „Schwäche der Weltwirtschaft“ und des Konflikts um die Falklandinseln geschrumpft sei.

Der Bundesaußenminister befürwortete eine Wiederaufnahme der Gespräche in der Deutsch-Argentinischen Wirtschaftskommission, die seit Juni 1981 unterbrochen sind. Argentinien ist nach Brasilien in Südamerika der wichtigste Handelspartner der Bundesrepublik.

DER KOMMENTAR

Unverständlich

WILFRIED HERTZ-EICHENRODE

Man faßt sich an den Kopf: Kann es überhaupt wahr sein? Bricht die IG Metall wirklich aus purer Prinzipienreiterei einen Streik vom Zaun? Die Arbeitgeber haben 3,3 Prozent Zuzugewinn in der Lohnhöhe angeboten - genau so viel, wie die IG Bau-Steine-Erden im wohlverstandenen Interesse ihrer Mitglieder für annehmbar hält. Die Arbeitgeber haben sich darüber hinaus bereit erklärt, Arbeitnehmern, die 58 Jahre und älter sind und den Vorruhestand wählen, Bezüge in Höhe von 70 Prozent des letzten Monatsverdienstes zu garantieren - die IG Bau-Steine-Erden muß eine solche Regelung erst noch aushandeln. Entscheidend ist jedoch, daß die Arbeitgeber gestern der Metall-Gewerkschaft eine flexible „Arbeitszeitverkürzung“ durch mehr bezahlte Freizeit“ offeriert haben, die „prinzipiell allen Mitarbeitern offen“ stehen solle, „sofern die Mitarbeiter zur flexiblen Arbeitszeitgestaltung bereit sind und dadurch die Kapazitäten regelmäßig besser ausgelastet werden können“. Alles zusammengekommen ist das unter den gegenwärtigen Umständen ein verlockendes Angebot, doch die IG Metall will streiken.

die praktische Anwendung flexibler Verkürzungen der Arbeitszeit dem einzelnen Mitarbeiter überlassen. Die Gewerkschaft hingegen besteht darauf, ihre Mitglieder zu entmündigen, indem sie auf genereller Verkürzung der Wochenarbeitszeit beharrt. In der Praxis hätte eine Annahme der von den Arbeitgebern vorgeschlagenen Regelung, die ja ausdrücklich „allen Mitarbeitern“ offen stehen sollte, kürzere Arbeitszeiten pro Woche bedeutet. Die Gewerkschaft hätte durchaus so argumentieren und ihr Gesicht wahren können. Aber sie will sich nicht mit dem Vorrang des Individualprinzips vor dem gewerkschaftlichen Kollektivprinzip abfinden.

Die IG Metall nimmt schwere Verantwortung auf sich. Ihr Keulenschlag gegen den gerade Fahrt gewinnenden Aufschwung schädigt ja nicht nur die eigenen Wirtschaftszweige; er wird vielmehr von anderen Gewerkschaften, so von der IG Druck und Papier, als Aufforderung aufgefaßt werden, ebenfalls mit der Streik-keule zuzuschlagen. Die Gewerkschaft wird es schwer haben, ihren Mitgliedern plausibel zu machen, daß sie wegen eines abstrakten Prinzips auf eine ordentliche Lohnerhöhung, eine lukrative Regelung des Vorruhestands und praktikable Verkürzungen der Arbeitszeit verzichten sollen.

Forscht man nach den Gründen solcher Sturheit, dann bleibt nur ein egoistisches Organisationsinteresse der Gewerkschaft als Motiv übrig. Die Arbeitgeber wollten die Entscheidung für oder wider

Reagan drängt Kreml zu Verbot der C-Waffen

AP/APP, Washington

Der amerikanische Vizepräsident George Bush ist von Washington nach Genf gereist, wo er heute der UNO-Abstruktionskonferenz den Vor-schlag unterbreiten will, weltweit die Entwicklung, Herstellung und Lagerung chemischer Waffen zu verbieten. Präsident Reagan, der seinen Stellvertreter vor dessen Abreise zu einem Gespräch empfing, appellierte dabei an Moskau, „ernsthaft“ über die Vermeidung der C-Waffen zu verhandeln. Die Genfer Mission Bushs sei von grundlegender Bedeutung für den Frieden. Ihr Ziel sei es, „eine der entsetzlichsten und schrecklichsten Waffen von der Erde zu tilgen“.

Trotz erster negativer Reaktionen der Sowjetpresse, die den am 4. April angekündigten Vorstoß zum Abbau der C-Waffen als „Propagandamanöver“ abtat, äußerte Reagan die Hoffnung, „daß die Sowjetunion und andere Staaten ernsthaft antworten und ernstlich verhandeln, wenn sie erst einmal den Vertragstext in seiner Gesamtheit kennen“. Das sowjetische Regierungsorgan „Iswestija“ meinte, von dem Vorschlag sei „nichts Konstruktives zu erwarten“, da er nur die wahre Position der USA „verschleiern“ solle. Washington bringe für seine „chemische Aufrüstung“ astronomische Summen auf. Dies war offensichtlich eine Anspielung auf Reagans Forderung nach Budgetmitteln für eine „begrenzte Vergeltungskapazität“ der USA, die Ende der 60er Jahre die Produktion chemischer Waffen einstellten.

Kreml verstärkt Luftwaffe nahe Afghanistan

DW, Bonn

Die Sowjetunion hat in diesem Monat ihre Luftstreitkräfte an der Grenze zu Afghanistan wesentlich verstärkt. Nach Angaben westlicher Nachrichtendienste wurden im Laufe dieses Monats je vier Staffeln Bombenflugzeuge des Typs Badger (Tu-16) und Jagdbomber des Typs Fencer (Su-24) auf Flugplätze südlich der Stadt Bucharra in Turkmenistan verlegt. Diese Anzeichen sprechen nach Ansicht westlicher Fachleute für die Vermutung, die Sowjetunion werde in Afghanistan ihren Kampf gegen die Freiheitskämpfer zu Lande und in der Luft verstärken und den „Bombenterror“ auch gegen die Zivilbevölkerung fortsetzen.

Ein nach Pakistan desertierter Pilot der afghanischen Luftwaffe hat sich durch seine Flucht dem Befehl entzogen, die Zivilbevölkerung in den Vororten Kabuls zu bombardieren. Die jetzt rund 100 000 Mann starken sowjetischen Truppen in Afghanistan um weitere 80 000 Soldaten verstärkt werden, erklärte der 20jährige Leutnant Mohamed Naseem Shaeed der afghanischen Exil-Nachrichtenagentur AIP.

In einer in Islamabad abgehörten Sendung von Radio Kabul hieß es, afghanischen Staatsbürgern sei die Einreise in die Sowjetunion künftig wieder gestattet. Ein entsprechendes Verkehrsprotokoll sei letzten Montag unterzeichnet worden und gestern in Kraft getreten. Ob die Sowjetunion damit einen Schritt zur Einverleibung Afghanistans in ihr Staatsgebiet getan hat, blieb vorerst unklar.

Schlechte Matratzen werden zur Krankheit

Das große RVE Betten- und Matratzenstudio löst Schlafprobleme ganz speziell

Unzureichende Entspannung, schlechter Schlaf und schmerzhaft beschwerden haben ihre Ursache häufig in einer schlechten Matratze. Wir informieren Sie über die für Sie richtigen Bett- und Matratzenwahl. Körperliche und seelische Entspannung, Wundheilung in Länge und Breite, Bandscheiben-Matratzen, speziell auf die Oberkörper- und unteren Extremitäten und Lendenwirbelsäule ausgerichtet. Natürlich liefern wir die für Sie richtige Matratze auch passend zu den Matratzen Ihres Bettes, Wundbetten und Hallen.

Einrichtungshaus

Einrichtungshaus

Einrichtungshaus

Einrichtungshaus

Einrichtungshaus

Einrichtungshaus

Einrichtungshaus

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Globale Antwort

Von Herbert Kremp

Neben den mehr als 150 konventionellen Kriegen, die seit 1945 zu verzeichnen sind, hat sich die neue Form des terroristischen Krieges kräftig entwickelt. Sie ist deshalb so wirksam, weil sie als „Propaganda der Tat“ die Medien beeinflusst und weil sie sich zum Zwecke der überraschend lancierten Aktionen der internationalen Verkehrs-Kommunikation und ihrer Zeitraffung bedient. Das Operationsfeld entspricht dem Zeitalter der Weltmächte: Es ist global. Die Antwort spiegelt die Herausforderung: Auch sie hat global zu sein.

Die „Direktive 138 über nationale Sicherheit“, die Präsident Reagan herausgegeben hat, berücksichtigt diese Gegebenheit. Sie dient der Vorbereitung eines neuen Anti-Terrorismusgesetzes durch den Kongress. Angestrebt ist die Legalisierung von Präventiv- und Vergeltungsschlägen gegen die Zentren und Kräfte des verdeckt operierenden Feindes. Vor allem die Prävention setzt eine intensivierte Informationsfähigkeit der Geheimdienste im In- und Ausland, die Aufstellung von Anti-Terrorkommandos unter zentraler Führung, erhöhten Personenschutz und speziellen Schutz für Nuklear- und Weltraumbodenstationen voraus. Für sachdienliche Informationen sollen Belohnungen ausgesetzt werden, wie es bei der deutschen Terroristen-Bekämpfung längst üblich ist.

Die Amerikaner haben Nachholbedarf. Die Kamikaze-Angriffe von Beirut, bei der im vergangenen Oktober 241 Soldaten den Tod fanden, machte die Mängel der Abwehr gegen den modernen Kriegsgegner offenkundig. Im April 1980, drei Jahre vorher, war der Versuch gescheitert, die in der US-Botschaft von Teheran eingeschlossenen Geiseln zu entsetzen. Information, Training und Einsatztaktik des Kommandos waren unzureichend. Im Unterschied dazu hatte bereits 1977 die deutsche GSG 9 auf dem Flughafen von Mogadischu in Somalia die in einer Lufthansa-Maschine festgehaltenen Geiseln glatt befreit. Das war eine „internationale“ Operation.

Die amerikanischen Maßnahmen sind überfällig; denn die Zahl der „Seeräuberhöfen“, von denen aus Terroristen international operieren, vermehrt sich. Neben Nord-Korea, Süd-Jemen, Libyen reihen sich auf der schwarzen Perlenkette heute Iran und Syrien.

Noch Fragen?

Von Fried H. Neumann

Andropow mied die Öffentlichkeit. Tschernenko geht auf sie zu. Offenkundig hält er seine Auftritte für wirkungsvoll.

Jüngst lud er das Sowjetfernsehen ein, eine Präsidiumssitzung des Obersten Sowjets aufzunehmen. Die Bürger des Reiches sollten wohl erfahren, wie es in dieser Art Staatsrat zugeht, wenn der Parteichef in der Rolle des Staatspräsidenten amtiert. Risiko? Wer in der Gewissheit lebt, für langgestrebte höchste Ämter genau der Richtige zu sein, wird sich nicht durch Ratgeber beeindrucken lassen, die der gnadenlosen Fernsehkamera eine gegenteilige Wirkung zutrauen.

Die Ablichtung des Kremlchefs verbrauchte an diesem Abend rund dreißig Minuten der Tagesschauzeit, denn auch die Ordensverleihung an zwei Astronauten bedurfte noch angemessener Darstellung.

Der Aufwand lohnte sich durchaus. Jedermann weiß nun, daß es auch an der Spitze des Staates nicht anders zugeht als in seinen eigenen Versammlungen, wo einer vom Blatt abliest und die anderen mit undurchdringlicher Miene zuhören oder sich gar gedrängt fühlen, die Worte des Vorsitzenden gewissenhaft mitzuschreiben. (Im Präsidium des Obersten Sowjets, dem auch einige Politbüromitglieder und sonstige bedeutende Personen angehören, überweg das letztere). Jedermann weiß jetzt aber auch, daß selbst dort nicht anders geredet wird, als die „Prawda“ schreibt. So braucht niemand an der Basis zu argwöhnen, er werde rhetorisch vielleicht weniger gut behandelt als seine führenden Genossen.

Schließlich ist durch die Veranstaltung geklärt worden, was vom vielbeschworenen neuen Stil der Parteiarbeit zu halten ist. „Irgendwelche Fragen oder Vorschläge? Nein.“ Stumm klappten die Staatsräte ihre Schreibmaschinen zu. „Dann leben Sie wohl, bis zum nächsten Mal.“

Wer so wie Tschernenko gegen Formalismus und für sozialistische Demokratie auftritt, muß nicht befürchten, beim Wort genommen zu werden.

Kunst nach innen

Von Eberhard Nitschke

Als die U-Bahn-Wagen von New York in Farbschmierereien untergehen, verlieren einige Schöngewister auf die Frage, ob es sich hier nicht um rollende Kunstwerke handle. Und während die Millionenstadt Millionen ausgab, um die Subway vor dem neuen Vandalismus zu bewahren, Täter dingfest zu machen und sie nach Feierabend mit Putzmitteln und Lösungsmitteln ihre Werke auslöschen zu lassen, verfaßten deren Bewunderer Texte zu teuren Hochglanzbüchern, in denen die anonyme Kunst aus der Spraydose bejubelt wurde.

Stadtdirektoren und Kulturverwaltungen in deutschen Kommunen wurden unsicher, als das Schmier-Unwesen auch hier auftauchte – vielleicht eingedenk eines Ausspruchs von Karl Kraus: „Die Drohung mit der Faust kann ein Kunstwerk sein.“ Und so liefen die Mauern über von Zeichen und Schriften. Witzig fanden das in erster Linie Leute, deren Fassaden nicht betroffen waren.

Als am 19. Juni 1981 der als „Sprayer von Zürich“ bekannt gewordene Strichmännchen-Maler Harald Nageli in seiner Heimatstadt zu einer Freiheitsstrafe von neun Monaten und zu einem Schadenersatz von 206 000 Schweizer Franken wegen Sachbeschädigung in 179 Fällen verurteilt wurde, stützte die Szene. Wie denn, probte das System etwa den Widerstand? Da galt es, Zeichen zu setzen.

Nageli wich rechtzeitig nach Deutschland aus. Aber ein Auslieferungersuchen der Eidgenossen aus Bern hatte Erfolg. In der Bundesrepublik Deutschland wie in der Schweiz, hieß es im deutschen Auslieferungsurteil, könne sich Kunst auch ohne Beschädigung fremden Eigentums entfalten.

Gegen diese „Bescheidung der Freiheit künstlerischer Äußerung“ traten nun fortschrittliche Kräfte in die Schranken. Es protestierten Grün-Alternativen zusammen mit Schriftstellern. Aber den schönsten Beitrag lieferte, stets eifertig, die SPD. Sie ließ ihr Bonner Hauptquartier von Nageli sprayschmücken. Der kleine Unterschied: innen, in der Halle, und mit ausdrücklicher Genehmigung. In der undeutlichen Erinnerung daran, daß man unter sprühendem Geist einmal etwas anderes verstanden hat.



„Ja, ja, wir wissen, daß wir das Paradies gegen die Hölle eintauschen!“ ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Scylla mobile

Von Friedrich Meichsner

Eine Regierung, der das Parlament mit großer Mehrheit das Vertrauen ausspricht, die gleichzeitig aber in der zur Abstimmung gestellten politischen Frage eine schwere Niederlage erleidet – wo gibt es das auf der Welt, außer in Italien? Der Fall, dessen Opfer jetzt der sozialistische Ministerpräsident Bettino Craxi wurde, ist Ausdruck der Unlogik einer parlamentarischen Praxis ganz eigener Art.

In Rom hat man sich daran gewöhnt. Nur so ist zu erklären, daß die Torpedierung des Regierungsdokuments zur Abbremsung der gleichzeitigen Lohnskala, obwohl mit einem ausdrücklichen Vertrauensvotum für das darin enthaltene wirtschaftspolitische Konzept kombiniert, nicht als Drama empfunden wird. Im Gegenteil: Alle Beteiligten meinen, Grund zur Siegestraude zu haben – die Regierungsmehrheit, weil sie sich in der Vertrauensabstimmung durchgesetzt hat, die von der KP angeführte Opposition, weil sie das Lohndekret zunächst zu Fall gebracht und damit vor den Wählern ihre Vetomacht unterstrichen hat.

So wurde wieder einmal die Tendenz der Demokratie all' italiana deutlich, die das Entweder-Oder scheut, das Sowohl-Als-auch anstrebt und oft beim Weder-Noch steckenbleibt. Der Sozialist Craxi freilich scheint jetzt entschlossen zu sein, diese Fessel zu sprengen.

Bei dem verfallenen Regierungsdokument ging es um einen Eingriff in die Lohnautomatik („scala mobile“). Bisher erhielten die Arbeitnehmer vierteljährlich einen am Kaufkraftverlust orientierten, für alle gleichen Lohnzuschlag. Je nach Inflationsrate wurde der Lohn um eine bestimmte Anzahl von monatlichen Punkten im Werte von jeweils etwa elf DM erhöht. Für dieses Jahr war auf der Basis der geschätzten Inflationsentwicklung mit insgesamt zwölf Punkten Zuschlag gerechnet worden. Der Jahresverdienst jedes Arbeitnehmers hätte sich dadurch um etwas mehr als tausend DM erhöht. Das Lohndekret legte jedoch eine obere Grenze von neun Punkten fest. Dadurch hätte der Jahresverdienst der Arbeitnehmer um rund 330 DM niedriger gelegen als nach der alten Lohnautomatik. Als Gegenleistung versprach die Regierung, die Inflationsrate von den rund 15 Prozent



Kampf um eine Neuordnung Italiens: Craxi FOTO: SVEN SIMON

lich modifiziertes neues Dekret vorbereiten, das auf die Lohntüte der Arbeitnehmer dieselben Auswirkungen hat wie die verfallene Verordnung. Er riskiert damit eine weitere kommunistische Obstruktionsrunde im Parlament. Allerdings weiß er auch, daß KP-Chef Berlinguer den Bogen nicht überspannen kann, wenn er vermeiden will, daß ihm immer mehr Arbeiter daytonlaufen. Die Lohnautomatik ist nämlich in der Arbeitnehmerenschaft nicht mehr so beliebt wie einst. Denn jeder Facharbeiter bekommt jedes Vierteljahr denselben Zuschlag wie ein Handlanger. Die den Unternehmen zur Verfügung stehenden Mittel für Lohnerhöhungen werden nach dem Gießkannenprinzip verteilt, ohne Rücksicht auf die Leistung. Damit sind immer weniger Facharbeiter und Angestellte einverstanden.

Unter diesen Umständen ist es durchaus möglich, daß die KP gegen das neue Dekret maßvoller opponiert als gegen das alte. Im Kern würde das freilich die Auseinandersetzung, die der Craxi angestrebt ist, nur unwesentlich berühren. Denn dem sozialistischen Regierungschef geht es nicht nur um die Abbremsung der Lohnautomatik. Es geht ihm auch um die Inflationsbekämpfung im allgemeinen. Und es geht ihm vor allem darum, dem Land nach Jahrzehnten der lähmenden Weder-Noch-Abreden zwischen Regierung und kommunistischer Opposition wieder eine feste Führung zu geben – eine Führung, die beispielsweise auch wegen der Steuerhinterziehung zu rufen und mit der Klientelwirtschaft aufzuräumen, in die alle Parteien verstrickt sind, von den Kommunisten über die Sozialisten bis zu den Christdemokraten.

Craxi gerät damit zwischen die Scylla KP und die Charybdis DC, die sich unter der Oberfläche in einer Interessengemeinschaft der Macht- und Einflußaufteilung gefunden zu haben scheinen. Er hat einen schweren Gang angetreten, auf dem er in dieser Demokratie all' italiana jeden Augenblick straucheln kann – viel leichter als sein französisches Vorbild François Mitterrand.

IM GESPRÄCH Nora Astorga

Mord, Liebe, Diplomatie

Von Werner Thomas

Ein Problem dieser Art hatte das State Department selten zu lösen: Die Kommandanten in Managua wollen Nora Astorga als neue Botschafterin nach Washington schicken. Die 37jährige Rechtsanwältin ist attraktiv, intelligent und gelegentlich mörderisch. Sie genießt den Ruf, eine Art gewalttätiger Mata Hari der sandinistischen Revolution zu sein. Amerikanische Geheimdienste empfehlen dringend Ablehnung des Agreements.

Nora Astorga war Anfang März 1978 an der Ermordung des Somoza-Generals Reynaldo Perez Vega beteiligt. In Managua wird das Ende des berüchtigt-berechtigten Generals – sie nannten ihn „El Perro“, den Hund – heute so geschildert: Die Astorga lockte Perez Vega mit dem telefonischen Versprechen in ihre Wohnung, einer seiner langjährigen Wünsche werde in Erfüllung gehen. Prompt erschien der erwartungsvolle General. Die Gastgeberin schickte den Leibwächter weg, um Rum und Zigaretten zu beschaffen. Als der Besucher in den Armen der Astorga lag, sprangen fünf Männer aus den Schlafzimmerschrank und schützten ihm den Hals auf.

Nora Astorga tauchte ab in den Untergrundkampf gegen die Somoza-Diktatur. Die schlankes hochgewachsene Frau, die ihre dunklen Augen gern hinter einer Sonnenbrille versteckt, ihr Haar heute kurz geschoren trägt, viel Schmuck umhängt und pausenlos Zigaretten raucht, machte nach dem Sieg schnell Karriere im sandinistischen Nicaragua. Sie wurde zunächst Vorsitzende eines Sondergerichtes, das mehr als 2500 Soldaten der Nationalgarde im Schnellverfahren zu hohen Gefängnisstrafen verurteilte. Dann avancierte sie zum stellvertretenden Außenminister. Sie hat die Ermordung des Generals nie bereut. „Ich bin an einer Operation beteiligt gewesen“, sagt sie, „die einen blutigen Henker zur Rechenschaft brachte.“

Den Widerstand der Geheim-



Den General herbeigelockt: Nora Astorga FOTO: MOLO BOSIO/SPUSA

dienste gegen ein Agreement mag man damit erklären, daß Perez Vega einmal als CIA-Informant diente. Aber auch im State Department werden Bedenken geäußert. Frau Astorga ist eine militante Sandinistin, im Gegensatz zu den fünf bisherigen Botschaftern in Washington, von denen heute zwei im Lager der Opposition stehen. Auch der letzte Missionen, Antonio Jarquin, war den Kommandanten zu lasch. Frau Astorga, Feindbild hingegen formen „Impetisten“ und „Oligarchie“.

Sollte das Agreement abgelehnt werden, würde das gespannte Verhältnis zwischen beiden Ländern einen neuen Tiefpunkt erreichen; sogar ein Bruch der diplomatischen Beziehungen wäre möglich. Wenn die nächste nicaraguanische Botschafterin in der amerikanischen Hauptstadt aber Nora Astorga heißt, werden sich vor allem die Klatschkolumnisten Washingtons freuen. Die schöne Sandinistin ist nicht nur für revolutionären Elan bekannt. Sie pflegt auch ein aktives Privatleben und kann dafür Beweise bringen: Ihre vier außerheirlichen Kinder haben vier verschiedene Väter, unter ihnen Vertreter der Comandantes-Kaste.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Rhein-Zeitung

Zur Steuer-Debatte heißt es in dem Koblenzer Blatt:

Christlich-soziale Politiker, nicht erst seit der deutschlandpolitischen Wende ihres großen Vorsitzenden auf Alleingänge gefaßt, wurden gestern in Klausur mit den Initiativen des Familienpolitikers Strauß vertraut gemacht. An dieser Entwicklung zwischen Bonn und München kann der Mann aus Kiel am wenigsten Freude haben, der erst 1988 den Steuerreform ändern, eiserne Sparkurs bleiben und die Entlastung mit höheren Steuern erkauften will... Selbst die Wirtschaftsweisen empfehlen eine Steuerreform möglichst bald, allerdings – wie Lambsdorff – aus konjunkturellen, und nicht – wie Strauß – aus familienpolitischen Gründen.

WESTFALEN-BLATT

Die Münsterfelder Zeitung kommentiert das Frühjahrsabkommen:

Nun ist der Konjunkturoptimismus dieser konservativen-liberalen Bundesregierung sozusagen mit dem Gütesiegel der Expertenmeinung versehen: Die führenden Wirtschaftsinstitute bestätigen einen spürbaren Aufschwung und übertrieben sogar noch die Zuversicht des Kabinetts von Helmut Kohl, das von 2,5 Prozent ausging. Runde drei Prozent und eher noch etwas darüber – das sind Pfunde, mit denen es sich wuchern läßt. Hier muß auch die Opposition – und müssen die Neider – anerkennen, daß dies reife Früchte vom Baum der Erkenntnis der sozialen Marktwirtschaft sind.

LIBERATION

Das Pariser Blatt ist über die Zahl von 2,34 Millionen Arbeitslosen besorgt:

Die vom Beschäftigungsminister am gestern mitgeteilten Zahlen sind katastrophal... Die Inflation hat das Lager gewechselt. Sie verliert langsam die Preisschilder und füllt mit großen Schritten in die Korridore der Arbeitsämter ein. Die soziale Therapie der Arbeitslosigkeit ist tot, aber ihre wirtschaftliche Behandlung ist noch nicht geboren.

The Daily Telegraph

Die britische Tageszeitung schreibt zu den Problemen der niederländischen Regierung mit dem geplanten Statutenwechsel des Militärs:

Rund Lubbers, der niederländische Ministerpräsident, sagt jetzt, daß seine christdemokratische-liberale Regierung wenig Manövrierefähigkeit hat und in erster Gefahr ist, zu stürzen. Die Koalition ist gespalten – oder, um es so zu sagen, einige Minister würden die NATO-Quote akzeptieren, während andere erhebliche Widerstände leisten wollen als 48. Der niederländische Verteidigungsminister soll sogar ganz gegen die Stationierung sein... Eines ist gewiß, die Sowjets waren weniger bereit, zu den Verhandlungen über die Stationierung der europäischen Raketen zurückzukehren, wenn sie glaubten, daß die Zeit für sie spielt.

Die deutschen Schulen und ihre Unterwandertage

Weiterhin bevorzugen Extremisten die Jugendarbeit / Von Peter Philipps

Im jüngsten Verfassungsschutzbericht wird mitgeteilt, daß knapp 82 Prozent der linksextremen und 84 Prozent der rechtsextremen Gewalttäter, die im vergangenen Jahr in die Akten der Gerichte gerieten, jünger als 30 Jahre sind. Rund 14 bzw. 50 Prozent waren jünger als 20 Jahre. Aber während die Mehrheit der rechten Täter im Arbeiter-Milieu (40 Prozent) beheimatet ist, stützen sich ihre linken Vettern vor allem auf Schüler und Studenten (52 Prozent).

Hier wird der Boden in erster Linie von extremistischen Lehrern und Jugendgruppen bereitet. Auf mindestens viertausend schätzt der Verfassungsschutzbericht die Zahl der Angehörigen des öffentlichen Dienstes, die in „linksextremistischen Kernorganisationen organisiert“ sind. Nachgewiesen werden können 2299, etwa so viele wie im Jahre 1982. Mehr als die Hälfte davon – 1517 – sind auf Landesebene beschäftigt. Davon sind 854 Lehrer an Schulen und Hochschulen, 109

wissenschaftliches Uni-Personal, 157 „sonstiges Personal“ an Schulen und Hochschulen. Hinzu kommen noch 74 als Linksextremisten erkannte Lehrer, die bei Kommunen angestellt sind.

Kritiker, die hinter solchen Untersuchungen Gesinnungsschnüffelei vermuten, sind dankbar, wenn sie erfahren, was dieselben Instanzen über rechtsextreme Lehrer ermittelt haben. Es sind ihrer immerhin 39. Den größeren Erfolg haben natürlich die stärkeren Bataillone. Sie erhalten Hilfe von Jugendorganisationen. Laut Verfassungsschutzbericht erzielte die kommunistische SDAJ gerade 1983 in der Schülerarbeit beachtliche Fortschritte. Sie bringt es jetzt auf 150 Schülergruppen (1982: 100), hat in Landesschülervertretungen Sitz und Stimme und ist auch in Gliederungen der „Deutschen Jugendpresse e.V.“ vertreten.

Der Kampf gegen die westliche Nachrüstung war der Treibstoff im vergangenen Jahr. Dabei half den kommunistischen Agitatoren et-

was, was gerade der Sozialdemokrat Horst Niggemeyer (WELT) vom 17. April) wieder beklagt hat: Die Anfälligkeit von Teilen der Sozialdemokratie für Zusammenarbeit mit Kommunisten. Selbst der SPD-Pressedienst „PPP“ hat jetzt den Jusos noch einmal bescheinigt, daß sie die ihnen durch Parteibeschluss vorgeschriebene Abgrenzung vermeiden. Im Gegenteil: Zur offiziell verkündeten Juso-Strategie gehört die Zusammenarbeit mit dem kommunistischen Studentenverband MSB-Spartakus.

Doch dabei sind sie höchstens Juniorpartner. Denn in 39 von 45 Studentenparlamenten saßen am Ende des vergangenen Jahres Linksextremisten, in sieben davon hatten sie eine Mehrheit von mehr als 50 Prozent. Sie saßen auch in 28 von 42 ASStA, wobei ein Studentenausschuß ausschließlich, 14 weitere zu mehr als fünfzig Prozent aus Linksextremisten bestanden.

Da der DKP-Vorstand für die nächsten Monate die Lösung „Kommunisten und Sozialdemo-

kraten heute“ ausgegeben hat, ist auch absehbar, wo nach den verflochtenen Friedenskampagnen das nächste Feld der Gemeinsamkeit liegen soll: beim Thema Arbeitslosigkeit. Nachdem die Kommunisten auch im vergangenen Jahr in „Arbeitsloseninitiativen“ nicht Fuß fassen konnten, sind erneute Anstrengungen auf diesem Gebiet jetzt von der DKP-Führung zur „marxistischen Klassenpflicht“ erhoben worden. Der Einstieg gelang bereits bei den Versuchen einer bundesweiten Sammlung solcher Initiativen. Im Verfassungsschutzbericht heißt es dazu: Die Kommunisten konnten „einzelne herausgehobene Funktionen besetzen“.

Bürgerinitiativen, Bewegungen für Frieden und Abrüstung, für die Verteidigung demokratischer Rechte, für die Rechte der Frau und den Umweltschutz seien die weiteren Hauptfelder der kommunistischen Bündnispolitik. Ein Mitglied des DKP-Präsidiums wird mit dem Satz zitiert: Die Kunst revolutionärer Politik bestehe darin, das Nächstliegende richtig zu erfassen. Für die DKP geht es darum, „selbst die kleinsten gemeinsamen Ansätze“ zu nutzen, dabei „äußert zurückhaltend“ zu sein, um zu wirklichen Bündnissen zu kommen.

Sie muß zurückhaltend sein. Erfahrene Menschen haben ihre Friedensagitationen nach vielen Dingen von Afghanistan bis zur SS-20 gefragt. Wie es mit den demokratischen Rechten und sogar mit dem Umweltschutz im real existierenden Sozialismus bestellt ist, hat sich ebenfalls herumgesprochen. Daher ist der Ansatz bei der Jugend so wichtig. Er besteht nicht in positiver Agitation für den Kommunismus, sondern in negativen Thematisierungen gegen das bürgerliche und zielbewußte Arbeitslosigkeit schaffende System und seine bösen amerikanischen Helfer hier. Selbst die Dunkelziffer von insgesamt 4000 erzählt nur einen Teil dessen, was sich in jenseitigen Schulen abspielt, wo die Eltern nicht aufpassen.

Los Angeles '84 – über Olympia ziehen dunkle Wolken auf

Die olympische Boykott-Bombe tickt: Würden heute die Spiele von Los Angeles eröffnet, so finden sie ohne die Sowjetunion, ihre Satelliten und eine ganze Reihe schwarzafrikanischer Staaten statt. Am 2. Juni wird man es genau wissen. Denn ist Meldeschluß.

Von KLAUS BLUME

Marat Gramow, in Personalunion Sportminister und Präsident des Nationalen Olympischen Komitees (NOK) der UdSSR, stellte am Montag fest: „Wir boykottieren nicht die Olympischen Spiele. Wir fordern die Einhaltung der Regeln. Wenn sie respektiert werden, gibt es für uns keinen Grund, nicht nach Los Angeles zu fliegen.“ Aber jene Regeln würden von den Amerikanern nun einmal nicht eingehalten. Da fehlt es an der Sicherheit, da würden sich amerikanische Regierungsmitglieder bis hinauf zu Präsident Reagan in die olympische Allmacht einmischen, da sei die Kommerzialisierung zu weit fortgeschritten und schließlich könne man in Los Angeles auch nicht die Akkreditierung der amerikanischen Sender „Radio Free Europe“ hinnehmen.

Am 24. April in Lausanne soll darüber verhandelt werden, und der amerikanische NOK-Präsident William Simon sagt dazu treuherrlich: „Die Sowjets sollen uns sagen, was Ihnen in Los Angeles nicht gefällt. Dann setzen wir uns zusammen und versuchen gemeinsam die Probleme zu lösen. Aber lassen wir doch bitte die Politik aus dem Spiel.“

Die Politik aus dem Spiel lassen?

Juan Antonio Samaranch, der spanische Präsident des Internationalen Olympischen Komitees (IOC), bereist dieser Tage ein Dutzend afrikanischer Länder, um der in Afrika latent vorhandenen Boykott-Front entgegenzuwirken. Dort regt sich, wie stets vor Olympischen Spielen, der Unmut über allzu enge Sportkontakte zwischen westlichen Ländern und Südafrika. Das wird besonders England und den Commonwealth-Staaten vorgeworfen. Außerdem gibt es eine Reihe von NOK's, die bereit sind, auf die Linie Moskaus einzuschwenken. Es sind hauptsächlich jene, die vor vier Jahren die Spiele in der sowjetischen Hauptstadt unterstützt haben.

Das ist die Lage, und sie hat sich seit den Olympischen Spielen 1976 in Montreal drastisch verschärft. Damals hatte der deutsche NOK-Präsident Willi Daume gesagt: „Die Chance, daß die Olympischen Spiele überleben werden, beträgt nur zwanzig Prozent. Doch wir werden für diese zwanzig Prozent kämpfen.“ Damals in Montreal wurde Taiwan in die Knie gezwungen, und 22 afrikanische Länder mit 441 Athleten reisten wegen der Südafrika-Problematik wieder ab. Vier Jahre später in Moskau sagten wegen des sowjetischen Einmarsches in Afghanistan 57 Nationen ihre Teilnahme ab, acht reagierten auf die Einladung aus Moskau erst gar nicht.

Von Boykott redet in Osteuropa niemand, auch niemand in der „DDR“. Denn das würde gegen den olympischen Sprachgebrauch verstößen, und solcherart Mißbrauch wirft Moskau – formal zumindest – den Amerikanern vor. Manfred Ewald, der NOK-Präsident der „DDR“, ist denn auch stets nur um die Einhaltung der olympischen Idee in Los Angeles besorgt. Iwan Slawkow, der NOK-Chef Bulgariens, schreibt: „Die herrschenden Kreise der USA unternehmen gegenwärtig alle Anstrengungen, um die Olympischen Spiele in Los Angeles in ein Instrument der internationalen Konfrontation und Spannung zu verwandeln.“



Moskauer 1976, Auszug aus dem Olympia-Dorf: Die Sportler aus 22 afrikanischen Staaten reisten ab

Das mongolische IOC-Mitglied Shagdarjav Magvan: „Die Fakten zeigen davon, daß die Versicherungen und Versprechen des Organisationskomitees von Los Angeles nicht eingelöst werden.“ Die Ungarn warnen: „Man darf keinesfalls zulassen, daß die olympische Idee, die Olympischen Spiele als Mittel für unehrliche politische Manöver benutzt werden.“ In der Nacht zum Dienstag hat auch Afghanistan seine Olympia-Teilnahme in Los Angeles in Frage gestellt. Das afghanische NOK habe diejenigen Länder verurteilt, die die olympischen Sicherheitsregeln nicht einhalten, meldete Radio Kabul.

Kein Wort von Boykott, aber den Schwarzen Peter haben die Amerikaner – eine Taktik, gegen die das IOC, jedenfalls auf der formalen Schiene, kaum etwas unternehmen kann. Das Netz für einen Olympia-Boykott ist dicht geknüpft, so sehr auch Samaranch in diesen Tagen in Afrika nach einem Durchschluß sucht.

Und olympische Medaillen als Beweis für die Überlegenheit des sozialistischen Systems? Das ist für Moskau zunehmend zu einem Spiel mit allzu vielen Unbekannten geworden.

Listet wir die olympischen Kernsportarten Leichtathletik, Kunstturnen und Schwimmen auf: In der Leichtathletik müssen sich die Sowjets hinter den Amerikaner und den „DDR“-Athleten anstellen, in einigen Disziplinen obendrein hinter den aus der Bundesrepublik Deutschland, aus England, Italien und Afrika. Im Schwimmen sind ihnen die Amerikaner und wiederum

die „DDR“-Mannschaft überlegen, und im Kunstturnen haben ihnen die Chinesen das Abonnement auf Goldmedaillen geraubt. Das Unternehmen Los Angeles ist für die Sowjets – nicht zuletzt wegen der Konkurrenz im eigenen Lager – zu einer riskanten Angelegenheit geworden.

Fredlich, wenn Moskau nebst seinen Satelliten nicht nach Los Angeles reisen würde, sähe es in vielen Sportarten schlimmer aus, die Spiele wären eine ähnliche Farce wie 1980 in Moskau. Daran läßt sich nicht rütteln, denn das läßt sich anhand von Statistiken leicht ablesen. Die Leichtathletik-Wettbewerbe wären noch etwa 40 Prozent wert, die der Schwimmer etwa 60, die der Turner etwa 50. Das Gewichtsturnier hätte nur etwa 10 Prozent seines eigentlichen Wertes, die Wettbewerbe der Kanufahrer nur noch etwa fünf Prozent.

Aber in Moskau redet ja niemand von Boykott.

Dem heißen Spion zeigte Moskau die kalte Schulter

Im britischen Geheimdienst sollen Köpfe rollen. Das hört man seit gestern aus allen Parteien. Der Grund: In die Kette der Skandale hat sich ein neuer Fall eingereiht. Das Besondere: Es ist der erste Agenten-Jäger, der selbst Spion wurde.

Von FRITZ WIRTH

Mit 16 Jahren war Michael Bettaney ein gläubiger Katholik. Er träumte davon, Priester zu werden. Mit 20 war er ein glanzvoller Oxford-Student. Als er 25 war, engagierte ihn der britische Geheimdienst. Im Spionage-Hauptquartier des MI 5 in der Londoner Curzon Street nannte man ihn einen „Senkrechtsstarter“.

Im Alter von 32 Jahren war aus dem gläubigen Katholiken ein glühender und überzeugter Marxist geworden. Mit 33 wurde der Mann, der sein Land vor fremden Spionen schützen sollte, selbst ein Spion. Er diente sich den Sowjets an. Doch der Mann, der genug Wissen und Informationen hatte, ein neuer Kim Philby zu werden, wurde auf rätselhafte Weise von den Sowjets abgewiesen. Sie fürchteten, daß der britische Geheim-

dienst sie mit Michael Bettaney in eine Falle locken wollte.

Gestern wurde Michael Bettaney nach einem fünfjährigen Geheimprozeß im Londoner „Old Bailey“ vom Lordrichter Lane für 23 Jahre ins Gefängnis geschickt. „Es ist ganz offenbar, daß Sie in vieler Hinsicht ein noch kindischer Mann sind. Zugleich jedoch sind Sie dunkelhaft und gefährlich“, sagt der Richter.

Diese Geschichte des Spions, den die Sowjets nicht haben wollten, ist zugleich ein neues Waterloo für den an Skandalen gewöhnten britischen Geheimdienst. Die Kette dieser Skandale reicht von Blake über Philby, Burgess, Maclean, Blunt und Prime. Sie alle mißbrauchten die Staatsgeheimnisse, die sie kannten. Michael Bettaney jedoch ist der erste MI 5-Mann, der als Agenten-Jäger selbst der Spionage überführt wurde.

Das Pech des Michael Bettaney: Er hatte nicht, wie der königliche Kunstberater und Sowjetagent Anthony Blunt, genügend Freunde im britischen Establishment, die eine schützende Hand über ihn hielten, ihm einen Prozeß ersparten und einen ruhigen, wenn auch unehrenhaften Lebensabend ermöglichten. Bettaney, ein junger Mann aus ärmlichen Verhältnissen, muß seine Strafe in Isolierhaft verbringen. Er ist nach wie

vor im Besitz von Staatsgeheimnissen, die den Sowjets nutzen könnten.

Wie stets nach solchen Skandalen schütten britische Politiker und Journalisten Zorn und Hohn über die in Großbritannien unsichtbaren und unbekannten Herren in den obersten Geheimdienst-Etagen aus, deren Image ohnehin nur noch in James Bond Filmen blüht und in Ehren gehalten wird. Abgeordnete aller Parteien haben inzwischen gefordert, daß „Köpfe rollen müssen“ im britischen Geheimdienst-Establishment. Premierministerin Thatcher steht seit gestern unter beträchtlichem Druck, in diesem schattenhaften Gewerbe mit eisernem Besen aufzuräumen.

Der Grund für den Zorn: Die Vorgesetzten des Michael Bettaney haben sich offenbar im Umgang mit diesem höchst instabilen Mann grobe Fehler hinsichtlich zuzulassen kommen lassen. Denn der Mann, der sich vom angehenden Priester zum Marxist wandelte, war nicht nur weltanschaulich höchst unberechenbar, er hatte auch sonst Schwächen, die ihn für seine Arbeit disqualifizierten. Er war ein schwerer Trinker und wurde im Jahre 1982 volltrunken von der Polizei aufgegriffen, wobei er ständig lallte. „Ich bin ein Spion, ich bin ein Spion.“

Wenige Tage später erschien er ein

zweites Mal vor Gericht, weil er in der britischen Eisenbahn ohne gültigen Fahrausweis angetroffen wurde. Seine Vorgesetzten sahen keinen Anlaß, ihn zu ermahnen oder gar ein Disziplinarverfahren einzuleiten. Im Gegenteil: Bettaney leitete und überwachte zwei Monate später jene Abteilung, die für die Sowjets von größter Bedeutung in Großbritannien war – er war zuständig für die Überwachung der gesamten sowjetischen Spionagetätigkeit in Großbritannien.

Da es ein Geheimprozeß war, in dem Bettaney verurteilt wurde, bleiben Rätsel über diese Affäre. Zum Beispiel: Was verursachte den Wandel dieses Mannes vom gläubigen Katholiken und politisch eher konservativ eingestellten jungen Mann zum Marxist? Der „Times“-Redakteur Peter Hennessy, der fraglos beste Kenner der britischen Geheimdienstszene, vermutet, daß dieser Wandel bei einem einjährigen Deutschland-Aufenthalt zwischen 1974 und 1975 eingeleitet wurde.

Bettaney arbeitete damals in der Nähe von Bremen an zwei Schulen und hatte engen Kontakt mit einem Priester, einem Flüchtling aus der „DDR“, der inzwischen verstorben ist. Einige Jahre später trat Bettaney der Labour-Party bei, die ihm bald jedoch nicht mehr radikal genug war.

Er wurde ein entschiedener Gegner der Politik Frau Thatchers und ein Bewunderer des Sowjet-Systems.

Im Dezember 1982, kurz nachdem er in MI 5 seine neue Aufgabe als Überwacher der Sowjets und ihrer Spione übernommen hatte, beschloß er, Spion für die Sowjets zu werden. Er diente sich ihnen an, indem er am 3. April 1983 dem sowjetischen Diplomaten Arkady Gouk Geheimdienstmaterial anbot. Die Sowjets jedoch reagierten nicht. Bettaney hatte nicht, indem er den Sowjets den britischen Wissensstand über die Geheimdienst-Struktur der Sowjets in Großbritannien lieferte. Als wiederum eine Antwort ausblieb, beschloß er, in Wien mit den Sowjets Kontakt aufzunehmen. Drei Tage vor seiner Abreise nach Österreich wurde er vom britischen Spionage-Abwehrdienst MI 6 am 16. September 1983 verhaftet.

Wer den britischen Geheimdienst über den geplanten Verrat des Michael Bettaney unterrichtete, ist bis zur Stunde ungewiß. Man vermutet, daß die Information von einem sowjetischen Doppelagenten stammt, der für die Briten arbeitete.

Rätselhaft jedoch ist nach wie vor, was die Sowjets veranlaßte, den möglicherweise besten Spion abzuweisen, der seit Kim Philby für sie zu arbeiten bereit war.

„Hans, bleibste ooch hier?“ oder Apel in Berlin

Hans Apel, Spitzenkandidat der SPD für die Berliner Wahlen im März 1985, lernt die Stadt im Schnellkurs kennen. Im „roten Wedding“ begann der Parcours des Hamburgers. Bis zur Sommerpause wird er noch für 38 Tage an die Spree kommen.

Von HANS-R. KARUTZ

„Junge, komm bald wieder, komm bald wieder nach Haus“, singen die Senne in der Freizeitstätte. Eine alte Dame schenkt dem blonden SPD-Wahlhelfer einen weißen Plüschbären mit rot-goldenen Kränchen. Die Stimmung ist so gut wie die Laune des Hamburgers, der sich als Einhand-Sieger der Berliner SPD anschickt, neue Gewässer kennenzulernen.

„Ganz toll“ findet Hans Apel seine ersten Stunden auf Berliner Pfaden. „Es wäre völlig verrückt, den Eindruck zu erwecken, als kenne ich Berlin. Das ist heute ein ganz schwieriger Tag für mich“, bekennt er die beträchtlichen Defizite des eingefahrenen Bewerbers um Berlins höchstes Amt.

Die „Plumpe“, Quartier des Fußballvereins Hertha, die mörderische Bernauer Straße mit ihren Holzkreuzen, die AEG-Krise, aber auch „Europas größtes Sanierungsviertel“ – das sind die Stichworte in diesem Viertel im Berliner Norden. Apel und Frau Ingrid („In Hamburg kenne ich mich auch besser auf der Mönckebergstraße aus“) lassen sich nicht auf Berlinschmerz ein. Der Kandidat notiert die Probleme und greift nach den Händen der Leute in der Markthalle: „Hans, bleibste ooch hier?“ Am Wedding duzt man: „Ich finde das herrlich. Die Hamburger sind ja da auch im Wahlkampf distanzierter“, bemerkt Apel.

Das Syndrom des Kommens und Gehens der Spitzenpolitiker schmerzt die Berliner Seele tief – erst Hans-Jochen Vogel (Apel: „Über den ärger‘ ich mich zweimal die Woche.“), dann Richard von Weizsäcker. Der Mann, der den kommunalpolitischen Urknall von München wiederholen will, beteuert auch an der Senioren-Kaffeetafel: „Ich quäle mich hier elf Monate, setze ein Jahr meines Restlebens in Berlin ein und habe dann gleich wieder ab? Warum eigentlich? Ich bleibe hier. Da können Sie natürlich sagen: Der lügt, der Kerl.“ Die 80jährige Oma im Hamburger Apelheim versteht die ganze Aufregung allerdings nicht. „Sie sagt: Was willst Du eigentlich jetzt in Berlin, du bist doch da jetzt aufgestellt? Oma kann sich nicht vorstellen, daß wir uns jetzt zeigen und kämpfen müssen.“

Mit Apel als Vorschot-Mann steckt die Berliner SPD an diesem Tag voller hanseatischen Schmuddelwetters wieder die Nase in den Wind. Apel spricht von Kampf und Sieg, weiß aber: „Es ist ja nicht mehr selbstverständlich, daß in Berlin SPD gewählt wird.“ Daß es in Berlin, so gut und so fein ist, das überrascht den Doktor der Ökonomie – selbst hier am Wedding, der unter den Paradeplätzen der Stadt keinen Platz beansprucht.

Die Genossen am Ort, voran die dynamische Bürgermeisterin Erika Heß, haben dem Neu-Berliner einen

roten Informationsteppich ausgerollt. Was gut, teuer und wichtig im Beitritt ist, bekommen die Apels vorgeführt. „Hier würde ich gerne wohnen, aber das sind ja Sozialwohnungen“, sagt der wohnungssuchende Apel. Er sucht eigene vier Wände – nach dem Muster von Norbert Blum, der sich monatelang am Wedding einnistete. In Blums Bezirk – 1981 mit 62 Stimmen Vorsprung von der SPD verteidigt – reckt Apel an diesem Tage den Finger in den Wind der Sympathie.

Sympathie weht reichlich, aber die Probleme stecken in der beträchtlichen Kluft zwischen Apel-Ansehen und SPD-Schwäche im Bewußtsein der Berliner. Apel weiß, daß er jede Mühe/FDP-Flotille aufzuschließen. „Führung und Liebe, das wollen die Leute“, spricht ein Ex-SPD-Senator aus dem Apel-Troß im Rundfahrt-Bus als Rezept vor sich hin. Die Union ließ den Schmidt-Schüler während der gesamten Tagestour nicht aus den Augen – überall war ein CDU-Zerberus dabei.

Apel spart mit Sprüchen, aber läßt sonst kein Kunststückchen aus: das Ballgeland des Hobby-Kickers, das Leierkasten-Gekurbele mit Strohhut, Witwe mit Bauarbeiten. Er hat das Kumpel-Gebaren so verinnerlicht, daß Schein und Sein zusammenfallen. Wo Apel erscheint, streichen auch die Honorationen nicht die Schärpen glatt.

Beim Mittagessen erweist sich der Nutzen von Apels Lehrzeit als Vorsitzender der Berlin-Kommission in der SPD-Bundestagsfraktion. „Berlin als Kostgänger des Bundes“ – diese Entwicklung will er – damit steht er in Idealkonkurrenz zur CDU und den Liberalen – korrigieren. „Nicht mit Forscheit“, nein, damit seien Berlins Problem-Wogen nicht zu glätten.

Arbeitslosigkeit, Ausbildungsplätze, soziale Fragen in einer Stadt mit überproportional vielen Kleinrentnern, Witwen, Alleinstehenden – das sind die Stichworte. Das Konzept der nächsten Monate wirft bereits Schatten. „Beim Sozialamt als Witwe bitte machen, weil das Geld beispielsweise durch den zweiprozentigen Krankenversicherungsbeitrag nicht reicht. So etwas darf es nicht geben“, ruft Apel bei den Senioren aus. Er verspricht „Fairneß und keinen Schmutz-Wahlkampf“.

Apels künftiger Wahlkreis umfaßt einen bürgerlich-proletarischen Bezirk im Süden der Stadt. 50,9 Prozent der Erststimmen oder einen Vorsprung von 1858 Kreuzen holte sich die Union dort 1981. Den Genossen blieben magere 39,9 Prozent. Hier im Weichbild des Notaufnahmelagers Marienfelde und des „Luftbrücken“-Flughafens Tempelhof soll der Magier Apel zaubern.

Statt Beschwörungsmotoren lernt er nun Berlin „von unten“. Eine für Mai geplante USA-Reise wurde in den September verschoben. Apels Vitalität erweckt nun auch die Berliner CDU. Im Mai soll eine PR-Aktion für Dieppen beginnen. Konkurrent Apel bediente sich bei einem „stop-over“ in einer Fahnenfabrik gleich doppelt – mit den Flaggen von Hamburg und Berlin. In Rot und Weiß sind sie sich gleich.

Am Anfang von Dirk Kegl's Firma stand nur seine Idee. Warum sind wir trotzdem gleich mit eingestiegen?



Erstens kannten wir Herrn Kegl seit vielen Jahren als guten Kunden. Zweitens hat uns seine Idee überzeugt, sich mit einem Verfahren zur Herstellung elektronischer Bauteile selbstständig zu machen. Etwas Startkapital hatte sich Herr Kegl schon angespart. Jetzt beschafften wir ihm zusammen mit unserer regionalen Zentralbank zinsgünstige Kredite zur Existenzgründung aus ERP- und Landesmitteln. Daß wir Herrn Kegl bei den Formalitäten für die staatlichen Förderprogramme halfen, war selbstverständlich. Bei uns konnte er auch die Versicherungen abschließen, die seine Firma und seine Familie absichern.

Um all diese Leistungen zu erhalten, brauchte Herr Kegl nur mit uns zu sprechen. Denn wir bieten zur guten Beratung den umfassenden Finanzservice aus einer Hand: unser Verbund-Angebot.

Der Verbund: Alles aus einer Bank.

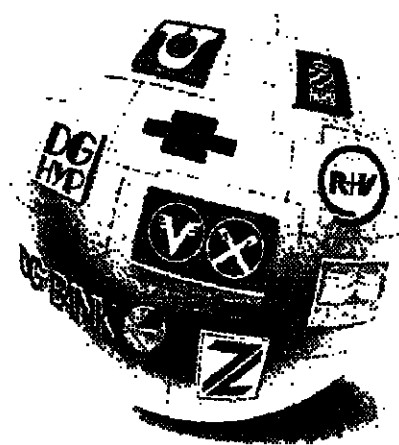
Der Verbund ist der Zusammenschluß aller Volksbanken und Raiffeisenbanken, ihrer regionalen Zentralbanken, der DG BANK und führender Spezialinstitute der Finanzwirtschaft. Der Verbund hilft Ihnen, Ihre Gelddinge bequem und überschaubar zu

erledigen und mehr aus Ihrem Geld zu machen – und dies bei jeder der 20.000 Bankstellen der Volksbanken und Raiffeisenbanken.

Ihre Sache ist unsere Sache.

Volksbanken und Raiffeisenbanken sind genossenschaftlich organisiert. 9,6 Millionen unserer Kunden sind zugleich Bankteilhaber und haben Mitspracherecht. Partnerschaft ist unser Prinzip und einer der Gründe, warum wir eine so erfolgreiche Bankengruppe geworden sind.

DG BANK
Deutsche
Genossenschaftsbank
B regionale
Zentralbanken
Bausparkasse
Schwäbisch Hall
DG HYP
Deutsche
Genossenschafts-
Hypothekenbank
DFA
Deutsche
Immobilien Fonds AG
Münchener
Hypothekenbank eG
R + V Versicherung
Union-Investment-
Gesellschaft



Volksbanken Raiffeisenbanken

Wir bieten mehr als Geld und Zinsen.

Apel: Keine Freiheit ohne USA

SPD-Politiker betont Zugehörigkeit zum Bündnis / „Grenzen einer Strategie-Debatte“

PETER PHILIPPS, Bonn

Der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende, Hans Apel, hat die grundsätzliche Treue seiner Partei zum westlichen Bündnis unterstrichen und zugleich dazu aufgefordert, alle aktuellen Schritte in der Sicherheitspolitik so zu setzen, „daß sie unsere Westbindung nicht in Frage stellen“. Träume von einem linken Nationalismus seien Alpträume. Und „wir dürfen auch nicht übersehen, daß es das Ziel sowjetischer Politik ist, die feste Koppelung der europäischen und der amerikanischen Sicherheit so weit zu lösen, daß für die UdSSR militärische Optionen in Europa wieder denkbar werden“.

Es sei „völlig unvorstellbar“, schreibt der SPD-Kandidat für das Amt des Berliner Regierenden Bürgermeisters in der Zeitschrift „Außenpolitik“, daß sich die Bundesrepublik Deutschland aus dem westlichen Bündnis herauslöse. Denn Ost und West müßten dann zwangsweise versuchen, in das entstehende politische und militärische Vakuum hineinzurücken. „Es gibt eben keine Bundesrepublik Deutschland, die als Insel der Seligen, losgelöst von den großen Konflikten der Welt überleben könnte.“

Apel greift die aktuelle Diskussion „über die zentrale Aufgabe europäischer Politik“ auf, das europäische Standbein der NATO zu stärken, und bezeichnet die „kontroverse Debatte im Bündnis (als) ein Zeichen der Stärke der Allianz“. Aber diese Auseinandersetzungen fänden „auch im Interesse unserer gemeinsamen Sicherheit ihre Grenzen“. Dies gelte auch für die SPD, deren Vorstellungen zur Sicherheitspolitik auch in der Opposition „an den Realitäten orientiert bleiben“ müßten. Wenn man sich alle Alternativen zur derzeit gültigen NATO-Strategie der „flexiblen response“ vor Augen führe, werde sehr schnell deutlich, „wie wenig Spielraum eine Strategie-Debatte hat, wenn sie nicht doch den Vorwurf auf sich ziehen will, Illusionen an die Stelle von Realitäten zu setzen“. Ohne den Namen zu nennen, erteilt Apel in diesem Zusammenhang auch die Vorstellungen seines Parteifreundes und ehemaligen Staatssekretärs in gemeinsamen Zeiten des Verteidigungsministeriums, Andreas von Bülow, eine eindeutige Absage: Die Vorstellung, „quasi entlang der innerdeutschen Grenze schon in Friedenszeiten eine Art Maginot-Linie zu bauen“, sei „undenkbar“.

Entscheidend sei, niemals zu vergessen, „daß Waffen und Strategien weniger Ursache als Ausdruck von politischen Gegensätzen sind“. Es gehe vor allem darum, Waffen und Verteidigungskonzepte nach ihrer Wirksamkeit für die Abschreckung im Frieden zu beurteilen. Es sei zum Beispiel falsch, Konzepte atomwaffenfreier Zonen an Staatsgrenzen zu binden. Erstens, so Apel, könne man über dieses Thema ohnehin erst dann sinnvoll reden, wenn es im konventionellen Bereich in Europa ein annäherndes Kräftegleichgewicht gebe. Und dann müsse eine atomwaffenfreie Zone in Europa „vom Atlantik bis zum Ural“ reichen.

Wohl vor allem an die Adresse eigener Parteifreunde erinnert Apel an die Notwendigkeit, die Sowjetunion und die USA, den Warschauer Pakt und die NATO zwar in eine „Partnerschaft zur gemeinsamen Sicherheit“ zu bringen, aber den Frieden und die Freiheit könnten die Europäer nur im Bündnis mit den USA erhalten. Deshalb könne auch der „Dialog mit der Friedensbewegung“ könne nicht „im Wolkenskuckucksheim der Illusionen geführt werden“. Unangenehme Tatsachen würden dadurch nicht überwinden, „daß man sie negiert“.

Genscher zu Khadhafi nach Libyen

BERNT CONRAD, Bonn

Bundesaussenminister Hans-Dietrich Genscher wird am 30. April und 1. Mai Libyen besuchen und dabei auch mit Staatschef Muammar Khadhafi zusammentreffen. Ferner sind Gespräche mit dem „zweiten Mann“ des Ölkönigs, Abdul Salam Jalloud, und mit Außenminister Abdullah Treiki vorgesehen.

Eine Einladung für die Reise liegt schon seit längerem vor. Gerade in der gegenwärtigen kritischen Lage im Nahen Osten und am Persischen Golf hält es Genscher für zweckmäßig, auch mit Vertretern des radikalen arabischen Lagers zu diskutieren, ohne dadurch deren politische Ziele aufwerten zu wollen. Neben der Politik werden wirtschaftliche Fragen bei den Gesprächen eine wichtige Rolle spielen. Vermutlich wird eine Industriellendelegation den Außenminister begleiten. Genscher hatte schon einmal im Juni 1979 Libyen besucht. Letzter prominenter Gast aus Tripoli in Bonn war im Juli 1981 Jalloud.

Wenige Tage vor der Libyen-Reise wird Staatsminister Jürgen Möllemann vom Auswärtigen Amt am 26. und 28. April einen Meinungsaustausch mit dem ägyptischen Generalsekretär Khadhafi in Kairo führen. Zu seinen Gesprächspartnern werden Staatspräsident Hosni Mubarak, Außenminister Kamel Hassan Ali und Verteidigungsminister Mohamed Abu Ghasala gehören. Möllemann will ferner an der 100-Jahr-Feier der deutschen Schule der Borromäerinnen in Alexandria teilnehmen.

In Bonn wird es für möglich gehalten, daß Genscher im nächsten oder übernächsten Monat auch Iran besucht. Da die Bundesregierung großen Wert darauf legt, im Golf-Krieg neutral zu bleiben, wird im Zusammenhang mit dieser Reise wahrscheinlich auch auf eine Bonner Einladung an den irakischen Außenminister hingewiesen werden. In Bonn wird darauf hingewiesen, daß der Mittlere Osten besonderer Aufmerksamkeit bedürfe, daß Bonner Politik hier aber besonders behutsam sein müsse.

Die WELT (Ausg. 603-590) ist published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the U.S.A. is US-Dollar 345.00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 540 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Exilpolen haben Existenzangst

Bonner Gesetzesänderung stellt Flüchtlinge mit Asylbewerbern gleich

F. DIEDERICH, Berlin

Die seit Jahresbeginn gültige Änderung des Bundessozialhilfegesetzes hat unter den etwa 10 000 Exilpolen in Berlin für große Unruhe gesorgt, die sich in den vergangenen Tagen in zahlreichen Protestaktionen äußerte. Durch die im Haushaltsbegleitgesetz der Bundesregierung festgehaltenen Neueregungen werden polnische Flüchtlinge mit Asylbewerbern gleichgestellt. Diese neue Situation bedeutet für viele nach Berlin emigrierte Polen Kürzungen oder Wegfall der bisherigen staatlichen Leistungen oder Ausweisung aus ihren Wohnungen, da die Sozialämter der Stadt mit Berufung auf die neuen Richtlinien keine Mietzahlungen mehr leisten.

Nächtelang kampierten deshalb acht Exilpolen in den vergangenen Tagen vor einem Haus im Berliner Bezirk Reinickendorf. Sie wurden aus den Zimmern gewiesen, als die materielle Unterstützung des Sozialamtes ausblieb. Dabei legen die Polen Wert auf die Feststellung, daß sie „Sozialhilfe gar nicht wollen“. Lieber würden sie arbeiten, sagen sie, auch eine schlecht bezahlte Arbeit sei ihnen dabei recht. Die acht Männer leiden wie andere polnische Flüchtlinge unter dem Wegfall der bislang gültigen Regelung, die eine „Duldung“ von Ostblock-Einwanderern vorsah und ihnen ein Aufenthaltsrecht ohne Asylantrag und ohne förmliche Aufenthaltsgenehmigung zubilligte. Im Bedarfsfall erhielten die „Geduldeten“ Sozialhilfe.

Nach den jetzt gültigen Richtlinien sind sie Asylbewerbern aus der gan-

zen Welt gleichgestellt. Um weitere Leistungen zu erhalten, raten ihnen die Berliner Sozialstellen, Asylanträge zu stellen. Die drittgrößte Ausländergruppe in Berlin bringt aber gleich mehrere Gründe gegen einen derartigen Asylantrag vor: Die Antragsteller müssen einer Unterbringung in Sammelunterkünften zustimmen, was viele verweigern, um nicht aus dem gewohnten sozialen Umfeld ihrer Familienwohnung gerissen zu werden. Von der Sozialhilfe steht ihnen dann nur ein Teil des Regelsatzes zu, der zudem aus Schleleistungen und Wertgutscheinen besteht, an Bargeld aber nur ein monatliches Taschengeld von etwa 50 Mark vorsieht.

Außerdem besteht bisher für Polen wie für Asylbewerber eine Arbeitssperre von einem Jahr. Nach dieser Frist dürfen sie zwar eine Arbeit aufnehmen, müssen aber vorab das Arbeitsamt verständigen, das drei Monate lang prüft, ob kein deutscher Arbeitnehmer diese Stelle besetzen kann – eine Regelung, die nach Worten des Vorsitzenden der „Gesellschaft Solidarnosc“ in Berlin, Edward Klimczak, „in den wenigsten Fällen klappt“.

Die Statistik bestätigt dies: Von den rund 10 000 Polen in Berlin haben weniger als zehn Prozent, genau 755, eine Arbeitserlaubnis. Berlins Sozialhilfesenator Ulf Fink (CDU) forderte angesichts der gesetzlichen Situation die bezirklichen Sozialämter auf, „flexibel zu reagieren“ und ihren Spielraum so zu nutzen, daß in begründeten Einzelfällen doch Sozialhilfe „im Ermessenswege“ gezahlt werden kann.

Die einjährige gesetzliche Arbeitssperre will Fink sogar ganz beseitigen. Rückkehrer erhielten bei CDU-Politikern dabei vom Petitionsausschuß des Deutschen Bundestages.

Nach Gesprächen mit Bundesbeitsminister Norbert Blum (CDU) und der Bundesanstalt für Arbeit in Berlin ist die Erwartung, daß „Erleichterungen in der Verfahrenspraxis der Arbeitsämter“ eintreten werden. Als ersten Schritt rechnet die Berliner Sozialverwaltung dabei mit einem Wegfall der Vorschrift, die einen dreimonatigen Vermittlungsversuch der Arbeitsstelle an einen deutschen Arbeiter vorsieht.

Sollten derartige Hemmnisse weiter Geltung besitzen, so flüchtete „Solidarnosc“-Sprecher Klimczak, daß „wir in die Kriminalität gedrängt werden oder Schwarzarbeit suchen müssen“.

Nicht zuletzt wehren sich die Flüchtlinge aus Polen auch gegen einen Asylantrag, weil dieser sie in den Länderverzeichnissen für Asylbewerber einbezieht. Die Polen fürchten dabei, selbst nach Bezug einer eigenen Wohnung in Berlin noch in Sammelhäusern im übrigen Bundesgebiet überstellt zu werden. Erfahrungen haben jedoch gezeigt, daß viele Polen gar nicht an einem längerfristigen Bleiben in der Bundesrepublik interessiert sind. Sie nutzen ihren Aufenthalt, um zum Teil durch Schwarzarbeit materielle Vorteile zu erlangen, und kehren dann häufig nach Polen zurück. Diese Entwicklung will wohl auch die Gesetzgebung verhindern.

Keine Rüstungs-Beschränkung mehr?

Entsprechender Antrag aus Bonn wird erwartet / WEU-Sitzung am 24. Mai

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Die völkerrechtlichen Beschränkungen, die der Bundesrepublik die Fertigung weitreichender Raketen, Kriegsschiffen von mehr als 3000 Tonnen Wasserverdrängung und Bombenflugzeugen für strategische Zwecke verbieten, sollen in den nächsten Monaten aufgehoben werden. Sie sind Teil der Pariser Verträge vom 23. Oktober 1954, mit denen die Bundesrepublik auch ihren Beitritt zur Westeuropäischen Union (WEU) erklärte, der darüber hinaus Frankreich, Großbritannien, Italien und die Benelux-Staaten angehören.

Gegenwärtig wird in der WEU und in der NATO das Verfahren abgewerkt, das zur Aufhebung dieser Rüstungsbeschränkungen führen soll. In Bonn wird damit gerechnet, daß das Bundeskabinett einen entsprechenden Antrag an die WEU innerhalb der nächsten Wochen beschließen wird. Dazu ist auch die Zustimmung des zuständigen Obersten NATO-Oberbefehlshabers erforderlich. Dies schreibt die Anlage I des

WEU-Protokolls III über die Rüstungskontrolle vor. Auch damit wird gerechnet, so daß wahrscheinlich bereits auf der Sitzung des WEU-Außenministerrates am 24. Mai die Zustimmung der anderen WEU-Staaten zur Aufhebung der Beschränkungen zu erwarten ist.

Am Ende dieser Sitzung übernimmt die Bundesrepublik den Vorsitz in der WEU für ein Jahr. Sie wird deshalb bei der Jubiläumsfeier aus Anlaß ihres 30-jährigen Bestehens, die voraussichtlich am 26. und 27. Oktober in Paris stattfinden wird, die institutionelle Verantwortung für eine seit Monaten auf diplomatischen Kanälen vorangetriebene Fortentwicklung der WEU tragen. An der Pariser Sitzung werden neben den Außenministern auch die Verteidigungsminister aus den sieben Staaten teilnehmen. In London einigten sich schon Ende März die Mitgliedsländer auf höchster Beamtenebene auf bestimmte Ausbaumaße für die WEU. Neben der Aufhebung der Rüstungsbeschränkungen für die Bundesrepublik geht

es um mehr Kompetenzen für den WEU-Rat und um neue Aufgaben für das Rüstungskontrollamt.

Bundesaussenminister Genscher hatte kürzlich als Stärkung des „europäischen Pfeilers“ der NATO eine „vertiefte sicherheitspolitische Zusammenarbeit“ im WEU-Rahmen in Aussicht gestellt. Konkret heißt das nach Auskunft zuständiger Bonner Stellen, der WEU-Rat werde künftig das Instrument sein, mit dem der europäische Teil der NATO sich zu sicherheitspolitischen und strategischen Fragen eine Meinung bilden, um dann mit einer Stimme sprechen zu können. Die WEU-Mitgliedsländer erhoffen sich davon die Chance, die Koordination der Sicherheitsinteressen mit den USA und Kanada innerhalb der NATO noch wirkungsvoller zu gestalten.

Unberührt von der geplanten Aufhebung der Rüstungsbeschränkungen für die Bundesrepublik bleiben die Restriktionen bei den ABC-Waffen. Für sie strebt Bonn keine Änderungen der Pariser Verträge an.

INVA 2 43

Mit dem Doppelanschluß sind Sie immer erreichbar.

Auch wenn Ihre Frau gerade per Telefon einkauft.

Was man heute alles so per Telefon erledigen kann... Eben mal schwere Sachen bestellen, damit sie ins Haus geliefert werden. Schnell mal nachfragen, wie es Mutter oder Freundin geht. Sich anmelden, wo es möglich ist, damit man nicht zu warten braucht. Und auch für die Kinder gibt es wichtige Anlässe, schnell mal zum Hörer zu greifen. Wenn Sie dafür Telefon noch geschäftlich nutzen müssen, reicht ein einziger Telefonanschluß nicht mehr aus. Obigens hat die Post die Grundgebühren für den Doppelanschluß gesenkt. Sie zahlen jetzt für den zweiten Anschluß nur noch 13 DM (also für beide Anschlüsse zusammen 40 DM statt bisher 54 DM). Und die einmalige Anschlußgebühr beträgt für den zweiten Anschluß nur noch 100 DM (statt bisher 200 DM). Ein zusätzlicher Vorteil: Sie haben auch für den zweiten Anschluß 20 Gebühreneinheiten frei!

INVA 2 43

Für die Sicherheitsbehörden war dieser mutmaßliche erste Wiederauftritt der RAF-Reste nach einem halben Jahr zurückgezogenen Daseins im Untergrund Anlaß, eine neue Öffentlichkeitsfahndung zu organisieren. Selbst wenn der „harte Kern“ nur noch etwa sechs bis acht Terroristen zähle, so ein Sprecher des Bundeskriminalamtes, sei nach wie vor die Mithilfe und Aufmerksamkeit der Bevölkerung im Kampf gegen den Terrorismus erforderlich. Der Aufruf zur Mithilfe dürfte aber keineswegs als Signal eines antimilitärischen befürchteten Wiederaufstiehs des Terrorismus der siebziger Jahre in Deutschland interpretiert werden. Bei den Sicherheitsbehörden geht man davon aus, daß „ein großer Teil“ der Gesuchten sich derzeit „passiv“ verhält und nur unter schärfstem Druck zur Rückkehr an die RAF-Front bewegt werden könne.

Tip aus der Bevölkerung

Stille Hoffnung in der Polizei ist dabei eine Erfahrung früherer Plaktfahndungen. Vor einem Jahr schnappten Fahnder nach einem Tip aus der Bevölkerung auf dem Darmstädter Bahnhof die verhältnismäßig neu zur RAF gehörende Gisela Dutzi aus Mannheim. Die 36-jährige technische Zeichnerin war nach den tödlich verunglückten Julian Plambeck und Wolfgang Beer 1980 für die RAF gewonnen worden. Fünf Monate zuvor

hatten mobile Einsatzkommandos der Bundesländer mit BKA-Zieleinheiten im November 1982 das Trio Brigitte Mohaupt, Adelheid Schulz und Christian Klar verhaftet. Die gleichzeitig entdeckten zahlreichen Erdverstecke der Bande zerstörten sie etwa 90 Prozent der RAF-Logistik.

Führende Anhänger der Roten Armee Fraktion* tauchten im Nahen und Mittleren Osten unter. Sie blieben passive RAF-Mitglieder, arbeiteten für die „Befreiungsbewegung“ der Dritten Welt und ließen sich von Zeit zu Zeit für bewaffnete Aktionen der Palästinenser, so bei einem Hotelüberfall in Kairo, und anderen arabischen Staaten anwerben.

Nach wie vor rechnet die Polizei Inge Viett, die ehemalige Kindergärtnerin aus Berlin-Wedding, zu den führenden RAF-Mitgliedern. Mit 40 Jahren ist die zierliche Frau Bandenälteste unter den weiblichen Mitgliedern. Sie hält sich nach Erkenntnissen der Sicherheitsbehörden im Südjemen auf. Neben ihr bringt die aus Mainz stammende Christa Eckes die meiste Erfahrung im Untergrundkampf mit. Die heute 34-jährige hatte nach der Verhaftung Ulrike Meinhofs und Andreas Baeders in Hamburg die neue RAF aufgebaut. Nach siebenjähriger Haft schloß sie sich 1981 sofort wieder der diesmal von Brigitte Mohaupt reorganisierten Gruppierung an. Der Hydra waren alte Köpfe nachgewachsen.

Paris blieb hart

Weinrich war 1975 auf dem Pariser Flughafen Orly an einem mißlingenden Raketenüberfall auf ein israelisches Flugzeug beteiligt. Nach seiner Ausweisung beschränkten sich die deutschen Behörden darauf, ihn zu beobachten. 1977 ging er endgültig aus dem Frankfurter Westend in den Untergrund als mutmaßlicher „Chef der RZ“, so die damalige polizeiliche Feststellung. Seine Lebensgefährtin Magdalena Kopp, eine Fotografin aus Ulm, folgte ihm.

Heute wissen französische Sicherheitsbehörden, warum „Carlos“ nach der Verhaftung der 36-jährigen in Paris unverhältnismäßig ruhig reagiert. Der Arztsohn aus Venezuela steht der Sprengstofftransporteurin „sehr nahe“ (ein Polizeisprecher). Ihretwegen verließ er anscheinend sein siebenjähriges Versteck und forderte am 27. Februar 1982 die französische Regierung ultimativ auf, Magdalena Kopp freizulassen. Die Regierung ließ sich trotz mehrerer Sprengstoffanschläge auf den Eisenbahnverkehr nicht erpressen. Der Bombenanschlag auf das französische Kulturzentrum „Maison de France“ in West-Berlin soll neuen Erkenntnissen zufolge ebenfalls auf das Konto „Carlos-Weinrich“ gehen. Die deutsche Freundin des südamerikanischen Gangsters verblüht bis 15. Februar 1986 eine vierjährige Freiheitsstrafe.

„Besser weniger Lohn als keine Arbeit“

AP, Rheinberg

Eine Gewerkschaft des Rheinberger Krankenhauses will die angebliche Wochenarbeitszeitverkürzung nicht einfach hinnehmen. Um das katholische Sankt-Nikolas-Krankenhaus der Gemeinde am Niederrhein vor dem finanziellen Zusammenbruch zu bewahren, hat der Sachverwalter Karl Küppers den rund 130 Mitarbeitern der Klinik die Einführung der 35-Stunden-Woche bei entsprechendem Lohn- und Gehaltsverzicht vorgeschlagen. Bei der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV), die in der laufenden Tarifrunde für eine wöchentliche Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich eintritt, stoßen diese Pläne auf scharfen Protest.

Die Reaktion des Klinikpersonals in dieser Frage ist gespalten: Nach Angaben eines Sprechers der Mitarbeitervertretung (MAV) des Krankenhauses sind bislang 33 Pfleger, medizinisch-technische Assistenten und

Küchenhilfen einer Verkürzung ihrer Arbeitszeit und dem damit verbundenen Einkommensverzicht zugestimmt, „um ihre Arbeitsplätze zu erhalten und abzusichern“. Die 35 in der ÖTV organisierten Mitglieder des Krankenhauses sind allerdings bislang dem Aufruf der Gewerkschaft gefolgt und haben ihre Zustimmung zu dem „unseriösen Angebot“ verweigert.

Vor einigen Monaten hatte das Münsteraner Generalvikarats Kippers als Sachverwalter in Rheinberg eingesetzt, um das seit Jahren an einer chronischen Kostenunterdeckung leidende Hospital zu sanieren. Küppers stellte eine Bettenunterbelegung von etwa 25 Prozent und einen starken Personalüberhang fest. Neben einer Vorrückstellungsregelung bot der Sanierer deshalb insbesondere „Doppelverdienern“ unter seiner Belegschaft die 35-Stunden-Arbeitswoche bei entsprechendem Einkommensverzicht an.

Die Mitarbeitervertretung zog dabei mit. „Bevor wir Entlassungen in Kauf nehmen, haben wir der Arbeitszeitverkürzung mit Einkommensverlusten bei einer einvernehmlichen Regelung zugestimmt“, berichtet Kladders, Vorsitzender der Mitarbeiterversammlung.

Dagegen kündigte der nordrhein-westfälische ÖTV-Sprecher Jürgen Martin in Düsseldorf an, die Gewerkschaft werde sich diesem „offenen Appell zum Lohnverzicht“ unter keinen Umständen anschließen. Martin warnte die Arbeitgeber davor, die Wochenarbeitszeitverkürzung als „Instrument zur Einkommenssenkung“ zu mißbrauchen.

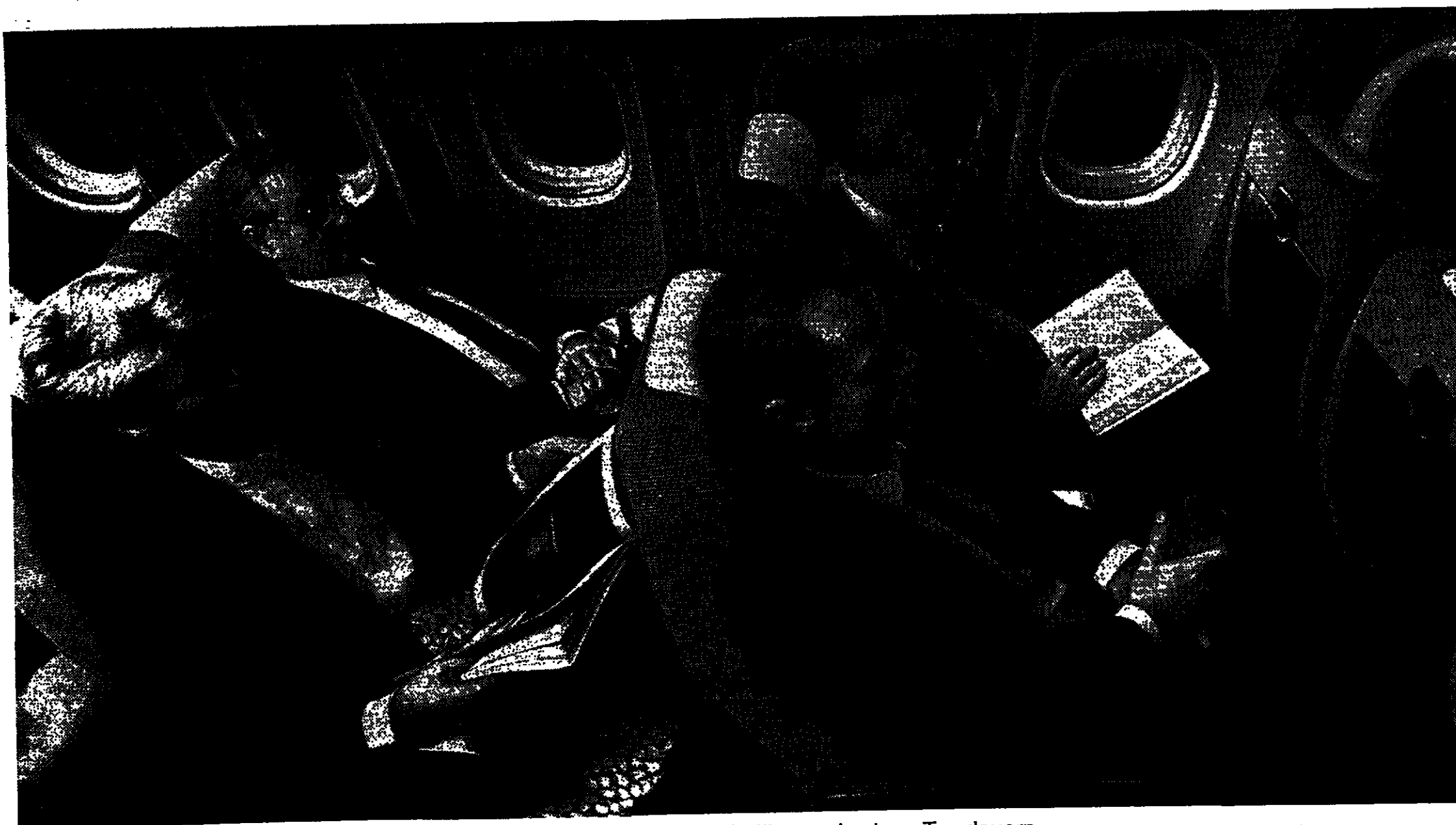
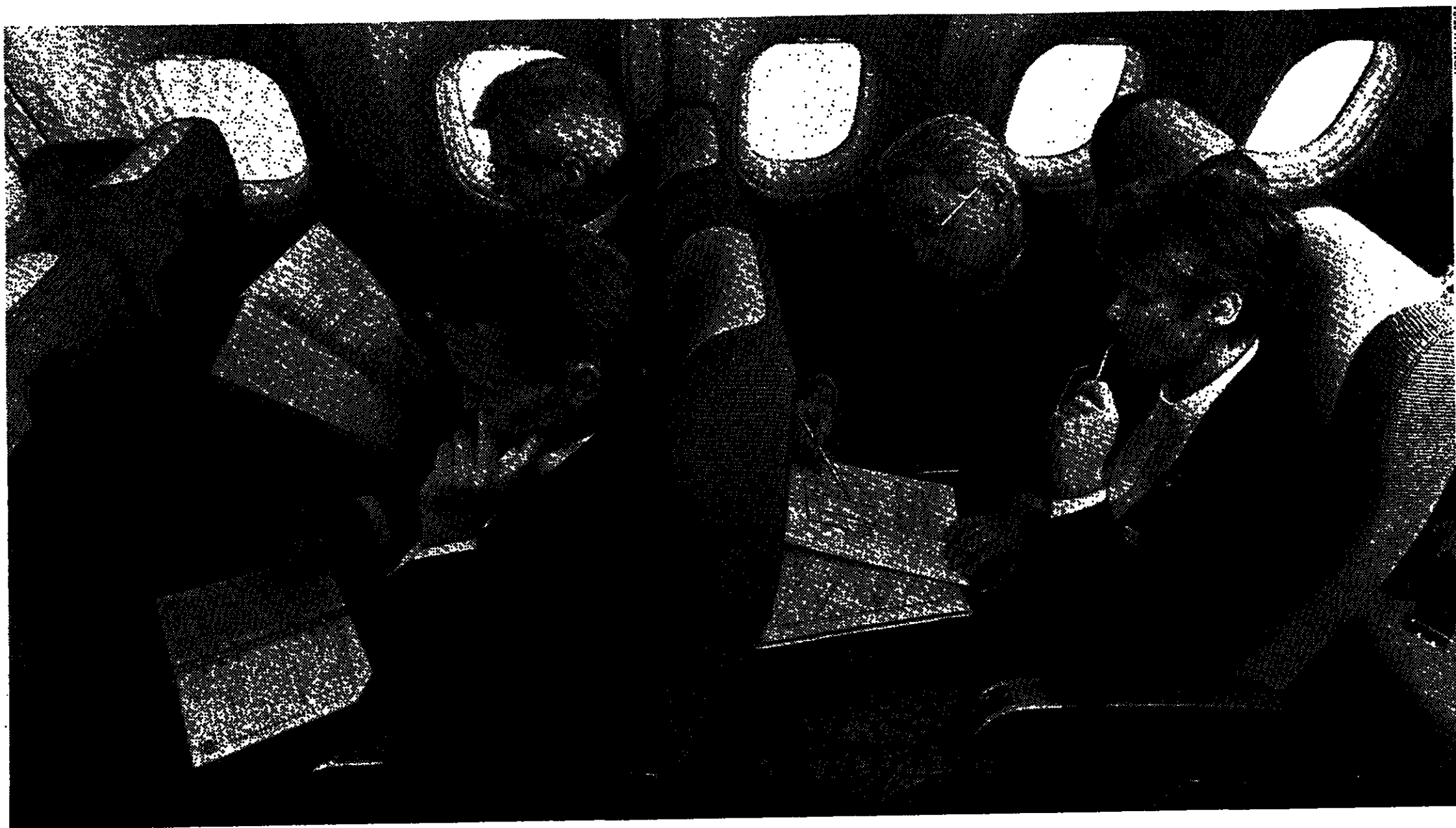
„Man könnte auf den Gedanken kommen, daß in dem Rheinberger Krankenhaus die Wochenarbeitszeit bei Einkommensverzicht für einen ganzen Tarifbereich festgeschrieben werden soll“, erklärte Martin. Dabei werde die Gewerkschaft nicht mitmachen.

Eine Telefonnummer ist gut - zwei sind besser.



ngst

**Ob Termine in der Oxford Street oder an den Champs-Élysées.
Sie sind zum Abendessen wieder zu Hause.**



rhel

Unser Europa-Flugplan ist so aufgebaut, daß viele Geschäftsreisen nicht länger als einen Tag dauern.



Der Unterschied ist Lufthansa

Fragen Sie Ihr Reisebüro mit Lufthansa-Agentur

Denktasch gibt UNO-Plan für Zypern keine Chance

Statt dessen Referendum und Wahlen angekündigt

E. ANTONAROS, Athen
UNO-Generalsekretär Javier Pérez de Cuéllar hat erneut einen Anlauf unternommen, um seine jüngste Friedensinitiative für Zypern zu retten und die endgültige Teilung der Mittelmeerinsel abzuwenden. Er schickte den argentinischen Spitzendiplomaten Hugo Gobbi mit der Weisung nach Nikosia, diesen Gordischen Knoten zu durchschlagen und die seit Monaten ruhenden Direktkontakte zwischen Griechen und Türken zu aktivieren. Gobbi, der noch bis vor vier Monaten als Sonderbeauftragter der Vereinten Nationen auf Zypern stationiert war, hat bereits Gespräche mit Zyperns Staatspräsidenten Spyros Kyprianos und dem türkischen Volksgruppenführer Rauf Denktaş geführt.

Angesichts der diplomatischen Brisanz seiner Mission hält sich Gobbi mit Äußerungen über seine bisherigen Beratungen zurück. Aber aus seiner Umgebung verlautet, daß ihm die ablehnende Haltung der Inseltürken größte Sorgen bereitet. „Die Aussichten auf eine Annäherung, geschweige denn auf eine Verständigung sind zur Zeit nicht sehr groß“, sagte einer seiner Berater.

Denktasch hat sich bisher beharrlich geweigert, eine konkrete Antwort auf den schriftlich noch nicht festgehaltenen Plan des Generalsekretärs abzugeben. Statt dessen hat er völlig überraschend die Abhaltung eines Verfassungsreferendums für den 19. August angekündigt. Dieser Volksentscheid soll die Ausrufung der „Türkischen Republik von Nordzypern“ vom November 1983 besiegeln, die bisher völkerrechtlich nur von der Türkei anerkannt worden ist. Denktaş kündigte außerdem Parlamentswahlen für die „Nationalversammlung“ seiner Teilrepublik an. Gestern haben die Türkei und die „Türkische Republik von Nordzypern“ Botschafter ausgetauscht.

Einfrieren vorgeschlagen

Diese Entscheidungen verstoßen nach Ansicht unabhängiger Diplomaten in Nikosia gegen die Empfehlungen von Pérez de Cuéllar. Er hatte nämlich unter anderem vorgeschlagen, daß die Türken auf ein „Einfrieren“ ihrer Unabhängigkeitsbestrebungen eingehen sollten. Im Gegenzug würden die Inselgriechen auf die Forderung nach einer formellen Rücknahme dieser Proklamation verzichten und sich gleichzeitig ver-

pflüchten lassen, die UNO oder andere internationale Organisationen zur Verurteilung der Türkei und der Inseltürken anzureuern.

Kyprianos hatte in mehreren Unterredungen mit dem Generalsekretär diese Punkte „im Prinzip“ und unter der ausdrücklichen Bedingung angenommen, daß die Türken ebenfalls wie von Pérez de Cuéllar vorgeschlagen an die UNO zurückgehen würden. Dorthin könnten etwa 40 000 griechische Flüchtlinge übersiedeln. Erst dann sei der Weg für die Direktgespräche frei.

Türken nach Famagusta

Denktasch bezeichnete die Vorschläge als „zu griechenfreundlich“ und drohte damit, türkische Siedler in den bisher unbewohnt gebliebenen griechischen Sektor Famagusta zu verdrängen. Kurz darauf folgte die Bekanntgabe der beiden Wahltermine, die von westlichen Diplomaten in Nikosia als eine Quasi-Ablehnung der UNO-Vorschläge verstanden wurde.

Auf Denktaş' Schachzüge haben die Griechen, sowohl in Nikosia wie auch in Athen, mit Empörung reagiert. Kyprianos vermutete ein „Scheitern dieser verheißungsvollen Initiative“ und wies auf „die kompromißlose Haltung der Türken auf der Insel“ hin. Der griechische Premier Papandreu, der den Staatschef Zyperns am 2. Mai zu einem Gespräch empfangen will, ging ein paar Schritte weiter: Während einer Rede am vergangenen Wochenende sprach er unverblümt von „einem bereits erfolgten Scheitern der UNO-Initiative“ und forderte Pérez de Cuéllar auf, „endlich öffentlich und ohne Umschweife zu sagen, welche Seite die Verantwortung für das Scheitern auch dieses Friedensanlaufs trägt“.

Während der Sinn dieses ungewöhnlich undiplomatisch formulierten Frontalangriffs von Papandreu vielen Beobachtern ein Rätsel ist und sogar die konservative Opposition in Athen zu einer kritischen Äußerung veranlaßt, verfolgt Gobbi konkrete und praktische Ziele: Ihm geht es vorrangig darum, die türkischen Schritte in Richtung Unabhängigkeit zu stoppen und Denktaş zu einer verbindlichen Antwort auf das UNO-Friedenspaket zu bringen. In Nikosia herrscht der Eindruck vor, daß im Fall eines Scheiterns dieser Vermittlungsaktion die Teilung der Insel praktisch perfekt wäre. (SAD)

„Moskau nutzt in Afrika Schwäche des Westens aus“

Internationale Tagung der Hanns-Seidel-Stiftung

MONIKA GERMANI, Kreuth
Die geostrategische Bedeutung Südafrikas werde für den Westen in den kommenden Jahren zunehmen, sagte Jürgen Schwarz von der Hochschule der Bundeswehr auf einer internationalen Tagung der Hanns-Seidel-Stiftung. Experten, Offiziere und Politiker aus Europa, den Vereinigten Staaten und dem südlichen Afrika waren in Wildbad Kreuth zusammengekommen, um das Thema „Ostblockpolitik im südlichen Afrika“ zu erörtern.

Schwarz wies auf die Wichtigkeit Südafrikas in der Energieversorgung Europas hin, da 70 Prozent der Erdöllieferungen für Westeuropa um das Kap der Guten Hoffnung führen. Für die Rohstoffe der Region (Gold, Chrom, Mangan, Uran, Platin) gäbe es derzeit – außer in der UdSSR – keinen Ersatz. Die Erweiterung des Schiffsverkehrs und verstärkte europäische Handelskontakte mit Ostasien steigerten die Bedeutung der Kap-Route. Stärke und Präsenz der Sowjetunion auf allen Weltmeeren als Machtdemonstration habe der Westen vor Jahren unterschätzt. Westeuropas außenpolitische Interessen würden durch die drohende Haltung der Sowjets beeinträchtigt. Es erhebe sich für die NATO die Frage, ob die Sicherheit Zentraleuropas, besonders im Südatlantik, noch ausreichend sei.

Alexander Alexiev von der Rand Corporation in Santa Monica/Kalifornien verglich die Sowjetunion mit einem Hoteldieb, der eine offene Zimmertür als gute Gelegenheit ergreift. „Moskau habe vielleicht kein unmittelbares Konzept in seiner Afrikapolitik, ergreife aber jede Gelegenheit, die Schwäche des Westens auszunutzen. Der Einsatz von Ostblock-Hilfstruppen und Kubanern schließe das Risiko einer eventuellen Konfrontation mit den USA aus.“

Strategie geändert

Nach jedem politischen Umsturz beginne nach den Worten Alexievs der Aufbau einer kleinen kommunistisch-leninistischen Parteielite mit starken Bindungen zur Bruderpartei in Moskau. Diese Strategie verfolgten die Sowjets bereits seit den sechziger Jahren. Noch in den sechziger Jahren habe die Politik Chruschtschows Einfluß auf die Länder der Dritten Welt durch friedliche Überzeugung zu gewinnen, nur Rückschläge erlitten.

Alexiev sieht in der Abhängigkeit der kommunistischen Parteien eine Möglichkeit der Sowjetunion zur

wirtschaftlichen Ausbeutung wie nach dem Zweiten Weltkrieg in Mitteleuropa. Diese Länder würden sozialisiert und in den totalen Bankrott getrieben. Der Westen helfe indirekt. Ein Beispiel sei die Gulf Oil in der angolanischen Exklave Cabinda, die 80 Prozent der angolanischen Devisen einbringe, ebenso die Bezahlung Südafrikas an seine mosambiquanischen Gastarbeiter. Beide Deviseneinkommen würden für die Finanzierung sowjetischer Waffenlieferungen benötigt.

Mit Vorsicht ist nach Ansicht Alexievs auch der Vertrag zwischen Mosambik und Südafrika zu beurteilen; es müsse sich erst beweisen, ob er von Dauer sei.

Nationaler Sozialismus

Für die Sowjets sind nach den Worten des südafrikanischen Brigadegenerals Erasmus, Mittelamerika, das südliche Afrika und der Persische Golf von größter Bedeutung. Die Unterstützung der sogenannten „Befreiungsbewegungen“; die Einführung eines nationalen Sozialismus und schließlich die Gründung einer Volksrepublik verschafften den Sowjets die Kontrolle in Afrika.

Über die schwarzen Gewerkschaften versuche die UdSSR die „Befreiungsbewegungen“ zu infiltrieren. Doch habe Südafrika die Lage fest im Griff. Durch das Verbot der kommunistischen Partei, auch durch die Tatsache, daß die Schwarzen schwer zu überzeugen seien, die demokratische Grundlage der Gewerkschaften würde nach Meinung von Nic Wiehahn von der Universität Südafrika ein Gegengewicht geschaffen.

Henning von Loewis of Menar von der Konrad-Adenauer-Stiftung wies in seinem Referat nach, wie eng die Kontakte der Kommunistischen Partei Portugals mit der regierenden MPLA in Angola seit ihrer Gründung seien; er schilderte den Weg der ehemaligen portugiesischen Kolonie in eine marxistische Volksrepublik.

Das zu verhindern, so Katuuri Kau, der außenpolitische Sprecher der Demokratischen Turnhallen Allianz (DTA) in Windhoek, sei das Ziel der Vier-Parteien-Konferenz. Namibia wolle die Unabhängigkeit, ohne der nächste Domino der Sowjets zu werden. Kau warf vor allem der Bundesrepublik vor, durch eine einseitige Anerkennung der Swapo und Sam Nujomas in Bonn „die falschen Ziele“ bei der Lösung zu verfolgen.

Haft für Leipziger Demonstranten

rrt, Berlin

Drei Mitglieder der unabhängigen „DDR“-Friedensbewegung sind nach Angaben ihres westdeutschen Freundeskreises am vergangenen Dienstag von einem „DDR“-Gericht wegen „Rowdytums“ zu Haftstrafen zwischen acht Monaten und zwei Jahren verurteilt worden. Wie ihre Freunde am Dienstag weiter mitteilten, hatten die Verurteilten im November letzten Jahres mit etwa 20 anderen Personen anlässlich der Eröffnung der Leipziger Dokumentarfilmspiele mit Kerzen vor einem Kino demonstriert.

Das Gericht habe den 21-jährigen Sven-Thomas Wetzig zu zwei Jahren Freiheitsstrafe und das gleichaltrige Ehepaar Patrick und Anke Castillo zu einjähriger Haft und acht Monaten Haft verurteilt, hieß es weiter. Für Anke Castillo, die ein Kind erwarte, sei die Strafe für ein Jahr zur Bewährung ausgesetzt worden. Bereits im Januar waren nach Angaben des Freundeskreises zwei andere Jugendliche aus Leipzig, Bettina Mühlberg und Olaf Schubert, zu Haftstrafen von zehn beziehungsweise 14 Monaten verurteilt worden. Beide hatten sich ebenfalls an der Demonstration im November beteiligt. Damit hat sich erneut gezeigt, daß die „DDR“ entgegen früheren Andeutungen gegenüber der Friedensbewegung sehr scharf reagiert.

Hanoi zerstört Lager der Khmer

Kämpfe im Thai-Grenzgebiet weiten sich aus / 35 000 flohen / Bangkok protestiert

CHRISTEL PILZ, Bangkok

Sie kommen zu Fuß oder mit ihren Fahrrädern, sie schleppen mit, was irgend möglich ist: Kochgeschirr auf den Köpfen, Babies in den Armen, Schweine und Hühner an einer Schnur nachziehend. Mehr als 35 000 Kambodschaner zählte der jüngste Flüchtlingsstrom, der einer intensiven Artillerieattacke vietnamesischer Truppen auf ihr Lager entkam, das sie Ampil nannten und das dem Widerstandsführer Son Sam unterstand. Mehr als 40 Menschen sollen bei der Attacke zum Teil verwundet, zum Teil tödlich getroffen worden sein.

Seit Sonntag sitzen die Vietnamesen in Ampil, die Kambodschaner campieren, vier Kilometer entfernt, in der Nähe des thailändischen Distrikthauptstädtchens Ta Praya. Thailändisches und internationales Hilfspersonal eile an die Grenze.

Es ist dies ein Krieg, in dem die vietnamesischen Besatzungstreiber keine Schonung ziviler Stätten kennen. Für Hanoi Strategen sind all diejenigen Rebellen und Verräter, die sich ihrer Vorherrschaft nicht beugen wollen, Frauen und Kinder miteingeschlossen. Um sie entweder auszurotten oder endlich zur Kapitulation zu zwingen, hat Hanoi jetzt zu schweren Waffen gegriffen – dank des Nachschubs aus der Sowjetunion.

Zum ersten Mal seit ihrem Einmarsch Ende 1978 kämpfen die Viet-

namesen unter massivem Einsatz von Artillerie und Panzern. Aus Entfernungen von 20 bis 30 Kilometern feuern sie ihre Geschütze auf die Grenzlager des kambodschanischen Widerstandes, auf zivile Siedlungen und militärische Positionen. Erst dann ziehen Bodentruppen nach, um die Positionen einzunehmen, und je nach deren strategischer Wichtigkeit, sich zu verschanzen.

Die von Bangkok Beobachtern seit langem erwartete Trockenzeitoffensive begann am 25. März, als zwischen 400 und 600 Mann der vietnamesischen Truppen, unterstützt von vier bis sechs Panzern, bis zu fünf Kilometer tief auf thailändisches Territorium eindringen. Zehn Tage dauerte es, bis die thailändischen Streitkräfte die Eindringlinge zurückgeschlagen hatten. Den Vietnamesen ist es zwar gelungen, das in diesem Gebiet angesiedelte Hauptquartier Nord der Roten Khmer zu zerstören und größere Mengen von Waffen zu erbeuten. Doch die Guerrilla-Kämpfer zogen ins Hinterland. Sie werden ihre Bambushütten an anderer Stelle aufbauen und ihren Kampf weiterführen.

Gleiches gilt für die Widerstandsgruppen, die von Son Sam und Prinz Sihanouk geführt werden. Die Vietnamesen können ihre Lager zerstören, ihren Nachschub erschweren. Was sie nicht mehr können, ist die Niederschlagung des Kampfes selbst.

Denn der herrscht heute im ganzen Land, mit wachsender Intensität. Hanoi Truppen können nirgends mehr sicher sein. Eben diese Situation erklärt ihre massive Offensive, die offenbar erst im Anfang steckt. Dabei fällt auf, daß die Vietnamesen ihre Grenzübertretungen, erstmals koordinieren. Während sie das Son-Sam-Lager Ampil überrannten, nahmen andere Vietnam-Einheiten zwei weitere Grenzpositionen der Roten Khmer unter Artillerieattacke.

Weiter im Nordosten attackierten sie das Lager Ban Taweng der Roten Khmer und drangen erneut tief auf thailändisches Gebiet ein. Als ein Aufklärungsflugzeug der thailändischen Luftwaffe vom Typ L 19 die Grenzregion überflog, wurde es abgeschossen. Die Maschine stürzte zwei Kilometer von der Grenze entfernt auf thailändischem Boden ab. Ein Armeefotograf wurde tot geborgen. Die beiden Piloten werden vermißt. Bangkok hat gestern gegen den Abschluß protestiert. Hanois Botschafter weigerte sich jedoch, die Note entgegenzunehmen.

Die Grenzkämpfe der letzten Tage haben die thailändische Regierung in ihrer Entschlossenheit bestärkt, ihre Luftwaffe mit dem amerikanischen Kampfflugzeug des Typs F 16 auszurüsten. Die generelle Zusage der USA liegt vor; Präsident Reagan hat auch die sofortige Lieferung von 40 Panzern des Typs M 48 zugesagt.

CDU-Frauen kritisieren die Familienpolitik

GISELA REINERS, Bonn

Deutliche Kritik hat die Vorsitzende der Bundesfrauenvereinigung der CDU, Helga Wex, an den „Stuttgarter Leitsätzen“ ihrer Partei geübt. Sie bemängelt das Fehlen einer eindeutigen Aussage zur Verwirklichung der Gleichberechtigung von Mann und Frau, stellt klar, daß Familienpolitik kein Anhängsel von Bevölkerungspolitik sein könne und fordert die Verankerung des Umweltschutzes als Staatsziel im Grundgesetz.

Frau Wex kritisiert mit ungewöhnlich offenen Worten das Fehlen wichtiger oder das Setzen falscher Akzente in den „Stuttgarter Leitsätzen“. In dem Entwurf der Leitsätze, mit denen auf dem Stuttgarter Parteitag Deutschlands Zukunft als moderne und humane Industrienation „gesichert werden solle, werde darauf verzichtet, die Gleichberechtigung als ein Gestaltungsmerkmal der sozialen Marktwirtschaft“ zu definieren. Jedoch gehöre Partnerschaft zu den „grundlegenden ordnungspolitischen Elementen der Sozialen Marktwirtschaft“. Gegenwärtige Probleme dürften nicht zu Lasten der Frauen gelöst werden, weil „dies langfristig den sozialen Konsens gefährden würde“. Familienförderung solle zu einer Gesellschaft mit menschlichen Gesicht führen, und zwar unabhängig von der Kinderzahl.



Mit uns baut man auf Sicherheit – Bayer-Silicone

Ein Beispiel von vielen:

Bayer-Silicone und die Idee der zuverlässigen Dichtstoffe:

Ob Glas mit Metall, Glas mit Glas, Kunststoff mit Metall oder Metall mit Metall, überall halten

Silicon-Dichtstoffe höchsten Beanspruchungen stand, sind dauerhaft elastisch und sicher vor Reißbildung.

Was Bayer-Silicone mit der langjährigen Erfahrung ausführen können. Schreiben Sie uns. Wir bringen...

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Mediziner im Atomkrieg

„Agitationsmediziner“: WELT vom 2. April
 Sehr geehrter Herr Jentsch, mit Interesse habe ich Ihre Glosse Agitationsmediziner gelesen, die gleichzeitig den Zweck zu erfüllen hatte, über den 4. Medizinischen Kongreß zur Verhinderung eines Atomkrieges zu berichten. Ich bin, wie offenbar auch Sie - Gegner jedes Atomkrieges, ich bin außerdem - wie Sie vermutlich nicht - Arzt, ich gehörte nicht zu den 5000 Teilnehmern des Kongresses, aber ich bin durchaus dafür, daß etwas zur Verhinderung eines Atomkrieges getan wird. Ob auch Sie dafür sind, geht aus Ihrem Artikel nicht hervor. Dankenswerterweise präzisieren Sie aber die Darstellung des Präsidenten der Bundesärztekammer zum Problem der ärztlichen Hilfsmöglichkeiten für den Fall eines Atomkrieges. Nach Ihrer Schilderung meint Herr Kollege Dr. Vilmar, daß in einem solchen Fall organisierte ärztliche Hilfe nicht möglich ist.

Nun muß ich Ihnen daran anschließenden Worten nachdrücklich widersprechen: ohne Zweifel war der Zweite Weltkrieg eine blutige, grausame und bisher ungekannt fürchterliche Auseinandersetzung, an der die Mehrzahl der Völker unserer Erde beteiligt war. An seinem Ende war sich die Menschheit einig: das darf sich

nicht wiederholen! - Auf allen Schlachtfeldern aber und in allen bombardierten Städten gab es bis zum letzten Kriegstage eine funktionstüchtige, organisierte ärztliche Hilfe! Ich selbst habe dabei mitgewirkt und mir ist bis heute auch von der Seite unserer damaligen Kriegsgegner kein Fall bekanntgeworden, der von einem Zusammenbruch der ärztlichen Hilfe hätte künden müssen.

Im Unterschied dazu bedeutet die Stellungnahme des Präsidenten Dr. Vilmar, daß es keinen Sinn hat, für den Fall eines Atomkrieges ärztliche Hilfe zu organisieren! Sollte man aber nach Ihrer Meinung denen folgen, die statt der ärztlichen Hilfe offenbar etwas ganz anderes organisieren wollen?

Mit freundlichem Gruß
 Dr. med., Dr. sc. pol. Horst Götzig,
 Göttingen

*** Leserbrief: Mediziner im Atomkrieg; WELT vom 2. April**

Sehr geehrte Damen und Herren, Das Leben ist kurz, die Kunst ist lang, der rechte Zeitpunkt ist knapp bemessen, der Versuch ist trügerisch, die Entscheidung ist schwierig. Man muß aber darauf sehen, daß man nicht nur in eigener Person das Erforderliche tut, sondern auch der Kranke und die Assistenten, und daß auch die äußeren Umstände dem entspre-

chen.“ So lautet Aphorismus I aus dem Aphorismen-Buch des Hippokrates aus der Zeit um 400 v. u. Z.

Das berufliche Ethos des Arztes besteht darin, seine „ganz Kunst“ in den Dienst des Menschen zu stellen. Daß Ärzte „auch im Atomkrieg Hilfe leisten müssen“, ist für jeden Arzt selbstverständlich. Dazu bedarf es keiner „Belehrung“ eines Herrn Kroll-Schlüter, MdB. Der erfahrene Arzt bedarf auch keiner „Weiterbildung“ in Sachen „Katastrophenmedizin“.

Wenn der Atomkrieg - wie der „Prophet“ Dr. Franz Alt voraussagt - „nur Tote hinterläßt“, käme ja jede ärztliche Hilfe ohnehin zu spät. Um die Toten zu begraben, bedarf es keines Arztes mehr!

Der Eid des Hippokrates ist kein Eid für das Leben eines Individuums, sondern für das Leben des Menschen, d. h. der Menschheit.

Mit freundlichem Gruß
 Dr. G. Winkler,
 Hamburg 55

*** Die Kritik von Dr. Franz Alt nehme ich sehr ernst, jedoch möchte ich die Position der Deutschen Ärzteschaft unterstreichen, die sagt: „Daß jeder Arzt auch in Katastrophenfällen zur Hilfeleistung verpflichtet und gesetzliche Regelungen für die ärztliche Versorgung der Bevölkerung im Katastrophenfall und Zivilschutz notwendig sind“. Ich stimme auch Herrn**

Vilmar zu, wenn er sagt: „Den fundamentalen Prinzipien ärztlichen Handelns folgend wird die Verpflichtung eines jeden Arztes zur Fortbildung in Katastrophenmedizin bejaht, weil zum vorsorglichen Schutz der Bevölkerung auch die Vorbereitung aller Ärzte auf Gefahren jeglicher Katastrophen gehört.“

H. Kroll-Schlüter, MdB, CDU

Müßiger Streit

*** Leserbrief: H. K. Erben und die Antikristen; WELT vom 2. April**

Sehr verehrte Damen, nach Ansicht mancher Philosophen werde ich sicher als intelligenzloser Simpel eingestuft werden. Das tut mir nicht weh, denn ich kann mich damit trösten, daß trotz aller Formeln und Rechenmethoden niemand bis jetzt behaupten kann, er wisse Bescheid über Anfang und Ende des Lebens und der Intelligenz.

Ich muß es als ungeheure Hybris (übersetzt mit tragischer Selbstüberhebung) bezeichnen, wenn jemand die Größe des Weltraumes in irgend eine Relation zur Entwicklung des Lebens und der menschlichen Intelligenz zu setzen sich anmaßt.

Die Unendlichkeit des Kosmos ist durch unsere Intelligenz nicht beweisbar. Das „Credo quia absurdum“ bleibt immer wieder die letzte Anstalt. Was ist Schöpfung und was ist der Schöpfer? Niemand weiß, wie viele Entwicklungsversuche bezüglich Leben und Geist vom Schöpfer in der Unendlichkeit des Weltraumes gleichzeitig oder in Abständen von

ein paar Millionen Jahren angesetzt wurden. Es ist müßig, sich über diese oder jene Form zu streiten. Wir haben unseren Test mit den uns angelegten Fähigkeiten nach bestem Wissen und Gewissen fortzuführen, denn vielleicht werden wir in der Unendlichkeit einmal Rede und Antwort geben müssen.

Nach allem, was bis jetzt in unserer Geschichte und der Lebensform der Intelligenz zutage getreten ist, haben wir als Lebewesen viel Zeit damit vergeudet, um die Intelligenz zu mißbrauchen. Wie Goethe sagt: „Er nennt's Vernunft und braucht's allein. Nur tierischer als jedes Tier zu sein.“

Möge unser aller Schöpfer nicht nur groß, sondern auch gütig sein.

Mit den aufrichtigsten Empfehlungen an Pankraz
 H. J. v. Cramon-Taubadel,
 Hamburg 72

Absurdität

*** Leserbrief: 20 Millionen für Höl-Höl; WELT vom 2. April**

Staatsminister Alois Mertes vom Auswärtigen Amt hält zwar die weitere Inhaftierung von Rudolf Heß im Alliierten Militärgefängnis Berlin-Spandau für „absurd“ und rechnet dem deutschen Steuerzahler vor, daß diese „Absurdität“ (die den bald Neunzigjährigen seit 43 Jahren in Haft hält) ihm seit 1970 mehr als 20 Millionen Mark gekostet hat.

Leider ist auch die gegenwärtige - stets auf sparsame Haushaltsführung bedachte - Bundesregierung noch nicht auf den Gedanken gekommen,

den jährlichen deutschen Unkostenbeitrag in Höhe von rund zwei Millionen Mark für die Spandauer Festung mit ihrem einzigen Gefangenen kurzweilig zu streichen. Vielleicht wären dann die NATO-Partner England und Frankreich ihrerseits bereit, die menschenunwürdige Dauerhaft für den Greis Rudolf Heß durch Nichtmehrbezahlen ihres Kostenanteils zu stoppen.

Denn es wird auch in Zukunft nicht genügen, mit papierernen Resolutionen um die Zustimmung Moskaus für die Menschlichkeit zu bitten, wie es dankenswerterweise alle bisherigen Bundespräsidenten und Bundesregierungen getan haben. Die Wende in Bonn sollte allmählich das Wissen an das Tageslicht gehoben haben, daß die Sowjetunion den Begriff „Menschlichkeit“ nicht kennt.

Armin Bledow,
 Meersburg

Schwere Reiter

*** Leserbrief: Schwere Reiter; WELT vom 7. April**

Die bayrischen Chevaulegers waren entgegen der Ansicht des Herrn Elmenhorst keine schwere, sondern eine leichte Kavallerie. Die Bezeichnung Chevaulegers wurde bis zum 1. Weltkrieg für sechs bayrische Regimenter, die nach Ersatz, Ausrüstung und Bewaffnung den Dragonern entsprachen, beibehalten. In Deutschland zählten die mit Lanze und Karabiner bewaffneten Dragoner zur leichten Kavallerie.

Die sechs Regimenter Chevaulegers standen sämtliche außerhalb

Münchens (u. a. in Nürnberg, Dillingen, Augsburg und Bayreuth) in Gar nisonen.

Die Schwere Kavallerie in Bayern war repräsentiert durch das Erste Schwere Reiterregiment „Prinz Kar v. Bayern“, Garnisonsort München und das Zweite Schwere Reiterregiment „Erzherzog Franz Ferdinand“ in Landshut. Diese beiden Regimenter erschienen in den deutschen Regimentslisten gemeinsam mit den Kürassierregimentern der preussischen Armee und der beiden sächsischen Regimentern (Erstes Schweres Garderegiment in Dresden und Zweites Schwere Karabinierregiment in Borna).

Das Wort Chevaulegers wird korrekt „Schwolescheh“ ausgesprochen. Im bayrischen Volksmund wurde daraus „Schwalangscher“.










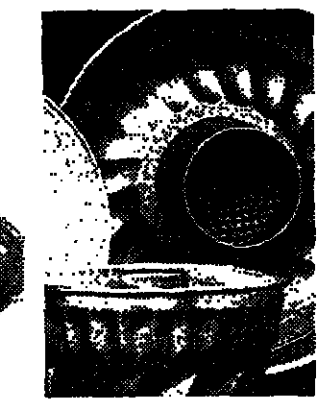
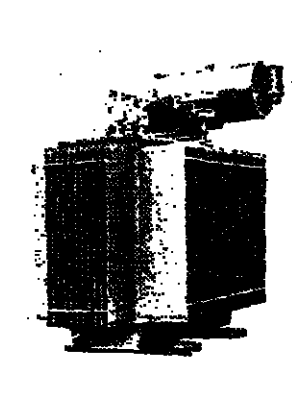


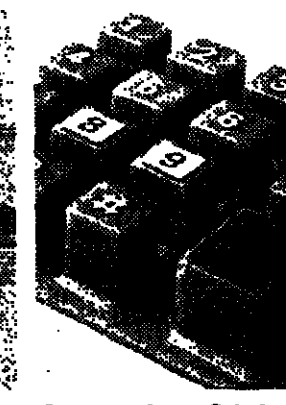

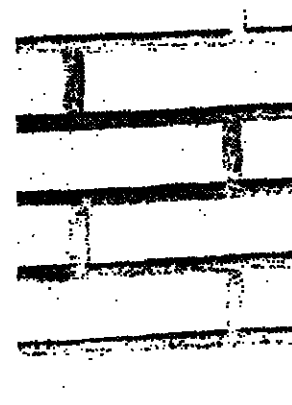

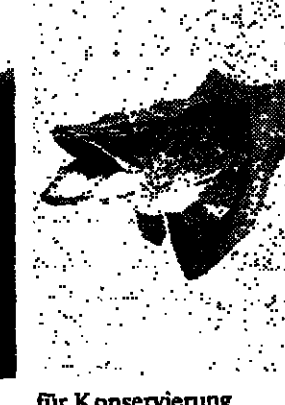
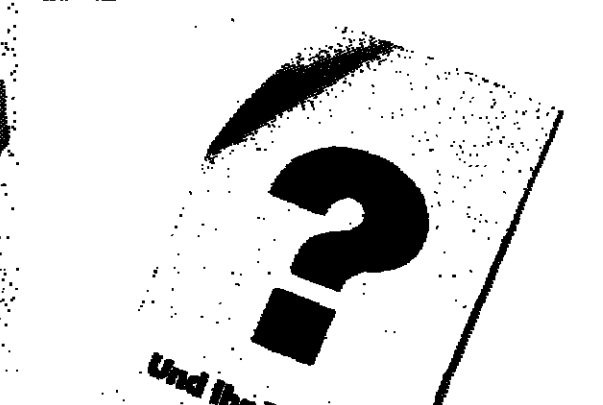
Mit freundlichem Gruß
 Dr. Czernilsky
 Lemgo/Lippa

Wort des Tages

„Wenn du Vorschläge machst, so schicke alle schwachen Punkte voraus. Rechne nie damit, daß dein Gegner etwas übersehen könnte. Setze stets voraus, dein Gegner sei der Geschicktere.“

Walter Rathenau; dt. Politiker (1867-1922)

Mehr Beispiele mit Bayer-Siliconen

				
für Kabelisierungen	für Kosmetikcremes	für Poliermittel	für Kühlwasserschläuche	für Zahnabdruckmassen
				
für Fensterdichtungen	für Fugendichtungen	für Autolacke	für Zündschutzkappen	für Trennlacke
				
für Transformatoren	für Plakatabweiser	für Sanitärabdichtungen	für „gespritzte“ Schaltmatten	für Walzenbeschichtungen
				
für Fassadenimprägnierung	für Korrosionsschutz-Lacke	für Konservierung biologischer Präparate	Und Ihr Problem	

Was Bayer-Silicone für Sie tun können - mit der langen Erfahrung aus vielfältigen Anwendungen - erfahren Sie durch unser ausführliches Informationsmaterial. Schreiben Sie uns, für welche Einsatzgebiete Sie sich besonders interessieren. Wir bringen Sie auf Ideen.

Bayer AG
 Aktion „Silicon-Ideen“
 5090 Leverkusen



Personalien

Dem Direktor der Allgemeinen Elässischen Bankgesellschaft in Köln, Dipl.-Kfm. Walter Glöckner, sind während einer Feierstunde in der Kölner Industrie- und Handelskammer durch den französischen Botschafter in der Bundesrepublik Deutschland, Jacques Morizet, die Isignien eines „Officier de l'Ordre National du Mérite de la République Française“ verliehen worden. Glöckner, der mehrere Jahre für die Banque Franco-Allemande in Paris tätig war und seit acht Jahren Leiter der Filiale Köln ist, hat sein berufliches Wirken immer in den Dienst der deutsch-französischen Verständigung gestellt.

VERANSTALTUNGEN

Die Schlesische Jugend, die Nachwuchsorganisation der Landsmannschaft Schlesien, führt im Mai bundesweit mehrere Großveranstaltungen durch. Im Kaufbeuren im Allgäu hält der Landesverband Bayern dieses ostdeutschen Jugendverbandes ein Landestreffen ab, bei dem der CSU-Bundestagsabgeordnete Kurt Rossmannth bei der Abschlusskundgebung zum Thema „Jugend und deutsche Frage“ sprechen wird.

In Hildesheim schließlich findet ein bundesweiter Jugendkongreß des Bundes der Vertriebenen statt, der vom Landesvorsitzenden der Schlesier in Niedersachsen, dem CDU-Bundestagsabgeordneten Helmut Sauer (Salzgitter) geleitet wird.

Der Bundesvorsitzende der Schlesischen Jugend, Hartmut Koschky, aus Bonn rechnet bei den drei zentralen Jugendveranstaltungen, die alle am Wochenende vom 25. bis 27. Mai stattfinden, mit einer Teilnahme von mehreren tausend Jugendlichen. Ziel der Schlesischen Jugend ist bei derartigen Jugendveranstaltungen, verstärkt Politiker ostdeutscher Herkunft einzubinden, die der jüngeren und mittleren Generation angehören. Nach Koschky's Auffassung soll dadurch deutlich gemacht werden, daß die deutsch-landpolitische Arbeit der Vertriebenenverbände, Landsmannschaften und deren Jugendorganisationen auch in der Zukunft Gewicht und Bedeutung haben müssen. Zunehmend werde sichtbar, daß die ostdeutsche Problematik nicht nur von der dort geborenen Erlebnisgeneration aufgegriffen wird, sondern verstärkt von einer jungen Bekenntnisgeneration. Deutschlandpolitisches Engagement sei unabhängig von Herkunft und Alter.

Eine Ausstellung von Büchern aus der Bundesrepublik Deutschland in Prag erfreut sich größter Beliebtheit. Die Repräsentation oberhalb des Hrdschins im Strahov-Kloster hat der Börsenverein des deutschen Buchhandels zu Frankfurt am Main mit dem tschechoslowakischen Außenhandelsunternehmen „Zahranicni Literatura“ (ausländische Literatur) arrangiert. Trotz des kalten und stürmischen Frühjahrswetters in Prag ist die Ausstellung im Verlauf ihrer ersten Woche von 2000 Personen besucht worden. Rätselfast bleibt, wie die Tschechen und Slowaken von dieser Ausstellung erfahren haben, denn in Prag sind kaum Plakate über die

Ausstellung zu finden geschweige denn, daß die Presse bislang darüber berichtet hat.

RUHESTAND

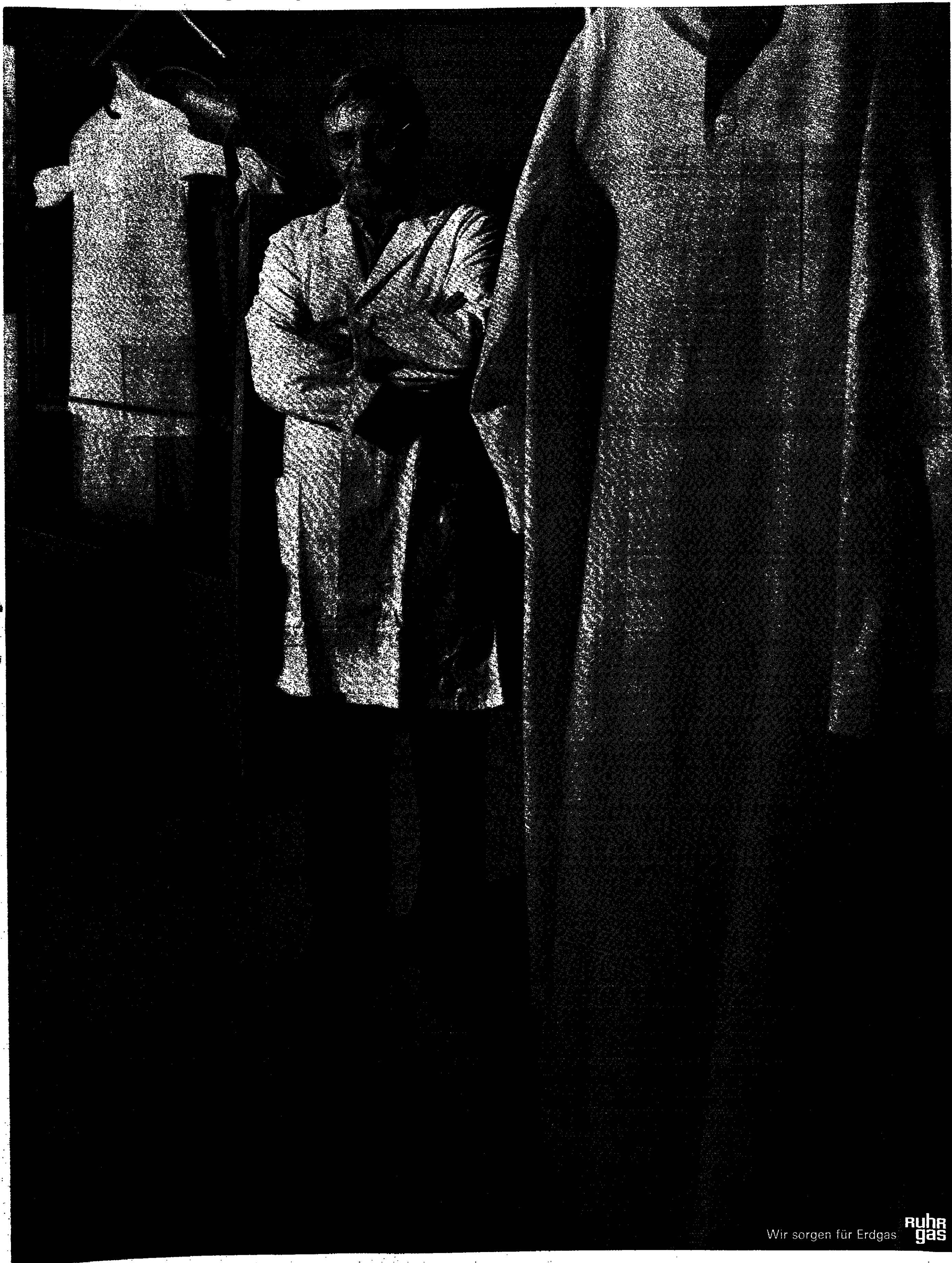
Der Vorsitzende Richter am Bundesarbeitsgericht in Kassel, Hubert Bichler, geht zum Ende des Monats in den Ruhestand. Nach Ablegung der großen juristischen Staatsprüfung im Jahre 1955 und einer kurzen Tätigkeit als Anwaltsassessor stand Bichler bis 1964 im Richterdienst der bayerischen Arbeitsgerichtsbarkeit, insbesondere bei den Arbeitsgerichten Nürnberg und Augsburg. Danach war er - bis zu seiner Ernennung als Arbeitsgerichts-Direktor beim Arbeitsgericht München im September 1970 - als Stadtrichter der Stadt Augsburg tätig. Im Juni 1971 war Bichler zum damaligen Bundespräsidenten Gustav Heinemann zum Richter am Bundesarbeitsgericht und im Mai 1979 zum Vorsitzenden Richter am Bundesarbeitsgericht ernannt worden. Seit seiner Ernennung zum Vorsitzenden Richter war Bichler Vorsitzender des Siebten Senats des Bundesarbeitsgerichts. Seine umfassende Kenntnis auf dem Gebiet des Arbeitsrechts haben die Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts entscheidend mitgeprägt.

Professor Dr. Ernst Otto Fischer, Ordinarius für Anorganische Chemie der Technischen Universität München (TU) und Nobelpreisträger für Chemie, ist auf eigenen Wunsch emeritiert. Der 65jährige gebürtige Münchner kehrte der Universität den Rücken mit den Worten: „Die Hochschule, die ich mir für eine gute Forschungsarbeit vorstelle, existiert nicht mehr, darum gehe ich.“ Als Schüler des großen anorganischen Chemikers Walter Hieber wurde er nach der Habilitation 1954 Dozent an der Technischen Hochschule München (der heutigen TU) und 1957 Extraordinarius an der Münchner Ludwig-Maximilians-Universität. Nach Ablehnung eines Rufes auf den berühmten Lehrstuhl von Professor Hübner in Jena erfolgte an der Universität München die Ernennung als Ordinarius. Professor Fischer wurde abgelehnt, und erst das Angebot der Nachfolge seines Lehrers Hieber im Jahre 1964 konnte Fischer zum Verlassen der Universität München und zur Rückkehr an seine TH veranlassen, wo er bis zu seiner Emeritierung aktiv wissenschaftlich tätig war. Das wissenschaftliche Werk von Fischer, das mehrfach und mit hohen und höchsten Auszeichnungen gewürdigt wurde - 1973 mit dem Nobelpreis für Chemie - ist in fast 500 Originalbeiträgen und Übersichtsartikeln niedergelegt worden.



Ernst Otto Fischer
 FOTO: SVEN SIMON

st
Arnulf Popp, Wäschereibesitzer in Offenburg, sagt heute allen Wäschereibesitzern, warum er in seinem Betrieb auf Erdgas umgestiegen ist. Seine Telefonnummer ist 07 81/2 62 26.



Wir sorgen für Erdgas **RUHR
gas**

her?
erfordert
heit"
Oder schreiben Sie an RUHRGAS AG, Postfach 10 32 52, 4300 Essen. Dann bekommen Sie die Broschüre „Humane Arbeitswelt, humaner Arbeitsplatz“.

Marathon in Boston

Boston (UPI) - Der Engländer Geoff Smith gewann den 88. Boston-Marathon in 2:10,24 Stunden. Die Neuseeländerin Lorraine Moller (2:29,27 Stunden) siegte bei den Damen.

Krisp nach Gladbach

Aschen (dpa) - Fußball-Bundesligaklub Borussia Mönchengladbach hat Außenverteidiger Thomas Krisp (22) vom Zweitligaklub Alemannia Aschen verpflichtet. Krisp (Abfösumme: 400 000 Mark) unterschrieb einen Drei-Jahres-Vertrag.

Volleyball: Zweiter Sieg

Braunschweig (sid) - Zu ihrem zweiten Sieg beim Spring-Cup der Damen kam die deutsche Volleyball-Nationalmannschaft in Braunschweig. Mit 3:0 (15:0, 15:7, 15:3) besiegte sie Griechenland. Beim Spring-Cup der Herren in Palma de Mallorca verlor Deutschland gegen Spanien 1:3 (6:15, 1:15, 15:5, 10:15).

80 000 Mark für Kohde

Hilton Head Island (UPI) - Claudia Kohde (Saarbrücken) verlor beim Tennisturnier von Hilton Head Island (US-Bundesstaat South Carolina) gegen die Amerikanerin Chris Evert-Lloyd 2:6, 3:6. Gemeinsam mit Hana Mandlikova (CSSR) gewann sie das Doppel mit 7:5, 6:2 gegen Anne Hobbs/Sharon Walsh (USA) und erhielt insgesamt 80 000 Mark.

Kopfschutz obligatorisch

Los Angeles (dpa) - Der Internationale Amateur-Boxverband (AIBA) hat in Los Angeles das Tragen eines Kopfschutzes beim olympischen Boxturnier für obligatorisch erklärt. Das einzig zugelassene Fabrikat dieser Art ist amerikanischer Herkunft.

Entscheidung Ende Mai

Hamburg (dpa) - Auf einer Konferenz der für den Sport in den einzelnen Ländern verantwortlichen Spitzenfunktionäre soll Ende Mai in Moskau über die Teilnahme der osteuropäischen Länder an den Olympischen Spielen entschieden werden.

Tödlicher Unfall

Mexiko City (sid) - Die beiden amerikanischen Tennisspieler John van Nostrand (22) und Joe Heldman (20) sind bei einem Autounfall in der Nähe von Mexiko City ums Leben gekommen. Ihr Auto ist auf einer gebirgigen Straße aus der Kurve getrieben worden und über 200 Meter in die Tiefe gestürzt.

GEWINNQUOTEN

Lotto: Klasse 1: 1 958 467,- 2: 148 885,- 3: 9 068 30,- 4: 142 10,- 5: 10 20,-
Toto, Elferwette: Klasse 1: 265 180,- 2: 101 30,- 3: 10 00,- Auswahlwette: 6 aus 45:
Klasse 1: unbesetzt, Jackpot: 775 034,30,- 2: unbesetzt, Jackpot: 87 583,00,- 3: 69 14,40,- 4: 125 30,- 5: 11 00,-
Renngewinn: Rennen A: Klasse 1: 268 90,- 2: 82 00,- Rennen B: Klasse 1: 17 40,- 2: 6 80,- Kombinationsgewinn: 159 327,50,- (Ohne Gewähr).

FUSSBALL-LÄNDERSPIEL / Frankreich ersatzgeschwächt - Maskierte Männer wollen Spiel verhindern - Schumachers Reue

●Mittelfeld geschwächt, Angriff verstärkt: Überraschend offensiv wird die französische Fußball-Nationalmannschaft zum Länderspiel heute (20.30 Uhr) in Straßburg gegen Deutschland antreten. Nationaltrainer Michel Hidalgo gab eine Aufstellung bekannt, in der die vier Stammspieler Platini (Juventus Turin), Giresse, Tigana und Lacombe (alle Girondins Bordeaux), wie erwartet, fehlen. Jürgen Sundermann, der als Trainer in Straßburg arbeitet, sagt: „An einem guten Tag sind die Franzosen zu allem fähig. Man darf sie nicht ins Spiel kommen lassen.“

●Frankreich: Bats (Auxerre/26 Jahre/5 Länderspiele) - Bossis (Nantes/28/33) - Battiston (Bordeaux/28/29), Le Roux (Monaco/23/7), Amoros (Monaco/22/19) - Genghini (Monaco/26/20), Fernandez (Paris/25/10), Ferreri (Auxerre/23/5) oder Bravo (Monaco/21/6) - Six (Mulhouse/29/47), Rocheteau (Paris/29/36), Bellone (Monaco/22/12). Deutschland: Schumacher (Köln/30/46) - Bruns (Gladbach/29/2) - B. Förster (Stuttgart/27/28), K.-H. Förster (Stuttgart/25/6), Briegel (K'launtern/28/48) - Matthäus (Gladbach/23/21), Roloff (Hamburg/24/8), Meier (Bremen/25/11), Brehme (K'launtern/23/3) - K.-H. Rummenigge (München/28/73), Völler (Bremen/24/13). - Schiedsrichter: Barbaresco (Italien).

●Vier angeblich bei einer lothringischen Stahlfabrik in Rehon beschäftigte Männer haben damit gedroht, aus Protest gegen den geplanten massiven Abbau von Arbeitsplätzen in Frankreichs Stahlindustrie das heutige Fußball-Länderspiel Frankreich gegen Deutschland zu verhindern. Die maskierten Männer erklärten einem Korrespondenten der französischen Nachrichtenagentur AFP: „Der deutsche Stahl steht in Konkurrenz zu unserer Produktion.“ Und: „Wie stark auch die Ordnungskräfte sein werden, daß Spiel wird nicht stattfinden.“

Das „wilde Tier“ hofft nun auf Verzeihung

ULRICH DOST, Straßburg

Selbstverständlich, auch Harald Schumacher hat ein Recht auf Verzeihung, auch er muß hoffen dürfen, daß ihm verziehen wird. Gerade weil ihm die Vergangenheit immer wieder einholen wird, solange er Torwart ist und in der Öffentlichkeit steht. Wie die Wiederholung eines Fernsehfilms werden heute, wenn Schumacher mit der deutschen Nationalmannschaft in Straßburg (20.30 Uhr) gegen Frankreich spielt, die Szenen von vor zwei Jahren im Halbfinalspiel in Sevilla gegen die Franzosen noch einmal vor dem geistigen Auge ablaufen: Sein häßliches Foul an Patrick Battiston und wie sich daraus geradezu ein Kriminalfall entwickelte, in dem von Täter und Opfer die Rede war.

Freilich: Es bleibt nun einmal unvergessen, mit welcher Gefühlshölle sich Schumacher über dieses Foul hinwegsetzte, als er sich nicht um Battiston kümmerte, sondern Kaugummi kauen und scheinbar gelangweilt in seinem Tor stand. Wie er statt Bedauern nur Zynismus aufbringen

konnte: „Sagt ihm, ich bezahle ihm die Jackettkrone.“

Das hat Harald Schumacher über einen Mann gesagt, dem beim Zusammenprall zwei Zähne verloren gingen und dem der Halswirbel brach. Doch bezahlt hat letztendlich Schumacher wirklich. Nicht mit Geld, das hätte er noch verschmerzen können. Nein, er hat auf eine andere Weise dafür bezahlt. Wie kaum einem anderen ist ihm die pure Verachtung entgegen geschlagen. In Deutschland und im Ausland. Heute sagt er: „Ich würde mich wieder so einsetzen gegen einen Gegner. Da habe ich mir nichts vorzuwerfen. Nur würde ich mich heute um ihn kümmern und keine großen Sprüche loslassen.“

Der Kölner Torwart hat nach dem Vorfall von Sevilla das Bißbrot übergezogen, schweigend hat er alle Verunglimpfungen ertragen. In jedem Winkel seiner Seele haben sie ihn getroffen. Das sollte mehr wehtun als die körperlichen Schmerzen, die er den Franzosen zugefügt hat. Als er sich in Metz mit ihm versöhnte, sprachen die französischen Zeitun-

gen von einer reinen Werbeaktion. Schumacher sei dabei ohne innere Anteilnahme gewesen, der „Bäseartige“ habe sich über den „gutmütigen Gentleman“ nur lustig gemacht. Der „Figaro“ blieb bei der Formulierung: Schumacher sei ein „wilde Tier, das gleichzeitig auch ein Verbrecher ist“. Das Spektakel nach seinem Foul konnte er nicht mehr beeinflussen.

Als er kurz nach der Weltmeisterschaft mit dem 1. FC Köln in Paris spielte, haben sie ihn mit Tomaten und Eiern beworfen, Spruchbänder „Schumacher SS“ aufgehängt, haben ihn mit Worten gedroht, so daß zwei Leibwächter vor seinem Hotelzimmer stehen mußten; da hat der „France Soir“ eine Fotomontage veröffentlicht, auf der Schumacher ein Strick um den Hals gelegt worden war und das die Unterschrift hatte: „So hätten wir ihn am liebsten.“ Er hat zu all dem geschwiegen und im Tor gehalten wie ein Weltmeister. Aber auch das gefiel den Franzosen nicht. „Er zeigte keine Reue. Er ist ein Monster an Unsensibilität oder aus Mar-

mor.“ Er aber hatte sich der Bestrafung durch die Öffentlichkeit gestellt - gerade deshalb sollte dieses unrühmliche Kapitel deutsch-französischer Sportbeziehungen erledigt sein.

„Wir haben jetzt vor dem Länderspiel in der Mannschaft nicht über das Thema gesprochen, jeder weiß Bescheid“, sagte Mittelstürmer Rudi Völler. Sie alle wollen mitziehen, wollen sich nicht nervös machen lassen, falls es heute im Stadion Tiraden gegen den deutschen Torwart geben sollte. Schumacher: „Innerlich rechne ich damit, daß sie mich auspeifen, an Angriffe gegen meine Person glaube ich nicht.“ Er sagt, er habe jetzt in Straßburg das Gefühl gewonnen, daß ihm die Franzosen verzeihen haben. In den Zeitungen werde der Vorgang nicht mehr groß aufbereitet. Und im französischen Fernsehen habe er ein längeres Interview geben können. Beim Training oder in der Hotelhalle hätten sich die jugendlichen Autogrammjäger um ihn gerissen.

Das Monster aus Marmor ist inzwischen zerbrochen, das haben wohl auch die Franzosen erkannt. „Ich

muß mich ändern, und ich werde mich ändern“, diesen Satz hat Schumacher schon bald nach der Weltmeisterschaft gesagt, „meine oft zitierte Frohnatur hat einen starken Dämpfer erhalten“. Schumacher hatte für sich viel aufzuarbeiten, wie es aussieht, hat er die Zeit genutzt. „Toni Schumacher, Beruf: Unmensch“, dieses Urteil füllte die Sportzeitung „Le Equipe“ über den deutschen Nationaltorwart. Er sei älter geworden, hat er im Fernsehen dem französischen Publikum gesagt, er habe mittlerweile in seinem Beruf viel dazu gelernt. Harald Schumacher, den Unmensch, den soll es nicht mehr geben. Die Franzosen und die Deutschen, sagt der Kölner Nationaltorwart höflich, werden bei der Europameisterschaft (12. bis 27. Juni) in Frankreich wieder gegeneinander spielen, wenn auch nicht in der Mannschaftsaufstellungen von heute. Das aber kann bei der Europameisterschaft frühestens im Halbfinale passieren. Vielleicht schließt sich dann der Kreis endgültig.

TISCHTENNIS / Den Klassenerhalt geschafft

Eine schlimme Bilanz: Noch nie so miserabel gespielt

sid/dpa, Moskau

Ende gut, fast alles gut: Mit zwei Siegen in den ersten Placierungsspielen verhinderten die beiden deutschen Mannschaften bei den 14. Tischtennis-Europameisterschaften den drohenden Abstieg. Die Damen, als EM-Zweiter in Moskau gestartet, gewannen 3:1 gegen Aufsteiger Dänemark, den Herren blieb der Abstieg in die zweite Kategorie mit dem 5:3 gegen England erspart.

Dennoch bleibt bei den neun deutschen Aktiven der mehr als schlechte Gesamteindruck erhalten, den die Mannschaft von Chef-Trainer Charles Roesch im bisherigen Verlauf dieser Europameisterschaften bot. Die Herren waren noch nie in der 26-jährigen EM-Geschichte so schwach, die Damen stürzten als amtierender Vize-Europameister ganz tief ab.

„Wir sind zwar in Europa weiter erstklassig, aber die Probleme sind sicherlich nicht vom Tisch. Aber bis in zwei Jahren in Prag wächst uns hoffentlich bei den Herren eine neue Mannschaft heran“, zog Verbandspräsident Hans-Wilhelm Gäß die Bilanz bei den Herren.

Die vagen Hoffnungen der Damen zwei Jahre nach dem Einzug ins Fina-

le (1:3 gegen Ungarn) zerschlugen sich mit dem 1:3 gegen Rumänien. Zwar gewann Kirsten Krüger (Kiel) das Auftaktspiel 2:0 gegen Otilia Badulescu, doch trotz allen verblissenen Einsatzes gingen die nächsten Einzel, das Doppel und damit die gesamte Partie verloren. Und weil die deutsche Meisterin Susanne Wenzel (Kronshagen) nach einem neuerlichen Tränenausbruch um eine Ruhepause bat, holte Bundestrainer Istvan Korpa die sechsmalige Jugend- und Schülermeisterin Annette Greisinger (Donauwörth) zum Einzel-Einsatz.

Die 17-jährige hatte in ihrem zweiten Länderspiel Pech, daß sie bei ihrer 1-4-Führung gegen Charlotte Polk 18:21, 25:23, 20:22 verlor. So mußten Kirsten Krüger (2) und die deutsche Meisterin Susanne Wenzel/Anke Olschewski (Kronshagen/Frankfurt) die drei Punkte holen.

„Wir sind weiter in der ersten Kategorie, und dazu haben wir uns nach der für uns unglücklich verlaufenen Vorrunde gratuliert“, freute sich Sportwartin Ella Lauer. In der Tat hatte der ehemalige Vize-Europameister nur knapp die Medaillen-Gruppe beziehungsweise die Gruppe um Platz fünf bis acht verpaßt.

FUSSBALL / WM

Entscheidung zwischen UdSSR und Italien?

sid, Straßburg

„Bei der Vergabe der Fußball-Weltmeisterschaft 1990 wird es am 19. Mai in Zürich zu einer Kampfabstimmung zwischen Italien und der UdSSR im Exekutiv-Komitee der FIFA kommen.“ Das erklärte Hermann Neuburger, Präsident des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) und Vize-Präsident des Internationalen Fußball-Verbandes (FIFA).

„Die UdSSR erfüllt alle Bedingungen. Das hat uns Sportminister Marat Gramow zugesichert. Es stehen allein 17 WM-reife Stadien zur Verfügung“, sagte Neuburger, der als Chef der WM-Kommission der FIFA Sondierungsgespräche in Moskau führte.

Neuburger wollte sich nicht festlegen, welchen Kandidaten er bei der Abstimmung zwischen Italien, den WM-Gastgeber von 1994, und der UdSSR favorisiert. Es ist allerdings damit zu rechnen, daß Italien den Zuschlag erhält - nicht zuletzt wegen der Stimmenverhältnisse in der FIFA-Exekutive. In dem 22-köpfigen Führungsgremium des Weltverbandes ist Osteuropa nur durch Vizepräsident Dr. Koloskow (UdSSR) und Dr. Szepesi (Ungarn) vertreten.

HANDBALL / Interview mit Sepp Wunderlich

Nationalmannschaft spielt eine untergeordnete Rolle

K. HÖLTZENBEIN, München

Am 1. Juli wird Nationalspieler Erhard Wunderlich Mitglied des Handball-Zweitligaklub TSV Milbertshofen. Nach einem Jahr endet damit sein für drei Jahre gedachter Auftritt beim FC Barcelona.

Frage: Herr Wunderlich, weshalb kehren Sie zurück?

Wunderlich: In Barcelona hatte man mir Zusagen über Werbeverpflichtungen gemacht, die der Verein leider nicht erfüllen konnte. Milbertshofen gab mir die Chance, als Generalvertreter für Kopiergeräte langfristig eine solide Existenz aufzubauen. Das ziehe ich einer eventuell noch möglichen schnellen Mark in Spanien vor.

Frage: Wieso geben die Spanier Sie zum Saisonende ohne jede Gegenleistung frei?

Wunderlich: In Barcelona und bei seinem mächtigen Präsidenten Nunez herrscht ein ungeschriebenes Gesetz, daß der Verein weder im Fußball noch im Basketball oder Handball einen Spieler zum Bleiben zwingt, falls dieser besondere berufliche Pläne entwickelt hat.

Frage: Während Ihres Aufenthaltes in Spanien war stets davon die Re-

de, daß Sie Probleme innerhalb der Mannschaft hätten.

Wunderlich: Dies war ein Gerücht, das ich endgültig aus der Welt schaffen möchte. Wenn die Mannschaft zu mir kein gutes Verhältnis gehabt hätte, hätten wir wohl nie den Europapokal der Pokalsieger gewonnen.

Frage: Am Wochenende haben Sie im Meisterschaftsspiel von Barcelona verletzt gefehlt. Angeblich sollen Sie Probleme im Knie des linken Sprunggelenkes haben.

Wunderlich: Es stimmt, daß ich wegen einer Adduktorenverletzung pausiert habe. Das ist allerdings nur eine kurzfristige Behinderung.

Frage: Thema Nationalmannschaft, Thema Schobel. Der Bundestrainer hat erklärt, Sie spielten in seiner derzeitigen Planung keine Rolle mehr.

Wunderlich: Ich habe keinen Kontakt zu Herrn Schobel. Wenn er noch einmal auf mich zukommen sollte, dann werde ich mir das überlegen. Zuerst kommt jetzt mein Beruf, und dann kommt Milbertshofen. Die Nationalmannschaft hat bei meiner Rückkehr nach Deutschland nur eine untergeordnete Rolle gespielt. Bei meinen beruflichen Verpflichtungen könnte das ein Zeitproblem werden.

STANDPUNKT

Trubel um Thaler

Klaus-Peter Thaler bleibt Bundestrainer. Das ist der Kernsatz einer offiziellen Erklärung, die Werner Gbner, der Präsident des Bundes Deutscher Radfahrer (BDR), gestern abgab. Stand so etwas ernsthaft zur Debatte?

Bei der Niedersachsen-Rundfahrt hatte Mannschaftssprecher Thomas Freisten (Nürnberg) gesagt: „Herr Thaler hat nicht das gehalten, was wir uns von ihm versprochen haben“. Der frühere Weltmeister und ehemalige Tour-Star reagierte prompt. Aus „disziplinarischen und formbedingten Gründen“ sperrte Thaler die vorgesehenen Fahrer für die 37. internationale Radrennfahrt Berlin-Prag-Warschau („Friedensfahrt“), die vom 8. bis 21. Mai stattfindet.

Anzeige

Abonnieren Sie Erfolg

Früher mehr zu wissen als andere - das ist eine wichtige Voraussetzung für erfolgreiches Handeln. Die WELT informiert Sie täglich schnell, umfassend, präzise, weltweit. Beziehen Sie die WELT im Abonnement. Dann haben Sie täglich einen Informationsvorsprung.

DIE WELT

Herausgeber: Die WELT Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 50 58 30, 2000 Hamburg 30. Sie haben die Recht, Ihre Abonnement-Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum) schriftlich zu widerrufen. Die WELT, Vertrieb: Postfach 50 58 30, 2000 Hamburg 30.

An DIE WELT, Vertrieb: Postfach 50 58 30, 2000 Hamburg 30.

Bestellchein

Bitte liefern Sie mir, zum nächstmöglichen Termin, bis auf weiteres, die WELT. Der monatliche Bezugspreis beträgt DM 25,00 (einschließlich Porto, Luftpostzuschlag auf Anfrage, anteilige Versand- und Zustellkosten sowie Mehrwertsteuer eingeschlossen).

Name: _____

Strasse, Nr.: _____

PLZ, Ort: _____

Beitrag: _____

Telefon: _____ Datum: _____

Unter-Schrift: _____

Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum) schriftlich zu widerrufen. Die WELT, Vertrieb: Postfach 50 58 30, 2000 Hamburg 30.

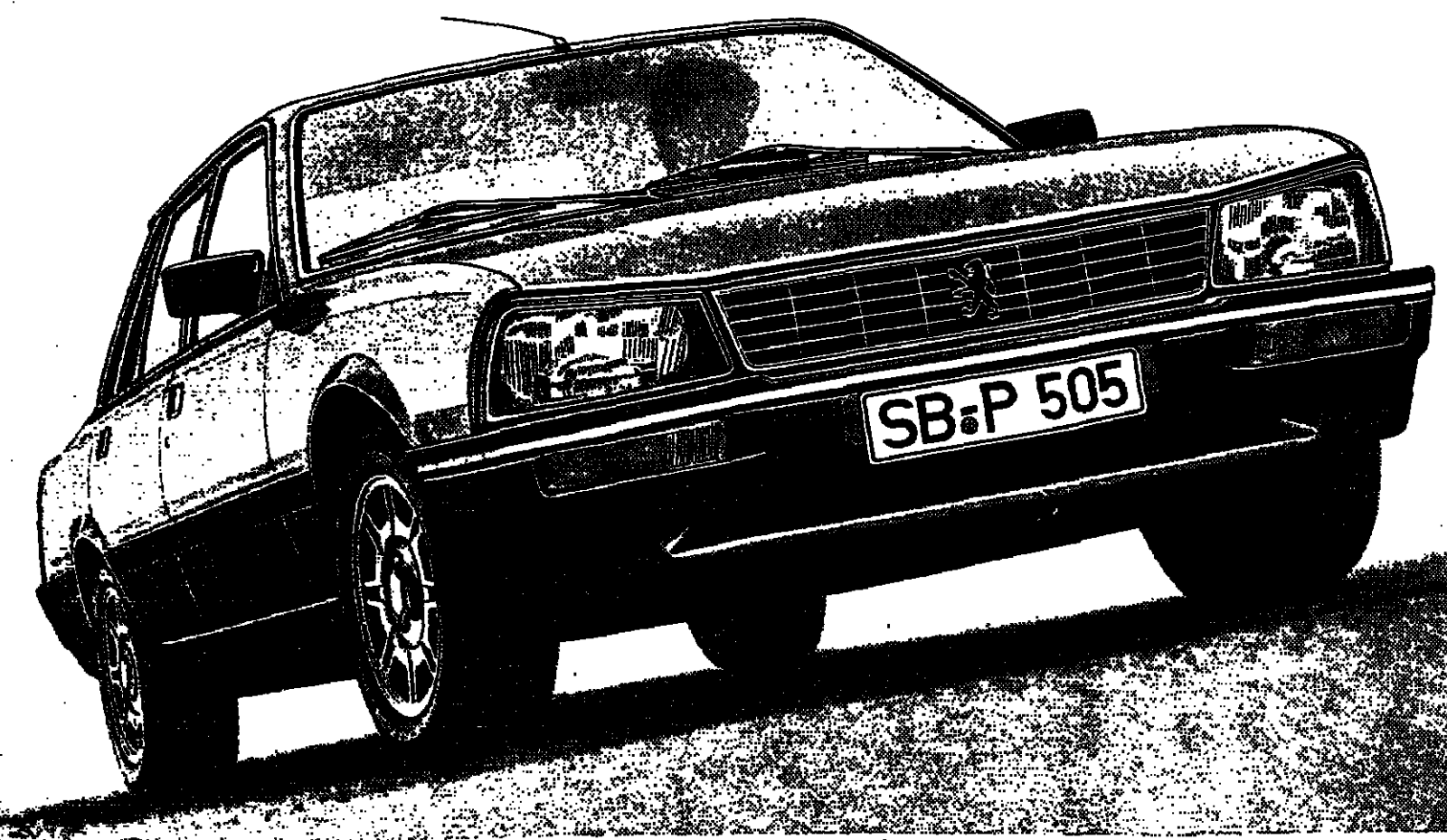
Unter-Schrift: _____

Der Eklat war da, denn dieses Rennen konnten vom hiesigen Verband zehn Jahre lang nicht mehr bestritten werden. Erst jetzt wurde es von den beiden deutschen Sportdachorganisationen in den deutschen Sport-Kalender aufgenommen.

Nur, wer soll nun fahren, wenn Thaler seine Fahrer sperrt? Verbandsgeschäftsführer Werner Wenzel zur WELT: „Die Teilnahme an der Friedensfahrt stellt er nur mit der bereits vorgesehenen Mannschaft infrage. Thaler wird zwei, drei Fahrer auswechseln. Es ist klar, daß wir warten, denn die Absprachen dafür sind viel zu konkret.“

Nur ein Sturm im Wasserglas? Wäre es so gewesen, der Präsident hätte nicht höchstpersönlich eine offizielle Ehrenklärung für seinen Trainer abgeben müssen. K. Bl.

Volle Kraft voraus. Neu: PEUGEOT 505 TURBO INJECTION.



Rassig, spritzig, temperamentvoll - Start frei für den neuen PEUGEOT 505 TURBO INJECTION.

Die neue Kraft

2155 cm³, 114 kW (155 PS), von 0 auf 100 in 8,6 Sekunden, 205 km/h Spitze!

Die aktuelle Technik

Turbolader mit Ladeluftkühler, L-Jetronic-Einspritzung mit Schubabschaltung, Fünf-Gang-Getriebe, teilsperrendes Differential, Einzelradaufhängung, Servolenkung, 4 servounterstützte Scheibenbremsen - vorne innenbelüftet, „sprechender“ Bordcomputer.

Die „ohne-Aufpreis“-Ausstattung

z.B. 4 Leichtmetallfelgen mit Bereifung 195/60 HR 15, Colorverglasung, von innen verstellbare Außenspiegel, elektrische Scheibenheber, elektrisches Stahlschiebedach, Tür-Zentralverriegelung, Veloursitze, Kopfstützen vorne und hinten, Drehzahlmesser!

6 Jahre Garantie gegen Durchrostung. Finanzierung und Leasing über P.A. Creditbank. Beratung und Information bei rund 1300 PEUGEOT TALBOT-Vertragspartnern.

PEUGEOT 505

Spitzengespräch der Metaller gescheitert

Fortsetzung von Seite 1

che, ohne daß zuvor in entsprechendem Umfang neue Arbeitsplätze geschaffen - und finanziert - werden müssten.

Die Forderung der IG Metall nach genereller Einführung der 35-Stunden-Woche sei „mit Entschiedenheit“ abgelehnt worden, erklärte Gesamtmetall nach dem Scheitern des Spitzengesprächs. Dies gelte auch für den Stufenplan zur Einführung der 35-Stunden-Woche „auf Raten“. Beides würde keine neuen Arbeitsplätze schaffen. Die Unternehmen würden in diesem Fall die ausfallenden Arbeitsplätze kurzfristig mit Überstunden überbrücken und mittelfristig durch Rationalisierungen ausgleichen. Dann müsse auch „für längere Zeit“ auf Lohnsteigerungen verzichtet werden.

Während Gesamtmetall-Präsident Wolfram Thiele, der zusammen mit Hauptgeschäftsführer Dieter Kirchner und dem Tarifexperten Gerhard Müller die Arbeitgeberseite vertreten hatte, noch einmal an die IG Metall appellierte, eine „friedliche Einigung“ nicht auszuschließen, drohte die Gewerkschaft Urabstimmungen als Vorbereitung eines Streiks für die erste Maiwoche an. Der Vorsitzende Hans Mayr sagte, er rechne damit, daß bei einer Urabstimmung die erforderlichen 75 Prozent Ja-Stimmen zu holen seien. „Das Votum ist jetzt in die Hände der Mitglieder zurückgegeben“. Es drohe in der Metallindustrie eine Auseinandersetzung, „wie es sie in der Bundesrepublik möglicherweise noch nicht gegeben hat.“

Das Angebot der Metall-Arbeitgeber im Wortlaut

DW, Bonn
Nach dem ersten Spitzengespräch zwischen IG Metall und dem Arbeitgeberverband Gesamtmetall hatte die Gewerkschaft nähere Erläuterungen zum Konzept der flexiblen Arbeitszeit gefordert. Gesamtmetall legte zu Beginn der gestrigen Aussprache eine schriftliche Erklärung dazu vor. Die WELT dokumentiert diesen Bestandteil des Arbeitgeberangebots, das neben dieser Form der Arbeitszeitverkürzung noch Lohn- und Gehaltserhöhungen von 3,3 Prozent sowie die Einführung einer „Tarifrente“ von 70 Prozent der letzten Monatsbezüge umfaßt:

1. Maßnahmen der Arbeitszeitverkürzung sind nur dann beschäftigungswirksam, wenn

• dadurch der Kostendruck nicht verstärkt wird,
• die Verfügbarkeit von beruflichen Qualifikationen nicht eingeschränkt wird, die aus dem Arbeitsmarkt nicht ersetzbar sind. Ziel einer Arbeitszeitverkürzung kann es deshalb nicht sein, möglichst vielen Arbeitnehmern eine mehr oder weniger einheitliche Arbeitszeitverkürzung zukommen zu lassen, da dann weder die Kostenneutralität gesichert ist noch Qualifikationsdefizite zu vermeiden sind.

2. Das Flexi-Konzept der Arbeitgeber will die Arbeit nicht umverteilen, sondern Chancen für mehr Arbeit eröffnen. Es geht deshalb vom Prinzip der Kostenneutralität aus. Es hat hinsichtlich seiner Wirkung einen zweifachen Ansatz:

a) Es erlaubt eine Arbeitszeitverkürzung durch mehr bezahlte Freizeit, wenn und insoweit eine bessere Nutzung der Betriebsanlagen und -einrichtungen erreicht wird und dadurch die Mehrkosten der Arbeitszeitverkürzung durch Mindereinnahmen im Kapitalbereich kompensiert werden können.

Dieser Form der Arbeitszeitverkürzung steht prinzipiell allen Mitarbeitern offen, sofern die Mitarbeiter zur flexiblen Arbeitszeitgestaltung bereit sind und dadurch die Kapazitäten regelmäßig besser ausgelastet werden können.

b) Es kann gerade bei der Bekämpfung der heutigen Arbeitslosigkeit besonders wirksam sein, weil es zu Neueinstellungen führt, ohne daß zuvor neue Arbeitsplätze geschaffen werden müssen. Allerdings sind Neueinstellungen in aller Regel mit erheblichen Kosten für Einarbeitung oder Umschulung verbunden.

3. Der mögliche Umfang der zusätzlichen bezahlten Freizeit ergibt sich aus der flexiblen Gestaltung der persönlichen Arbeitszeit als Folge der längeren Betriebszeiten.

4. Die Arbeitslosenzahl in der Bundesrepublik liegt gegenwärtig bei 2,2 Mill. (saisonbereinigt). Die aus konjunkturellen Gründen unbesetzten Arbeitsplätze in der Wirtschaft werden auf rund 500 000 geschätzt, d.h. in dieser Größenordnung wäre ein Abbau der Arbeitslosigkeit durch eine bessere Konjunktur ohne Schaffung neuer Arbeitsplätze möglich.

Strukturwandel

Angesichts des zunehmenden Strukturwandels dürfte in Zukunft Vollbeschäftigung bereits bei einer Arbeitslosenquote zwischen 3 und 4 Prozent erreicht sein. Denn in dieser Größenordnung (800-900 000) dürfte in Zukunft die sog. „Sucharbeitslosigkeit“ anzusiedeln sein, d.h. diejenige Zahl von Erwerbspersonen, die nach Aufgabe ihres bisherigen Arbeitsplatzes vorübergehend arbeitslos gemeldet sind, bis sie nach kurzer Zeit einen neuen Arbeitsplatz finden. Wahrscheinlich bedarf es dazu auch

einer größeren regionalen Mobilität als bisher.

Es bleibt also ein Kern an sog. „struktureller“ Arbeitslosigkeit in einer Größenordnung von ca. 1 Mill. Personen, für die in der Wirtschaft keine Arbeitsplätze mehr vorhanden sind. Diese ehemaligen Arbeitsplätze sind entweder technologisch überholt oder aus Kostengründen wettbewerbsunfähig geworden. Hierbei ist die Unwirtschaftlichkeit als Folge zu hoher Löhne hervorzuheben (sog. „Mindestlohn-Arbeitslosigkeit“).

Außerdem hat die auf Ertragschwäche beruhende „Investitionslücke“ der 70er Jahre dazu geführt, daß neue Arbeitsplätze nicht in ausreichendem Umfang geschaffen wurden.

5. Um 1 Mill. Arbeitsplätze neu zu schaffen, wäre ein zusätzliches Investitionsvolumen von insgesamt ca. 200 Mrd. DM erforderlich. Das entspricht mehr als 75 Prozent des gesamten Investitionsvolumens der Wirtschaft des Jahres 1983. Dieser Investitionsaufwand stellt eine sehr hohe Hürde für einen beschleunigten Abbau der Arbeitslosigkeit dar. Dies gilt um so mehr, da die neuen Arbeitsplätze nicht nur marginal bestehenden Anlagen hinzugefügt werden können, sondern auch das Errichten neuer Fabrikkomplexe erforderlich macht. Diese finanziellen Investitionshürden könnten wegen ihres Volumens auch bei einer weiteren Verbesserung der Erträge als Beschäftigungsbremse wirken.

6. Die mögliche Investitionsbarriere gegen den Abbau der strukturellen Arbeitslosigkeit könnte mit dem Flexi-Konzept unterlaufen werden, weil auf diesem Weg die Neueinstellung von Arbeitssuchenden ohne kostspielige Investitionen möglich wird, da an den vorhandenen Anlagen bei längeren Betriebszeiten und

entsprechender Entkopplung von menschlicher Arbeitszeit und Betriebszeit mehr Arbeitnehmer beschäftigt werden könnten. Dies wäre noch effizienter, wenn gleichzeitig vermehrt Teilarbeitsplätze angeboten werden könnten, für die ein zunehmendes Interesse festzustellen ist.

7. Richtig ist zweifellos, daß bei unterausgelasteten Kapazitäten das Bedürfnis nach längeren Betriebszeiten nicht besonders drängend ist.

Mittelfristige Erfolge

Mittelfristig aber entgegenzuhalten, daß das Flexi-Konzept ebenso wenig wie alle anderen seriösen Strategien das Problem der Arbeitslosigkeit kurzfristig lösen kann. Es verspricht aber mittelfristig die schnellstmöglichen Erfolge, weil der Übergang von besser ausgelasteten Kapazitäten zu Neueinstellungen nicht durch die bereits erwähnten Investitionshürden erschwert wird.

Zum anderen gibt es auch heute wieder Einzelbranchen, Unternehmen und Betriebsstellen mit Kapazitätsengpässen, wo das Flexi-Konzept verhältnismäßig schnell beschäftigungswirksam sein könnte:

• Statt wegen der labilen Konjunkturlage in Teilengpässen vermehrt Überstunden zu fahren, könnten Neueinstellungen risikofreier verwirklicht werden.

• In Unternehmen und Teilbereichen der Büro- und Datentechnik, des Gebrauchsgegenstandsbereichs der Elektrotechnik, der NE-Metallindustrie und der Fahrzeugzulieferer sind die Grenzen der (wirtschaftlichen) Kapazitätsauslastung zu erkennen.

• Im Übergang zum Mehrschichtbetrieb oder zu anderen Formen flexibler Arbeitszeitgestaltung liegen

Möglichkeiten der Kostendegression, die die preisliche Wettbewerbsfähigkeit steigern, die Chance zu einer Erhöhung des Marktanteils bieten und damit einen zusätzlichen Personalbedarf eröffnen. Insofern ist auch die gegenwärtig niedrige Kapazitätsauslastung im Durchschnitt der Metallindustrie kein Argument gegen das Flexi-Konzept.

8. Die in Ziffer 4 genannte Schätzung der konjunkturellen Arbeitslosigkeit mit 500 000 ergibt sich aus der Gegenüberstellung der aktuellen gesamtwirtschaftlichen Produktion (= Bruttoinlandsprodukt) und des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials. Die Unterenauslastung des Produktionspotentials schätzt der Sachverständigenrat auf 2 bis 2,5 Prozent. Bei einer gesamtwirtschaftlichen Beschäftigtenzahl von 25,3 Mill. würde eine Zunahme um 2 bis 2,5 Prozent rund 500-600 000 zusätzliche Beschäftigte bedeuten. Die Unterenauslastung wurde angesetzt, weil bei steigender Auslastung Produktivitätseffekte zu berücksichtigen sind, die ihrerseits den Beschäftigungseffekt dämpfen.

Bei der „Sucharbeitslosigkeit“ (oder auch „Frictionsarbeitslosigkeit“) von zukünftig 3-4 Prozent der Erwerbspersonen (= 800-900 000) handelt es sich um eine Schätzung. Zum Vergleich: Die Zahl der Arbeitslosen mit einer Arbeitslosigkeitsdauer von weniger als ein halbes Jahr beträgt gegenwärtig rund 930 000.

Die Kriterien Konjunkturarbeitslosigkeit, Sucharbeitslosigkeit und strukturelle Arbeitslosigkeit lassen sich selbstverständlich nicht genau voneinander abgrenzen, sondern überlappen sich gegenseitig. Insofern ergibt ihre Addition auch nicht die heutige Arbeitslosenzahl von 2,2 Mill.

Union und FDP für Europa weiterhin einig

B. CONRADT, HEYDECK, Bonn

Übereinstimmende Forderungen zur Europawahl am 17. Juni haben gestern die Christlichen Demokraten und die Freien Demokraten in Bonn gestellt. Im Mittelpunkt stehen der Wunsch nach der Politischen Union und einer gemeinsamen Sicherheitspolitik der Europäer, eine Stärkung des Europäischen Parlaments, die Beseitigung von Handelshemmnissen innerhalb der EG und der Abbau der Grenzkontrollen innerhalb der Gemeinschaft. Unmittelbar nach Ostern wollen alle Parteien die „heiße Phase“ des Wahlkampfes eröffnen.

Der Vizepräsident der Europäischen Volkspartei, Egon Kleesch, appellierte in einer Pressekonferenz an die wahlberechtigten deutschen Bürger, an der zweiten Direktwahl zum Europäischen Parlament teilzunehmen und CDU zu wählen. Er betonte: „Wir müssen uns dafür entscheiden, daß trotz aller Querelen und Widerstände Europa zusammenwachsen muß.“ Europa brauche eine Politik der Mitte und des Ausgleichs, nicht eine Mehrheit der Linken aus marxistischen Sozialisten, Kommunisten und Alternativen-Grünen, die alles infrage stellen würden.

Moskau erinnert an Prag

F. H. NEUMANN, Moskau

Mit deutlichen Hinweisen auf die Lehren des „Prager Frühlings“ hat die Moskauer „Pravda“ gestern an den 15. Jahrestag der Abfassung Alexander Dubceks vom Posten des tschechoslowakischen Parteichefs erinnert. Das Symbol des gescheiterten Versuches, einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ zu schaffen, war am 17. April 1969 auf einer Plenartagung der KPC durch Gustav Husak ersetzt worden. In den acht Monaten seit der gewaltsamen Intervention sowjetischer und anderer Truppen des Warschauer Paktes im August 1968 hatte Moskau mit zunehmendem Druck und offenen Drohungen auf den Führungswechsel in Prag hingearbeitet. Unter dem heute amtierenden Parteichef Husak, der später auch das Amt des Staatspräsidenten übernahm, wurde die Tschechoslowakei nach umfangreichen Säuberungen wieder auf sowjetischen Kurs gebracht.

Die „Pravda“ erwähnt den Namen Dubceks nicht, sondern hebt die Verdienste des mehrfach genannten Nachfolgers hervor. Die schwere Krise des Landes sei durch Fehler der Partei in den früheren sechziger Jahren hervorgerufen worden. Die damalige Führung habe die Verbindung zu den Massen verloren und „ihre ideologischen Positionen geschwächt“, so daß Revisionisten und rechte Opportunisten ihre demagogischen Losungen über eine „Demokratisierung der Gesellschaft“ und „Neue Modelle des Sozialismus“ verbreiten konnten. Sie hätten mit den „Zentren der Weltrevolution“ fest zusammengearbeitet. So umschrieb das sowjetische Parteiorgan den Übergang von der Herrschaft des Stalinisten Nowotny zu den Reformern um Dubcek.

General Clark ist gestorben

dpa, Charleston

Der amerikanische General Mark Wayne Clark, der letzte noch lebende der fünf führenden US-Generäle im Zweiten Weltkrieg, ist am Dienstag im Alter von 87 Jahren in Charleston (Süd-Carolina) gestorben. Er führte die US-Truppen bei der alliierten Invasion in Italien, war unter anderem Oberkommandierender der amerikanischen Besatzungstruppen in Österreich und unterzeichnete im Korea-Krieg den Waffenstillstand.

„Steuerreform schon 1986“

rtf, München

Die geplante Steuerreform soll nach dem Willen der CSU auf jeden Fall in einem Schritt schon zum 1. Januar 1986 in Kraft gesetzt werden. Hierfür haben sich, wie am Dienstag aus gut unterrichteten Kreisen verlautete, führende CSU-Politiker aus Bonn und München am Vortag auf einer Konferenz in der bayerischen Staatskanzlei geeinigt. An dem Treffen nahmen unter anderem der Bonner Landesgruppenvorsitzende Theo Waigel sowie CSU-Generalsekretär Gerold Tandl, Staatskanzlei-Chef Edmund Stoiber und Bayerns Finanzminister Max Streibl teil.

Für den Umfang der Steuerreform waren ein kleineres und ein größeres Paket diskutiert worden. Bald zeichnete sich eine Tendenz zu der großen Lösung von 25 Milliarden ab. Eine Anhebung der Mineralölsteuer wurde in diesen Debatten von der CSU klar abgelehnt, auch die kleine Lösung hätte nach der Stimmung in der Konferenz nur wenig Anhänger gefunden.

Tarifabschluß im Bauwesen gilt schon vom 1. April an

IG Druck fordert Wiederaufnahme der Verhandlungen

dpa, Frankfurt / Stuttgart

Der von den Tarifparteien der Bauwirtschaft Anfang des Monats ausgehandelte Tarifabschluß von 3,3 Prozent mehr Lohn und Gehalt ist seit Dienstag rückwirkend vom 1. April gültig. Dies bestätigten die Industrie- und Gewerkschaft Bau-Stone-Erden und der Zentralverband des Deutschen Bauwesens nach Ablauf der Erklärungsfrist. Bei der Einigung über die Einkommensverbesserungen für die insgesamt 1,2 Millionen Arbeiter und Angestellten im Bauwesen hatten beide Seiten vereinbart, nach Inkrafttreten des Vorruhestandsgesetzes über eine entsprechende tarifvertragliche Regelung zu verhandeln.

Die IG Druck und Papier hat die Arbeitgeber zur Wiederaufnahme der abgebrochenen Tarifverhandlungen in der Druckindustrie aufgefordert. Die Gewerkschaft veröffentlichte gestern ein Schreiben vom Vortag an den Bundesverband Druck, worin sie als neuen Gesprächstermin den 19. oder den 24. April vorschlägt. Gleichzeitig befragte die IG Druck gestern mit einer zweiten Welle von befristeten Warnstreiks und Urabstimmungen ihre Forderung nach Einführung der 35-Stunden-Woche.

Nach Angaben der Gewerkschaft waren die Beschäftigten in über 20 Betrieben zu teilweise ganztägigen „befristeten Arbeitsniederlegungen“ und die Gewerkschaftsmitglieder in etwa 70 Betrieben zu Urabstimmungen

aufgerufen. Zuvor hatte der Bundesverband Druck in Wiesbaden Warnstreiks in etwa 20 Betrieben bestätigt und zugleich betont, man bleibe verhandlungsbereit. Die Arbeitgeber sahen in einer Aussparung nur die „ultima ratio“, betrachteten sie aber als legales Mittel des Arbeitskampfes. Verhandlungen seien jedoch der bessere Weg.

Unterdessen wurden erstmals aus Urabstimmungen ohne die erforderliche 75-Prozent-Mehrheit für Arbeitskampfmaßnahmen gemeldet. So votierten im Druck- und Verlagsbereich Grandet (Essen), wo sich 506 von 740 Stimmberechtigten an der Urabstimmung beteiligten, nur knapp 72 Prozent für Kampfmaßnahmen. Auch bei der „Schwäbischen Zeitung“ (Leutkirch), wo von 93 Berechtigten 85 IG Druck-Mitglieder abstimmten, wurde die Dreiviertelmehrheit mit 74,1 Prozent verfehlt.

Die Methoden der Gewerkschaft bei der Urabstimmung sind vom Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger (BDZV) scharf kritisiert worden. Statt geheimer Abstimmungen müßten die Mitglieder Stimmzettel vielfach unter den Augen der Gewerkschaftsfunktionäre ausfüllen. Auch die Zeitschriften-Verleger monierten die Art, in der abgestimmt werde. Sie fordern die Gewerkschaft auf, sämtliche Ergebnisse der Urabstimmungen im Detail zu nennen.

Schüsse aus Libyens „Botschaft“ in London

Eine britische Polizistin kam bei Schießerei ums Leben

FRITZ WIRTHE/AP, London

Vor der libyschen Botschaft in London ist es gestern zu einem blutigen Zwischenfall gekommen. Aus dem Fenster der Botschaft feuerte ein Mann mit einer Maschinenpistole auf eine Gruppe von Studenten, die gegen den libyschen Staatschef Muammar el Khadafi demonstrierten. Wie Scotland Yard mitteilte, kam bei der Schießerei eine Polizistin ums Leben, elf Studenten wurden zum Teil schwer verletzt.

Augenzeugen berichteten, kurze Zeit nach den Schüssen sei ein Mann aus dem von der Polizei umstellten Gebäude gekommen. Der Mann habe sich sofort auf den Boden legen müssen, sei mit Handschellen gefesselt und abgeführt worden. Ein Polizeisprecher erklärte, man wisse nicht, ob der Mann der Schütze sei. Bei dem Festgenommenen handelt es sich möglicherweise um den Leiter des Londoner Büros der libyschen Nachrichtenagentur Jana, Salah Nad-schim.

Großbritannien hat gestern abend bei der Regierung in Tripolis in scharfer Form gegen den Beschuß von Demonstrationen aus der Botschaft heraus protestiert. Innenminister Leon Brittan teilte mit, die Regierung habe „in schärfster Form“ gegen das Vorgehen protestiert. Die Schießerei nannte er „den schändlichsten und barbarischsten Vorfälle in London seit langem“. Stunden nach dem Zwischenfall nahm die britische Polizei auf dem Londoner Flughafen Heathrow sechs Libyer fest. Sie stehen im

Verdacht, an der Schießerei vor dem Botschaftsgebäude beteiligt gewesen zu sein.

Die libysche Botschaft ist seit dem 18. Februar dieses Jahres von revolutionären libyschen Studenten und Khadafi-Anhängern besetzt. Es ist ungeklärt, ob diese Studenten diplomatischen Status besitzen. Sie nennen ihre Botschaft offiziell „libysches Volksbüro“.

Downing Street bezeichnete die Situation als äußerst ernst. Wegen der Status-Unklarheit bestehen Zweifel, ob die britische Polizei das Recht hat, die Botschaft mit Gewalt zu besetzen. Das Attentat ist das letzte einer Serie von Zwischenfällen zwischen libyschen Khadafi-Anhängern und Dissidenten. Vor zwei Monaten explodierte in einem Restaurant der Londoner Innenstadt, das fast ausschließlich von Arabern besucht wird, eine Bombe. Es gab drei Verletzte. Als Täter wurden Khadafi-Anhänger vermutet. Einige Verdächtige wurden von der britischen Polizei inzwischen abgeschoben.

Der libysche Rundfunk und JANA nannten die Schüsse unterdessen einen Akt der „Selbstverteidigung“. Polizisten und Agenten des britischen Geheimdienstes hätten das Gebäude gestürmt, meldete der Rundfunk. Die Schüsse seien nur Selbstverteidigung gegen eine „der häßlichsten Formen des Terrorismus“ durch die libysche Regierung gewesen. Die britische Polizei habe das Volksbüro gestürmt.

Brückenkopf auf fremden Märkten.

Wenn Ihr Unternehmen im Auslandsgeschäft engagiert ist, dann brauchen Sie eine Bank, die auch im Auslandsgeschäft mit vollständigem Leistungskatalog aufwartet. Die WestLB ist eine dieser Banken.

WestLB Auslandsgeschäft
Ihren gesamten Zahlungsverkehr mit dem Ausland führt die WestLB über ihr weltweites Korrespondenten-netz für Sie schnell aus. Auf dem kürzesten Weg. Sie wickelt Ihre Akkreditive ab, führt Ihre Dokumenteninkasso durch und diskontiert Ihre Auslandswchsel. Wenn Sie Ihre Forderungen oder Verpflichtungen in fremden Währungen durch Termingeschäfte absichern wollen, dann sprechen Sie mit der WestLB.

WestLB Exportfinanzierungen
Die WestLB steht Ihnen für Kreditierungen in DM und in allen anderen internationalen Währungen zur Verfügung. Sie übernimmt für Ihr Exportgeschäft Avals und Garantien. Garantien für Bietung, Anzahlung,

Fertigstellung oder Gewährleistung. Die WestLB arrangiert An- und Zwischenzahlungen. Häufig finanziert sie auch die local costs.

WestLB Eurofinanzierungen
Über ihre Niederlassungen in London, New York und Tokio sowie ihre Töchter WestLB International S.A. Luxemburg und WestLB Asia Ltd. Hongkong arrangiert Ihnen die WestLB alle Formen der Euromarktförderung in allen Eurowährungen sowie Kredite in domestic \$, Yen und £. Über Beteiligungen an Banken in Frankreich und Brasilien beschafft

WestLB Ihr Finanzmanager mit Erfahrung im Inland und Ausland

Ihnen die WestLB auch in anderen lokalen Währungen Kredite für Investitionen in diesen Regionen.

WestLB Beteiligungsberatung
Suchen Sie für Ihren Absatz oder für Ihre Produkte im Ausland einen Partner durch Beteiligungswerb oder Joint Venture; oder wollen Sie ein Unternehmen kaufen, schalten Sie die WestLB Beteiligungsberatung ein. Sie schlägt Ihnen geeignete Unternehmen vor und bietet vor Ort sachkundige Unterstützung in allen Verhandlungsphasen.

Ihre Erfolgchancen wachsen mit Ihrer Flexibilität. Dafür brauchen Sie eine flexible Bank, die auch im Ausland zu Hause ist.

WestLB
Westdeutsche Landesbank
Girozentrale
Düsseldorf Münster
Zentralinstitut
der Sparkassen in NRW



Vertrauen in Kernkraft

JB. - Die Nordwestdeutschen Kraftwerke AG (NWK), Hamburg, gehören in der Bundesrepublik zu jenen Energieversorgungsunternehmen mit dem höchsten Anteil an Kernenergie. Wenn das heftig umkämpfte Kernkraftwerk Brokdorf Ende 1986 ans Netz geht, wird der Anteil am NWK-Stromaufkommen auf zwei Drittel steigen.

Mit einer Dividendensteigerung und der Ankündigung weitgehend stabiler Preise in den nächsten Jahren hat NWK jetzt das von immer mehr Seiten angekündigte Vertrauen in die Wirtschaftlichkeit der Kernenergie für sich dokumentiert. Das Unternehmen tut damit zugleich kund, daß es von den Horrormeldungen aus den USA nichts hält, wo die Kernenergie in eine schwierige Lage geraten ist. Kernenergie hierzulande wird, so NWK, in wenigen Jahren einen Anteil von 30 Prozent überschreiten.

Den Beweis der Wirtschaftlichkeit, den Kritiker angesichts der enormen Baukosten und der riesigen Aufwendungen für die Entsorgung schon jetzt bestreiten, wird NWK langfristig wohl nur dann antreten können, wenn über die Kernenergie nicht eine neue Welle gegnerischer Unsicherheit und noch verschärfter behördlicher Auflagen schwappt. Unbestritten ist, daß die Kostenvorteile der Kernenergie etwa gegenüber

Kohle bereits heute geschrumpft sind. Die noch vor Jahren gültige Rechnung, nach der ein Kernkraftwerk selbst auf Vollkostenbasis billiger Strom produzieren konnte als ein voll abgeschriebenes Kohlekraftwerk, gilt heute nicht mehr. Über den Erfolg von NWK wird dann doch vermutlich in den Behörden entschieden.

Falsches Pferd

J.G. - Eifrig, wie gewohnt, hat Bundesminister Zimmermann dieser Tage den am Getränkemarkt operierenden Unternehmen erneut Schreckliches angekündigt. Notfalls Pfandflaschen-Angebotszwang für alle Händler und Sondersteuer auf Einweg-Artikel, wenn anders der Mehrweg-Verpackungsanteil am Getränkemarkt nicht zu stabilisieren sei. Er begründet das vor allem mit Zweifeln, ob die Kernenergie in eine schwierige Lage geraten ist. Kernenergie hierzulande wird, so NWK, in wenigen Jahren einen Anteil von 30 Prozent überschreiten.

Den Beweis der Wirtschaftlichkeit, den Kritiker angesichts der enormen Baukosten und der riesigen Aufwendungen für die Entsorgung schon jetzt bestreiten, wird NWK langfristig wohl nur dann antreten können, wenn über die Kernenergie nicht eine neue Welle gegnerischer Unsicherheit und noch verschärfter behördlicher Auflagen schwappt. Unbestritten ist, daß die Kostenvorteile der Kernenergie etwa gegenüber

Textile Unsicherheiten

Von INGE ADHAM

Die deutschen Textilproduzenten mit ihrem agilen Verbandspräsidenten Ernst-Günther Plutte an der Spitze haben im politischen Raum einen deutlichen Erfolg erzielt: Vor allem auf ihr Drängen hin klagte die Bundesregierung erstmals gegen die von allen Seiten als wettbewerbsverzerrend erkannte Subventionspraxis eines EG-Mitglieds - und erhielt Recht. Der Europäische Gerichtshof hat die Kommissionsentscheidung, eine eigentlich nicht zulässige sektorale Subvention zu genehmigen, aufgehoben. Zwar nur aus verfahrenstechnischen Gründen, aber immerhin wird diese Maßnahme die Ausnahme genehmigungspraxis der EG-Kommission in Zukunft nachhaltig beeinflussen.

Ohnehin signalisieren die Entscheidungen der Brüsseler Kommission in jüngster Zeit ein wachsendes Unbehagen an sektoralen Subventionen, die den ohne sie auskommen deutschen Textilproduzenten nach ihrer Einschätzung das Verkaufen in den Bundesrepublik und auf anderen Märkten zusätzlich erschweren. Unternehmen, deren Verluste in irgendeiner Form eine Staatskasse übernimmt, sind in der Tat ein Ärgernis. Denn ihre Preise müssen sich nicht an Kosten orientieren. Nun darf aber nicht vermutet werden, mit dem ersten Erfolg beim Europäischen Gerichtshof sei für die deutschen Textilproduzenten die Welt schlagartig in Ordnung.

Am Umfeld der größten deutschen Konsumgüterbranche hat sich nichts geändert. Weltweit bestehen textile Überkapazitäten, die auf die Preise drücken. Das gilt nicht nur auf ausländischen Märkten, sondern auch am heimischen Markt. Kaum zieht die Nachfrage etwas an wie im Verlauf des letzten Jahres, drängen auch in stärkerem Maße wieder Importe ins Land. Daß die deutschen Textilproduzenten ihren Export gleichwohl stetig ausweiten konnten, liegt vor allem an der Findigkeit der meist mittelständischen Textilunternehmen, die in einem langen Jahre anhaltenden Überlebenskampf lernten, jede "Nische" auszuspähen und zu nutzen. Wie hart dieser Überlebenskampf war und ist, signalisiert die längerfristige Entwicklung. Seit der "Hochblüte" der Branche Ende der fünfziger Jahre verschwanden mehr als die Hälfte der Betriebe und noch mehr Arbeitsplätze. Gleichzeitig entwickelte sich die deutsche Textilindustrie zu einer kapitalintensiven, durchrationalisierten Bran-

che. Ihr Maschinenpark gilt heute als der modernste in Europa. Damit holt die Branche weit mehr als die Hälfte ihres seit vier Jahren praktisch stagnierenden Umsatzes aus dem Export.

Für diese Markterfolge sorgen Eigenschaften wie Liefertreue, Flexibilität und ein modisches Angebot. Dies steht auch im Mittelpunkt der derzeit laufenden 51. Interstoff in Frankfurt. Die internationale Messe, auf der die Stoffe für die Sommermode 1985 einem ebenso internationalen Einkäuferpublikum aus Konfektion und Handel vorgestellt werden, soll Aufschluß bringen, wie es für die Branche weitergeht. Denn manch einem ist derzeit nicht ganz wohl. In die Freude über ein wie seit 1975 nicht mehr angesprochenes Geschäft - wobei die Mode besonders der Baumwollweber begünstigt - mischen sich erste skeptische Stimmen.

Die schönste Nachfrage nutzt nämlich nichts, wenn die Kasse nicht stimmt. Und da knieft es bei vielen. Im vergangenen Jahr, in dem sich die Nachfragebelebung langsam ankündigte, starben weitaus mehr Textilunternehmen als in den Vorjahren. Ihre Finanzdecke war so kurz geworden, daß sie nicht mehr ausreichte, die zaghafte Aufwärtsbewegung zu finanzieren. In diese Situation könnten auch in diesem Jahr viele Unternehmen kommen, denn inzwischen ist die Nachfrage mit zwei-stelligen Raten angesprungen - was natürlich für frohe Gesichter auf der Messe sorgt.

Sorgenfalten bringen aber gestiegene Rohstoffkosten und die bange Frage, wie weit sie in Preise überzuwälzen sind. Denn Luft, sie zu schlucken, besteht bei kaum einem der deutschen Unternehmen. Sicher, wer voll im modischen Trend auf dicken Aufträgen sitzt, wird auch diesmal die Nase vorn behalten. Aber generell muß doch gesehen werden, daß die Konfektionäre sehr auf den Preis achten. Sie befürchten, daß ihre Kunden nicht mitspitzen.

Zwar sah es zu Beginn des Jahres so aus, als hätten zumindest die deutschen Verbraucher wieder Lust an der Mode bekommen, und die Phase der Kaufenthaltung sei vorbei. Aber noch ist offen, ob das nicht nur ein Zwischenhoch war. Denn der Monat März brachte dem einschlägigen Handel einen drastischen Einbruch. Die Textilwelt bleibt hart, auch ohne die zusätzlichen unwägigen Risiken aus der Tarifauseinandersetzung.

EG / Kommission plädiert für einen Ausbau der Beziehungen mit Lateinamerika

Die Gemeinschaft sollte einen Beitrag zur Entwicklung der Region leisten

Für einen Ausbau der Beziehungen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und Lateinamerika hat sich die EG-Kommission stark gemacht. In einer vom deutschen Vizepräsidenten Wilhelm Haferkamp verfaßten Mitteilung tritt sie für eine stärkere Zusammenarbeit im industriellen, wissenschaftlichen und energiepolitischen Bereich ein und befürwortet eine Öffnung der Europäischen Investitionsbank für Kredite an Südamerika.

Das Papier ist eine Antwort auf verschiedenartige Bemühungen der jüngsten Zeit, den Dialog mit dem lateinamerikanischen Subkontinent wieder aufzunehmen. Er war in der Vergangenheit immer wieder ins Stocken geraten, zuletzt wegen der argentinisch-britischen Krise um die Falkland-Inseln.

Nach Meinung der Kommission ist der Zeitpunkt für einen Neubeginn gekommen, zumal die Gemeinschaft inzwischen ein Kooperationsabkommen mit den Staaten des Anden-Paktes abgeschlossen hat und mit Spanien ein Land in die EG drängt, das traditionell über besonders enge Bindungen zu den lateinamerikanischen Staaten verfügt.

Ein stärkeres Engagement sei um so notwendiger, als der Kontinent gegenwärtig eine schwere wirtschaftliche und finanzielle Krise durchläuft, zugleich aber auch eine positive politische Entwicklung in Richtung auf eine Rückkehr zur Demokratie. Die Gemeinschaft ist sich heute selbst schuldig, diese Entwicklung mit allen Mitteln zu unterstützen.

Für eine engere Kooperation, die nach Meinung der Kommission dem unterschiedlichen wirtschaftlichen

Entwicklungsgrad der einzelnen lateinamerikanischen Länder Rechnung tragen muß, steckt das EG-Dokument folgenden Rahmen ab:

Finanzielle Zusammenarbeit: Die schweren Verschuldungsprobleme Lateinamerikas verstärken die Notwendigkeit eines Beitrags der Gemeinschaft zur Finanzierung der Entwicklung der Region. Daher sollte die Europäische Investitionsbank aufgefordert werden, ihre Möglichkeiten für Finanzierungen außerhalb der Gemeinschaft zugunsten der südamerikanischen Länder zu nutzen. Die eigentliche Finanzhilfe sollte auf die ärmsten Staaten konzentriert werden. Erheblich aufzustocken seien die Mittel zugunsten Mittelamerikas.

Hilfe für Kleinbetriebe: Die EG sollte die Kooperation zwischen kleinen und mittleren Firmen fördern, die sich gut an die wirtschaftliche Struktur in den südamerikanischen Staaten anpassen können. Dabei sei unter anderem an die Förderung von Joint Ventures zu denken.

Wirtschaft und Forschung: Hier sollte die Kooperation vor allem im Bereich der Landwirtschaft und der Tropenmedizin ansetzen. Weitere Gebiete wären der Umweltschutz und

die Erhaltung der natürlichen Ressourcen. Die Kommission empfiehlt gemeinsame Forschungsprojekte zu schaffen und einen Austausch von Know-how und Technologien vorzunehmen.

Handelsförderung: Die Bemühungen der EG sollten vor allem darauf abzielen, den südamerikanischen Staaten die Ausnutzung der Allgemeinen Zollpräferenzen der Gemeinschaft zu erleichtern, die ihnen für 85 Prozent ihrer EG-Exporte Nullzölle oder Zollsätze von unter 5 Prozent einräumen. Tatsächlich werden Vergünstigungen (Handelswert: rund 9,6 Milliarden Mark) bisher im Durchschnitt nur zu 62 Prozent genutzt.

Zur besseren Kenntnis der Exportmöglichkeiten soll die Beteiligung an Ausstellungen und Messen in Europa weiterhin gefördert werden. Bereits von 1979 bis 1982 hat die EG rund 31,8 Milliarden Mark dafür bereitgestellt.

Zwischen 1978 und 1982 haben sich die Exporte Lateinamerikas in die EG stetig und in schnellerem Rhythmus als die der anderen Entwicklungsländer erhöht. Sie stiegen von rund 21,3 Milliarden auf 51,3 Milliarden Mark. Trotzdem machen die EG-Importe aus den südamerikanischen Ländern nur etwa 5 Prozent der Gesamteinfuhren der Gemeinschaft aus. Das traditionelle Einfuhrdefizit der EG erhöhte sich 1982 wegen der Wirtschaftskrise in Lateinamerika sprunghaft von 3,9 auf 11,3 Milliarden Mark.

VERKABELUNG

SPD befürchtet Defizite und Erhöhung der Gebühren

Die SPD-Opposition treibt nach den Worten ihrer Abgeordneten Karl Liedtke und Peter Paterna, die "Sorge um", daß Postminister Christian Schwarz-Schilling (CDU) mit seinen Verkabelungsplänen die Post "aus der sicheren Gewinnzone" heraus treibt. Ein kleine Anfrage soll deshalb die Frage klären, wie das Konzept des Ministers für die "Gelbe Post" aussieht, deren Defizite aus den Gewinnen des Fernmeldebereichs beglichen werden. Zugleich äußerten Liedtke und Paterna, der für seine Fraktion im Postverwaltungsrat sitzt, die Befürchtung, daß Verluste durch eine viel zu teure und von den Bürgern nur sehr zögerlich angenommene Verkabelung durch direkte oder indirekte Gebührenerhöhungen bezahlt werden müßten. Das Postministerium hat alle Pläne zur Gebührenerhöhung oder Leistungsver schlechterung demontiert.

Allein für 1984 droht laut Paterna ein Verlust von einer Milliarde Mark aus der Verkabelung. Die zur Zeit gültigen Gebühren fürs Kabelfernsehen in den Versuchsgebieten von sechs bis neun Mark würden die Kosten nicht decken. Sie müßten eher 20 bis 30 Mark betragen. Hier sei zu fragen, so Liedtke, ob man nicht aus wirtschaftlichen Gründen die Finger vom Kabelprojekt lassen sollte.

Unterlassen gebe es, so Paterna, konkrete Anzeichen für eine Verschlechterung der Postdienstleistungen. Er bezog sich auf ein Pro-

tokoll des Arbeitskreises Post/Presse vom November 1983 und auf eine Unterlage aus dem Postministerium vom 23. Januar. Daraus gehe hervor, daß überlegt werde, wie die Dienstleistungen verschlechtert werden könnten, um bei bleibenden Gebühren die Kosten zu senken. So sei daran gedacht, "Schnellbriefe" einzuführen zu erhöhtem Porto für Absender, die ihre Post am nächsten Tag - auch am Samstag - beim Empfänger wissen wollen. Es werde daran überlegt, in ländlichen und Stadttrandgebieten Wege für die Zusteller einzusparen und auf den Postkunden abzuwälzen, der sich seine Post an Zustellorten und -anlagen selbst abholen müsse. Weiter werde geplant, die Palette von Leistungen im Briefdienst einzuschränken, die vom Brief über die Postkarte bis zu Massendrucksachen reichen.

Auch gebe es Überlegungen, die Kostenunterdeckung im Postzeitungsdienst von 50 Prozent auf 500 Millionen zu begrenzen und zwischen "eiligen und nicht eiligen" Zeitungen zu unterscheiden. Kriterien für die Unterscheidung seien, so Paterna, nicht genannt worden. - Eine von Zeitungsverlegern und Bundespost angegriffene Kostenteilung zu je 50 Prozent ist nach Angaben des Verlegerverbandes vorzeitig erreicht worden. Eine schon vorgesehene Gebührenerhöhung wurde daraufhin ausgesetzt. Die Verlegerseite geht weiter davon aus, daß man mit der Post zu "fairen" Abschlüssen gelange.

AUF EIN WORT



Ich stehe hinter der Tatsache, daß wir die Herausforderung des Kosten- und Preiswettbewerbs sehen und bestehen müssen. Japaner und Amerikaner haben dies als nationale Aufgabe bereits erkannt. Auch wir müssen uns ihr stellen.

Lothar F. W. Sparberg, Vorsitzender der Geschäftsführung der IBM Deutschland GmbH, Stuttgart.

Haushaltsdefizite stark reduziert

dpa/VWD, Wiesbaden

Die öffentlichen Haushalte in der Bundesrepublik haben 1983 ihre Finanzierungsdefizite gegenüber dem Vorjahr um 15,1 Mrd. auf 55,0 Mrd. Mark verringert. Die Nettokreditaufnahme sank dadurch auf 55,3 (67,3) Mrd. Mark. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes gaben die öffentlichen Haushalte im vergangenen Jahr mit 553,6 Mrd. Mark nur 1,2 Prozent mehr aus als 1982. Die Einnahmen erhöhten sich gleichzeitig um 4,5 Prozent auf 498,8 Mrd. Mark. Zum 31. Dezember 1983 beliefen sich die Schulden des Bundes auf 341,6 Mrd. Mark, die der Länder auf 210,0 Mrd. Mark und die der Gemeinden sowie Gemeindeverbände auf 100,1 Mrd. Mark. Die Personalausgaben mit 181,1 Mrd. Mark die größte Einzelposition, stiegen 1983 um 2,8 Prozent. Am kräftigsten erhöhten sich erneut die Zinsausgaben (plus 14,2 Prozent).

AUTOMOBILINDUSTRIE

Die Nachfrage ist im März deutlich gesunken

INGE ADHAM, Frankfurt

Auf das niedrigste Niveau seit zwei Jahren sind im März die inländischen Bestellungen von Pkw und Kombiwagen abgesunken. "Die Schärfe des Nachfrageeinbruchs" ist nach Ansicht des Verbandes der Automobilindustrie (VDA), Frankfurt, zu einem wesentlichen Teil darauf zurückzuführen, daß die potentiellen Käufer wegen der beabsichtigten Einführung von Katalysatorfahrzeugen verunsichert sind. Aber auch aus dem Ausland beginnen die Aufträge nach einem bisher sehr guten Geschäft etwas spärlicher zu fließen. Dagegen "festigt" sich die Inlandsnachfrage bei den Nutzkraftwagen.

In seinem jüngsten Produktionsbericht meldet der VDA für die ersten drei Monate dieses Jahres ein Produktionsplus von 12 Prozent auf 1 200 200 Einheiten gegenüber dem ersten Quartal 1983, das freilich von einem deutlichen Einbruch gekennzeichnet war. Die Aufwärtsentwicklung geht allein auf das Konto der in den Monaten Januar und Februar deutlich belebten Pkw/Kombi-Produktion; bei den Nutzkraftwagen verbrachte die Branche nur ein zweiprozentiges Produktionsplus.

Bereits der März signalisiert aber eine schwächere Gangart der Pkw-Nachfrage: Saisonbereinigt ist die Produktion mit 378 067 Pkw/Kombi 3 Prozent geringer ausgefallen als im Vormonat. Bei den Nutzkraftwagen war der Rückgang mit 14 Prozent gegenüber dem Vormonat und 10 Prozent gegenüber März 1983 noch deutlicher. Auch im Export registriert die Branche mit einem Rückgang um 5 Prozent (Pkw/Kombi) und 18 Prozent (Lkw) im März gegenüber Februar Schwächezeichen. Für das ganze erste Quartal zusammengekommen liegt der Pkw/Kombi-Export aber immer noch 9 Prozent über dem Vorjahresstand.

KONJUNKTUR

WestLB: Dauerhafter und stabiler Aufwärtstrend

LEO FISCHER, Bonn

Einen stabilen Aufwärtstrend der Konjunktur ohne die Überhitzungserscheinungen, die in früheren Zyklen sehr bald auftraten, erwartet Friedel Neuber, der Vorstandsvorsitzende der Westdeutschen Landesbank Girozentrale (WestLB). Diese Zuversicht begründet der Bankier mit der stabilitätsorientierten, aber auch mit der im Tagesgeschäft notwendigen und von der Bundesbank demonstrierten flexiblen Geldpolitik sowie mit dem finanzpolitischen Konsolidierungskurs, der nicht zu Lasten der Unternehmenserträge gehe. Schließlich ist Neuber optimistisch, daß in der laufenden schwierigen Tarifrunde ein vernünftiger Kompromiß gefunden wird.

Unsicherheiten sieht Neuber im internationalen Bereich. Entscheidend für die internationale Konjunkturentwicklung werde sein, ob die USA nach dem kräftigen Aufschwung zu

einer "weichen Landung" finden werden. Oder ob sich eine negative Spirale nach unten ergibt. Die Volkswirte der WestLB neigen der ersten Ansicht zu.

Für die Bundesrepublik erwartet Neuber im laufenden Jahr ein Wachstum von knapp drei Prozent (also etwas weniger als die Forschungsanstalt) und für 1985 von 3 1/2 Prozent. Wesentlicher Wachstumsträger werden dabei die privaten Ausstattungsinvestitionen sein.

Zum Frühjahrsgutachten der Forschungsinstitute meint die WestLB, daß die schwächere Wachstumsprognose der Bankvolkswirte vor allem in der unterschiedlichen Einschätzung des Außenhandelsbeitrags begründet ist. Die Forschungsinstitute gingen von einer Exportzunahme von fast zehn Prozent aus, die WestLB rechnet dagegen nur mit einem Plus von etwas mehr als fünf Prozent.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Hohe Außenstände der Bundesanstalt für Arbeit

Nürnberg (AP) - Die Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg hat nach eigener Angabe 1,845 Mrd. Mark Außenstände. Mit dieser Erklärung wies das Amt am Dienstag Vorwürfe zurück, in denen von rund zwei Mrd. Mark "zuviel gezahltem Arbeitslosengeld aufgrund von Verwaltungsmängeln" die Rede war. Diese Meldungen verwechselten Überzahlungen mit Außenständen. Mehr als die Hälfte davon, nämlich 1,112 Mrd. Mark, seien aus der Zahlung von Konkursausfällen entstanden. Dazu seien die Arbeitsämter verpflichtet, "mit der vagen Aussicht, Teilbeträge davon in langwierigen Konkursverfahren zu rückentstatten zu bekommen". Nur knapp 400 Mill. Mark, rund 1,7 Prozent der hierfür jährlich aufgewendeten Beträge, seien an Arbeitslosengeld, Unterhaltsgeld und Arbeitslosenhilfe zuviel gezahlt worden. Sie entstünden überwiegend dadurch, daß Leistungsempfänger Tatsachen, die zur Beendigung des Leistungsbezugs führen müßten verspätet den Arbeitsämtern mitteilten.

Erzeugerpreise gestiegen

Wiesbaden (VWD) - Die Erzeugerpreise in der Bundesrepublik sind im März um 0,2 Prozent gegenüber Februar gestiegen. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes ergab sich damit gegenüber dem Vorjahresmonat ein Anstieg von 3,1 Prozent. Der Index (1980 = 100) stellte sich auf 118,2 Punkte. Im Februar und Januar 1984 hatte die Jahressteigerungsrate 2,6 Prozent bzw. 2,3 Prozent betragen.

Löhne angehoben

Buenos Aires (tr/VWD) - Zum Ausgleich der Inflation hat die argentinische Regierung rückwirkend für März Lohnerhöhungen von 9,3 Prozent angeordnet, nachdem zuvor in diesem Monat die Löhne bereits um elf Prozent angehoben worden waren. Wirtschaftsminister Grinspun bekräftigte die Absicht der Regierung, die Reallohn in diesem Jahr um sechs bis acht Prozent ansteigen zu lassen. Die Jahressteuerung steht derzeit bei 47,9 Prozent. Argentinien werde noch in dieser Woche oder Anfang nächster den Peso um 20 bis 30 Prozent abwerten, erwarten Bankenkreise in Buenos Aires. Argentinien hat seinen Gläubigerbanken einen offiziellen

Antrag angekündigt, die am 18. April fällige Rückzahlung von 720 Mill. Dollar eines Überbrückungskredits auszusetzen.

Einigung in Sicht

Rom (VWD) - Die am 13. April begonnenen Gespräche zwischen den Liquidatoren und Gläubigerbanken der 1982 zusammengebrochenen Banco Ambrosiano dürften mit der Unterzeichnung des Liquidationsabkommens enden. Wie aus Bankkreisen in Rom weiter verlautet, dürfte das Abkommen zu einer Ausschüttung von insgesamt 550 Mill. Dollar führen. Davon seien etwa 415 Mill. Dollar für die 120 ausländischen Gläubiger-Banken der Gruppe vorgesehen, was einer Quote von rund 70 Prozent entspreche.

Gefahr für Spanienbesitz

Düsseldorf (Py) - Die etwa 500 000 deutschen und schweizerischen Eigentümer von spanischen Ferienhäusern oder -wohnungen sollten unbedingt prüfen, ob sie mit ihren Grundsteuerzahlungen auf dem laufenden sind. Nach Angaben der Deutschen und Schweizerischen Schutzgemeinschaft für Auslandsgrundbesitz spricht alles dafür, daß die unter chronischer Finanznot leidenden spanischen Gemeinden selbst für die durchweg geringen Steuerschulden Zwangsversteigerungsverfahren anstrengen. Es wird geschätzt, daß mindestens jeder dritte ausländische Immobilienbesitzer in Spanien Rückstände bei seinen Grundsteuerzahlungen hat. Das liegt an der unständlichen Erhebung und an der Tatsache, daß die spanischen Gemeinden Grundsteuerbescheide grundsätzlich nicht ins Ausland nachsenden.

Zuversicht in Peking

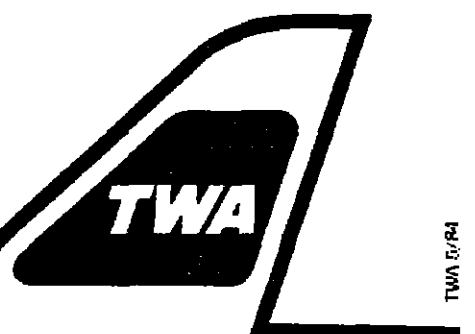
Peking (VWD) - Einen "großen Schritt" in Richtung eines Abkommens über die Zukunft Hongkongs haben die britischen und chinesischen Repräsentanten in der jüngsten Verhandlungsrunde getan. Dies sagte Ministerpräsident Zhao Ziyang in Peking nach einem Gespräch mit dem britischen Außenminister Geoffrey Howe. Mit hoher Wahrscheinlichkeit werde ein Abkommen über die Rückgabe der Hoheitsrechte 1997 an China früher als ursprünglich erwartet zustandekommen.

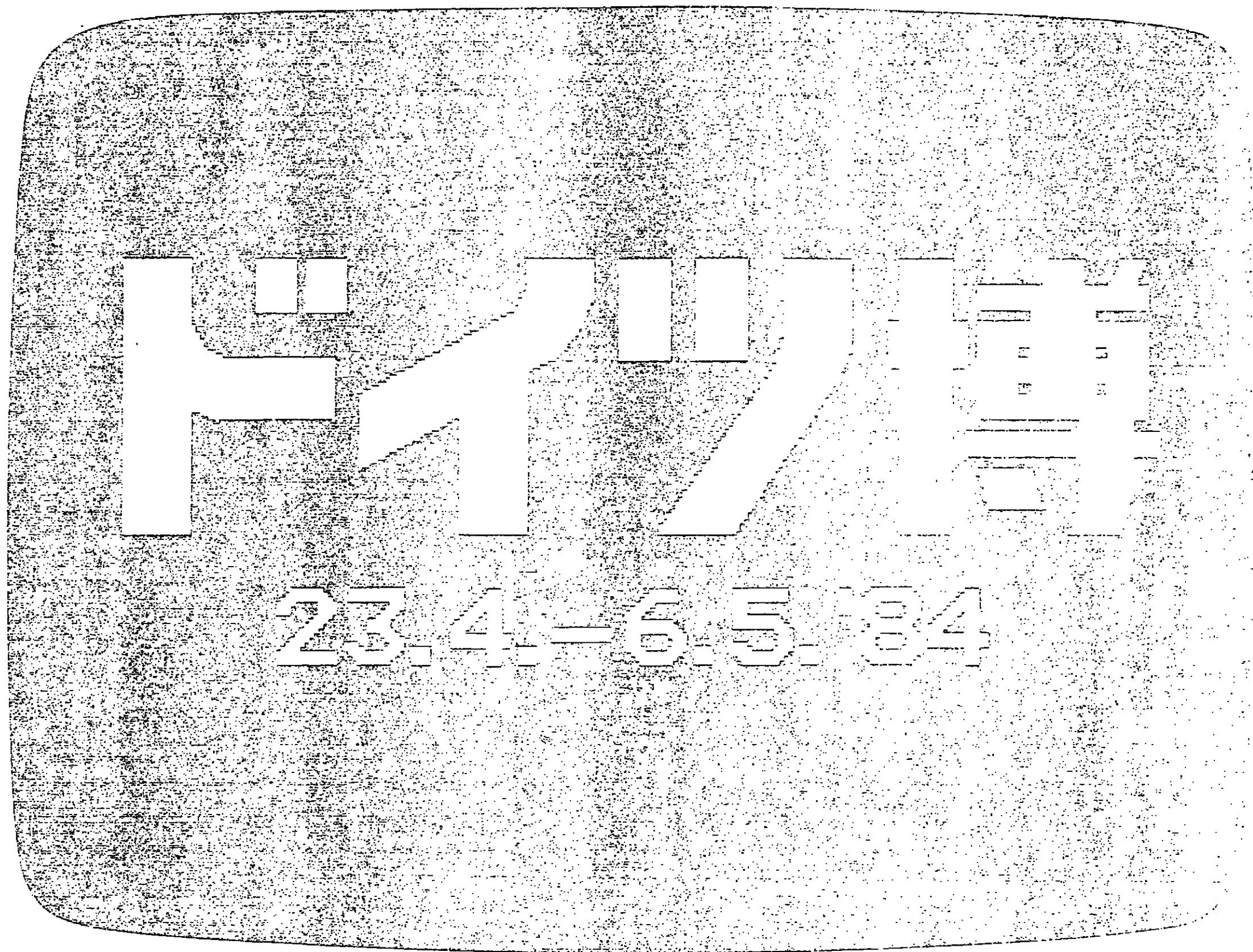
Mit TWA nach & durch die USA.

TWA's 747 Ambassador Class.

Täglich sorgt unsere 747 Ambassador Class für Ruhe und Entspannung zwischen Frankfurt und New York: Mit nur 6 Sitzen in einer Reihe und viel Platz drumherum. Sie lehnen sich bequem zurück und wir bringen Sie nach New York. Oder weiter nach mehr als 50 Städten in den Staaten.

Sie sollen sich bei uns wohlfühlen





Die Deutsche Bundespost zeigt den Japanern auf der Deutschen Leistungsschau in Tokyo, wie weit Europa schon mit Bildschirmtext ist.

Auf Loewe Btx-Geräten.

Die Bundesrepublik Deutschland hat das technisch anspruchsvollste Bildschirmtext-System der Welt: mit dem CEPT-Standard sind die Weichen für den internationalen Einsatz in 28 Ländern gestellt.

In Japan werden jetzt während der Deutschen Leistungsschau in Tokyo die faszinierenden Möglichkeiten des neuen Mediums Btx von der Deutschen Bundespost und dem Land Berlin auf Loewe Btx-Geräten demonstriert.

Denn Loewe ist der erste Hersteller, der Bildschirmtext mit einem umfassenden Geräteprogramm nutzbar macht.

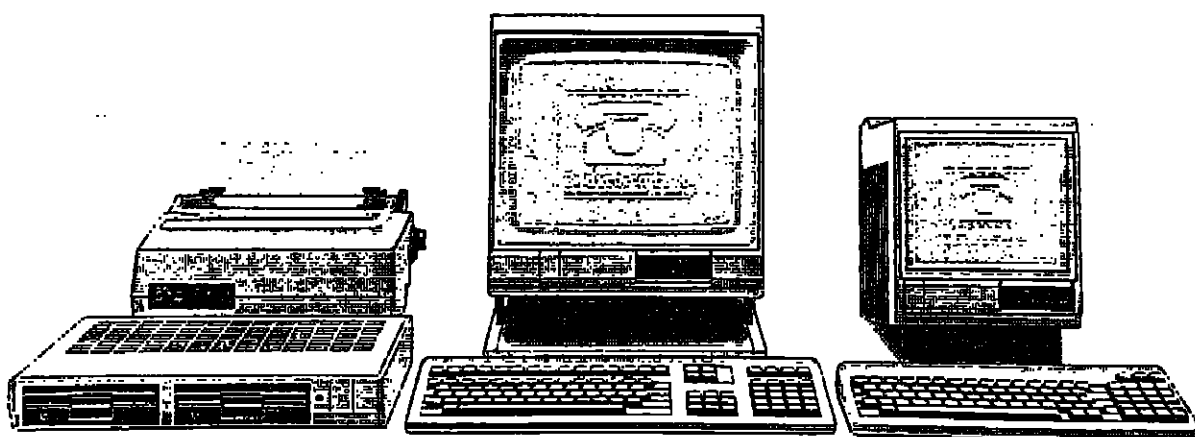
Die CEPT-Demonstration ist für Japan deshalb so interessant, weil dort die Btx-Versuche nach im Test sind – die nationale Einführung ist erst für das Ende der 80er Jahre geplant. Auf den

Bildschirmen der Loewe Btx-Geräte wird in Tokyo zu sehen sein, wie gut mit dem CEPT-Standard auch die komplizierten japanischen Schriftzeichen darstellbar sind.

Möglicherweise können auf diese Art innovative Impulse aus Europa ein Beitrag für die Entwicklung der Btx-Technologie in Japan sein.

Wenn Sie sich hier in Deutschland über das Loewe Btx-Programm informieren wollen: Schreiben Sie uns. Dann schicken wir Ihnen unsere Broschüre über Bildschirmtext und das Loewe Btx-Angebot für den professionellen Einsatz.

Loewe Opta GmbH, Industriestraße 11,
8640 Kronach, Btx-Nr.: *705 #



LOEWE.

VEREINIGTE NICKEL / Nur zaghafte Erholung

Noch nicht dividendenreif

J. GEHLHOFF, Düsseldorf
Zum dritten Mal nacheinander im Zeichen der Konjunkturlaute auf ihren Märkten präsentiert die Vereinigte Deutsche Nickel-Werke AG (VDN), Schwerte, auch für 1983/84 (30.9.) ihren Abschluß (Hauptversammlung am 9. Mai). Nur durch zusätzliche Fremdprodukt-Handelsgeschäfte von fast 20 Mill. DM wurde der Gruppenumsatz (AG plus drei Produktionsbeteiligungen) nach 6 Prozent Vorjahresminus leicht auf 224 Mill. DM verbessert. Mehr als eine leichte Konjunkturerholung, die Beschäftigungsprobleme in Teilbereichen nicht ausschließt, erwartet der Vorstand auch für 1983/84 noch nicht.

Vornehmlich durch Rationalisierung wurde 1982/83 immerhin ein Umschwung von 1 Mill. DM Verlust in 1,6 Mill. DM Jahresüberschuss geschafft, der sich bei der AG durch stark gestiegenen Steuerertrag (nach Verbrauch der anerkannten Verlustvorträge) auf 0,7 (1,8) Mill. DM verminderte. Damit hat sich der Bilanz-Verlustvortrag auf 3,8 (5,3) Mill. DM in der Gruppe und 1,4 (2,1) Mill. DM bei der AG ermäßigt. Auch

für 1983/84 prophezeit der Vorstand aus erhoffter Ergebnisbesserung nur eine „weitere Reduzierung“ des Verlustvortrages. Demnach müssen die Eigentümer von 12,95 Mill. DM Aktienkapital (Mehrheit in Familienbesitz) auch für das laufende und dann achte Jahr mit Dividendenlosigkeit rechnen.

Die Gruppe hat 1982/83 ihre Mitarbeiterzahl um 7 (11) Prozent auf 1174 reduziert, darunter bei der AG um 10 (11) Prozent auf 758 Leute mit 166 (161) Mill. DM Umsatz. Auch der AG-Umsatz ist durch das Handelsgeschäft geschönt. Denn der Rohertrag fiel in der Gruppe auf 83,8 (86,5) Mill. DM und bei der AG noch stärker auf 58,4 (60,2) Mill. DM zurück.

Andererseits erntete die AG den Lohn von nun 5,9 (3,9) Mill. DM selbstfinanzierter Sachinvestitionen auch darin, daß die bislang stetig und kräftig gestiegenen Energiekosten erstmals um 0,7 Mill. DM oder um 8 Prozent sanken. Düster sieht der Vorstand im AG-Halbzugsabsatz auch für 1983/84 vor allem das auf „desolatem“ internationalen Markt betriebene Münzplättchen-Geschäft.

SCHIFFFAHRTSBANK / Voll befriedigendes Ergebnis

Auslandskredite aufgestockt

W. WESSENDORF, Bremen
Die Deutsche Schiffahrtbank Bremen hat im vergangenen Jahr im Darlehens- und Avalkreditgeschäft mit 623,2 (651,1) Mill. DM neue Kredite bereitgestellt. Das geht aus dem Geschäftsbericht 1983 hervor. Der leichte Rückgang des Neugeschäfts betraf ausschließlich Abschlüsse mit deutschen Reedereien, die gegenüber dem hohen Vorjahresstand auf 322,4 (420,4) Millionen DM zurückgegangen seien.

Obwohl die Exportquote im deutschen Schiffbau weiter zurückgegangen sei, wurden die Neukredite im Auslandsgeschäft um mehr als ein Viertel auf über 300 Mill. DM gesteigert. Diese Auszahlungen entfallen laut Bericht zu etwa gleichen Teilen auf Neubau- und Second-hand-Kredite. Trotz der zunehmend belasteten Ertrags- und Liquiditätssituation der Reedereien „betrachten wir den fortgesetzten leichten Anstieg der planmäßigen Rückzahlungen auf 409,4 (407,3) Mill. DM als Beweis für die Bonität unserer Ausleihungen“.

heißt es weiter im Geschäftsbericht. Daneben seien mit 213,3 (180,1) Mill. DM außerplanmäßige Rückzahlungen geleistet worden. Nach Verrechnung der Tilgungen und Bewertungsänderungen ergebe sich ein auf 2172 (2134) Mill. DM leicht gewachsenen Kreditvolumen.

Die Ergebnisrechnung 1983 werde durch den auf 36,4 (33,3) Mill. DM erhöhten Zinsüberschuss und einen auf 1,1 (2,8) Mill. DM verringerten Aufwandssaldo im Einmalgeschäft geprägt. DM. Bei nur leicht erhöhtem Verwaltungsaufwand habe wieder ein voll befriedigendes Betriebsergebnis erzielt werden können.

Die Risikoversorge sei nochmals erhöht worden. Unter Berücksichtigung eines auf 7,1 (5,8) Mill. DM erhöhten Steuervertrags verbleibe ein Bilanzgewinn von 3,5 Mill. DM, der als Dividende von wieder 10 DM pro Aktie ausgeschüttet wird. Bei offenen Rücklagen von 47 Mill. DM beträgt das gesamte Eigenkapital unverändert 83 Millionen DM.

NORDWESTDEUTSCHE KRAFTWERKE / Verhandlungen über höhere Brokdorf-Beteiligung

Gute Aussichten für Kunden und Aktionäre

J. BRECH, Hamburg
„Unsere Aktionäre werden auch in Zukunft mit einer guten Dividende rechnen können und unsere Kunden mit maßvollen Preisanpassungen. Für das neue Geschäftsjahr 1984 erwarten wir eine weiterhin stabile Ertragslage. Eine Strompreisanhebung wird voraussichtlich nicht erforderlich, nachdem schon 1983 unsere Preise stabil gehalten werden konnten.“

Einen solchen Ausblick kann nicht jedes deutsche Energieversorgungsunternehmen und schon gar nicht der unmittelbare Nachbar, die Hamburgische Electricitätswerke AG (HEW), in seinem Geschäftsbericht verweigern. Für die Nordwestdeutschen Kraftwerke AG (NWK), Hamburg, jedoch, so betont der Vorstandssprecher Hermann Krämer, sei der weitere Weg mit deutlich verringerten Risiken klar vorgezeichnet.

Den Optimismus begründet Krämer mit der erfolgreichen Neuordnung der NWK-Erzeugungskapazitäten, wobei man die Planungen nie von Tagesergebnissen abhängig gemacht habe. Von zentraler Bedeutung seien einmal die abgeschlossenen Umrüstungsarbeiten am Kernkraftwerk Brunsbüttel, die lange verzögerte Inbetriebnahme des KKW Krümmel und die inzwischen völlig

übersehbaren Risiken beim Bau des KKW Brokdorf. NWK ist inzwischen bei einem Kernenergieanteil von 57 Prozent angelangt, der sich Ende dieses Jahres auf fast zwei Drittel erhöhen wird und mit der Fertigstellung von Brokdorf auf diesem überdurchschnittlichen hohen Niveau langfristig gehalten werden soll. In dieser Planung ist nicht berücksichtigt, daß NWK möglicherweise einen Teil der 50-Prozent-Beteiligung der HEW an Brokdorf noch zusätzlich übernehmen wird. Verhandlungen darüber, so räumt Krämer ein, werden gegenwärtig geführt.

Im Vorgriff auf die aus dem hohen Kernenergieanteil zu erwartende Ertragssteigerung setzt NWK auch bei der Dividende einen neuen Meilenstein. Der seit 1976/77 konstante Satz von 14 Prozent wird für das Geschäftsjahr 1982/83 auf 15 Prozent heraufgesetzt und zeitanteilig auch für das Rumpfgeschäftsjahr 1983 ausgeschüttet. Die Anhebung begründet Finanzchef Ulrich Hartmann einmal damit, daß die starken Sonderbelastungen im Berichtsjahr, die sich aus dem langen Stillstand von Brunsbüttel und den Anlaufkosten des KKW Krümmel ergeben hätten, besser als erwartet überwunden worden sind. Kompensation für die Sonderbelas-

tungen fand NWK 1982/83 vor allem durch die stabilen Preise bei konventionellen Brennstoffen sowie durch preisgünstige Strombezüge aus Skandinavien als Ersatz für Erzeugungsausfälle bei der Kernenergie.

Im Jahresergebnis kommt die Ertragsfestigung bei NWK zwar im ausgewiesenen Jahresüberschuss nicht zum Vorschein, wohl aber in dem außerordentlichen Positionen bereinigten Nettogewinn, der sich um gut 19 Prozent verbesserte. Für das Rumpfgeschäftsjahr vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1983 weist das Unternehmen nochmals 34 Mill. DM aus; das sind fast 40 Prozent des Überschusses des Vorjahres. Neben der Dividende werden für 1982/83 und für das letzte Quartal 1983 insgesamt 31 Mill. DM den Rücklagen zugeführt.

Die Phase der Neuordnung, die mit hohen Investitionen verbunden gewesen sei, so resümiert Krämer, habe NWK sowohl von der Ertrags- als auch von der Finanzlage gut überstanden. Mit fast 1,1 Mrd. DM in der Berichtszeit sei der Höhepunkt der Investitionstätigkeit nun überschritten. Innerhalb der nächsten 5 Jahre sind nochmals 2 Mrd. DM vorgesehen. Dickste Investitionsbrücken waren und sind das KKW Krümmel, das einschließlich Bauzinsen 3,5 bis 3,8

Mrd. DM gekostet haben dürfte, und das KKW Brokdorf, das mit 3,6 Mrd. DM reinen Baukosten veranschlagt ist. Dazu kommen ebenfalls rund 1 Mrd. Finanzierungskosten. Die „Tartarenmeldungen“ der jüngsten Zeit, nach denen ein zu hoher Kernenergieanteil auf absehbare Zeit den wirtschaftlichen Niedergang bedeuten würde, hält Krämer für völlig unbegründet. Die Fakten bei NWK sprechen für das Gegenteil.

Zur Entwicklung in den ersten Monaten dieses Jahres erklärt Krämer, daß der Stromabsatz um mehr als 6 Prozent gestiegen sei. Aufgrund der besonders guten Ausgangslage werde sich NWK künftig noch verstärkt um neue Kundenbereiche vor allem im Wärmemarkt und auch in der Industrie bemühen.

NWK	1982/83	±%
Stromab. (Mrd. kWh)	23,7	+ 2,7
Nettoerzeugung	19,3	- 6,4
dav. Kernenergie (%)	57,7	(44,6)
Kohle	53,7	(48,9)
Gas	6,6	(4,9)
Öl	1,0	(1,0)
Umsatz (Mrd. DM)	2763	+ 10,0
Jahresüberschuss	87	- 5,0
Nettogewinn	187	+ 18,4
in % vom Umsatz	6,9	(5,9)
Cash-Flow	785	+ 2,1
Investitionen	876	+ 47,5

CASSELLA / Farbstoffe bleiben Sorgenkind - Ertrag deutlich verbessert

Umsatzwachstum stammt aus dem Ausland

INGE ADHAM, Frankfurt
Bei der Cassella-Gruppe, Frankfurt, (Hoechst-Konzern) ist es im vergangenen Jahr deutlich weiter aufwärts gegangen. Die Aktionäre der AG - das Kapital von 34,1 Mill. DM liegt zu gut 75 Prozent bei Hoechst - partizipieren daran mit einer um 3 auf 10 DM heraufgesetzten Dividende; für das Unternehmen verbleibt, erstmals seit 1979, eine „nennenswerte“ Rücklagenzuführung von 0,8 Mill. DM.

Nicht allein Umfang - der AG Umsatz stieg um 6 Prozent auf 460 Mill. DM - sondern auch die Qualität des Wachstums sind dafür entscheidend gewesen, kommentiert der Vorstand die Steigerung des Jahresüberschusses um annähernd 80 Prozent auf 4,24 (2,37) Mill. DM. Freilich war 1982 „das schlechteste Jahr in der neueren Geschichte“ des Unternehmens. Immer-

hin war Cassella im letzten Jahr stark genug, mit 15,6 Mill. DM Sonderabschreibungen „reinen Tisch“ hinsichtlich Risiken aus der Verwertbarkeit von Produktionsanlagen zu machen.

Das erzielte Wachstum stammt bei differenzierter Entwicklung in den einzelnen Arbeitsgebieten aus dem Ausland, das Inlandsgeschäft legte nur ein Prozent zu. Sorgenkind blieben auch in diesem Jahr die Farbstoffe, wo der Umsatz stagnierte und schlecht ausgelastete Anlagen Verluste bringen. Hier setzt das Unternehmen auf weitere Rationalisierungen.

In der Gruppe (Jade Cosmetic, Riedel-de Haën, Cassella-med.) stieg der Umsatz um 4 Prozent auf 835 (800) Mill. DM. Ohne den Verkauf der italienischen Beteiligungsgesellschaft hätte das Plus 6 Prozent ausgemacht. Unter den Töchtern, die alle auch bei

Ertrag „ein gutes Stück zugelegt“ haben, glänzte Riedel-de Haën mit einem Umsatzplus von 8 Prozent auf 216 Mill. DM und einer auf 14 (11) DM gestiegenen Ausschüttung je 100 DM-Aktie.

Investiert wurden im vergangenen Jahr 25 (20) Mill. DM, die voll aus Abschreibungen finanziert wurden. Die Zahl der Mitarbeiter blieb mit 2307 annähernd unverändert. Trotz der deutlichen Ergebnisverbesserung - der Brutto-Cash-flow stieg um 30 Prozent auf 54 Mill. DM - blieb die Umsatzrendite mit 0,9 (0,5) Prozent „unbefriedigend“. Bei der erhofften „auch mittelfristig anhaltenden Verbesserung des Geschäftsklimas“ - in den ersten drei Monaten des neuen Jahres wuchs der Umsatz um 9 Prozent - bestehen jedoch Chancen für weitere Verbesserung.

HOECHST

Ausschüttung auf 7 Mark erhöht

VWD, Frankfurt
Eine wieder auf 7 (5,50) DM je 50 DM-Aktie erhöhte Dividende auf 2,353 Mrd. DM Grundkapital schlägt die Verwaltung der Hoechst AG, Frankfurt, der Hauptversammlung am 5. Juni für das Geschäftsjahr 1983 vor. Wie das Unternehmen mitteilt, stieg der Jahresüberschuss der AG auf 437,5 (288,7) Mill. DM, wovon 329,5 Mill. DM ausgeschüttet werden. Mit einem Weltumsatz von 37,19 Mrd. DM wurde ein Gewinn von Steuern von 1,981 (1,071) Mrd. DM erreicht.

Ferner soll vom genehmigten Kapital Gebrauch gemacht und das Grundkapital um 173,5 Mill. auf 2536,9 Mill. DM erhöht werden. Die neuen Aktien sollen von einem Bankenkonsortium übernommen und den Aktionären im Verhältnis 15 zu 1 angeboten werden. Die Inhaber der Optionsscheine aus den Anleihen von 1975, 1979 und 1983 erhalten ein Bezugsrecht im entsprechenden Verhältnis. Als Bezugsfrist ist die Zeit vom 11. Mai bis 25. Mai 1984 vorgesehen. Der Bezugspreis von 140,00 DM je Aktie ist am 25. Mai einzuzahlen. Die neuen Aktien sind bereits ab 1. Januar 1984 dividendenberechtigt.

NAMEN

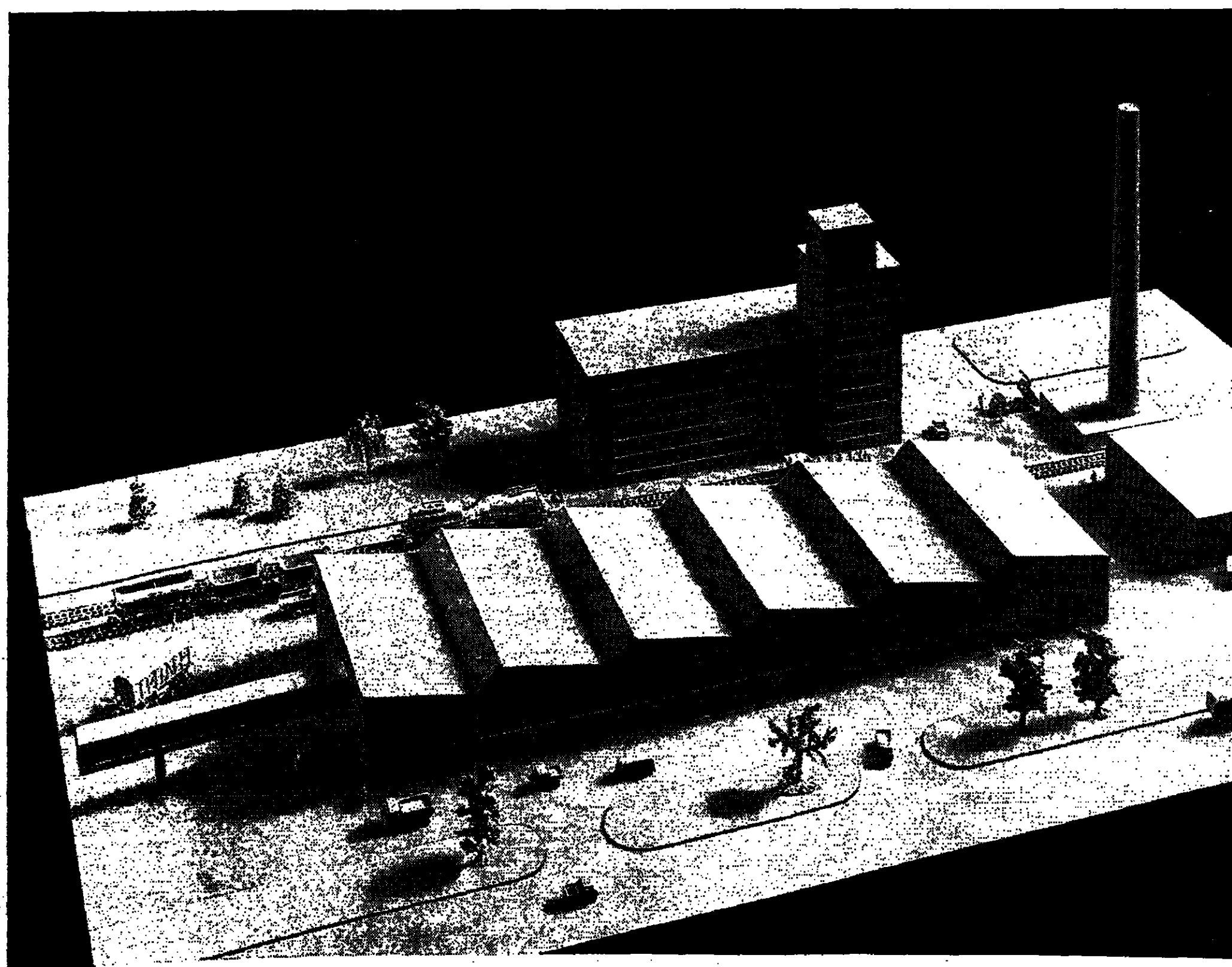
Gernot Schäfer ist per 1. Juli 1984 als Geschäftsführer in die Unternehmensleitung von Werner + Pfleiderer Maschinenfabrik, Stuttgart, berufen worden. Er ist Nachfolger von Leif G. Lundkvist, der Mitte April ausscheidet.

Rechtsanwalt Günther Klein, langjähriger Hauptgeschäftsführer des Bundes für Lebensmittelrecht und Lebensmittelkunde e.V., ist am 9. April im Alter von 77 Jahren gestorben.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Beckum: Sonntagmorgen Verlags-GmbH, Ahlen; Bremen: Hoffmann, Lüftungs- u. Kälteanlagen sowie Kälte- u. heiztechnische Gerätevertriebsges. mbH; Coburg: Georg Baier KG, Polstermöbel-fabrik, Dürres-Ebach, Kühr Ferdinand Zehnpfennig GmbH; Osnabrück: Feinkost Leimbach GmbH & Co. KG; Leimbach Verwaltungsges. mbH; Stuttgart-Bad Cannstatt: SIDA Hoch- u. Tiefbau GmbH; Wolftraubhausen: Roland Koesek, Kfz-Mechanikermeister, Benediktbeuren.

Ihr Vorteil: Wenn die Konkurrenz noch überlegt, finanzieren wir bereits Ihre Ideen. mietfinanz®



Wer heute in heißumkämpften Märkten seiner Konkurrenz um die berühmte Nasenlänge voraus sein will, braucht unternehmerischen Weitblick und nicht zuletzt neue Ideen. Mietfinanzieren Sie. Denn nur an den Produkten verdienen Sie. Nicht an den Produktionsmitteln.

Die mietfinanz hat das Knowhow in Investitionsfinanzierung. Wir finanzieren Ihre Maschinen, Anlagen, Einrichtungen usw. Sie zahlen nicht für die Produktionsmittel, sondern nur für deren Nutzung. Ihr Eigenkapital kann inzwischen anderweitig von Ihnen eingesetzt werden.

mietfinanz. Unserer Erfahrung, unserem Wissen, unserer Finanzkraft und unserer Flexibilität können Sie vertrauen. Wir finanzieren Investitionen in Deutschland und in der ganzen Welt. Unsere Erfahrung ist die Summe unserer Erfahrung. In allen wichtigen Branchen. Seit 1962.

Vertrauen in einen starken Partner.

mietfinanz.



mietfinanz GmbH, Wilhelmstraße 20, 4330 Mülheim/Ruhr, Postfach 101338, Telefon (0208) 31031, Telex 856755

Warenpreise - Termine

Fester lagen am Dienstag die Gold-, Silber- und Kupferpreise an der New Yorker Comex kurz vor Sitzungsschluss. Während Kaffee bis zur Berichtstunde deutlich zugelegt hatte, zeigte sich Kakao durchweg schwächer.

Alle Preise in US-Dollar, wenn nicht anders angegeben. Die Preise sind für die Lieferung im Juli 1984.

Getreide und Getreideprodukte	Preis	Termin
Weizen (Weizen)	17.4	18.4
Malz (Weizen)	17.4	18.4
Gerste (Weizen)	17.4	18.4
Hafer (Weizen)	17.4	18.4
Stroh (Weizen)	17.4	18.4
...

Öle, Fette, Tierprodukte

Öle, Fette, Tierprodukte	Preis	Termin
Öl (Weizen)	17.4	18.4
Fett (Weizen)	17.4	18.4
Tierprodukte	17.4	18.4
...

Wolle, Fasern, Kautschuk

Wolle, Fasern, Kautschuk	Preis	Termin
Wolle (Weizen)	17.4	18.4
Fasern (Weizen)	17.4	18.4
Kautschuk (Weizen)	17.4	18.4
...

Metalle

Metalle	Preis	Termin
Gold (Weizen)	17.4	18.4
Silber (Weizen)	17.4	18.4
Kupfer (Weizen)	17.4	18.4
...

Metalle

Metalle	Preis	Termin
Aluminium (Weizen)	17.4	18.4
Zinn (Weizen)	17.4	18.4
...

Metalle

Metalle	Preis	Termin
Platin (Weizen)	17.4	18.4
...

Metalle

Metalle	Preis	Termin
Neu Yorker Preise	17.4	18.4
...

Metalle

Metalle	Preis	Termin
Londoner Metallbörsen	17.4	18.4
...

IMMOBILIEN / KAPITALIEN

VERMÖGEN

bilden Sie durch den Erwerb freier und vermieteter Eigentumswohnungen in 1. Lagen Hamburgs. Nachweisebare Mietmehreinnahmen bis DM 11,20/m² - hohe Rendite!

Hamburg 74, Bj. 43, 1 Zi., 37 m²	Kaufpr. DM 96.000,-
Hamburg 76, Bj. 49, 3 Zi., 59 m²	Kaufpr. DM 162.000,-
Hamburg 76, Bj. 49, 4 Zi., 81 m²	Kaufpr. DM 218.000,-
Hamburg 79, Bj. 71, 2 Zi., 48 m²	Kaufpr. DM 115.000,-
Hamburg 79, Bj. 71, 3 Zi., 65 m²	Kaufpr. DM 151.000,-

Luxus-Eigentumswohnung in Parkanlage, nur 9 WE, offener Kamin, Parkett, Garten, Stellpl., frei beheizbar, bevorzugte Wohnlage Hamburger Kaufleute, Ahrensburg, Bj. 72, 5 Zim., 132 m², Kaufpr. DM 595.000,-. Zinsbewusst, junge Substanz, z. B. Bj. 71, 717 m² Wfl., Kaufpr. DM 1,58 Mio., Dachgesch. (ca. 130 m² Wfl.) ausbaufähig.

Bitte ausführliche Informationen anfordern, Finanzierungsvermittlung bis 100 %.

DOMIZIL Immobilien GmbH
Ballindamm 38, 2000 Hamburg 1, Telefon 040/52 20 77

KAMPEN/SYLT

Die 1. Adresse
für Eigentumswohnungen mit hohen Mietmehreinnahmen und hoher Wertsteigerung. Wir belegen es Ihnen gern, auch über die Ostertage.

Immopart, Abt. Immobilien
Kurhausstraße 2,
2285 Kampen/Sylt
Tel.: 046 51/4 10 94

SCHWEIZ

WICHTIGE MITTEILUNG FÜR AUSLÄNDER

Am 29. Mai wird durch Volksabstimmung entschieden, ob Ausländer auch weiterhin Wohnungen u. Chalets in der Schweiz kaufen können. Es ist sehr wahrscheinlich, daß nach diesem Datum Ausländer diese Möglichkeit nicht mehr haben werden. Mit Ausnahme der begrenzten Projekte, die vorher schon genehmigt wurden. Wir haben noch eine Anzahl Wohnungen und Chalets am Genfer See und in den Bergen, die wir Ausländern anbieten können.

Freie ab 123.000,- mit großzügigen Hypotheken zu 6,5 % Zinsen. Lassen Sie sich jetzt schon eine Anzahlung/Erstkaufsumme garantieren. Wenn Ihr Kauf noch nicht abgeschlossen ist, setzen Sie sich mit uns in Verbindung.

GLOBE PLAN SA, Av. Mon-Repos 24, CH-1045 Lausanne, Schweiz
Tel. (21) 22 55 12 - Telex 2 5 185 melis ch

Wohnen am Rhein

Hochwasserfreie zentrale Lage am Rhein. Exklusive Eigentumswohnung in Zweifamilienhaus. 206 m² Wohn/Nutzfläche, schlüsselfertige Erstellung in 1984. DM 670.000,- + DM 25.000,- Garagenplatz. Die Finanzierung ist durch eine deutsche Groß-Bank gesichert.

Mehr Informationen durch **GV**
Grundstücksprojektierungs- und Verwertungsgesellschaft
Berthold Kauf möbi

Firmengruppe Berthold Kauf
Elfenstraße 5, 5300 Bonn 1
Telefon (02 28) 63 13 46

Holland/Zeeland

2-Fam.-Haus direkt an d. See. Preis VB.

Tel. 06 31 / 11 84 / 12 05
ab 18 Uhr

HOLLAND

am Wasser nahe "Junkersse" ruh. NEUE 3-Familienwohnung in Zbg. off. Kamin, gr. Badest. m. Liegebad. DM 115.000,- sowie 2 vorhandene Ferienhäuser von je DM 60.000,-.

Middelsewaard 28
Rechten (Fr.) NL
Tel. 0631-51441655
(anwesend v. 18. u. 38. April)

Kapitalanlage

Kurzfristige Laufzeit, bankbühl. Sicherheiten, 20 % Zinsen.

Information unter:
Tel. 0 23 65 / 7 50 32

Tessin - Lago Maggiore

Ascona - Brissago

In einmaliger Toplage. 2½-2½-Ascona, in 3-Fam.-Haus, 54 m² + 12 m² Balkon, VKP ab 185.000,-.

Einfam.-Haus, 100 m², Loggia u. Bad in Zbg. 300.000,-.

Ausländerbewilligung liegt vor. Doris Becker Immobilien
Kurpromenade 15
7500 Bad Homburg
Tel. 0 70 82 / 71 40 u. 44 24

NAPLES, FF MYERS FLORIDA

RARE PRIME COMMERCIAL INVESTMENT OPP. FOR QUALIFIED BUYER \$ 330.000 TO 800.000.-

EXISTING GOOD MANAGEMENT AND FINANCING

WRITE UNDER 2 5971 TO WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen, A.S.A.P. AND WE WILL CONTACT YOU WITHIN THE 24 OF APRIL AND THE 2 OF MAY IN GERMANY.

OVERSEAS CONSULTANTS
OF CO. INC.
P.O. BOX 705
MARCO ISLAND FLA. 33657.

SCHWEIZ

zu verkaufen
Wohnungen - Chalets
in verschiedenen Walliser Kurorten.

Unterlagen und Auskünfte gratis.

J.-L. LAROEY
Tel. 00 41 27 / 22 07 67,
20 Av. de la Gare, CH-1951 Sion.

Kapitalanlage

in norddeutscher Badestadt, herrliches

Baugrundstück

10.000 m², mit genehmigter Bebauung u. fertigen Bauplänen für Eigentumswohnungen für 2,1 Mio. zu verk. Sehr gute Südwestlage im Kurviertel, auch für Gemeinschaftspraxen geeignet. Keine Maklerzuschüsse.

Kontaktaufnahme mit Kapitalnachweis bitte unter D 6019 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

SCHWEIZ

Nähe Montreux u. Top-Skigebiet verk. wir: 3-Zi.-App. ab Fr. 138.650.-

H. SEBOLD-SA, Tour-Grise 6
CH-1197 Leysin
(00 41 21) 25 36 11

Eigentumswohnungen auf Sylt

- hantieren über mit der besten Eigenmittelfinanzierung -
- erkaufen durch Sicherungsleistung und Mietmehreinnahmen -
- realisiert schon ab mittlerem Einkommen
2 im Preisverhältnis erbaute Häuser mit komfortablen 2- und 3-Zimmer-Wohnungen im Zentrum Wenningstedts - eines der interessantesten Immobilien-Angebote auf Sylt.

Sylt bietet beste Vermietungsmöglichkeiten - zusammen mit dem See vorstellend und die Belohnung erträglich. Die Lage in Wenningstedt, Westerst. 7 ist ideal. Wollten Sie nicht ohnehin mal wieder für ein paar Tage auf die Insel? Lassen Sie sich unverbindlich beraten. Am besten in der voll eingerichteten Musterwohnung. Bei einer guten Tasse Kaffee vom 14. u. bis 20. 4. - täglich von 11 bis 18 Uhr

Überfordern Sie ausführliche Informationen direkt an:
GVW 2300 Kiel, Schlögen 6, Tel. 04 31 55 90 64

BADEN-BADEN

Das Weltbad im Schwarzwald

In Zentrumsnähe, nur wenige Gehminuten zur Fußgängerzone und zum Kurpark, haben wir eine in sich geschlossene, architektonisch anspruchsvolle Wohnanlage erstellt. Wir bieten Ihnen hier grandioses Wohnvergnügen.

3 1/2 Zimmer: ca. 100 qm Wohnfl.

Festpreis einschl. Stellplatz in der TG ab **DM 385.000,-**. Kapitalanlegern garantieren wir eine marktorientierte Anfangsmiete mit Steigerung auf der Basis der Staffelmietverträge. Fordern Sie unsere Unterlagen an oder vereinbaren Sie mit uns einen Besichtigungstermin.

Wir bauen - Sie wohnen

ARO B
GMBH & CO. AREAL-OBJEKT KG
7570 Baden-Baden
Balzenbergstraße 63, Tel. 07221/62078

HOLLAND

Woonrecht nahe Oosterschelde, Zeeland u. Wald die Hälfte eines Doppelhauses, 3 Zi., 700 m² Gr., hfl. 65.000,- zzgl. K., Segeljacht 800-255x150 hfl. 35.000,-. Gesamtkauf hfl. 90.000,-.

Witkamp, Pr. Karelpoolder 3, Tel. 06 31-16 45 35 49

CH GERRA - am Lago Maggiore

Traumsicht - 2 Min. vom See.

FREISTEHENDE VILLEN

heitz. Schwimmbad. Bootspl. mögl.

2½- u. 3½-ZI.-EIGENTUMSWOHNUNGEN

Subskriptionspreise bis 30. 6. 84, ab sfr 216.000,-, direkt v. Bauherrn.

Hohe Finanzierung. Prospekt, Besichtigung

RIVA BLU AG - 6576 Gerra Gamb.
CH - Tel. 00 41 93 / 61 19 33 / 61 14 42

Kanarische Inseln

Fuerteventura, Corralejo

Baugelände mit genehmigten Plänen in Losen oder im ganzen zu verkaufen.

Vanzour S.A.R.L.
11c, Avenue de la Porte Neuve
Luxemburg
(Großherzogtum Luxemburg)
Fernschreiber 12 37

Thailand

Aktiver Teilhaber/Kapitalbeteiligung in Pattaya (auch Nichtschmumm) mit mind. DM 200.000,- kurzfr. mit mind. 10 % Zinsen gesucht.

Pach- u. Betriebsgesellschaft
Hotel Ocean-View möbl.
Lueksstraße 41, 2 Hamburg 70
Tel. 0 40/69 24 05
Tx. 17 40 21 95 davis D

SCHWEIZ/WALLIS

Umgebung von Brig

in Sommer- und Winter-sportgebieten zu verkaufen

Ferienhäuser und Ferienwohnungen

vom Bauherrn, Grundbuch-eintrag.

Anfragen: Adolf Kenzelmann,
Englisch-Gruss-Str. 17,
CH-3902 Brig-Glis/VS.
Tel. 00 41 28 23 33 33

Paris, Nähe Oper

Sehr elegante Wohnanlage, 1-bis 3-4-Zi.-Appartements sofort bezugsfertig

MIETKAUF

Reservieren und beziehen Sie Ihr Appartement mit nur 10 % und zahlen Sie den Restbetrag zwei Jahre später.

Tel. 0033/1/245.76.97 (nur fr.)
täglich von 15-19 Uhr, außer
Dienstag und Sonntag

Partnerschaftsinvestitionen

mit amerikanischen Baumaterialien vermitteln wir eine faire und gewinnorientierte Immobilieninvestition.

Laufzeit ca. 18-36 Monate.

Dr. Gorbach GmbH
Hauptstr. 102
2206 Oyten, Tel.: 0 42 07 / 8 58
Telex: 2 45 945 frweg d
Partner für Kapitalanlagen seit 1976

Ingrid Maria Völke - Vermögensberatung
Zugspitze 10, 2000 Hamburg
WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Wenn Sie es eilig haben, können Sie Ihre Anzeige über Fernschreiber 08 579 104 aufgeben.

HOLLAND, bei Friesschen Seen, einzigartig gelegen, monumental umgeben

Bauernhof

mit 500 m² Betriebsraum und 7500 m² Grund. Hfl. 225.000,- zzgl. K. T. Boersma, Dyken 2, Langweer (Holland), Tel. 06 31 / 51 38/94 34.

Los Angeles - USA

8000 m² Grundstück m. Wohnhaus, Bj. 57, mov. 81, in Beverly Hills, \$ 220.000.

Dr. Stange & Co. Nachr. u. Partner
Immobilien, 8400 Regensburg,
Niddergasse 3, T. 99 41 / 9 71 19

Nähe NIMES

Zu verk. Sehr schönes Haus im provenzal. Baustil, nahe Meer, Flughafen, Golfplatz.

Zuschrit. HAYAS NIMES N° 50819,
FRANKREICH, 33000 NIMES.

Baugrundstücke in Aachen-Stadt

Für Bauführer von 2000 m² bis 4000 m² für 4-gesch. Bebauung. Bitte rufen Sie uns an:

Rehm-Immobilien GmbH
Adalbertstr. 116-118
5100 Aachen, Tel. 06 41 / 3 25 41-3

Schweiz - Wallis

Auf ca. 800 m² Grundstück mit herrl. unverbaubarem Ausblick KEV in Zentr.-Pars.-Haus, 90 m² Wfl., Skigebiet, Fertigstellung vorauss. Frühjahr 85, Ausländerbewilligung liegt vor.

Doris Becker Immobilien
Kurpromenade 15
7500 Bad Homburg
Tel. 0 70 82 / 71 40 u. 44 24

Für Anzeigen von

Gewerblichen Maklern und Wohnungsmittlern

gebrauchliche Abkürzungen

Hsm. Hausmakler

Mkl. Makler

RDm Ring Deutscher Makler

VDM Verband Deutscher Makler

VHh Verein. Hambg. Hausmakler von 1897 e. V.

Nutzen Sie alle Ihre Berufs-Chancen.

Informieren Sie sich umfassend, bevor Sie sich entscheiden!

70% der Stellenangebote in der WELT sind exklusiv. Sie finden sie gleichzeitig in keiner anderen Zeitung. Das heißt:

Sie brauchen die WELT. Jeden Samstag.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

GEWERBE 20.000 qm

Für Produktion, Lager, Handel und Büros.

PARK

Die Büros können für fast alle Sparten genutzt werden - als Ausstellungs-räume, Schulungszentren, Großraumbüros. Sie sind auch für Bürogemeinschaften kleinerer Unternehmen interessant.

Die Lagerflächen können als „Zentral-Hochlager“, Tiefkühl- und für alle anderen Lagerarten ausgebaut werden. Drei großzügige Laderampen mit Verladetoren ermöglichen ein rationelles Laden.

Bereitstellungsräume für Nutzfahrzeuge sowie Parkplätze sind in ausreichendem Maß vorhanden.

Das Objekt ist besonders interessant, da zum jetzigen Zeitpunkt noch individuelle Grundrisse und Ausstattungswünsche verwirklicht werden können.

Interesse? Dann setzen Sie sich bitte frühzeitig mit uns in Verbindung. Salmüller, Nürnberger Straße 106, 8700 Würzburg, Telefon (09 31) 200 10 20 oder 200 10 22 oder 200 10 28, Telex 06-8739 sal wzb.

„AUCH IN TEILFLÄCHEN ZU VERMIETEN“

Dieses Objekt - als Flachbau konzipiert - eignet sich hervorragend für Produktion, Lager, Handel und hochwertige Büros.

Beste Standortwahl Ihres Unternehmens - Ihr Wettbewerbsvorteil IN WÜRZBURG

- einer der bedeutendsten Verkehrsknotenpunkte der Bundesrepublik - entsteht bis Ende 1985 ein in drei Baukörpern gegliederter Gewerbepark.

Zu vergeben: Beteiligung an Vertriebs-Gesellschaft mit moderner Produktionsanlage in der Schweiz. Mögliche Beteiligungsabte Fr. 2,2 Mio.

Offerten erbeten unter Chiffre 29-119445/2, Publicitas AG CH-4600 Olten/Schweiz.

Grundstück
erleuchtungsreiche Citylage im
Urbaugebiet, Größt-Größe 9000
q, Sgesamt, Einzelhandelsver-
kehrsmitteln, KZ 1,4 Mio auf versch.
FF Geschlechtsh. 1. Vermietungs-
mängeln mbH, Tel. 62 34 / 5 85 28

Grümitz-Lesatz, 1,5
Strand, ruhiges Grundst.
100 m² vollerschl. f. 1/2 Dopp
100 m² Wohnfl. nach Südk
Tel. 0 43 51 / 77 94 od. 51

VERMIETUNGEN

Berlin Ku'damm
2-Zimmer-Apartment,
Sonnenebalkon, Fahrstuhl
steilplatz, teilgewerbe
Warmmiete 1389,- DM
Geldlo. Haasverwalter
Tel.: 0 30 / 5 24 20 79

Berlin Ku'damm
1-Zimmer-Apartment,
Sonnenebalkon, Fahrstuhl
steilplatz, teilgewerbe
Warmmiete 702,- DM
Geldlo. Haasverwalter
Tel. 0 30 / 5 24 20 79

EFH Köln-Widders
Ziehen Sie nach Köln? Der V
ter beteiligt sich an den V
sten Erbenberg, 4 Zimmer,
fuerkess, 2 Bad/WC, 1
Wohnzimmer 43 qm, 1
Wohnst. 181 m², Engel,
Kaltmiete DM 1315,-, mehr
Tel. 02 28 / 63 28 45

**Minchens Herz am
rechten Fleck**

**Schönen Wohnkomfort
istet das Central-Hotel**
unseres Penthouse im Mo-
nnet-Sil sofort beziehb
nssert 140 m²
ohnst. 100 m² Terrasse
3 Schlafzimmer, 2 Badezimmer
ohn-/Arbeitszimmer, Küche
Hotelservice.

**CENTRAL-HOTEL
MÜNCHEN**
Schwanthalerstr. 111
Tel. 0 89 / 50 60 81
Telex 5 21 60 37

Geben Sie bitte
die Vorwahl-Nummer mit an,
wenn Sie in Ihrer Anzeige
eine Telefon-Nummer nennen

Die Stimme Österreichs

Bth. - Die Österreicher, so hat eine kürzliche Marktanalyse ergeben, kaufen pro Jahr ebensoviele Operngesamtaufnahmen wie die Deutschen in der Bundesrepublik. Das heißt also, daß der statistische Durchschnitts-Österreicher zehnmal soviele Opernplatten konsumiert wie sein deutsches Pendant. Der österreichische Jahresumsatz in Kammermusik-Aufnahmen, sagt dieselbe Marktuntersuchung, beträgt gerade ein paar tausend Stück - soviel wie der Lagerbestand eines einzigen größeren Musikalienladens in Deutschland.

Von Wolfgang Amadeus Mozart gibt es ein gutes Dutzend Opern, von dem auch nur die Hälfte zum Repertoire zählt, aber ein paar hundert hervorragende Kammermusikstücke. Papa Haydns Sommeropern für den Fürsten Esterházy sind so gut wie vergessen, seine Kammermusiken hingegen sind wahre Juwelen der Gattung. Nicht viel anders sieht es beim Schubert Franz aus. Über seine Opern hat die Geschichte längst den gnädigen Man-

tel des Vergessens gebreitet, aber seine Sonaten und Quartette machen neben den Liedern seinen einsamen Rang als Komponist aus. Und Bonuss berühmter Ludwig van, den die Österreicher so ausdauernd für sich reklamieren (dafür treten sie uns ja im Gegenzug den Hitler ab), hat es bekanntlich nur auf eine einzige Oper gebracht. Der „Fidelio“ macht die Plattenumsätze gewiß nicht fett.

Man sieht: Die Kammermusik ist eine viel austriaischere Kunstform als die Oper. Doch im eigenen Land zählen die Propheten nur als Werbeposter für den Fremdenverkehr. Und so kaufen die Österreicher, mit sehnsüchtigem Blick in die verlorenen Lombardien, was von Verdi und Puccini auf den Markt kommt. Die Wertschläger der Oper, immer wieder aufs Neue eingespielt mit den gerade stimmprächtigen Sängern. Das Duell der Wiener Staatsoper gegen die Mailänder Scala wird auf dem Plattenteller fortgesetzt. Singschnebel sind ihnen wichtiger als das gemeinschaftliche Vibrato eines Streichquartetts. Also, unter solchen Umständen werden wir ihnen den Beethoven nie abtreten. Sollen sie sich doch aus Italien den Verdi borgen.

Der Mensch ist Leidenschaft - Zum hundertsten Geburtstag des Malers und Dichters Ludwig Meidner

Temperament, von Wolken überflügelt

Im ersten Viertel dieses Jahrhunderts gehörte er zu den Rebellen und Stürmern einer Bewegung, die in der Kunstgeschichte als Expressionismus ihren gültigen Rang erworben hat. Heute kennen ihn nur noch wenige Eingeweihte. Damals, in Berlin, wo Ludwig Meidner die entscheidende Zeit seines künstlerischen Wirkens verbracht hat, galt er als einer der stärksten Rufe nach einem neuen Menschenbild, mit einer Leidenschaft, die vielleicht nur mit der von Gogh vergleichbar ist.

In bekenntnisvoller Besessenheit entstanden in seinem Atelier Bilder und Zeichnungen, die man nicht vergessen kann: apokalyptische Landschaften, mit feurig-kraftvollen Pinselstrichen gemalt und mit sicherem Instinkt für die künstlerische Form komponiert, in denen Himmel, Mensch und Landschaft in Aufruhr geraten. Visionen von Katastrophen, die wenige Jahre später durch den Weltbrand Wirklichkeit wurden. In denselben Jahren entstanden in souveräner Beherrschung der Zeichnung und Farbe eine Reihe Selbstporträts und Bildnisse von Dichtern und Künstlern, die neben denen von Coriath, Kokoschka und Beckmann zu den grandiosen und treffendsten Porträts der deutschen Kunst dieser Epoche gezählt werden müssen.

Wie vieles, was heute an elementarem Ekan, robustem Draufgängerum, tapig gekonnter Unbeholfenheit, Naivität, visionärer Entbrüchtheit, sensibler Nervosität, automatischer Eingabe, stenogrammatrger Skriptur, hochintellektueller Wachheit gepriesen wird, ist bereits in Meidner von 1912 zu finden! Er hat seinerzeit dafür keine Lorbeeren eingeholt, galt eher als ein wenig verrückt, und später befehligte man sich, ihn zu vergessen.

Über sein Schicksal blieb man lange im ungewissen. Doch dann gab es bei der denkwürdigen SYNAGOGA-Ausstellung, 1991 in Recklinghausen, während eines Vortrags des Kunsthistorikers Dr. Scheyer aus Detmold über den Beitrag des Judentums zur modernen Kunst einen beklammenden und zugleich glücklichen Augenblick: Der Vortragende ging, nachdem er das Werk von Soutine, Modigliani und Chagall interpretiert hatte, auf das künstlerische Schaffen von Ludwig Meidner ein und bemerkte, daß Meidner sicherlich, falls er das nationalsozialistische Regime überlebt haben sollte, seinen Bericht korrigieren und ergänzen würde. Da er hob sich zögernd inmitten der Zuhö-



„Ich kann nur leben, wo man deutsch spricht“: Ludwig Meidner (1884-1966) auf seinem Selbstporträt „Ich und die Stadt“

FOTO: SALCHOW

rer ein kleiner, rundlicher alter Herr, hob zaghaft den Finger, wo er 1966 starb. Geboren wurde er im schlesischen Bernstadt, heute vor 100 Jahren. Er ging an die Kunstschule Breslau, dann nach Paris und dann nach Berlin. Was in Berlin folgte, war ein elendes Leben. Meidner trieb sich tagtäglich in Lesehallen herum, fraß sich voll mit Grabbe und Schiller, Hölderlin, Nietzsche, Villon, Baudelaire, Whitman. Oder man traf ihn, irgendwo in Straßenzügen zeichnend, auf Rummelpätzen, an Baustellen, im Hasengelande oder vor häßlichen Monstern technischer Konstruktionen. Geld für Leinwand und Ölfarben hatte er nicht.

Aber dann kam das Jahr 1912 mit seinem nicht allein physisch kaum erträglichen Sommer. Es war ein Jahr epochenmachender künstlerischer Ereignisse und des Überschwangs. Man lebte vernünftig und unbekümmert in diesen letzten Jahren vor dem Krieg

und war ebenso amüsiert wie verärgert, wenn vereinzelt ein selbstquälerischer „Anarchist“ kommendes Unheil orakelte.

So aber steht es mit Meidner: In den ersten Monaten des Jahres 1912 entstehen Tuschezeichnungen und Ölbilder, auf denen brennende und auseinanderberstende Häuser und Städte dargestellt sind und darin Menschen, die in panischer Angst zu entfliehen versuchen oder, verzweifelt im Vordergrund kauend, ihrem Ende entgegensehen.

Meidners Zustand in dieser Zeit dokumentiert eine nicht abbrechende Reihe der Selbstbildnisse. Sie zeigen ihn in einem besonders den deutschen Künstlern anhaftenden gefährlichen und erregenden Zwiespalt, und immer auf der Suche nach dem nie erfassbaren „Ich“, oft auch auf der Flucht vor sich und der Welt, doch stets mit dem Blick für das, was hinter der Fassade der Physiognomie liegt. Das grandioseste Beispiel hierfür ist das Ölbild „Ich und die Stadt“ (1913), in dem auf faszinierende Weise Durchlebtes und Visionäres verschmolzen sind.

Leipzigs Thomaskantor im Dom zu Schleswig

Ein Jubiläum mit Bach

Eine Geschichte ist lang, sehr lang, 350 Jahre sind kein Pappentitel. Auf den Tag genau allerdings läßt sich seine Grundsteinlegung nicht festlegen, nicht einmal auf's Jahr, aber im Jahre 1134 wird der Schleswiger Dom zum ersten Mal erwähnt. Damals berichtet der dänische Chronist Saxo Grammaticus von der Ermordung König Niels' in Schleswig zu St. Peter. Der suchte dort Schutz vor den Bürgern der Stadt, die den Mord an ihrem Herzog Knud Laward rächen wollten.

Der Dom und seine Bedeutung als geistiges und geistliches Zentrum wuchs, zurückgeworfen durch Naturkatastrophen und Kriege, behindert wie gefördert durch politische Veränderungen, wuchs durch die Jahrhunderte. An den Chor und das dreischiffige Langhaus ließ das Domkapitel im 14. Jahrhundert den Schwellbau anbauen, einen Kreuzgang, dessen Name vom dänischen „Svælegang“ (überdachter Laubengang) entlehnt ist. Erst von 1888-1894 wurden die drei Türme errichtet, zwei am Ostende des Baus über dem Chor, der 112 Meter hohe Hauptturm an seiner Westflanke in einem Stile, den man als bürgerliche Reminiszenz an die Gotik bezeichnen könnte. Die Mixturen der Stile, die Anwendung schlechten und guten Geschmacks, haben nicht vermocht, dem äußeren Bild des Doms zu schaden.

Von den vielen Kunstdenkmälern des Doms sind nur wenige erhalten. Aber allein der Bordesheimer Altar des Hans Brüggemann, der 1666 nach Schleswig gebracht wurde, lohnt eine Reise. In unübertroffener Meisterschaft einer herben, hochexpressiven Kunst der Holzschnitzerei erzählt das Herzstück des dreiflügeligen, an die 13 Meter hohen, über sieben Meter breiten Altars die Passion Christi. Die gleiche außerordentliche künstlerische Qualität zeigt Brüggemanns über vier Meter hohe, aus einem Stamm geschnitzte Christophorus-Statue. Und auch dem Dom fehlt sein kurioses nicht: Die Trübsal eines Trübsiases im Schwellbau dienten den Nazis als Beweis für ihre These, daß nicht Kolumbus, sondern die Wikinger Amerika entdeckt hätten. Bis sich herausstellte, daß der Restaurator Olbers das amerikanische Nationalgeheiß vor einigen Jahrzehnten als

passende Ausschmückung für den Fries „erfand“. Alle Kunst hat ihr Geheiß...

Nun feiert der Dom Geburtstag. Ein ganzes Jahr lang. Mit Musik, versteht sich. Wie es sich gehört, sind der Domchor und sein Kantor Karl Helm mit Hermann an vielen Anführern beteiligt und Gäste aus Schleswig-Holstein. Organisten aus der Bundesrepublik, dem anderen Deutschland und dem europäischen Ausland werden auf dem 1963 von Marcussen gebauten Instrumenten spielen. Das Fernsehen wollte mit der Aufnahme von vier Bach-Kantaten das 1-Tüpfelchen professioneller Perfektion auf das Ganze setzen. Es reiste an mit einem Wagenpaar, Solisten, Chor und Orchester des Norddeutschen Rundfunks, verwandelte den Domplatz in ein Materiallager und das Kirchenschiff in ein Kabaletto, ließ eine Straße für den Durchgangsverkehr sperren und sorgte für Sensation im Städtchen.

Das war's denn: Angesichts fleißig drohender Kameras, ständig schreitender, ständig abgetrockneter Protagonisten, korrekturbedürftiger Passagen, die nach dem dritten Anlauf zur Verbesserung natürlich noch schlechter klangen, geriet Bach-Musik in zwei öffentlichen Konzerten für das Publikum zur Randbemerkung.

Zur Wiedergabe selbst ist anzumerken, daß bekannte, einschaltquotenverdienliche Namen noch keine Garantie für musikalische Qualität verbürgen. Leipzigs Thomaskantor Hans-Joachim Rotzsch, der fabelhafte Musiker, der vor vielen Jahren im Dom einen unübertroffenen Evangelisten gesungen hat, sah sich einer disparaten Mannschaft gegenüber. Der unstillbare Drang zur Oper überzog: Beatrice Balda (Sopran) schmettete helle Fanfarentöne, Hanna Schwarz verbreitete sinnige Al-Fülle, Rüdiger Wolters (Tenor) putzte Rhythmus und Koloraturen putzte Siegfried Lorenz (Baß) nahm mit kernigem, klarem Baß für sich ein. Der Chor des Norddeutschen Rundfunks sang ohne Fehl und Tadel, so virtuos wie mühelos, die Instrumentalisten seines Sinfonieorchesters gaben dem Tutti das stabile und geschmeidige Gerüst. HANS OTTO SPINGEL

München zeigt den Modegraphiker Gert Grimm

Vom Fluidum der Städte

Schon das Plakat zeigt seinen unverwechselbaren Stil: diese perfekte Mischung aus Eleganz, Verführung und Geheimnis. Es zeigt das Antlitz einer schönen Mondnacht im Halbprofil, eingehüllt in einen roten Sweater mit hohem Rollkragen. Eine Modezeichnung von Gert Grimm aus dem Jahre 1946. Im Zuge der jetzt so neugierig betriebenen Wiederentdeckung der fünfziger Jahre in Architektur, Design, Film und Mode wurde auch Gert Grimm (Jahrgang 1911) wiederentdeckt. In der Münchner Galerie Bartsch & Chariu findet derzeit eine umfassende Ausstellung seiner Modegraphiken aus fünf Jahrzehnten statt.

Die für Anzeigen und Plakate geschaffenen Arbeiten von Grimm kennt praktisch jeder. Um nur ein Beispiel zu nennen: Seit rund 25 Jahren werden die Anzeigen der Zigarettensmarke „Reval“ von seiner unverkennbaren Handschrift geprägt. Die sparsam gesetzte Farbe - sonnengelb und blau - signalisieren hier mit einfachen Strichen das Produkt. Keine Struktur zu wenig, keine Linie zu viel. Ausgespart, auf höchste Vereinfachung, raffiniert ausgeklügelt.

Aber nicht nur in der Werbung, sondern vor allem in der Modegraphik hat Gert Grimm Namen eines vorzüglichen Klang. Wie ein Seismograph erfaßt er durch all die Jahrzehnte die jeweilige Mode, die er mit wenigen Strichen einfühlsam skizziert. Immer ist die sportlich-elegante Dame sein Modell, das im Mittelpunkt steht, das er durch die Zeiten pflegt und hütet, ob nun im engen New-Look oder in der Ballerinenform. Es sind „Traum“-Frauen, Inbegriffe präziser Weiblichkeit, die seine Modewelt beherrschen.

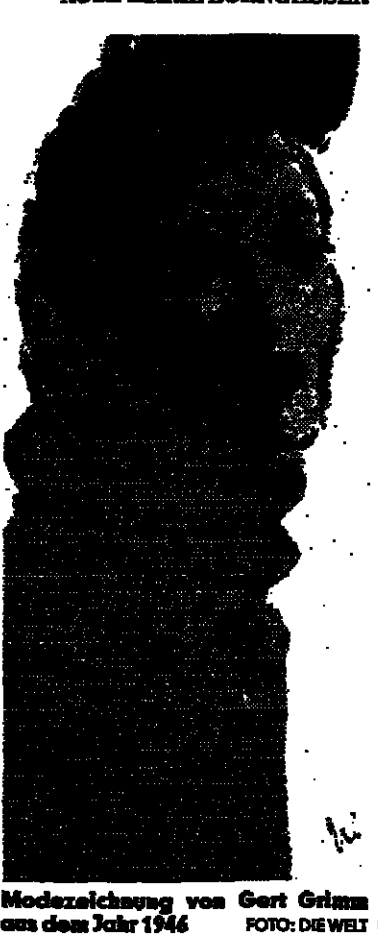
In dem ausgestellten graphischen Rapport kann man gut verfolgen, was sich seitdem geändert hat. Vorbei die Zeiten von Fath, Balmain, Givenchy und Dior, der Modelle mit ihren extrem schmalen Taillen und weiten Röcken, mit den Drapierungen, die sich im Rücken gleich einer Tourneüre hochschoben. Vorbei auch die Zeiten dieser langbeinigen Mannequins mit den schräggestellten Augen, den hochmütigen Mündern und den straff nach hinten frisierten Haaren. Präzise, nur mit festem Strich charakterisierte Grimm diese Damenwelt.

Gleich nach seinem Studium an den Kunstakademien in Karlsruhe und Berlin wurde Grimm Mitarbeiter der Zeitschriften „Silberpfeil“ und „Die Dame“. Nach diesem glück-

lichen Start als Gebrauchsgrafiker - viele Titelblätter zeugen in dieser Ausstellung davon - kam dann zehn Jahre lang eine unfruchtbare Unterbrechung: Berufsverbot unter dem Nazi-Regime. Redakteure im Ullstein- und Scherl-Verlag halfen ihm über die schwierige Zeit hinweg. 1950 ging Gert Grimm nach New York, wo er eine Kette von Erfolgen aneinanderreihen konnte.

Doch es trieb den Künstler wieder zurück ins Badische, nach Freiburg. In den letzten Jahren hat Grimm das Modegebiet fast verlassen. Fasziniert vom Fluidum der großen Städte gilt nun Grimm der großen Städte. Er hat die Städte geliebt vor allem dem Großstadtmenschen: Menschen im Café, im Stadtgewühl, vor Bahnhöfen, vor Zeitungskiosken. Ob in Hongkong oder New York, der Zeichner Grimm macht mit wenigen Strichen etwas Zeit-Typisches sichtbar. Er scheut sich nicht, gewagte Farben und Farbkombinationen hart gegenüber zu setzen, was seinen Zeichnungen unverwechselbaren Stil gibt (bis 30. Mai 1984).

ROSE-MARIE BORNGÄSSER



Modezeichnung von Gert Grimm aus dem Jahr 1946

Geduldet: Das Rhönbauerntheater in der „DDR“

Der Tierarzt schreibt

Bauchvolles, derbes Bauerntheater - auch so etwas gibt es noch in der „DDR“. Man muß allerdings sehr viel fahren, um die überaus begabten Akteure vom Oberkater Rhönbauerntheater erleben zu können: Unweit der innerdeutschen Grenze, zwischen Thüringer Wald und der vorderen Rhön, liegen die Orte Kaltenwestheim, Kaltenleusfeld, Kaltenrundheim und Erbenhausen. Hier findet das Rhönbauerntheater regelmäßig ein dankbares Publikum. Sechshundert Zuschauer in einer einzigen Vorstellung sind keine Seltenheit!

Das Rhönbauerntheater, eine seit fünfzehn Jahren bestehende Amateurtruppe, setzt sich aus Bauern, Arbeitern, Lehrern, Tierärzten und Angestellten zusammen. Jeden Montag treffen sich die Darsteller und Sänger in Oberkater, um zu proben, zu planen und zu beraten.

Auf dem Spielplan steht gegenwärtig das erfolgreiche Singspiel „Bann me bloß emo net so wörd!“ (Wenn man bloß einmal nicht so wörd!), ein Stück in hennegischer Mundart, mehr volksnahe Posse als Singspiel. Da werden Dorftrachten - in historischen Trachten - vorgeführt, ein neuerlicher und sich auflösender Gemeindefest, Frauen in der Spinnstube und die Honoratioren des Gemeinderates. Anspielungen auf die Gegenwart, Mißstände im sozialistischen Alltag und SED-Funktionärs-wirklichkeit, sind unüberhörbar. In einem Lied des Stückes heißt es: „Wer soll euch Kultur bringen / Oder euch ein

Lied singen / Das müßt ihr selbst tun, selbst tun / So wie wir.“ Alle bekommen ihr Fett ab, und die Punkte sitzen so gut, daß im Publikum kein Auge trocken bleibt. Nicht die Spur von sozialistischem Gegenwartstheater, auch kein herkömmliches Laienstheater, sondern pralles Volkstheater.

Leiter, Regisseur und Dramaturg des Oberkater Rhönbauerntheaters ist der Tierarzt Dr. Edwin Leyh, der auch die Stücke schreibt. Über seine bitteren Erfahrungen mit staatlichen Aufpassern berichtet er: „Unlängst war ein bezirklicher Kulturfunktionär in einer unserer Vorstellungen. Hinterher wollte ich wissen, wo er's fand; ich weiß es bis heute nicht - bann me bloß emo net so wörd! (Wenn man bloß einmal nicht so wörd!).“

Die SED duldet das Oberkater Rhönbauerntheater, weil sie über die Beliebtheit dieser Bühne genau informiert ist und weil die östliche Rhön zu jenen Gebieten gehört, in denen sich an staatlicher Kulturarbeit kaum etwas abspielt. Anders verhalten sich die Kulturfunktionäre gegenüber den übrigen Dorfbühnen, deren Arbeit längst auf die kulturpolitische Linie der SED ausgerichtet wurde. Da kann es passieren - wie kürzlich beim Dorftheater Retzow, Kreis Neustrelitz - daß ein sozialistisches Bühnenspieler („Das Puppenheim in Pinnrow“) un-aufgeführt wird. Obwohl als „heiteres Stück“ angekündigt, verbreitet es unter den Zuschauern gähnende Langeweile. HARALD BUDDE

Schallplatte: Peter Maffays Album „Carambolage“

Da waren's nur noch elf

Unter den deutschen Rock/Pop-Interpreten gilt Peter Maffay als Perfektions-Fanatiker. Vierzig Titel hatte er in zwei Jahren komponiert und in Rockfassungen aufgenommen, ehe er von Juli bis Dezember letzten Jahres seine neue LP „Carambolage“ (Teldec 6.25777) einspielte. Fünfzehn Songs wurden schließlich zu Ende produziert, davon wiederum elf für das Album ausgiebt.

Die Liebe zur Perfektion hat freilich auch bei dem cleveren Maffay seine Grenzen: Sein Detail-Fanatismus geht nie auf Kosten der Spontaneität. Fast alle Lieder dieser LP haben Session-Charakter. Sechs der elf Titel kamen gar von Demonstrationsbändern auf das Album, weil die eigentlichen Platten-Aufnahmen steriler klangen als die locker eingespielten Übungsbänder.

Maffays Songs klingen heute härter, direkter und moderner. Die Gitarren schlagen schärfere Töne an, und neben dem Stamm-Saxophonisten Eddie Taylor erweitert erstmals die drei Amerikaner Lance Burton, Bob Cassin und Jimmy Polyk als Bläser-Sektion das Klangbild.

Im Gegensatz zu der vorangegangenen Platin-LP „Tabaluga“ hat Maffay diesmal keinen roten Faden durch die Songs gesponnen. Doch hat seine Ordnungsliebe auch hier wieder Karampiolen geschlagen: Die A-Seite klingt hart und rockig, die B-Seite

zart, besinnlich und zerbrechlich. „Eine musikalische Carambolage“, wie Maffay es selbst ausdrückt.

„Schatten in die Haut tätowiert / Spuren, die für immer bleiben / Das ist für ihn / Rock'n'Roll“ - so singt er auf einer Up-Tempo-Nummer. Hier schwingt beim Motorrad-Narr Maffay sicherlich ein bißchen Autobiographie mit, aber auch Präzessionses, weil die Texte oft in Klischees abgleiten. Wenn er über lügende Politiker („Wenn die Stimmen reden würden“), politische Intoleranz („War ein Land“) singt, oder Lebensweisheiten äußert wie zum Beispiel in den Balladen „Wo ich nie war“ oder „Diesmal hat er sich gewehrt“, so endet das häufig in einer Art Hausfrauen-Philosophie. Soll Maffay doch wirklich das bleiben, was er ist: ein einfallsreicher Komponist, ein charmanter Rock'n-Roller und ein gefühlvoller Sänger.

Denn musikalisch hält diese LP allemal internationalen Vergleich stand: Bassist Steffi Stephan und Schlagzeuger Bertram Engel, sowie die Gitarristen Johan Daansen und Franz Diez entfachen ein feines rhythmisches Feuerwerk, das von Keyboard- und Bläser-Klängen zur rockigen Eleganz hochstilisiert wird. Eine Platte mit hörenswerter Musik, aber leider nur mittelmäßigen Texten. THOMAS OLIVIER

JOURNAL

Leipziger Bach-Fest zum 300. Geburtstag

dpa, Leipzig
Zum 5. Internationalen Bach-Fest, das zum 300. Geburtstag Johann Sebastian Bachs in der Zeit vom 19. bis zum 27. März 1985 in Leipzig stattfinden wird, sind mehr als 50 Chor- und Orchesterkonzerte sowie Kammermusikveranstaltungen geplant. Neben etwa 90 Werken Bachs sollen unter anderem Kompositionen auch von Händel, Schütz, Telemann, Vivaldi, Beethoven, Prokofjew, Schostakowitsch, Reger und Bartók erklingen. Eine internationale wissenschaftliche Konferenz zum Thema „Johann Sebastian Bach - Weltbild, Menschenbild, Notenbild, Klangbild“ ist ebenfalls in Vorbereitung.

Pulitzer-Preise 1984 in New York verliehen

AFP, New York
Der Pulitzer-Preis für internationale Reportagen ging dieses Jahr an Karen Elliott House vom Wall Street Journal für eine Reihe von Interviews mit König Hussein von Jordanien. Auch der Preis für politische Kommentare wurde einem Journalisten der Finanzzeitung verliehen: Die Columbia-Universität sprach ihm Vermont Royce zu. Je zwei Preise gingen an Mitarbeiter der New York Times, der Los Angeles Times und des Boston Globe. Die wichtigsten Preise im Bereich der Kunst gingen an William Kennedy und David Mamet. Kennedy erhielt den Literaturpreis für seinen Roman „Ironweed“, der die Geschichte eines zum Mörder gewordenen ehemaligen Baseballspielers erzählt. Mit dem Theaterpreis wurde Mamet für sein Stück „Glengarry Glen Ross“ ausgezeichnet.

Everding entscheidet sich Anfang Mai

dpa, München
Anfang Mai wird voraussichtlich die Entscheidung darüber fallen, ob Generalintendant August Everding in München bleibt oder ob er in New York als Nachfolger von Anthony A. Bissa Intendant der Metropolitan Opera wird. Von Gesprächen mit der Met-Führung und dem Chefdirigenten James Levine in New York zurückgekehrt, sagte Everding in München, es seien noch klärende Gespräche mit Bayerns Ministerpräsident Strauß und Kultusminister Hans Maier notwendig. Das wichtigste Problem scheint weiterhin darin zu liegen, daß Biss 1985 geht. Everding aber ist bis 1987 an München gebunden.

Junge amerikanische Komponisten in Köln

DW, Köln
Am 26. April sowie am 4. und 9. Mai finden in der Kölner Musik-Hochschule Kammerkonzerte mit Werken amerikanischer Komponisten des 20. Jahrhunderts statt. Neben Klassikern wie Samuel Barber, Walter Piston und Charles Ives stehen am 4. Mai ausschließlich Uraufführungen von jüngeren amerikanischen Komponisten auf dem Programm. Die Konzerte, die einmal jährlich stattfinden sollen, werden organisiert von der „American College Music Society“, einer Vereinigung, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, amerikanische Komponisten in Deutschland bekannt zu machen, und dem Amerikahaus Köln.

Pläne der Wiesbadener Maifestspiele 1984

DW, Wiesbaden
Ensembles aus zehn Ländern nehmen in diesem Jahr an den Internationalen Maifestspielen Wiesbaden teil (2. bis 30. Mai). Eröffnet wird das Festival vom Leipziger Theater mit Schillers „Die Verschwörung des Fiesko zu Genua“. Unter anderem werden erwartet die Posener Oper, das Zürcher Opernhaus, das Gulbenkian-Ballet aus Lissabon sowie die Welsh National Opera aus Cardiff.

Vogelhändler, Zar und Wolffschlucht

DW, Berlin
Carl Maria von Webers „Freischütz“, Carl Zellers „Vogelhändler“ und Albert Lortzings „Zar und Zimmermann“ stehen in diesem Sommer auf dem Programm der Rütters Sommerspiele, Deutschlands nördlichster Freilichtoper. Die drei Werke werden jeweils fünfmal aufgeführt, und zwar zwischen dem 6. Juli und dem 5. August.

Ralph Kirkpatrick †

dpa, New York
Der amerikanische Cembalist Ralph Kirkpatrick ist im Alter von 72 Jahren in seinem Heim in Guilford im US-Staat Connecticut gestorben. Kirkpatrick hat maßgeblich dazu beigetragen, daß das Interesse am Cembalo-Spiel und an Barockmusik nach dem Zweiten Weltkrieg wiedererweckt wurde. Er trat vor allem als Interpret von Werken von Johann Sebastian Bach und Domenico Scarlatti hervor. Von letzterem legte Kirkpatrick ein Werkverzeichnis an.

KULTURNOTIZEN

Das Pariser Kulturzentrum „Centre Culturel du Marais“ wird demnächst eine Zweigstelle im New Yorker Greenwich Village erhalten. Die Ende dieses Jahres mit einer Malerei-Ausstellung eröffnet werden soll.

Der Kubist Alfred Roth wird anlässlich seines 100. Geburtstags vom Toulouse-Lautrec-Museum in Albi mit einer Retrospektive gewürdigt.

Fündig wurden Archäologen bei Grabungen auf der Piazza della Signoria (vor dem Palazzo Vecchio) in Florenz, die im Rahmen des Projekts „Städte und Nekropolen Stru-“ durchgeführt werden; zum Vorschein kamen Fundamente und Thermen aus der römischen Kaiserzeit.

Das Bukarester Kunstmuseum zeigt die vom Stuttgarter Institut für Auslandsbeziehungen vermittelte Ausstellung „Deutsche Graphik von 1500 bis 1925“.

Vier erste Preise sind beim 12. Internationalen Wettbewerb für elektronische Musik in Bourges ex aequo an Komponisten aus den USA, Großbritannien, Chile, Schweden und Kuba vergeben worden.

Eine Gedenkstätte für Albert Schweizer ist in Weimar im ehemaligen Wohnhaus des Märchendichters Johann Karl August Musäus eröffnet worden.

Die Collagen von Franz Roh werden jetzt erstmals in einer größeren Retrospektive von der Nürnberger Kunsthalle vorgestellt (bis 27. Mai).

Hamburg zeigt sich wieder mit Streifen

Studie bescheinigt dem „Beamten zu Fuß“ Zukunft / Abschied vom Konzept der konzentrierten Polizeikräfte

HORST DALCHOW, Hamburg

Der Kampf gegen die stetig wachsende Kriminalität kann nur mit Methoden des modernen Managements geführt werden. Die Polizei muß alle technischen Mittel nutzen, um der erhöhten Mobilität der Straftäter zu begegnen. Sie muß geführt werden wie andere Unternehmen. Der Unterschied liegt lediglich im Produkt: Es heißt Sicherheit.

Zu diesem Ergebnis führte vor zehn Jahren die Untersuchung eines Teams von Unternehmensberatern aus der Schweiz im Auftrag der Hamburger Polizei. Die branchenfremden Fachleute waren von dem damaligen Innensenator Heinz Ruhnau beauftragt worden, die polizeiliche Organisation zu durchleuchten und Vorschläge zur Erhöhung der Effektivität zu erarbeiten. Sie kamen zu dem Schluss, daß den modernen Methoden der Verbrecher nur mit einer Konzentration der Polizeikräfte zu begegnen sei. Das kleine Polizeirevier passe nicht mehr in dieses Schema. Nur

technisch gut ausgestattete Großraumreviere könnten Sicherheit „produzieren“.

Den Bürgern wurde nahegelegt, sich im Bedarfsfall telefonisch mit der Polizei in Verbindung zu setzen. Der Slogan von den „Männern, die man ruft“, wurde kreiert und propagiert. Er verfehlte indes seine Wirkung. Immer mehr Bürger vermißten „ihre Wache an der Ecke“. Die CDU-Opposition versuchte ohne Erfolg, die Entwicklung zu bremsen. Sie forderte den Einsatz von Fußstreifen, um wenigstens dem „subjektiven Sicherheitsbedürfnis“ der Bürger Rechnung zu tragen.

Hamburgs Polizeipräsident Günther Redding forderte seine Beamten auf, ihre „Blechkisten“ häufiger zu verlassen und den Kontakt zur Bevölkerung nicht zu vernachlässigen. Er fiel in Ungnade und mußte schließlich vorzeitig in Pension gehen. Die Wende kam im Jahr 1981, nachdem der SPD-Politiker Alfons Pawelczyk das Amt des Innensena-

tors der Hansestadt übernommen hatte. Neue Untersuchungen der polizeilichen Effektivität durch eigene Fachleute führten zu neuen Ergebnissen. Der Abbau zahlreicher Revierwachen hatte zu einer Flut von nahezu 500 000 „Eilbesuchen von Bürgern“ bei der Notrufzentrale geführt. In den meisten Fällen waren „kleine“ Straftaten wie Wohnungseinbrüche und Straßenraub der Grund. Der neue Innensenator mußte feststellen, daß die objektive Sicherheit und das subjektive Sicherheitsgefühl der Bürger „in hohem Maße von der Leistungsfähigkeit der Polizeireviere abhängen“.

Pawelczyk beließ es nicht bei Worten. Noch in diesem Jahr werden insgesamt 174 Polizeistellen eingestellt, um ein genau begrenztes Gebiet zu übernehmen und dort Streife zu gehen. Auch die persönlichen Voraussetzungen sind fest umrissen: Die Beamten müssen ihren Bereich seit Jahren kennen, ein Namensschild an der Uniform tragen und dem „besonde-

ren Fußstreifenendienst“ bis zu ihrer Pensionierung treu bleiben.

Die Renaissance der Revierwachen hat jedoch zur Folge, daß Kräfte aus anderen Bereichen abgezogen werden müssen, bis Nachwuchskräfte ausgebildet sind. Zunächst werden die Lücken durch die Bereitschaftspolizei gefüllt, die durch Einsätze bei Demonstrationen gegenwärtig kaum beansprucht wird. Schon in der vorangegangenen Erprobungsphase hatte sich die Wirksamkeit des „besonderen Fußstreifenendienstes“ erwiesen. Die erfahrenen Beamten halten nach Bedarf regelrechte „Sprechstunden“ ab und können ihre Dienststunden weitgehend den Wünschen der Bürger anpassen.

Innensenator Pawelczyk ist überzeugt, daß die neue Struktur der Hamburger Polizei zum Erfolg führen wird. Weitere Änderungen seien jedoch keinesfalls ausgeschlossen. Man müsse den sich ständig verändernden Schwerpunkten des Verbrechens rechtzeitig begegnen.

Massaker ein Racheakt der Drogenmafia?

Die New Yorker Polizei glaubt in dem Massenmord die Handschrift kolumbianischer Drogenhändler zu erkennen

AP/AF/OPA/SAD, New York

Die New Yorker Polizei hat inzwischen die zehn Leichen identifiziert, die am Palmsonntag Opfer eines Massakers in einer Wohnung im New Yorker Arbeiterviertel Brooklyn geworden waren. Bei dem Verbrechen könnte es sich um einen Racheakt handeln, der innerhalb der Drogenmafia verhandelt wurde.

Der aus Puerto Rico stammende Enrique Bermudez hatte die Toten in seiner Wohnung, als er spät abends von seiner Sonntagsarbeit nach Hause kam. Sein „Hintergrund“ wurde durchleuchtet, erklärte die Polizei gestern, die ihn jedoch als Täter ausschließt. Ihrer Ansicht nach spricht die Ermordung von Kindern für einen Racheakt kolumbianischer Rauschgifthändler. Obwohl die Opfer Puerto Ricaner waren, werde daher auch in dieser Richtung ermittelt.

Bei den Opfern handelt es sich um zwei Kinder von Bermudez im Alter von zehn und 14 Jahren, um die 24-jährige Virginia Lopez, mit der Ber-

mudez zusammenlebte und die im sechsten Monat schwanger war, um ihre beiden Kinder im Alter von sieben und vier Jahren, um die 20-jährige Carmen Perez und deren Kusine sowie Söhne im Alter von fünf und drei Jahren. Außerdem wurden die 14-jährige Schwester von Carmen Perez und ihre zehnjährige Kusine ermordet. Die Familie Perez lebte in der Nachbarschaft und war nachmittags nur zu Besuch.

In der Wohnung wurden Plastikfolien und Milchpulver entdeckt – beides wird üblicherweise zur Heroinverarbeitung verwendet. Milchpulver zum Verschneiden des Stoffes, der dann in Folien für den Straßenverkauf abgepackt wird. Die Polizei schließt daraus, daß die Wohnung, die zwar drogenfrei war, gleichwohl Umschlagplatz für den Drogenhandel gewesen sein könnte.

Spuren eines Kampfes wurden in der Wohnung nicht festgestellt. „Wir können nur vermuten, daß die Opfer fast in aller Ruhe erschossen wur-

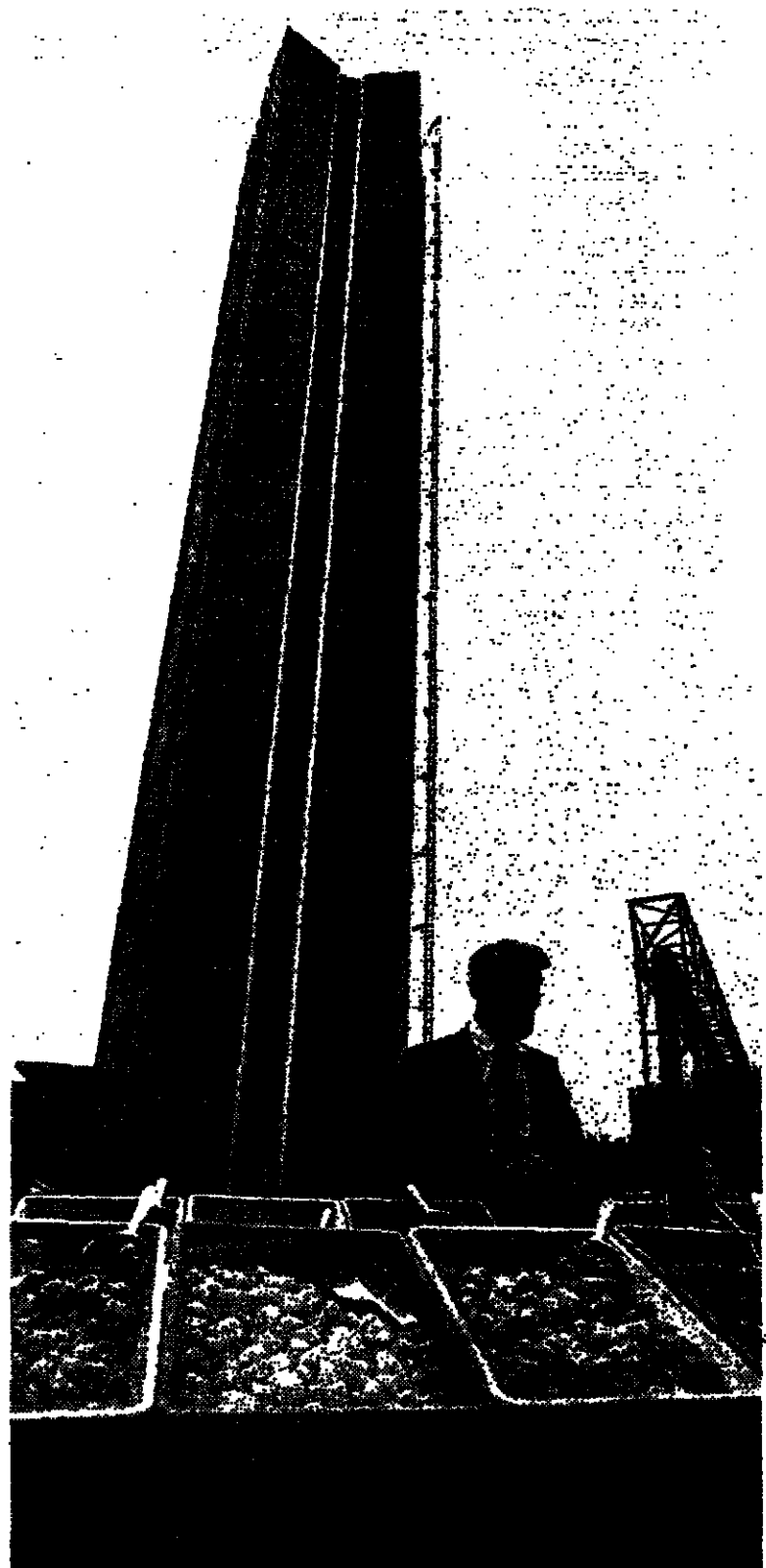
den“, sagte ein Polizeisprecher. Eine der Frauen wurde getötet, als sie gerade ein Baby mit Pudding fütterte. Insgesamt stellte die Polizei 16 Geschosse aus zwei Pistolen fest und vermutet daher, daß es sich um mindestens zwei Täter gehandelt habe.

Nachbarn berichteten, sie hätten Sonntagsnachmittag gegen 17.30 Uhr Geräusche vernommen, die wie Feuertöne geklungen hätten. Diese Beobachtung deckt sich mit der Tatzeit. Die Polizei, die gegen 23.30 Uhr von dem entsetzten Wohnungsbesitzer gerufen wurde, erklärte, zu diesem Zeitpunkt seien die Opfer schon seit sechs Stunden tot gewesen. Der laufende Fernseher habe für das einzige Geräusch in der Wohnung gesorgt.

Der New Yorker Bürgermeister Edward Koch, der gestern kurz den Tatort besichtigte, setzte zur Ergreifung der Täter 10 000 Dollar als Belohnung aus. Eine 75 Mann starke Sondereinheit der Polizei bemüht sich um die Aufklärung dieses größ-

ten Bluthades in der Kriminalgeschichte New Yorks. Das bisher schwerste Massaker fand 1979 statt und forderte sechs Opfer.

Dieses Verbrechen, das amerikanische Zeitungen bereits als „Palmsonntag-Massaker“ getauft haben, nährt die Befürchtung der Behörden, daß der Anteil der lateinamerikanischen Einwanderer-Gruppen in der New Yorker Unterweltzone immer stärker wird. Bisher hatten die fünf Mafia-Familien mit ihren 800 Mitgliedern und rund 10 000 kleinen Ganoven das Sagen. Das ist nach einem kürzlich festgestellten Bericht der New Yorker Polizei an den Justizauschuss des US-Senats anders geworden. Danach gibt es heute kolumbianische, puertoricanische, kubanische, schwarze, israelische, chinesische, koreanische und irische Unterweltorganisationen, die allesamt mit Mord und Terror versuchen ihren Herrschaftsbereich auszuweiten und der Mafia auf allen Gebieten des Verbrechens Konkurrenz machen.



„Dolce vita“

FOTO: WALTER VOGEL

Die Weiße Flotte geht wieder auf Fahrt

dpa, Koblenz

Die Köln-Düsseldorfer Deutsche Rheinschiffahrt AG (KD), die älteste und größte Fahrgastreederei auf dem Rhein, hat jetzt ihren Fahrbetrieb auf der Rheinstrecke zwischen Koblenz und Ridesheim wieder aufgenommen. Die Flotte der Gesellschaft, die am 1. Mai 1827 auf ihre erste Fahrt von Mainz nach Köln ging, hat gegenwärtig 27 Schiffe im Wasser. In diesem Jahr stehen für Tagesausflüge Fahrten auf dem Rhein zwischen Köln und Mainz, auf dem Main bis Frankfurt und auf der Mosel zwischen Koblenz und Trier insgesamt 19 Schiffe bereit. Am Karfreitag wird das Unternehmen die täglichen Fahrten zwischen Köln und Mainz aufnehmen, der Verkehr ab Frankfurt wird am 1. Mai und auf der Mosel am 15. Mai beginnen. Für die Saison 1984 kündigte der Sprecher der Gesellschaft „besonders preisgünstige Schiffstouren“ an, die den Tagesurlaub per Schiff auch für ganze Familien finanziell erschwinglich machen sollen. Außerdem fahren Senioren montags zum halben Preis und Geburtstagskinder sogar zum Nulltarif. Neben den Tagesausflügen bietet die Gesellschaft auch in diesem Jahr wieder mehrtägige Vier-Länder-Reisen auf dem Rhein an.

Entschäft

dpa, Gelsenkirchen

In einem Wohngebiet in Gelsenkirchen wurde gestern ein 250 Kilogramm schwerer Bombenbinder entführt. Vorher waren in einem Umkreis von 100 Metern um die Fundstelle 27 Wohnhäuser geräumt worden. Im Umkreis von 500 Metern wurden die Bewohner aufgefordert, sich „hutschutzmäßig“ zu verhalten. Für die Entschärfung brauchten Feuerwerker knapp eine halbe Stunde.

Wirbelsturm: 21 Tote

APF, Hanoi

Ein schwerer Wirbelsturm hat in der vietnamesischen Stadt Haiphong (100 Kilometer östlich von Hanoi) in der Nacht zum Montag 21 Menschenleben gefordert. Zyklone sind zu dieser Jahreszeit in der Gegend von Haiphong äußerst selten.

Yacht explodiert

dpa, Den Haag

Beim Brand auf einer gemieteten Kajütenyacht im Hafen von Muiden bei Amsterdam sind in der Nacht zum Dienstag zwei 32 und 40 Jahre alte Männer und eine 40-jährige Frau ums Leben gekommen. Die Yacht wurde durch einen Gasleckage entzündet. Die Polizei ermittelt noch nach dem Täter.

Brandstiftung

SAD, London

Zwei Fälle von Brandstiftung kosteten in der Nacht zum Dienstag in Großbritannien sieben Menschenleben. In Reading, westlich von London, starben vier Kinder im Alter von drei bis acht Jahren. Als mutmaßlicher Brandstifter wurde der Vater verhaftet. In Glasgow verbrannten ein Baby, ein 14-jähriger Junge und die Mutter des Babys. Die Polizei fahndet noch nach dem Täter.

Gas in der Pyramide

rt, Kairo

Die Polizei hat nach Berichten über austretende Gase aus einem Pharaonen-Grab den Besuch der Pyramiden in Kairo untersagt. Touristen hatten über die bei der Öffnung der Pyramide austretende farbige Gas gemeldet, das in den Pyramiden brenne und das Atmen erschwere. Über die Ursache ist bislang nichts bekannt. Die Chafra-Pyramide liegt neben der berühmten Cheops-Pyramide.

Anzeige

Das beste ist eine gute Versicherung.

SIGNAL
VERSICHERUNGEN

ZU GUTER LETZE

„Entschäfteln statt Schwärzen“
Motto der Naturfreunde für die Großkundgebung am 23. April in Helmstedt.

LEUTE HEUTE

Offizielles Kind

Der Fürstentum in Monte Carlo hat gestern offiziell bestätigt, daß Prinzessin Caroline von Monaco schwanger ist. Die Geburt wird im Sommer erwartet. Der Gesundheitszustand der werdenden Mutter sei „ausgezeichnet“. Die 27-jährige Prinzessin ist seit Ende Dezember mit dem drei Jahre jüngeren italienischen Geschäftsmann Stefano Casiraghi in zweiter Ehe verheiratet. Caroline will ihr Kind im Palast von Monte Carlo zur Welt bringen.

„Müde Jungs“

Die drei Kosmonauten an Bord der sowjetischen Raumstation Salut-7 leiden nach einem Bericht der Parteizeitung „Prawda“ an Ermüdungserscheinungen. „Die Jungs

sind müde, aber sie geben es nicht zu“, wurde der Kosmonaut Juri Malishev gestern zitiert. Malishev war in der vergangenen Woche gemeinsam mit einem sowjetischen und einem indischen Kollegen von einem mehrtagigen Forschungsaufenthalt in der Raumstation zurückgekehrt. Die Empfehlung Malishevs, seinen drei Kollegen mehr Freizeit zu gewähren, konnte laut „Prawda“ bisher jedoch nicht berücksichtigt werden, da das Arbeitsprogramm zu umfangreich sei.

Meister-Spucker

Mit einer Weite von 12,84 Meter hat sich in der kalifornischen Geisterstadt Calico Bill Burke den Weltmeistertitel im Priemsucken gesichert. Er blieb damit allerdings unter der Rekordmarke von 13,55 Meter.

WETTER: Sonnig

Wetterlage: Ein Hochdruckgebiet mit Kern über Niedersachsen beeinflusst den größten Teil Deutschlands. Eine über den Britischen Inseln liegen-



Temperatur am Dienstag, 13. Uhr:
Berlin 8°
Bonn 7°
Dresden 6°
Erfurt 5°
Frankfurt 6°
Hamburg 6°
Lissabon 14°
München 8°
Stuttgart 7°
Aachen 10°
Amsterdam 9°
Athen 14°
Brüssel 7°
Barcelona 14°
Bielefeld 7°
Budapest 14°
Bukarest 17°
Helsinki 5°
Istanbul 10°
Köln 8°
Kopenhagen 8°
Lissabon 14°
London 10°
Madrid 11°
Mailand 12°
Mallorca 17°
Moskau 19°
Nizza 14°
Oslo 11°
Paris 10°
Prag 4°
Rom 11°
Stockholm 7°
Tel Aviv 18°
Tunis 17°
Wien 8°
Zürich 6°

* Sonnenaufgang am Dienstag: 6.18 Uhr, Untergang: 20.25 Uhr, Mondaufgang: 1.00 Uhr, Untergang: 6.18 Uhr.
* In MEZ, zentraler Ort Kassel

Traumwelt wurde auf Sand gebaut

DW, Kuwait

Beim Lustwandeln zwischen Eifelturm und Big Ben stört manchmal leiser, aber trotzdem unüberhörbarer Geschützdonner. Der schiefe Turm von Pisa scheint sich ein wenig mehr zu neigen, wenn Einschläge den Boden leicht erzittern lassen. Doch das mag daran liegen, daß die ehrwürdigen Bauwerke in der Miniatur-Ausgabe auf Sand gebaut sind – wie so vieles in Kuwait, das zu großen Teilen aus Wüste besteht. Doch dies kann die Besucher, die sich im neuen Disneyland des Emirats tummeln, ebenso wenig um ihr Vergnügen bringen, wie jene akustischen Erinnerungen an den nicht endenden iranisch-irakischen Krieg auf der anderen Seite des Golfes.

Mögen die Petrodollars auch noch so sprudeln, das Leben in den Wüstenstaaten ist über lange Strecken immer noch eintönig, ja langweilig. Da wundert es nicht, daß jeden Tag schon vor den Öffnungszeiten lange Schlangen von Kuwaitis und inwischen auch von vergnügungswilligen Nachbarn vor den Kassenhäuschen stehen. Seit der Park vor einem Monat öffnete, steigt die Besucherzahl ständig, und an freien Tagen wurden schon mehr als 25 000 Gäste gezählt.

Geboten wird eine Mischung aus Kirmes, Märchenland und Disneyworld. Es gibt alle möglichen Fahrgeschäfte über Karussells, Autoscooter und „Mondraketen“ bis hin zum „Oasis Express“, einer Art Achterbahn. Dazu gehören riesige Dome in leuchtenden Farben, unter deren Kuppeln vorgeführt und ausgestellt wird. Nachgebaute Wahrzeichen aus aller Welt runden schließlich das Bild ab, das sich die „Vergnügungsspieler“ der Kuwaitis bei ihren Reisen in alle Welt gemacht haben.

Vom Plan bis zur Eröffnung dauerte es mehr als sechs Jahre. Die Planer schauten sich in den Disney-Unternehmen in Kalifornien und Florida um, nahmen von den Japanern etwas Technik und kopierten in Europa die Vorbilder. Das Ergebnis ist die „Welt der Träume“, die rund 250 Millionen Mark schluckte. Neben Eis- und Rollschuhbahnen sowie ein paar Stadien ist der Vergnügungspark nicht nur die bei weitem größte, sondern längst auch schon die beliebteste unter den wenigen Attraktionen des Emirats. Der Riesenspaß für jede Familie im „Land“ (Werbeslogan) hält auf mehr als zweieinhalb Quadratkilometern außer mehreren Restaurants als Höhepunkt auch noch etwas afrikanischen Dschungel parat.

Wie in den amerikanischen und europäischen Vorbildern, wird auch in der „Welt der Träume“ die Familie großgeschrieben. Groß und Klein sollen sich gleichermaßen amüsieren können. Allerdings geht es nicht ganz ohne die Regeln, die der Islam auch

den „Mondraketen“ bis hin zum „Oasis Express“, einer Art Achterbahn. Dazu gehören riesige Dome in leuchtenden Farben, unter deren Kuppeln vorgeführt und ausgestellt wird. Nachgebaute Wahrzeichen aus aller Welt runden schließlich das Bild ab, das sich die „Vergnügungsspieler“ der Kuwaitis bei ihren Reisen in alle Welt gemacht haben.

Vom Plan bis zur Eröffnung dauerte es mehr als sechs Jahre. Die Planer schauten sich in den Disney-Unternehmen in Kalifornien und Florida um, nahmen von den Japanern etwas Technik und kopierten in Europa die Vorbilder. Das Ergebnis ist die „Welt der Träume“, die rund 250 Millionen Mark schluckte. Neben Eis- und Rollschuhbahnen sowie ein paar Stadien ist der Vergnügungspark nicht nur die bei weitem größte, sondern längst auch schon die beliebteste unter den wenigen Attraktionen des Emirats. Der Riesenspaß für jede Familie im „Land“ (Werbeslogan) hält auf mehr als zweieinhalb Quadratkilometern außer mehreren Restaurants als Höhepunkt auch noch etwas afrikanischen Dschungel parat.

Wie in den amerikanischen und europäischen Vorbildern, wird auch in der „Welt der Träume“ die Familie großgeschrieben. Groß und Klein sollen sich gleichermaßen amüsieren können. Allerdings geht es nicht ganz ohne die Regeln, die der Islam auch

den „Mondraketen“ bis hin zum „Oasis Express“, einer Art Achterbahn. Dazu gehören riesige Dome in leuchtenden Farben, unter deren Kuppeln vorgeführt und ausgestellt wird. Nachgebaute Wahrzeichen aus aller Welt runden schließlich das Bild ab, das sich die „Vergnügungsspieler“ der Kuwaitis bei ihren Reisen in alle Welt gemacht haben.

Vom Plan bis zur Eröffnung dauerte es mehr als sechs Jahre. Die Planer schauten sich in den Disney-Unternehmen in Kalifornien und Florida um, nahmen von den Japanern etwas Technik und kopierten in Europa die Vorbilder. Das Ergebnis ist die „Welt der Träume“, die rund 250 Millionen Mark schluckte. Neben Eis- und Rollschuhbahnen sowie ein paar Stadien ist der Vergnügungspark nicht nur die bei weitem größte, sondern längst auch schon die beliebteste unter den wenigen Attraktionen des Emirats. Der Riesenspaß für jede Familie im „Land“ (Werbeslogan) hält auf mehr als zweieinhalb Quadratkilometern außer mehreren Restaurants als Höhepunkt auch noch etwas afrikanischen Dschungel parat.

den Vergnügen setzt. So gilt es etwa, die weiblichen Besucher vor den Blicken von Männern zu schützen, die nicht zur Familie gehören. Deshalb haben Jungesellen nur sonntags und dienstags von 16 bis 22 Uhr Zutritt.

Sonst jedoch hält das Bild im Innern des Parks den Vergleich aus mit den „Lands“ jeder Schattierungen anderswo. Zwar gehen viele Frauen in traditionellen Schleier, dem Schador, ebenso wie viele Männer in Modestock. Die Kinder betteln bei ihren Eltern um Geld, Hotdogs und Hamburger scheinen auch hier zur Hauptnahrung zu gehören.

Dabei ist ein solches Unternehmen am Golf mit Sicherheit ein Risiko, ein Dorn im Auge jener Fundamentalisten, denen alles Westliche ein Werk des Teufels ist. Und daß auch das Emirats nicht gefeit ist gegen solche Eiferer, wurde spätestens klar, als auch vor der amerikanischen Botschaft von Kuwait ein mit Sprengstoff beladener Lkw in die Luft ging.

Wenn die Behörden in Kuwait denn auch um dieses Risiko wissen, so haben sie wohl beschlossen, damit zu leben. Die Kuwaitis bestärken sie darin, durch einen Run auf die „Welt der Träume“. Erste Konsequenz: Nach dem Vergnügungspark mit sechs Kassenhäuschen eröffnet worden war, sollen jetzt weitere 12 aufgestellt werden.

Überprüfen Länder negative Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf ihre jüngsten Bewohner durch entsprechende Sozialprogramme verhindern.

Wie der Unicef-Bericht ergab, nahm aber auch in 34 Städten der USA, darunter New York, die Kindersterblichkeit außergewöhnlich stark zu. In mehreren amerikanischen Metropolen, und hier besonders in den Farbigen-Gettos, zeigte sich zusätzlich eine steigende Tendenz der Komplikationen bei Kinderkrankheiten.

Der Bericht gibt drei Hauptgründe

für den sich stetig verschlechternden Gesundheitszustand der Kinder in aller Welt an: Zwischen 1960 und 1981 hat sich die Zahl der alleinziehenden Mütter von neun auf 21 Prozent erhöht. Wo früher zwei Verdienner den Lebensunterhalt der Familie bestritten, kann – dies der zweite Faktor, der mit dem ersten zusammenhängt – heute im Zuge steigender Arbeitslosigkeit oft nicht einmal mehr die Mutter für den Unterhalt sorgen. Und schließlich hat allgemein die Tendenz zugenommen, bei Spätabnahmen zuerst den Sozialstaat zu kürzen.

SAD, Manchester

Die Seeschiffahrt muß in Kürze einen größeren Hafen aus ihren Listen streichen. Die kränkelnde Halbmillionenstadt Manchester, einst das florierende Zentrum der englischen Baumwollindustrie, hat beschlossen, spätestens bis 1987 ihren berühmten, aber defizitären 64 Kilometer langen „Manchester Ship Canal“ stillzulegen und damit endgültig ihre Position als Englands führender Binnenhafen aufzugeben.

Die liebevoll „the ditch“ (der Graben) genannte künstliche Wasserstraße für Schiffe bis zu 15 000 Tonnen wurde bei ihrer Eröffnung im Jahre 1894 – ein Jahr vor Fertigstellung des Nordostsekanals – als eines der Wunderwerke der industriellen Revolution in England gefeiert.

Noch 1967 konnte Manchester stolz melden, daß in seinem Hafen 16,8 Millionen Tonnen Fracht abgefertigt worden seien. Auf den Kanälen mit ihren 40 Schuppen und 20 Lagerhäusern fanden 3000 Hafenarbeiter Beschäftigung. Heute sind in Manchester noch gerade 30 Docks beschäftigt – unter anderem eine Folge der Verlagerung des Frachtverkehrs an die englische Ostküste. Die Bewegungen auf dem Kanal sind auf eine Handvoll Altschiffe, Frachtkorrespondenten und Schuten mit Schlammrücken aus einem Klärwerk in Davyhulme geschrumpft.

Überprüfen Länder negative Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf ihre jüngsten Bewohner durch entsprechende Sozialprogramme verhindern.

Wie der Unicef-Bericht ergab, nahm aber auch in 34 Städten der USA, darunter New York, die Kindersterblichkeit außergewöhnlich stark zu. In mehreren amerikanischen Metropolen, und hier besonders in den Farbigen-Gettos, zeigte sich zusätzlich eine steigende Tendenz der Komplikationen bei Kinderkrankheiten.

Der Bericht gibt drei Hauptgründe

Unter Krisen leiden immer zuerst die Kinder

Unicef, Kinderhilfswerk der UNO, ließ die Lage der Kleinsten in armen und reichen Ländern untersuchen

AFP, New York

Der technische Fortschritt der Industriegesellschaft und die damit einhergehende wachsende Umweltverschmutzung wirken sich bei den schwächsten Mitgliedern der Gesellschaft, den Kindern, besonders verheerend aus. Dies ergab eine Studie, die im Auftrag des Kinderhilfswerks der Vereinten Nationen (Unicef) die Situation der Kinder in zwölf Ländern der Erde untersuchte (Brasilien, Chile, Costa Rica, Indien, Italien, Kuba, Nigeria, Sri Lanka, Südkorea, Tansania, USA, Sambia) und jetzt veröffentlicht wurde.

So stellte sich etwa heraus, daß im Norden Sambias das Körperwachstum und die Körpergröße der Kinder bis zu 15 Jahren seit längerer Zeit stetig abnimmt. In Costa Rica mußten 1981/82 doppelt soviel Kinder wegen ernster Unterernährung behandelt werden wie im gleichen Zeitraum des Vorjahres. In Brasilien geht in der Provinz Sao Paulo das Geburtsgewicht von Säuglingen seit Jahren ständig zurück. Nur Kuba und Südkorea konnten unter den

überprüfen Ländern negative Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf ihre jüngsten Bewohner durch entsprechende Sozialprogramme verhindern.

Wie der Unicef-Bericht ergab, nahm aber auch in 34 Städten der USA, darunter New York, die Kindersterblichkeit außergewöhnlich stark zu. In mehreren amerikanischen Metropolen, und hier besonders in den Farbigen-Gettos, zeigte sich zusätzlich eine steigende Tendenz der Komplikationen bei Kinderkrankheiten.

Der Bericht gibt drei Hauptgründe

für den sich stetig verschlechternden Gesundheitszustand der Kinder in aller Welt an: Zwischen 1960 und 1981 hat sich die Zahl der alleinziehenden Mütter von neun auf 21 Prozent erhöht. Wo früher zwei Verdienner den Lebensunterhalt der Familie bestritten, kann – dies der zweite Faktor, der mit dem ersten zusammenhängt – heute im Zuge steigender Arbeitslosigkeit oft nicht einmal mehr die Mutter für den Unterhalt sorgen. Und schließlich hat allgemein die Tendenz zugenommen, bei Spätabnahmen zuerst den Sozialstaat zu kürzen.

neu

MARITIM
kurhaus-Hotel
Bad Homburg
Ludwigstr. Tel. (061 72) 230 51

Ab 7. April 1984 erwartet Sie MARITIM auch in Bad Homburg v.d. Höhe!

Dem hohen Anspruch eines der renommiertesten Bäder Deutschlands entsprechend, präsentiert sich – direkt am Kurpark gelegen – das 16. First-Class-Hotel der MARITIM Hotelgesellschaft. In Verbindung mit dem Kurhaus ist hier ein Zentrum aktiven Lebens entstanden, das seinesgleichen sucht. Mit 148 elegant möblierten Apartments, Doppel- und Einzelzimmern, dem Restaurant für Feinschmecker, der Hotelbar/Lounge, Bürostube und

Boulevardcafé wird MARITIM auch verwöhnten Ansprüchen gerecht. Selbstverständlich steht Hotelgästen das Hallenschwimmbad mit Sauna und Solarium sowie ein Fitnessraum zur Verfügung. Das MARITIM Kongresszentrum verfügt neben 12 Club- und Tagungsräumen mit Platz für Veranstaltungen bis zu 1000 Personen über den im Kurhaus befindlichen Landgraf-Friedrich-Saal, der mit seiner Bühneneinrichtung 1000 Personen Platz bietet.

Die reizvolle und verkehrsgünstige Lage von Bad Homburg (nur 20 Minuten vom Flughafen Rhein/Main – Autobahnabfahrt aus allen Richtungen der Bundesrepublik Deutschland) verdeutlicht unser Bemühen, für Sie in Bad Homburg v.d. Höhe präsent zu sein. Wir freuen uns auf Sie!

Weitere MARITIM Hotels:
Timmendorfer Strand, Kiel, Brannlage, Hannover, Fuld, Bad Salzungen, Travemünde, Bad Segeberg, Hamburg, Gelsenkirchen, Darmstadt, Teneriffa, Malta, Mauritius.

MARITIM HOTELS

LEASING

Bm. - Daß das Hersteller-Leasing 1983 beim Neuvolumen 4,3 Prozent einbüßte, zeigt die Grenzen dieser Art, seine Ware an den Mann zu bringen. Automobil- und Computer-Fabrikanten spielen hier eine Ausnahme, ja, über die privaten Leasing-Gesellschaften refinanzieren sie sich zum Teil fremd. Doch diese Privaten sind in der Regel dem Hersteller - etwa von Automobilen - unterlegen, da sie nicht über die Rabatte verfügen, die der Produzent gewähren kann.

Daß das übrige Hersteller-Leasing kaum an die Erde beikommt, hat einen simplen Grund: Die Hersteller müßten beim Leasing Bankenfunktionen übernehmen, was sie angesichts der durchweg unzureichenden Kapitalausstattung nicht können. Der generell harte Wettbewerb würde sie zwingen, ihre Kapitalausstände über die Maßen

auszuweiten, was direkt zur Schmälerung der Rendite führen würde.

Aber müssen Hersteller selbst ver-leasen? Diese Frage kann mit Nein beantwortet werden, sieht man von den Automobilen ab, deren Hersteller-Leasing ein reines Absatzinstrument ist, in vielen Fällen nicht einmal ein rentierliches für die Leasinggesellschaft, jedoch für den Hersteller.

Marketingfunktion aber könnten die privaten Leasinggesellschaften sehr wohl für die Hersteller etwa von Maschinen übernehmen. Sie könnten ihren Kunden den Bezug eines Gutes über eine Leasing-Gesellschaft schmuckhaft machen, ihnen sagen, daß sie beim Leasing in den Genuss kürzerer Abschreibungszeiten beim Verleaser kommen, stets das neueste Modell zur Verfügung haben, also technologisch nicht in Verzug geraten können.

Die Frage drängt sich auf: Schließen unsere Produzenten?

Jetzt muß nur noch der Deutsche Bundestag seinen Segen geben, dann dürfen auch Laster für den Fernverkehr geleast werden. Dafür haben sich die EG-Kommission und der Verkehrsausschuß des Deutschen Bundestages ausgesprochen. Nach wie vor bleibt jedoch der Werkfernverkehr diskriminiert.

FOTO: MERCEDES-BENZ



Das Wachstum des Leasings in der Bundesrepublik Deutschland ist ungebrochen. Das Neugeschäft nahm 1983 um 6,8 Prozent oder 12 Milliarden Mark zu. Bis zum Jahr 1982 waren die Zuwachsraten des Neugeschäftes jedoch immer zweistellig. Die Bedeutung des Leasing läßt sich von den 7,6 (1982: 7,1) Prozent ablesen, mit denen Leasing an den Gesamtinvestitionen der deutschen Wirtschaft 1983 beteiligt war.

Fuß auf der Bremse

Von HANS BAUMANN

Es ist unübersehbar, daß die für viele Bereiche des Lebens angekündigte Wende in zahlreichen Zweigen der Wirtschaft eingetreten ist. Die Ruhrgebietskammern zum Beispiel sprechen in ihren Frühjahrsberichten von deutlichen Aufwärtstendenzen - trotz Stahlkrise und Kohlenflaute, den strukturellen Hemmschuhen dieser Region.

Doch die Wende hat noch nicht alle erfaßt. Gerade der Mittelstand zögert noch mit Investitionen. Er schlägt sich noch mit überalterten Produktionsgütern durch. Er will den Aufschwung greifbar nahe haben, ehe er neue Orders erteilt - und er will warten, was aus der gewerkschaftlichen Forderung nach einer 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich wird. Gelingt es der Gewerkschaft, diese Forderung durchzusetzen, dann wird es beim Mittelstand beim Investitionsstau bleiben - ausgenommen jene Güter, die der Rationalisierung dienen, dem Abbau weiterer Arbeitskräfte.

Den Mittelstand drücken aber auch die fehlenden Eigenmittel, den Rückgang des Eigenkapitals an der Bilanzsumme von 30 Prozent noch vor zehn Jahren auf unter 20 Prozent heute. Beim Leasing wirkt sich die immer kürzer werdende Kapitaldecke der Industrie und der Dienstleistung deutlich negativ aus. Die sogenannte Annahmequote ist bereits auf durchschnittlich 75 Prozent zurückgegangen, das heißt, daß 25 Prozent der nach Leasing-Finanzierung fragenden Unternehmen abgewiesen werden, weil eben ihre Bonität nicht den Ansprüchen der Leasinggeber entspricht.

Dringend abgebaut werden muß auch die Diskriminierung der Gewinne, die in Investitionen fließen, im Verhältnis zu den Dividenden an Aktionäre (Anrechnung der Körperschaftsteuer). Die Investition sollte nicht länger steuerlich bestraft werden, denn nur sie dient der Schaffung

von Arbeitsplätzen. Die vorgesehene Steuerreform sollte hier anpacken - und nicht wieder neue Förderungsprogramme aufliegen, die in der Regel nur Investitionen vorgezogen haben, die sowieso vorgenommen worden wären.

Der Abbau der Körperschaftsteuer würde sich harmonisch anpassen an die Förderung von Existenzgründungen und an die Förderung nach Risikokapital, bei dem die Banken noch den Fuß auf der Bremse haben.

Angesichts des Kapitalmangels der Wirtschaft müßte Leasing sofort erfunden werden, gäbe es diese Form der Finanzierung nicht schon seit ziemlich genau 20 Jahren. Leasing hat sich in dieser Zeit als völlig unempfindlich gegenüber Zinsbewegungen und gegen Konjunktur-Rhythmen gezeigt. Die Leasing-Raten waren für den Leasingnehmer immer sauber kalkulierbare Größen über den Vertragszeitraum hinweg.

Unschätzbar ist der Wert des Leasings aber auch, weil es im Einvernehmen mit der Finanzbehörde dem Kunden oft zu lange Abschreibungs-raten erspart. Die gekaufte Maschine mit einer Abschreibungszeit von zehn Jahren ist beim heutigen Tempo der technischen Innovation oft hoffnungslos veraltet, ehe sie abgeschrieben ist. So gewährt Leasing Schulter-schluß mit dem Fortschritt, der unverzichtbar für den geworden ist, der in der Produktion mithalten will.

Das Leasing ist aber immer noch nicht ausgereift. Es wird mit immer neuen Vertragsformen Magnetismus entwickeln müssen. Eine dieser Formen könnte das Operating-Leasing sein, das etwa dem Leasingnehmer größere Freiheiten vom Hersteller bei der Grundmietdauer einräumt. Hierher würde dann aber auch gehören, daß der Hersteller das Leasing-Objekt nach Ablauf der Vertragsfrist verwertet. Leasing ist noch längst nicht erwachsen, so wenig, wie es wegzudenken ist.

HANS BAUMANN, Essen
Welche Chancen der Finanzierungsform Leasing noch winken, zeigt ein Blick auf andere Länder. So hat das Leasing zum Beispiel in Frankreich einen Anteil von 10 Prozent an der Gesamtinvestition der Volkswirtschaft, in England sind es inzwischen schon 12 Prozent und in den USA sogar schon über 20 Prozent.

Nachdem vor zwei Jahren das Leasing von Immobilien die Mobilien überholt hatte, machte 1983 das Leasing mobiler Wirtschaftsgüter wieder das Rennen.

Bei den Mobilien führt nach Auskunft des Bundesverbandes Deutscher Leasing-Gesellschaften die Sparte Büro und EDV mit 39 Prozent, gefolgt von Produktionsgütern und Versorgung mit 29 Prozent. Auf Platz drei liegen Autos und Container mit 21 Prozent. Auf „Sonstige“ entfallen die restlichen 9 Prozent.

Bei Immobilien führen Produk-

tionsanlagen und Lager mit 51 Prozent vor Büros mit 33 Prozent. Der Handel ist mit 11 Prozent beteiligt, auf Sonstige kommen die restlichen 5 Prozent.

Daß das Immobilien-Leasing nicht mehr den Schwung vergangener Jahre hatte, liegt nicht zuletzt daran, daß bei Sale-and-lease-back Fehler gemacht wurden, die nicht nur die Branche, sondern auch die refinanzierenden Banken verschreckt haben. In der Hoffnung auf stetig steigenden Marktwert bestimmter Objekte sind zum Teil Mobilien von den bisherigen Eigentümern angekauft und an diese zurückgeleast worden, die sich bei der Illiquidität der Leasing-Partner nicht wieder zum Ankaufswert unterbringen ließen.

Die Attraktivität liegt beim Immobilien-Leasing nach wie vor in der Entlastung der Bilanzen und in der Schaffung von Liquidität. Der Service wird in diesem Bereich noch relativ klein geschrieben.

Das Leasing, das namentlich von älteren Generationen noch ein wenig gemieden wird, ist in zwei Bereichen einen guten Schritt vorangekommen: 1. Der Leasing-Verband hat Kontakt mit der Universität Köln aufgenommen, die künftig Leasing-Fachwirte ausbilden wird. Diese Aktion wird unterstützt von den Industrie- und Handelskammern. 2. Die EG-Kommission und der Verkehrsausschuß des Deutschen Bundestages haben sich dafür ausgesprochen, daß künftig auch Laster für den Fernverkehr geleast werden dürfen. Bisher müssen sie vom Halter gekauft werden. Jetzt muß nur noch der Bundestag seinen Segen dazu geben. Nach wie vor bleibt jedoch der Werkfernverkehr diskriminiert. Die Fahrzeuge in diesem Einsatzbereich müssen nach wie vor gekauft werden. Mit dem Examen zum Leasing-Fachwirt soll einem geradezu quälenden Mangel abgeholfen werden: Es gibt keine guten Mitarbeiter für den

Leasing-Außendienst. Die größeren Leasing-Gesellschaften bilden ihren Nachwuchs selbst heran. Außendienstler im Leasing-Geschäft müssen eine breite Allgemeinbildung haben, weil sie mit den verschiedensten Bildungs- und Interessen-Konstellationen in der Kundschaft konfrontiert werden. Sie müssen über Finanzierungs-schleppschrit im Detail informiert sein, sollten aber auch technisches Verständnis haben, da ihr Rat auch in diesem Bereich immer häufiger gefragt ist.

Der Mangel an erstklassigen Leuten zeigt nur eine der Grenzen des Leasings auf. Die Ertragslage ist bei einer größeren Zahl der rund 600 Leasing-Gesellschaften in der Bundesrepublik ein weiteres Hemmnis für Wachstum. Nur wer hinreichende und günstige Refinanzierung sowie bei größeren Objekten Versicherungsschutz hat, wird den heftigen Wettbewerb überstehen.

Windstille bei Objekten über 100 Millionen Mark

DW, Essen

Bei Objekten über 100 Millionen Mark „läuft zur Zeit nichts“, sagte dieser Tage ein alterfahrener Leasing-Mann. Das gilt aber nur für inländische Leasing-Gesellschaften zum Beispiel können Steuer-vorteile ins Spiel bringen. Sie haben daher größere Möglichkeiten, Groß-objekte an sich zu ziehen und zu ver-leasen.

Deutsche Leasing-Gesellschaften scheuen solche Leasing-Objekte auch wegen des hohen Risikos, das umso größer ist, als die Versicherungsgesellschaften durchaus nicht jede Leasing-Gesellschaft und ihre Objekte schützen.

Lesen Sie dazu auch: „Big tickets“ und verbrannte Finger - die Geschichte einer Bohrinne mit einem Finanzierungsvolumen von 400 Millionen Mark auf der dritten Seite des WELT-REPORTS LEASING.

Wenn Sie mit der Deutschen Leasing bauen, können Sie Ihre individuelle Planung auch verwirklichen

Schon zum Zeitpunkt Ihrer Investitionsplanung stellt sich die Frage, ob Sie die Immobilie kaufen oder leasen werden. Genau dann sprechen Sie am besten mit der Deutschen Leasing. Denn wir geben Ihnen das sichere Gefühl, die richtige Entscheidung zu treffen.

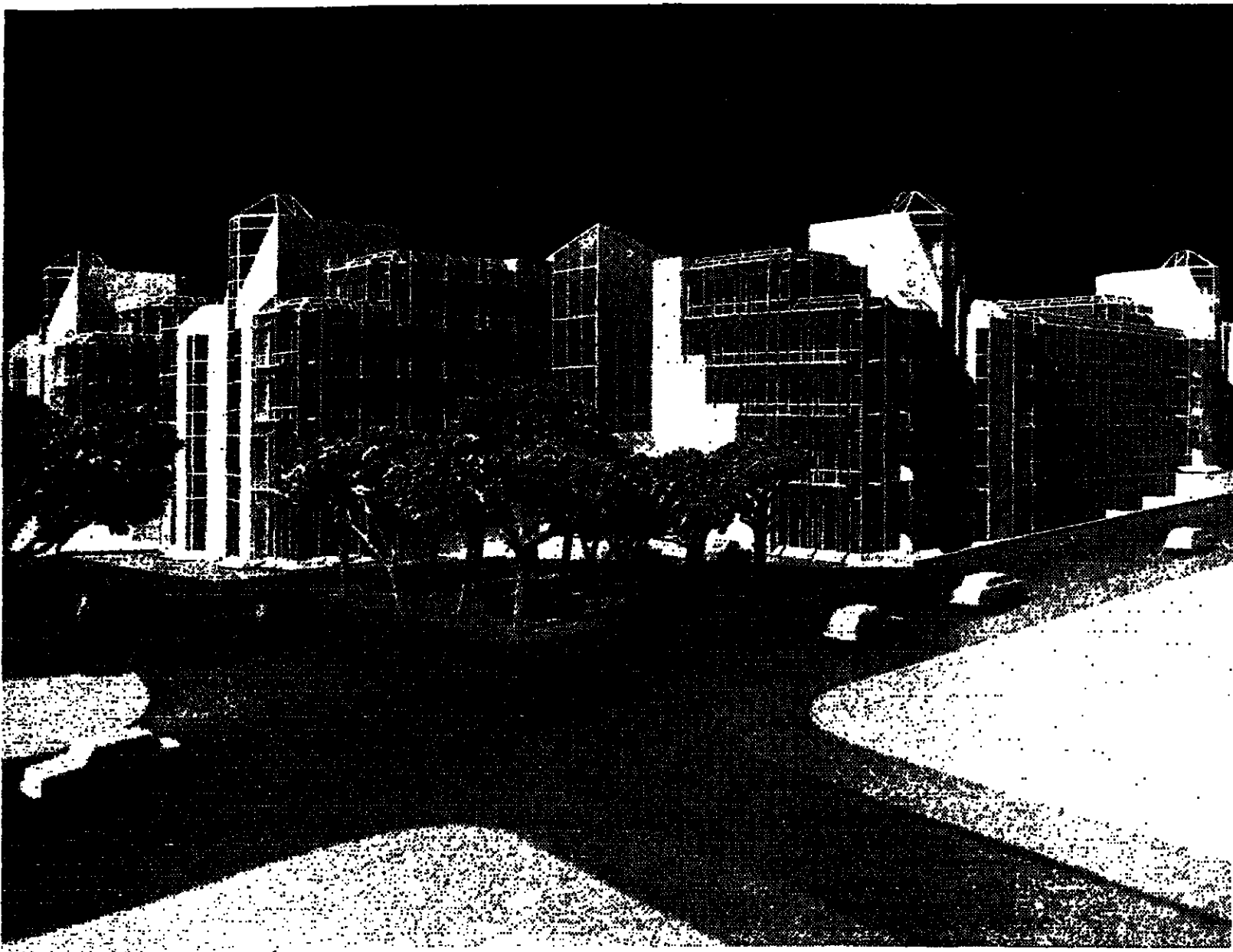
Welche Objekte Sie auch planen, Verwaltungs- oder Fabrikationsgebäude, Lagerhallen, Märkte: Die Deutsche Leasing findet die wirtschaftlichste Lösung und bereitet sachlich ausgewogene Investitionsentscheidungen vor.

Dazu gehören beispielsweise der Dialog vor Ort während der Planungsphase und eine Darstellung betriebswirtschaftlich objektiver Kostenvergleiche. Alles mit dem Ziel freier Kreditlinien und erhöhter Liquidität.

Sprechen Sie deshalb vor Ihrer Investitionsentscheidung mit einem Berater der Deutschen Leasing.

Deutsche Objekt-Leasing GmbH, Telefon (05 11) 1 52 93 85
Deutsche Leasing AG, Hungener Straße 6-12, 6000 Frankfurt/M. 80, Telefon (06 11) 1 52 91
Geschäftsstellen: Hamburg (0 40) 20 16 61, Hannover (05 11) 34 58 14, Bielefeld (05 21) 6 80 90, Düsseldorf (02 11) 804 34, Köln (02 21) 62 40 51, Frankfurt (06 11) 6 66 40 11, Nürnberg (09 11) 3 71 73, Karlsruhe (07 21) 2 29 52, Stuttgart (07 11) 29 98 81, München (08 9) 5 02 70 61

Deutsche Leasing



DAS PORTRÄT / FL Finanz-Leasing in Wiesbaden

Sie haben ein Miet-Volumen von 1,2 Milliarden Mark

Bm. Wiesbaden

Es müssen ja nicht immer 22,2 Prozent Plus sein, wie sie die FL Finanz-Leasing GmbH, Wiesbaden, von 1981 auf 1982 beim Neugeschäft erzielte. Mit den 12,6 Prozent, einem Neugeschäft von 254,2 Millionen Mark gegenüber 225,8 Millionen Mark in 1982, ist Armin Schaefer für 1983 auch sehr zufrieden. Die Rücklagen können damit wieder bedient werden. Eine Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln zeichnet sich wieder ab, und wenn nicht alles täuscht, werden auch wieder 12 Prozent Dividende auf das bisherige Stammkapital von 2 Millionen Mark bezahlt.

Bis zum 31. Dezember vorigen Jahres hatte sich das Mietvolumen auf 1,2 Milliarden Mark belaufen. Und das neue Jahr? Armin Schaefer zögert in einem Gespräch mit der WELT keinen Augenblick: „Wir sind sehr zufrieden.“

Die FL Finanz-Leasing GmbH ist eine Holding. Sie umfasst die Gruppe aus FL Mobilien-Leasing GmbH, die 1980 gegründet wurde, die FL Immobilien-Leasing GmbH, die 1982 dazu kam, die SL Leasing-Gesellschaft für Sparkassen, die ebenfalls 1982 gegründet wurde und die BML Baumaschinen-Leasing GmbH (51 Prozent), die seit 1981 existiert.

Diese Neuorganisation, Divisionierung genannt, hat sich nach Schaefer

ausbezahlt. Die einzelnen Profitcentres gehen an langen Leinen, ohne daß diese durchhängen würden. Neben Armin Schaefer gehören zur Geschäftsführung Rasto Kloppe und Peter-Dirk Lausberg. Die FL Finanz-Leasing wird im September 10 Jahre alt. Schaefer und Kloppe gehören zu den Pionieren, die vor rund 20 Jahren das Leasing nach Deutschland brachten.

Mit welchem Tempo es bei der FL Finanz-Leasing aufwärtsgegangen ist, zeigt die Tatsache, daß in den letzten drei Jahren das Personal verdoppelt worden ist. Zur Zeit beschäftigt die Gruppe rund 100 Mitarbeiter.

Kann man das Leasing-Geschäft nach schwachen und starken Regionen einteilen? Generell nicht, meint Schaefer, aber es liegt auf der Hand, daß jene Gebiete mit Strukturrisiken, wie Ruhr, Saar und Niedersachsen wegen der kränkelnden Stahl-, Kohle- und Werften-Industrie relativ weniger Geschäft bringen, als besser strukturierte Regionen.

In anderen Ländern ist es üblich, daß sich Leasing-Gesellschaften in Konsortien zusammenfinden und etwa Großprojekte finanzieren. In der Bundesrepublik gibt es diese Form der Gemeinschaftsfinanzierung eigentlich nicht, sieht man von dem Beispiel des Leasens eines Kernkraftwerkes einmal ab (Gundremmingen).

Welche Gründe hat das? Schaefer meint, daß die kompetenten Leasing-Gesellschaften in der Bundesrepublik Deutschland eifersüchtig auf ihre eigenen Geschäfte bedacht seien, daß ein Konsortium aber auch Einblick in die Geschäfte der Mitbewerber ermögliche. Hier und da, so Schaefer, gibt es wohl auch in der Bundesrepublik Objektgesellschaften, in die der eine das Leasing-Know-how und der andere das Objekt einbringe.

Armin Schaefer bestätigt, daß Leasing-Nehmer heute gut daran täten, sich ihren Vertragspartner genau anzuschauen, weil eine Bereinigung dieses überbesetzten Marktes nicht zu umgehen sei. Zu regelrechten Zusammenbrüchen werde es aber bei den größeren Gesellschaften kaum kommen, meint Schaefer, weil diese Gesellschaften in der Regel in der Hand von Finanzkonsortien sind. „Wir sitzen alle in Schöben“, zeichnet Schaefer dieses Bild.

Der „Schob“ von FL Finanz-Leasing besteht aus der Norddeutschen Landesbank, die 39 Prozent des Stammkapitals hält, aus dem Bankhaus Trinks-Burkhardt (25 Prozent), der Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg (19 Prozent) und der Württembergischen Kommunalen Landesbank (17 Prozent).

Schaefer hat seine Kunden befragt, warum sie zum Finanzierungsinstrument Leasing greifen. Hier das Ergebnis: 67,8 Prozent wollen auf diese Weise ihr Eigenkapital schonen, 62,9 Prozent wollen mit Leasing Liquiditätsvorsorge treffen. Mehr als die Hälfte der befragten Firmen (genau 51 Prozent) wünscht mit Leasing Rationalisierungs-Investitionen zu realisieren, knapp ein Fünftel (18,8 Prozent) will auf diesem Wege seine Kapazitäten erweitern.

Nach Schaefer sind die Leasing-Gesellschaften gezwungen, hohes Augenmerk auf die Bonität ihrer Kunden zu legen. Aber es seien auch Fälle denkbar, in denen zur Zeit die Bonität nicht die allererste Adresse verleihe und waren bestimmend für die Entwicklung des Leasingbedarfs der Wirtschaft.

B. J. DEEMEL, Hamburg

In der modernen Unternehmensplanung ist Leasing als Alternative zur herkömmlichen Art der Investitionsbeschaffung längst zu einem festen Bestandteil geworden. Die seit Jahren sinkende Quote der Eigenkapitalausstattungen der Unternehmen, die immer teurer werdenden Investitionen und die damit verbundenen immer höher werdenden finanziellen Voraussetzungen haben dem Faktor „Liquiditätsvorsorge“ einen zunehmend höher werdenden Stellenwert verliehen und waren bestimmend für die Entwicklung des Leasingbedarfs der Wirtschaft.

Aufgrund dieser Bedarfsentwicklung gibt es heute in der Bundesrepublik mehr als 600 Leasinggesellschaften. Die Anschaffungswerte aller zur Zeit geleasteten Investitionen liegen bei über 70 Milliarden Mark. Allein 1983 wurden Investitionsgüter von 17,8 Milliarden Mark geleast, also 7,2 Prozent aller Investitionen (ohne Wohnungsbau) sind geleast.

Weil die Liquiditätsvorsorge für den Großteil unserer Unternehmen,

insbesondere der des Mittelstandes, von so eminenter Bedeutung ist – und für absehbare Zeit bleiben wird – ist es wichtig, daß diese Unternehmen auch wirklich sachkundig beraten werden.

Für diese wünschenswerte objektive Beratung – auf die das mittelständische Unternehmen eben mehr angewiesen ist als das Großunternehmen – sind die genossenschaftlichen Kreditinstitute prädestiniert, weil sie die mittel- und langfristigen Investitionsvorhaben und Möglichkeiten ihrer Firmenkunden kennen. Und das ist das Entscheidende: Leasing nicht „verkaufen“ müssen.

Die Genossenschaftsbank wird ihren Kunden Leasing oder den passenden Investitionskredit empfehlen; das heißt, die Bank wird das empfehlen, was für den Kunden im Hinblick auf seine Gesamtsituation und der daraus folgenden betriebsgerechten Finanzierung das Richtige ist. Und darauf kommt es an. Denn die moderne Genossenschaftsbank von heute versteht ihren Förderauftrag für den

Mittelstand eben auch in der richtigen Leasingberatung ihrer Kunden.

Auf dieses Ziel hat die VR-Leasing, im Verbund mit den Genossenschaftsbanken, ihre gesamte Unternehmensphilosophie ausgerichtet. Leasing im Verbund mit den traditionellen Möglichkeiten der Finanzierung zu beraten, das ist das Ziel der Genossenschaftsbanken.

Die VR-Leasing ist die erste und einzige Leasinggesellschaft, die sich entschlossen hat, ihr gesamtes Leasinggeschäft ausschließlich über den Bankschalter zu leiten. Und die Genossenschaftsbanken stellen die erste Bankengruppe der Bundesrepublik dar, die Leasing aktiv in ihre Angebotspalette eingebaut hat und Leasing über den Bankschalter beraten kann.

In der Beratung von „banknahen Produkten“, die nicht zum direkten Bankgeschäft gehören, haben die Genossenschaftsbanken Tradition. Aus dieser Tradition ist es verständlich, daß das Mobilienleasing der VR-Leasing von den Banken genauso angeboten wird wie etwa Bausparen

von Schwäbisch Hall oder die Versicherungen der R+V Versicherung.

Zur Betreuung ihrer Banken hat die VR-Leasing in der gesamten Bundesrepublik ein Netz von Geschäftsstellen errichtet, das mit erfahrenen Leasingfachleuten besetzt ist. Sie haben die Aufgabe, die Mitarbeiter der genossenschaftlichen Banken auf breiter Front umfassend zu schulen, mit dem Ziel, in jedem Bankinstitut mehrere Leasingexperten auszubilden.

Bei besonders schwierigen Fragen stehen die Fachleute der Geschäftsstellen auch den Bankkunden zur persönlichen Beratung zur Verfügung. Über das Geschäftsstellennetz werden auch alle Marketing- und Werbemaßnahmen in enger Abstimmung mit den genossenschaftlichen Kreditinstituten gesteuert.

Die VR-Leasing und die genossenschaftlichen Kreditinstitute haben mit ihrer Kooperation eine Pionierleistung angepackt, die vielleicht eine neue Epoche der Leasingbranche einleitet.



Auf Beratung, besonders für den Mittelstand, sind genossenschaftliche Kreditinstitute spezialisiert.

FOTO: ARNOLD TOLLMANN

Es kann am Bankschalter gemietet werden

Armin Schaefer gehört zu den Pionieren, die vor 20 Jahren Leasing nach Deutschland brachten. Seine Meinung: Leasing-Nehmer sollten sich ihre Vertragspartner gut anschauen, denn eine Bereinigung des überbesetzten Leasing-Marktes sei nicht zu umgehen.



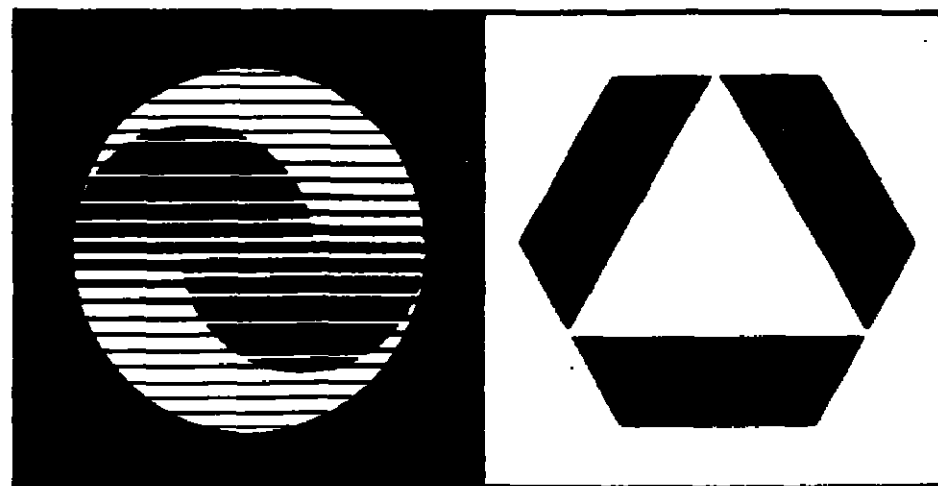
Zu zweit sind wir noch stärker.

Im Leasing, in der Finanzierung, im Factoring. Beide verstehen wir viel von Leasing. Der eine mehr von Immobilien. Der andere mehr von Mobilien, aber auch mehr von Finanzierung und Factoring. Da wir uns ideal ergänzen, arbeiten wir jetzt zusammen. So kommt Know-how zu Know-how, Erfahrung zu Erfahrung. Und Nutzen zu Ihrem Nutzen.

So wird aus zwei Spezialisten ein starkes Team. Für Immobilien-Leasing, Mobilien-Leasing, Investitionsfinanzierung und Factoring.

Für Verwaltungsgebäude, Fabriken und Kaufhäuser, aber auch für Kraftwerke und Pipelines. Für Nutzfahrzeuge, Produktionsmaschinen und Flugzeuge. Für den Kauf von Warenforderungen im In- und Ausland. Wir, die KG Allgemeine Leasing GmbH & Co in München und die Diskont und Kredit AG in Düsseldorf nehmen alles in eine Hand. Führende deutsche Banken sind unsere Gesellschafter.

KG ALLGEMEINE LEASING



DISKONT UND KREDIT AG

KG Allgemeine Leasing GmbH & Co
Tölzer Str. 30, 8022 München-Grünwald
Telefon: (089) 64143-0, Telex: 522554

Diskont und Kredit AG
Counvenstr. 6, 4000 Düsseldorf 1
Telefon: (0211) 3676-1, Telex: 8587857

Vertreten in: Berlin, Bielefeld, Bremen, Dortmund, Düsseldorf, Duisburg, Essen, Frankfurt, Freiburg i. Br., Hamburg, Hannover, Köln, Mannheim, München, Nürnberg, Saarbrücken, Stuttgart, Wiesbaden.

GROSSBRITANNIEN / Elf Milliarden Pfund Leasingbestand

Englands Fiskus will beim Leaser aktivieren

DW, London

Die grundlegende Idee des Leasings ist auch in Großbritannien die Trennung zwischen Nutzungsrecht und Eigentum. Der Finanzier, der Leasinggeber, ist der rechtliche Eigentümer des Leasinggutes, der Entleiher oder Leasingnehmer der Benutzer. Hier wird der Unterschied zum traditionellen Raten- oder Mietkauf deutlich, bei dem der Mieter, nach vollständiger Bezahlung, Eigentümer des erworbenen Gegenstandes wird.

Es können so gut wie sämtliche Anlagegüter, die von der Industrie und von Dienstleistungsunternehmen benötigt werden, geleast werden. Die Palette reicht von großen Anlagegegenständen, wie zum Beispiel Flugzeugen, Schiffen, Bohrinseln oder Satelliten, bis hin zu geringwertigen Wirtschaftsgütern wie Kopiergeräte oder Verkaufsaufbauten.

Die Finanzzentren von London und, in geringerem Maße, Edinburgh, dominieren den britischen Leasingmarkt. Der Großteil der Refinanzierung erfolgt über die Geschäftsbanken. Einige Handelsbanken haben jedoch ebenfalls Leasinggeschäfte in ihren Büchern, und viele Unternehmen ohne direkte Verbindung zum Finanzmarkt, sehen im Leasing eine sowohl steuerlich günstige als auch wirtschaftlich vernünftige Finanzierungsmöglichkeit für Investitionen.

Viele Unternehmen haben sich als Leasinggeber auf bestimmte Güter oder Dienstleistungen spezialisiert. So gibt es zum Beispiel Leasinggesellschaften, die ausschließlich auf dem Gebiet der Büroausstattung tätig sind. Andere sind Fachleute, wenn es um landwirtschaftliche Maschinen geht.

Besonders bedeutsam wird die Spezialisierung bei umfassenden Marktsegmenten, wie der Computerindustrie oder dem Kraftfahrzeugmarkt. Hier schlagen Kenntnisse über die Nutzungsdauer der verschiedenen Produkte, sowie genaue Informationen über Produktpaletten neben den selbstverständlich vorhandenen Kenntnissen über die Finanzierung besonders stark zu Buche.

Es gibt zwei grundlegend verschiedene Vertragsformen. Sogenanntes „finance lease“, vergleichbar mit deutschen Vollamortisationsverträgen, und das „operating lease“, was hiesigen Teilamortisationsverträgen entspricht, in der Bundesrepublik aber einen Begriffswandel erlebt.

Operating-Leasing zielt in der Bundesrepublik mehr und mehr auf eine stärkere Einbeziehung des Herstellers in die Leasingverträge, in der Form etwa, daß der Hersteller die Rücknahme und Verwertung des geleasten Gutes nach Ablauf der Vertragsfrist garantiert.

Nebenkosten abgedeckt

Bei beiden Vertragsformen ist ein Eigentumserwerb am Leasinggut durch den Leasingnehmer jedoch nicht vorgesehen. Beim „finance lease“ decken die Leasingraten während der Grundmietzeit sowohl die Anschaffungs- beziehungsweise Herstellungskosten als auch alle Nebenkosten einschließlich der Finanzierungskosten der Leasinggesellschaft.

Der Leasingnehmer bestimmt das Leasingobjekt und bestellt dies im Auftrag des Leasinggebers. Die Organisation der laufenden Wartung und Instandhaltung unterliegt dem Leasingnehmer. Der Leasinggeber bezahlt das Leasinggut, da es ja auch in seinem Eigentum bleibt und bei ihm abgeschrieben wird.

Die Leasingraten innerhalb eines Operating-Leasing-Vertrages decken nicht die gesamten Kosten der Leasinggesellschaft. Bei diesen Verträgen ist es üblich, von vornherein einen bestimmten Restwert zu kalkulieren, da der Leasinggeber das Objekt nach Ablauf des Vertrages weiterveräußern muß.

Das Leasinggeschäft bietet zumeist beiden Vertragspartei Vorteile, die traditionellen Finanzierungsformen nicht bereithalten. So ermöglicht das Leasing dem Leasingnehmer eine hundertprozentige Fremdfinanzierung, da das Leasinggut normalerweise beim Leasinggeber bilanziert wird.

Festgelegte Raten

Das Leasing stellt für viele Unternehmen, die einen Finanzierungsmix ihrer Kapitalanlagen anstreben, eine zusätzliche Alternative dar. Die Zahlungen erfolgen prinzipiell in Form von festgelegten Raten. In Großbritannien akzeptiert jede Leasinggesellschaft (im Gegensatz zum Leasinggeschäft in der Bundesrepublik) jedoch auch eine Anpassung der Zahlungen an den Geschäftsverlauf des Leasingnehmers. Das bedeutet, daß Einmalzahlungen höherer Beträge mit einer grundsätzlichen Ratenzahlung vereinbar sind.

Die für die Vertragslaufzeit festgelegte Rate bietet dem Leasingnehmer eine feste Kalkulationsgrundlage für seine Finanzplanung. Die Vorteile, die sich aus der Bilanzierung des Leasinggutes beim Leasinggeber ableiten, werden voraussichtlich bis Mitte 1984 durch neue Bilanzierungsrichtlinien abgeschaft.

Diese neuen Bestimmungen sollen eine Bilanzierung des Leasingobjektes beim Leasingnehmer vorschreiben. Nach dem gültigen Gesetz werden Maschinen und Fabriken im Jahr der Anschaffung zu 100 Prozent abgeschrieben. Unternehmen mit hohen Erträgen nehmen diesen Vorteil wahr und kaufen derartige Wirtschaftsgüter, um sie ihrerseits wieder an dritte zu verlesen.

Da beim Leasinggeber bilanziert wird, kommt er auch in den Genuß der steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten. Der Leasingnehmer profitiert hier von günstigen Leasingraten, die der Leasinggeber aufgrund der hohen Steuerersparnis einräumen kann.

Obwohl diese steuerlichen Möglichkeiten einen Anreiz für die Unternehmen darstellen, ist der britische Leasingmarkt davon nicht abhängig. Selbst nach Einführung neuer Bilanzierungsvorschriften, so glauben die Experten, wird der Leasingmarkt in England, wie das auch in anderen Ländern der Fall ist, weiter expandieren.

Noch sind die Leasinggesellschaften jedoch in der Lage, diesen Investitionsanreiz zum Teil an nicht steuerzahlende Unternehmen weiterzugeben. Zwar wurde 1980 die Möglichkeit der Vollabschreibung im Anschaffungsjahr für Leasinggeschäfte mit nicht steuerzahlenden Unternehmen auf eine Quote von jährlich 25 Prozent herabgesetzt, die Leasinggesellschaften haben sich jedoch mittlerweile an diese neuen Richtlinien gewöhnt. Sie sehen hier weiterhin einen relativ großen, von Kreditrisiken weithin freien Markt.

Obwohl das Risiko für die Leasinggesellschaften durch die geringere Abschreibungsmöglichkeit etwas gestiegen ist, sind sie dennoch in der Lage, Leasingfinanzierung günstiger als konventionelle Kredite anzubieten.

Bei Kraftfahrzeugen wurden die Abschreibungsvorschriften bereits 1979 geändert. Seitdem besteht neben der hundertprozentigen Ab-

schreibung im Anschaffungsjahr die Möglichkeit der linearen Abschreibung von jährlich 25 Prozent.

Die stärksten steuerlichen Investitionsanreize liegen im Schiffserwerb. Von englischen Unternehmen erworbene Schiffe unterliegen einer völlig freien Abschreibung, bei Käufen aus zweiter Hand einer hundertprozentigen Abschreibung im Anschaffungsjahr. Die freie Abschreibung ermöglicht dem Käufer eine exakte Anpassung der Abschreibungsbeträge an seine Ertragslage.

Auf der anderen Seite wurden die steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten für Objekte, die ins Ausland verleast werden, stark eingeschränkt. Hier reduzierte die Steuergesetzgebung von 1982 die bisherige Abschreibungsquote von 25 Prozent im Jahr auf 10 Prozent.

Darüber hinaus wurden für derartige Geschäfte verschärfte Auflagen eingeführt, deren Nichtbeachtung mit Abschreibungsverboten geahndet werden kann.

Die Struktur von Leasinggeschäften reicht von Standardverträgen über geringwertige Wirtschaftsgüter bis hin zu komplizierten Verträgen über Großanlagen, die über ein Konsortium verleast werden. Der grundlegende Aufbau ist jedoch immer derselbe.

Der Leasingnehmer nennt seine Wünsche in bezug auf den Leasingvertrag wie: genaue Bestimmung des Leasinggutes, Kaufpreis, Zahlungsbedingungen der Verkäufer, Standort, Liefertermin und so weiter.

Nach Einblick in die Finanzlage des Leasingnehmers, kann die Leasinggesellschaft einen Leasingplan aufstellen, in den alle individuellen Wünsche des Leasingnehmers eingebracht werden können. Um der Sicherheit des Leasinggebers gerecht zu werden, müssen Konsequenzen, die sich aus Zahlungsverzug oder vorzeitiger Vertragskündigung seitens des Leasingnehmers ergeben, genau fixiert werden.

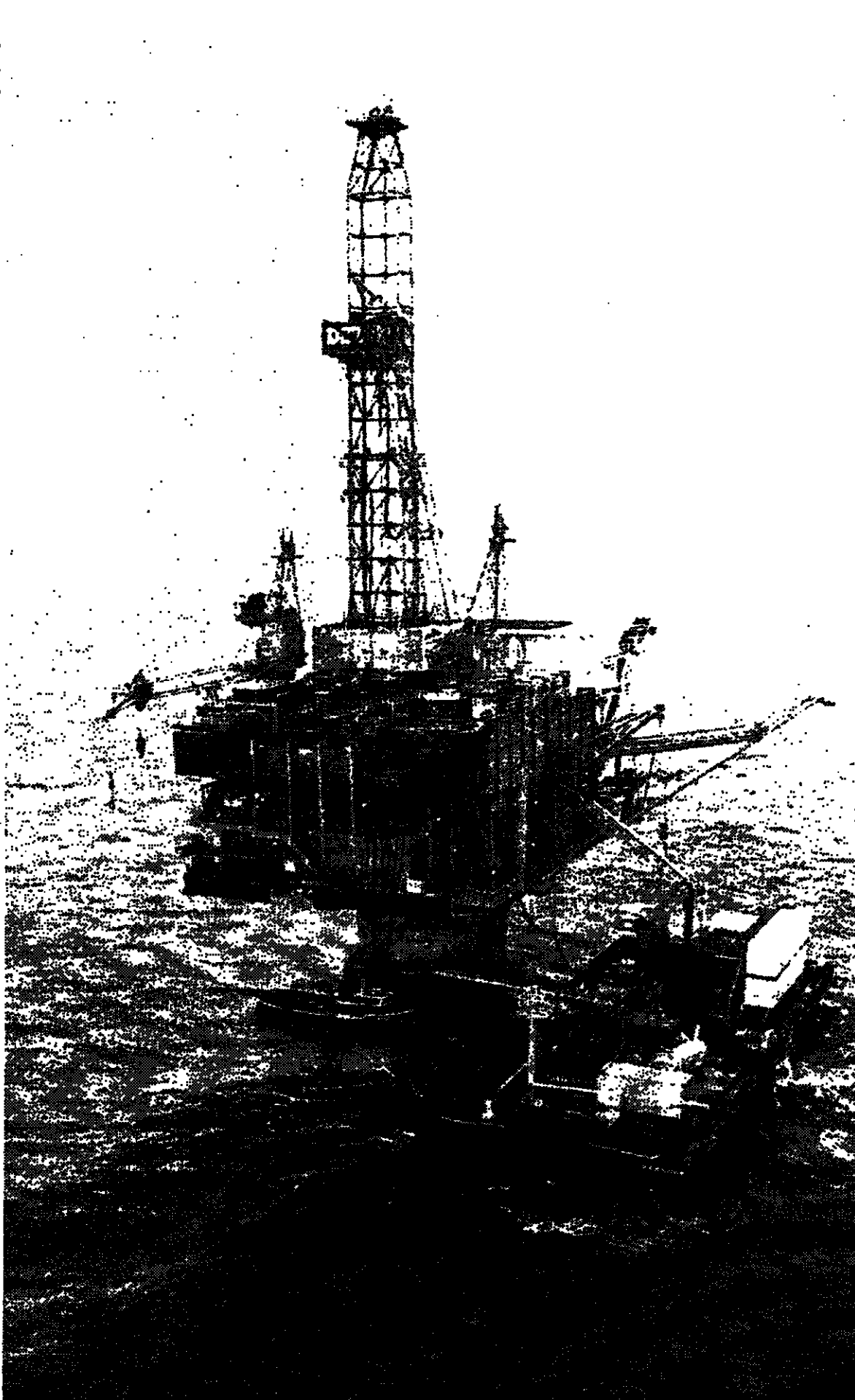
Fest etabliert

Es gibt also keinen einheitlichen Leasingvertrag. Die Leasinggeber arbeiten mit ihren Anwälten hausinterne Verträge. Bei Bedarf werden diese modifiziert, um den unterschiedlichen Vertragsanforderungen gerecht zu werden.

Die britische Leasingwirtschaft steckt, wie Zahlen der ELA (Equipment Leasing Association) zeigen, nicht mehr in den Kinderschuhen. Sie hat sich mittlerweile in fast allen Wirtschaftszweigen etabliert.

Die jüngsten Zahlen geben für 1982 ein Gesamtleasingvolumen der ELA-Mitglieder von 2,8 Milliarden Pfund an. Das entspricht einer Steigerung um 6 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Das Neugeschäft im Jahre 1982 entspricht rund 13 Prozent des Jahresinvestitionsvolumens im Vereinigten Königreich. Der gesamte Leasingbestand wird mit fast 11 Milliarden Pfund angegeben (zu jeweiligen Marktpreisen).

Ein weiteres Zeichen dafür, daß sich das Leasing in Großbritannien fest etabliert hat, ist die Einführung von Baltic Leasing am Londoner Freiverkehrsmarkt im Dezember 1982. Gefolgt wurde Baltic Leasing von Southern Business Leasing und Woodchester Investment, während Atlantic Leasing, United Leasing und Dataserv sogar an der amtlichen Wertpapierbörse zugelassen wurden. Für 1984 werden weitere Börseneinführungen, sowohl zum Freiverkehr als auch zum amtlichen Handel, erwartet.



Eine Bohrinsel zur Miete: Wird es solche Geschäfte nicht mehr geben?

FOTO-DPA

„Big tickets“ und verbrannte Finger

DW, London

Der Rücktritt von Lloyds Leasing Ltd. von einem Leasingvertrag über die Finanzierung einer von Scott Lithgo im Auftrag von Britoil hergestellten Bohrinsel könnte allgemein dem Wunsch von Leasinggesellschaften ein Ende bereiten haben, Geschäfts- in der Größe von mehr als 400 Millionen Mark im Alleingang abzuwickeln.

Unabhängig davon, wer die Bohrinsel fertigt und wer die Fertigstellung finanziert, hat dieser Vorgang große Aufmerksamkeit auf die Risiken gelenkt, die mit der Alleinfinanzierung solcher Großprojekte („big tickets“) einhergehen können.

Wie auch immer, die Alternative, ein Leasingkonsortium, schaltet die Risiken nicht aus, es verteilt sie nur. Kommt es innerhalb eines Leasingvertrages mit einem Konsortium zu Unstimmigkeiten, so werden diese noch weitaus schwieriger auszuräumen sein, da jede Konsortialgesellschaft eigene Ansichten über die Art

und Weise der Weiterführung oder der Annullierung eines Vertrages hat.

Leasinggesellschaften tendieren mehr und mehr dazu, allein immer größere Objekte zu übernehmen. Bestärkt werden die Leasinggeber durch finanzstarke Refinanzierungsbanken und durch die Tatsache, daß mit der Gründung eines Konsortiums langwierige, teure und zeitraubende Verfahren verbunden sind. Da der Wille zu langen Verhandlungen und insbesondere die dazu notwendige Zeit meist fehlen, gehen immer mehr Gesellschaften dazu über, große Geschäfte in eigener Regie zu übernehmen, vor allem wenn sich die Konjunktur belebt und die Erträge steigen.

Ein weiterer Grund ist, daß innerhalb eines Konsortialvertrages zwangsläufig vertrauliche Informationen über die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Konsorten bekannt werden.

Als Folge der Bohrinselleite werden Leasinggeber in Zukunft mehr

Wert auf einen ausreichenden Versicherungsschutz legen, sowohl bei Konsortialverträgen als auch bei Alleinverträgen.

Genauer unter die Lupe genommen wird künftig auch die Zuverlässigkeit der Zulieferer. Hier insbesondere die Schiffbaubranche, bei der größere Mängel festgestellt wurden. Das muß jedoch nicht bedeuten, daß keine Großobjekte wie zum Beispiel Bohrinseln mehr geleast werden.

Die 400 Millionen Mark aus dem Bohrinsengeschäft sind aber noch aus einem anderen Grund eine Art Schallmauer. Viele Banken weigern sich, einzelnen Leasinggesellschaften solch große Refinanzierungsmittel zu gewähren, da solche Objekte auch für Banken hohe Anforderungen an ihre Finanzkraft stellen. Hier gilt erst recht das Prinzip der Risikominimierung. Der Trend zum „Ein-Mann-Vertrag“ ist sicherlich ungebrochen, nur auf neue Rekorde bei „big tickets“ wird man wahrscheinlich noch ein wenig warten müssen.

INDIEN

Das Leasing wird kanalisiert

DW, Essen

In Indien ist der Trend zum Leasing unverkennbar. Neue Leasinggesellschaften schießen wie Pilze aus dem Boden; seit Februar 1982 kamen 22 Unternehmen hinzu. Eine wahrhaft rapide Entwicklung, wenn man in die Geschichte des indischen Leasingmarktes einige Jahre zurückschaut, meint Farouk Irani, Vorsitzender des Vorstandes der First Leasing Company of India Ltd.

Vorreiter war seine Gesellschaft, die 1973 mit einem Aktienkapital von 2,5 Millionen Rupien gegründet wurde. Über den indischen Leasingmarkt behielt sie neun Jahre lang die Alleinherrschaft bis 1982 die Twentieth Century Leasing hinzukam.

Mit Gründung der Twentieth Century Leasing war die Brücke geschlagen. Ihr folgten dicht aufeinander 21 weitere Unternehmen in Form von Aktiengesellschaften, nicht hinzurechnet noch etwa 20 bis 30 kleinere Leasinggesellschaften. Das Gesamtkapital der Leasing-Wirtschaft stieg von 2,5 Millionen Rupien 1973 auf 192,16 Millionen Rupien heute.

Dieses außergewöhnliche Wachstum beruht nicht allein auf der geringen Kapitalsuche der einzelnen Gesellschaften, sondern es spiegelt ebenfalls den großen Appetit der Kapitalgeber im Markt wider, der durch die großen Erfolge der beiden ersten Unternehmen, First Leasing und Twentieth Century angeregt wurde.

Das Ausmaß dieses Appetits wurde besonders deutlich, als First Leasing im Oktober 1983 ihr Aktienkapital durch eine öffentliche Emission auf 7,2 Millionen Rupien aufstockte, und diese dreifach überzeichnet wurde. Das ist ein Rekord in der Geschichte der indischen Aktiengesellschaften.

Wenn man die Entstehungsgründe der First Leasing Company of India Ltd. und der Twentieth Century Leasing betrachtet, so zeichnet sich der folgende Trend ab: Eine große Zahl von Unternehmen gründete eigene Leasinggesellschaften in der Absicht, durch diese hausinternen Gesellschaften ihre Geschäftslage zu verbessern.

Eine andere Gruppe stellen diejenigen Unternehmen dar, die vom traditionellen Abzahlungsgeschäft auf das Leasing umstiegen. Ferner tauchten Unternehmen auf, die aufgrund ihrer hohen Gewinne vom Fiskus verstärkt zur Kasse gebeten wurden. Sie sahen im Leasing eine hervorragende Möglichkeit die hohen Steuerzahlungen zu umgehen.

Eines ist sicher: Um den positiven Einfluß des Leasings auf die indische Wirtschaft zu bewahren, müssen sich die indische Regierung und die Finanzwelt mehr und mehr dieser Problematik zuwenden.

Die Reserve Bank of India, die die monetäre Autorität darstellt, ist ebenfalls von der außergewöhnlich schnellen Entwicklung der Leasing-Branche überrascht. Sie versucht zur Zeit, eine klare Politik gegenüber den Leasinggesellschaften zu formulieren.

Dabei treten Fragen nach der Eigenkapitalausstattung der Leasinggesellschaften auf. Sollen unbegrenzte Kapitalspritzen seitens der Banken erlaubt sein? Ist andererseits eine Fremdverschuldung der Leasinggesellschaften am Kapitalmarkt bis zum Zehnfachen ihres Eigenkapitals tragbar? Welche Aufgaben kommen der Zentralbank zu, um eine konstante Entwicklung des Leasingmarktes zu gewährleisten?

Diese und weitere Fragen wurden in einem Seminar von der Zentralbank, der neu gegründeten ELA (Equipment Leasing Association of India) und ausländischen Fachleuten eingehend diskutiert.

START

Investitionen anpacken

Investitionen sind notwendig. Wir müssen investieren, um die wirtschaftlichen Probleme der Gegenwart zu lösen. Und die Zukunft zu meistern. Diese Investitionen kosten Geld. Wir geben es Ihnen. Durch Leasing. Als Investitionskredit. Oder Mietkauf. Je nachdem, welche Lösung sich für Sie am besten eignet.

GEFA
Leasing · Kredit · Factoring

GEFA, Laurentiusstr. 19/21, 5600 Wuppertal 1, Tel. (02 02) 38 21 · Berlin · Bielefeld · Düsseldorf · Frankfurt
Freiburg · Hamburg · Hannover · Karlsruhe · Kassel · München · Nürnberg · Regensburg
Saarbrücken · Siegen · Stuttgart · Ulm · Würzburg · Wuppertal

USA / Eine Branche mit kurzem Gedächtnis - Starke Expansion erwartet

Zuerst kommt der Blick in die Bilanz, dann wird das Geschäft abgewickelt

DW, Bonn
Das Geschäft der mittelständischen Leasingunternehmen in den USA schien im Vergleich zu ihren großen Brüdern immer schon risikoreicher. Sie arbeiten viel mit kurzlebigen Wirtschaftsgütern, und sind gegen wirtschaftliche Schwankungen wesentlich empfindlicher. Dies im Hinterkopf, startete Leasing Digest, Essex, eine Umfrage bei den mittelständischen Gesellschaften des amerikanischen Leasingmarktes.

Ziel der Umfrage war, zu erfahren, welche Güter bevorzugte Leasingobjekte darstellen und welche weniger gefragt sind. Darüber hinaus wollte man etwas über das Verhalten von Angebot und Nachfrage sowie über die Kreditwürdigkeit der Leasingnehmer erfahren.

Die Risiken, die aus einer Änderung der Gesetzgebung oder aus der Konkurrenz starkerer, wie zum Beispiel der Banken, im Laufe dieses Jahres hervorgehen können, werden nicht verkannt, obwohl man generell eine positive Entwicklung von der Belebung der Konjunktur erwartet. Die meisten Leasinggesellschaften betonen, daß sie eine möglichst breitgefächerte Güterpalette zu halten versuchen, und fast alle sind der Meinung, daß der hohe technische Entwicklungsstand und der schnelle technologische Fortschritt gerade für den Mittelstand ein ideales Betätigungsfeld schaffen.

Computer und technisches Instrumentarium aus dem medizinischen Bereich sind für den Leasingmarkt besonders geeignet. Steigende Nachfrage nach Automation und Datenverarbeitungsanlagen bestätigen diese Auffassung.

Tom Martin, Vorstandsvorsitzender von Computer Financial Inc., New Jersey, erwartet für 1984 eine starke Expansion dieser Branche. Martin sagt, daß Firmen wie IBM dazu übergehen, ihre Kunden von Kauf oder Miete abzubringen und immer mehr versuchen, ihre Güter über Dritte im Leasingverfahren an den Mann zu bringen.

Einig ist man sich ebenfalls in der Beurteilung des Telefon- und Fernspreckmarktes. Für Craig Knudson,

Vorstandsvorsitzender von Heritage Leasing, San Diego, rangiert dieser Markt an zweiter Stelle hinter der Computerbranche. Er nennt zwei Gründe, warum dieser Markt für die Leasingindustrie so gute Möglichkeiten bietet. Erstens, die Auflösung von American Telephone and Telegraph (ATT), und zweitens die enge Verbindung zwischen Telekommunikation und Computern als Mittel der Kommunikation.

Eine weitere Branche, in der sich die Leasinggesellschaften mit neuen Technologien vertraut machen müssen, ist die Druckindustrie. Jack Highsmith, Vorstandsvorsitzender der Simplex Leasing Company, New York, betonte nach einem gerade abgeschlossenen Leasinggeschäft über eine der neuesten Technik entsprechenden Druckereianlagen, daß die rapide technische Entwicklung in dieser Branche ältere Maschinen in kürzester Zeit veraltet und wertlos erscheinen läßt.

Was landwirtschaftliche Ausrüstung, Transportmittel und Baumaschinen anbetrifft, so gehen hier die Meinungen weiter auseinander. Leasing in der Landwirtschaft ist am stärksten im mittleren Westen vertreten. Die Leasinggesellschaften dieser Region wurden jedoch in letzter Zeit von der schlechten Ertragslage der Landwirtschaft in Mitleidenschaft gezogen.

Lage stabilisiert sich

Bernard Mc Kenna, Vorstandsvorsitzender der Illinois Leasing Corporation, Chicago, sieht hier keinen sonderlich sicheren Markt. Er betont, daß sich das Leasinggeschäft mit landwirtschaftlicher Ausrüstung auf einem Abwärtstrend befindet, hält jedoch eine allmähliche Verbesserung der Situation in diesem Jahr für möglich.

Demgegenüber ist Dave Gross, Vorstandsvorsitzender der Illinois Association of Equipment Lessors (IAEL), der Meinung, daß das Leasinggeschäft mit Ausrüstungen für die Landwirtschaft im mittleren Westen aufblüht. Das Geschäft sei zwar nicht unproblematisch, doch stabilisiert sich die Lage zusehends.

Emmett Sherman, Vorstandsvorsitzender der Lease America Corporation, Iowa, sieht die Chancen für mittelständische Leasinggesellschaften auch im landwirtschaftlichen Bereich wesentlich positiver.

Grundsätzlich, so das Gros der Landwirtschaftsleaser, sei die Entwicklung davon abhängig, wie stark sich ein allgemeiner wirtschaftlicher Aufschwung auf die Landwirtschaft auswirkt.

Das Vertrauen in die Bauindustrie ist bei Leasinggesellschaften noch nicht sonderlich groß, obwohl es in letzter Zeit einige Anzeichen für eine Festigung der Branche gegeben hat. Dave Gross erwartet von der Bauindustrie im Laufe des Jahres große Fortschritte. Er sieht hier ein reiches Betätigungsfeld für Leasinggesellschaften.

Was die Transportindustrie angeht, so wird sie von den Leasinggesellschaften als stabil bezeichnet. Risikofaktoren sind hier mehr rechtlicher als wirtschaftlicher Natur. So werden Gesetzesänderungen in Bezug auf Lastkraftwagen und die mögliche Einstufung der laufenden Leasingverträge unter die Ratenkäufe mit Zurückhaltung betrachtet. Viele möchten deshalb vor ihrem Einstieg in diese Sparte zunächst noch einige Monate ins Land gehen lassen.

Herrschende Meinung ist jedoch, daß der Leasingmarkt auch in diesem Jahr weiter expandieren wird. Auch die Aussichten auf eine Gesamtbildung der Wirtschaft sind positiv.

Die Ansichten über den Wettbewerb im Markt sind geteilt. Die eine Hälfte der Leasinggesellschaften erwartet eine Verschärfung der Konkurrenz, während die andere Hälfte auf gleichbleibende Marktverhältnisse hofft.

Letztere deuten auf die Störungen und das Durcheinander innerhalb des mittelständischen Leasingmarktes während der vergangenen Jahre hin. Viele Unternehmen wurden aufgrund unklarer Verträge aus dem Markt geworfen. Diejenigen, die überlebt haben, können nun um so mehr Geschäfte machen.

Aber gerade der wirtschaftliche Aufschwung ließ viele neue Leasinggesellschaften entstehen, die in starkem Wettstreit miteinander stehen. Dies wird oft als Argument derer angeführt, die eine weitere Verschärfung der Konkurrenz erwarten.

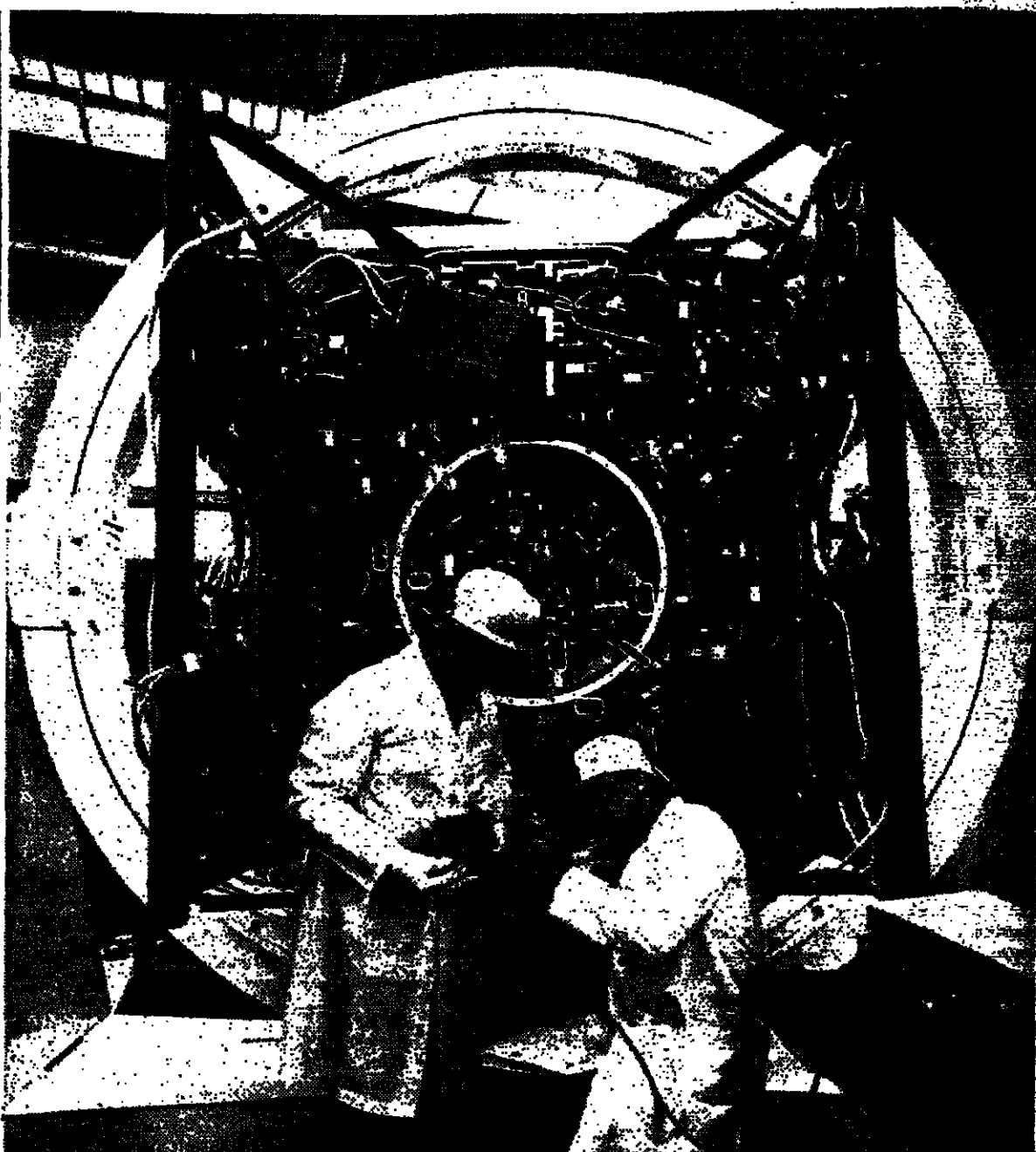
Wie etwa Gary Wong, Vorstandsvorsitzender von Wechush Leasing, Los Angeles, meint: „Sowohl Leasinggeber als auch Leasingnehmer haben ein kurzes Gedächtnis.“ Der Druck etwas zu verlesen oder zu vermieten sei oft so groß, daß nicht sorgfältig genug auf die Kreditfähigkeit der Kunden gesehen werde. Sein Grundsatz ist: Erst ein Blick in die Bilanz, dann das Geschäft.

Schwieriger Ölmarkt

Für 1984 wird ein harter Wettkampf zwischen Banken, anderen Finanzinstitutionen und sonstigen Unternehmen erwartet, die alle aus steuerlichen Gründen in das Leasinggeschäft einsteigen wollen. Mittelständische Leasinggesellschaften können momentan noch maßgeschneiderte Finanzierungen anbieten. Sie machen dies oftmals besser als größere Unternehmen. Jedoch sind die Konditionen der Großbanken nur schwer zu schlagen, falls diese sich in das Leasinggeschäft drängen sollten.

Nur äußerst wenige Leasinggesellschaften konnten von sich behaupten, während der letzten Jahre keine säumigen und in Verzug geratenen Kunden gehabt zu haben. Da sich der wirtschaftliche Status vieler Leasingnehmer jedoch mehr und mehr verbessert, hofft man, daß die Zahl der faulen Verträge immer weiter abnimmt. Unbehaglich jedoch fühlen sich die meisten Leasinggeber, wenn es um die Energiewirtschaft, insbesondere um den Ölmarkt geht. Hier, so Jack Harding von TXL Corporation, bestehen immer große Kreditrisiken.

Die mittelständischen Leasinggesellschaften wollen die Prüfungen der Kreditwürdigkeit verschärfen, und sie hoffen, daß der Großteil ihrer Geschäftspartner aufgrund der allgemein verbesserten Wirtschaftslage diesen Prüfungen standhält.



Ein Hughes Galaxy I Satellit, baugleich mit Galaxy II, bei startvorbereitenden Tests.

Jetzt auch Leasing im Weltall

Im Dezember 1983 war das dritte Satelliten-Leasinggeschäft perfekt. MCI Communications Corp., Washington DC, schloß einen Vertrag über die Nutzung von zwölf Übertragungsgeräten ab, die innerhalb des Galaxy-II-Satelliten arbeiten. Galaxy II wird von einer Tochtergesellschaft der Hughes Aircraft Company, Los Angeles betrieben.

Diese Ausrüstung kann von MCI im Telefon- und Fernsehbetrieb, für den Bildfunk sowie für Konferenz-

schaftungen eingesetzt werden. Bei der Finanzierung des Geschäfts stand die Argent Group Ltd., Maryland, Pate. Sie agierte als Finanzberater von MCI. Die Kredite wurden von der Chase Manhattan Bank und der Chase National Bank NA bereitgestellt.

Leasinggeber waren die Meryl Lynch Inc., die Potomac Leasing Company und die North Carolina National Bank. Die Laufzeit der Verträge beträgt achtzehnteil Jahre.

MCI plant bereits zwölf weitere Geräte zu leasen, die in Hughes' Galaxy III eingesetzt werden können, der im Mai dieses Jahres in Betrieb genommen werden soll.

Stephen P. Gottlieb, Geschäftsführer der Argent Group Ltd., ist der Ansicht, daß für die Finanzierung auf dem Gebiet der Satelliten- und Raumfahrttechnik in Zukunft ein großes Nachfragepotential mit enormen Wachstumsraten heranwachsen wird.

Leasing = optimale Anpassung von Vertragszeit und Nutzung. Ihr Finanzierungspartner:

AKF

Leasing

Wer eine „Finanzierung nach Maß“ sucht, gewinnt durch Leasing zwei wichtige Vorteile: Projektbezogene, individuelle Vertragsgestaltung und kurze Entscheidungswege. AKF Leasing finanziert Ihre Investitionen auch über lange Zeiträume von 54 oder 60 Monaten. Wir beraten Sie objektiv und entscheiden unbürokratisch.

AKF Leasing · 5600 Wuppertal 1 · Friedrich-Ebert-Str. 90
Telefonkontakt: Wuppertal (02 02) 399-0 · Hamburg (040) 32 62 93
Wiesbaden (06 121) 393 29

VDMA-JAHRESBERICHT / Die Order gingen um fast 30 Prozent zurück

Großanlagenbau zeigt Schwäche

G. Z. Essen
Der Auftragseingang bei den Mitgliedern der Arbeitsgemeinschaft Großanlagenbau im Verband Deutscher Maschinenbau-Anstalten (VDMA) ging im vergangenen Jahr, wie aus dem jetzt vorgelegten Jahresbericht hervorgeht, um fast 30 Prozent von 20,2 auf 14,2 Milliarden Mark zurück.

Das bisher stärkste Jahr war 1981 mit einem Ordervolumen von über 25,7 Milliarden Mark. Mit dieser Entwicklung liegt der Großanlagenbau nominal noch auf einem Stand, den er schon einmal vor rund zehn Jahren erreicht hatte.

Zehn Prozent mehr Umsatz

Vom Gesamtauftragseingang verbuchten die Unternehmen des Maschinenbaus 7,938 Milliarden Mark, während auf den Elektroanlagenbau 6,247 Milliarden Mark entfielen. Der Ordnungsbau macht sich bei den Maschinenbauunternehmen mit 39 Prozent wesentlich stärker bemerkbar als bei der Elektrotechnik, wo er - vor allem dank eines überdurchschnittlich hohen Auslandsauftragseingangs im vierten Quartal - nur 14 Prozent betrug. Dadurch hat sich der in den

letzten 14 Jahren ziemlich gleichbleibende Anteil des Elektroanlagenbaus von etwa einem Drittel am Auftragseingang schlagartig auf 44 Prozent im Jahr 1983 erhöht.

Der Umsatz liegt mit 20,127 Milliarden Mark um gut zehn Prozent über dem Niveau der letzten Jahre. In dieser Entwicklung spiegeln sich die langen Durchlaufzeiten im Anlagenbau wider, die erst jetzt die hohen Auftragsvolumen weiter zurückliegende Zeiträume umsatzwirksam werden lassen.

Die Zahl der Beschäftigten im Anlagenbau betrug am 31. Dezember 1983 rund 86 000 Personen. Damit ist der Personalbestand gegenüber dem Vorjahr um zehn Prozent zurückgegangen. Etwa ein Viertel der für den Großanlagenbau unmittelbar arbeitenden Menschen ist im Planungs- und Konstruktionsbereich tätig; mehr als die Hälfte davon hat eine Hoch- oder Fachschulbildung.

Mit Aufträgen im Wert von 4,959 Milliarden Mark weist das Inlandsgeschäft gegenüber dem Vorjahr (5,991 Milliarden Mark) einen Rückgang um etwa 17 Prozent auf. Die Hauptlast dieser Entwicklung trug der zu mehr

als zehn Prozent von der inländischen Bestellfähigkeit abhängige Elektroanlagenbau, der im Vergleich zu 1982 rund 26 Prozent weniger an Auftragswerten verbuchen konnte. Der Rückgang des Bestellvolumens bei den Maschinenbauunternehmen nimmt sich demgegenüber mit fünf Prozent vergleichsweise gering aus.

Der Nachfragerückgang wirkte sich im Auslandsgeschäft besonders schwerwiegend aus. Der Auftragseingang sank um rund 35 Prozent von 14,232 Milliarden Mark im Vorjahr auf 9,226 Milliarden Mark im Jahr 1983.

Export zurückgegangen

Während bei den Firmen der Elektrotechnik der Auslandsauftragseingang mit 3,659 Milliarden Mark (nach 3,765 Milliarden Mark im Vorjahr) immerhin nur stagnierte, sank er bei den Maschinenbauunternehmen mit 5,567 Milliarden Mark fast auf die Hälfte des 1982 vergebenen Volumens (10,447 Milliarden Mark) ab. Dadurch ging der Exportanteil des deutschen Großanlagenbaus weiter auf 65 Prozent zurück, nachdem er 1982 noch 70 Prozent betrug.



Wissen Sie, daß wir für unsere 650 Mieter aus Gewerbe, Handel und Industrie über 1.200.000 m² Nutzflächen bereithalten?

4 gute Gründe sprechen für uns:

1. Service

● Wir vermieten Ihnen Nutzflächen jeder Größe und an vielen Plätzen ● Wir planen, bauen und finanzieren Ihr Objekt - auch am Standort Ihrer Wahl - ● Wir betreuen dieses während der Mietzeit ● Wir tragen das volle Eigentümersisiko ● Wir übernehmen die gesamte Abwicklung substanzerhaltender Maßnahmen

2. Flexibilität

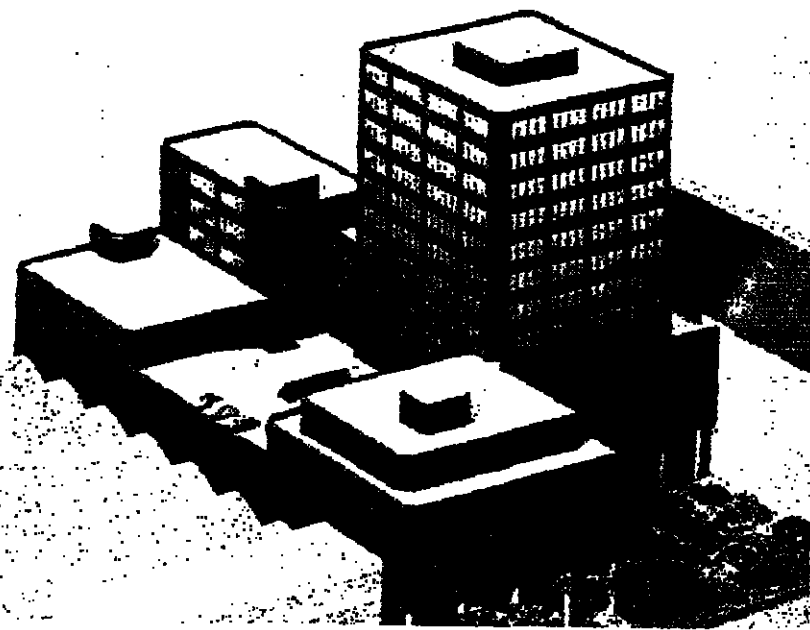
IVG berücksichtigt Ihre Wünsche bei der Raumgestaltung und der Mietdauer:
● uneingeschränkte Nutzungsmöglichkeiten
● variable Flächen bezüglich Größe und Nutzung
● auch kurzfristige Vertragslaufzeiten

3. Erfahrung

● Wir besitzen seit 65 Jahren Erfahrung im Vermietgeschäft
● Wir beraten Sie in allen Fragen der Unternehmensansiedlung
● 650 Mieter auf ca. 1,2 Mio m² Gewerbeflächen nutzen bereits die Vorteile der IVG

4. Wirtschaftlichkeit

Vorteile für Sie, wenn Sie mieten:
● keine Bindung von Eigenkapital
● Schonung der Liquidität
● Erhaltung des Kreditpielraums
● steuerlich voll absetzbarer Mietaufwand
● keine finanziellen Vorleistungen
● feste Kalkulationsbasis
● keine investitionsbezogenen Steuern



Unser Objekt: München · Rosenheimer Str. 143a (Nähe Ostbahnhof)

Industrie
Verwaltungs
Gesellschaft mbH

Zanderstraße 5 · Postfach 20 08 86
5300 Bonn · Bad Godesberg
Telefon (02 28) 844-0 · Telex 08 85 435

So wird die Bilanz geschont, und die Eigenkapitalkosten bleiben tragbar

Nach neun Jahren Bauzeit: zwei Meiler zur Miete

In diesen Tagen geht der Kernkraftwerksblock Gundremmingen B in Betrieb. Nach etwa einem halben Jahr wird er dann mit seinen 1310 Megawatt Bruttoleistung an die Betreiber übergeben. Block C mit der gleichen Leistung wird ein halbes Jahr später an das Netz kommen. Beide Kernkraftwerke werden im Wege des Leasing finanziert. Die entsprechenden Verträge wurden im Juli 1975 unterzeichnet. Der Bau der Kraftwerke hat dann neun Jahre gedauert.

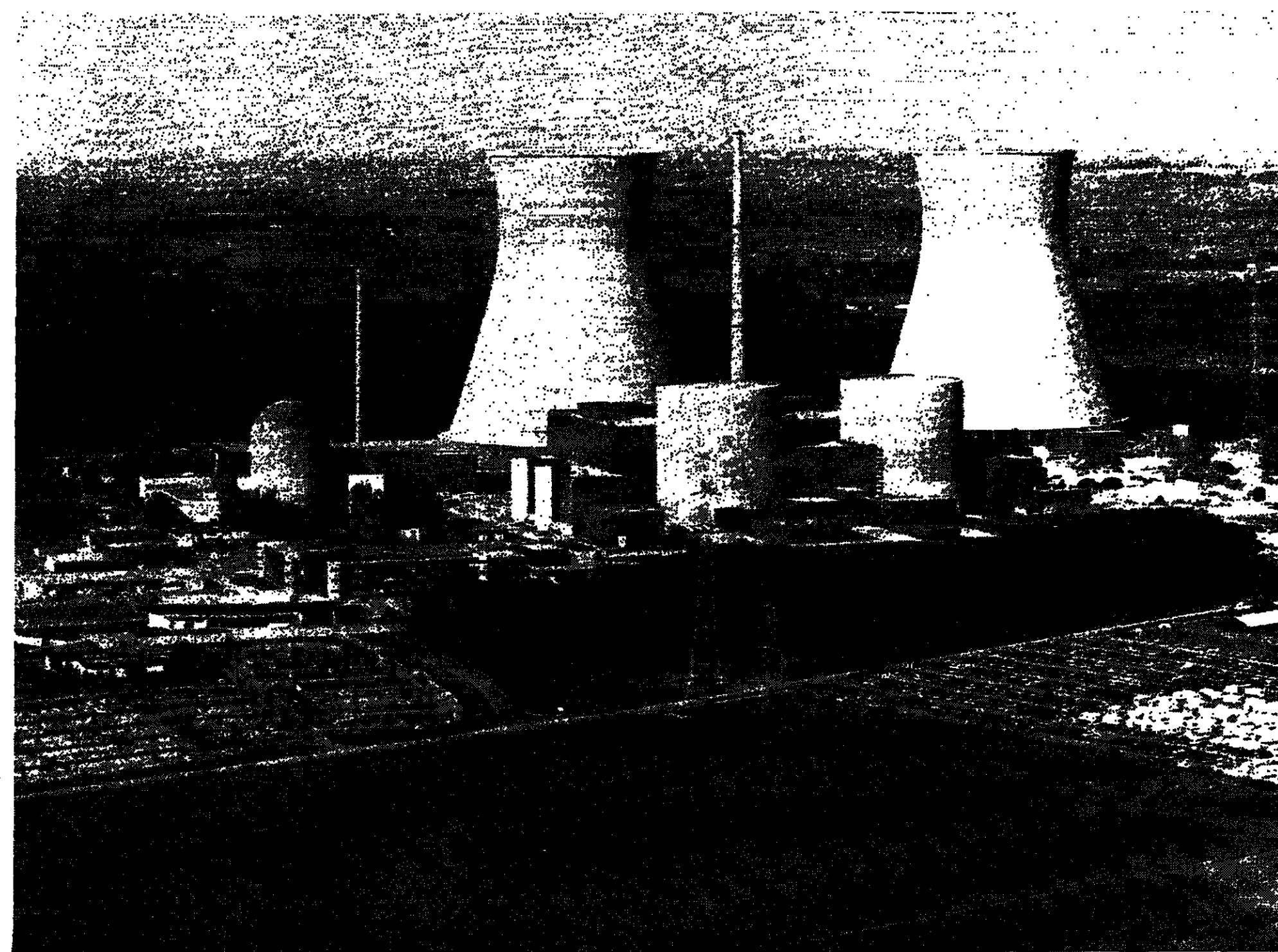
Strom wird Gundremmingen B und C während der nächsten 40 Jahre für das RWE und das Bayernwerk erzeugen, denen durch einen Leasingvertrag das eigentumslose Nutzungsrecht für das Kraftwerk überlassen wurde. Wie Günther Radtke, Direktor der Dresdner Bank AG, Düsseldorf, in einem Artikel für „Energiewirtschaftliche Tagesfragen“ zur Problematik der Leasingfinanzierung dieses Kraftwerkes bemerkte, handelte es sich 1975 um die spektakulärste Finanzierung dieser Art.

Eigentümer der Kraftwerksblöcke, und somit Leasinggeber, ist die Kernkraftwerk Gundremmingen Verwaltungsgesellschaft mbH (KGV), Gundremmingen, an der mittelbare Girozentralen und die Dresdner Bank AG beteiligt sind.

Der Leasing-Vertrag, der die Nutzungsüberlassung regelt, hat, so Radtke, aufgrund seiner Verwandtschaft zur Gebrauchsüberlassung eines voll eingerichteten Geschäftsbetriebes die Natur eines Pachtvertrages. Die Laufzeit des Vertrages liegt zwischen 80 und 90 Prozent der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer.

Mit den Leasingraten decken das RWE und das Bayernwerk in erster Linie die Abschreibungen der KGV und die bei ihr als Schuldner anfallenden Fremdkapitalzinsen. Kosten für Versicherungen sowie Instandhaltung sind mit dem Vertrag nicht erfasst. Hierfür tragen RWE und Bayernwerk als Leasingnehmer selbst die Verantwortung.

Die Finanzierung des Vorhabens erfolgte über ein Bankenconsortium von 15 deutschen Geschäftsbanken und zwölf Girozentralen. Nach einer kurzfristigen trancheweisen Vor-



Nach neun Jahren Bauzeit wird der Kernkraftwerksblock Gundremmingen B jetzt Strom liefern.

FOTO: RWE

finanzierung erfolgt die langfristige Finanzierung über den Geschäftsbanken angeschlossene Hypothekendarlehen und Girozentralen (Realkreditinstitute).

Günther Radtke erläutert weshalb: Diese Konstruktion wurde gewählt, weil Realreditinstitute aufgrund der für sie geltenden Sondergesetze (Hypothekendarlehen, Öffentliche Pfandbriefgesetze) Pfandbriefe und Kommunalschuldverschreibungen als mündelsichere, für Versicherungen deckungsfähige, lombardfähige Kapitalanlagen am Kapitalmarkt platzieren und sich auf diesem Weg langfristig refinanzieren können.

65 Prozent über Kommunalkredite gedeckt

Diese Finanzierungsform bietet besonders große Sicherheit, da Pfandbriefe durch Realredite, das heißt durch erstrangige Grundschulden besicherte Kredite, und Kommunalschuldverschreibungen durch Kommunaldarlehen, also durch Darlehen,

die entweder an die öffentliche Hand gewährt oder durch sie verbürgt werden, gedeckt sein müssen.

Da der KGV das Eigentum an den Kernkraftwerksblöcken aufgrund eines 35jährigen Erbbaurechtes auf den Grundstücken von RWE und Bayernwerk zusteht, konnte sie als Schuldner der Realredite und Kommunaldarlehen diese Erbbaurechte als Deckung zur Verfügung stellen.

Zur Bereitstellung dieser Kredite waren Bürgschaften der Kreditanstalt für Wiederaufbau und der Europäischen Investitionsbank notwendig, die wiederum durch Rückbürgschaften der Banken gedeckt wurden. Deshalb ist das Kreditrisiko in Höhe dieser Rückbürgschaften und der Personalkredite der Girozentralen dem Bankenconsortium zuzurechnen. Insgesamt wurden 35 Prozent des Investitionsvolumens über Realredite und 65 Prozent über Kommunalkredite abgedeckt.

Radtke erläuterte, daß die banktechnische Seite der Finanzierung so aussieht, daß insbesondere ungünstige Kapitalmarktsituationen durch

den kurzfristigen Vorfinanzierungsrahmen des Bankenconsortiums überbrückt werden können. Langfristige Real- und Kommunalkredite werden dagegen trancheweise von KGV in Abstimmung mit RWE und Bayernwerk abgerufen.

Durch eine trancheweise Festlegung der Zinssätze ist eine kongruente Refinanzierung der Kreditgeber am Kapitalmarkt gewährleistet. Durch den Erwerb der Wertpapiere beteiligt sich der private Kapitalanleger direkt an der Finanzierung des Kernkraftwerkes. Der Anleger erhält bei dieser Art der Finanzierung im Gegensatz zu traditionellen Finanzierungen über die Aufnahme einer Anleihe oder die Ausgabe von Aktien des jeweiligen Unternehmens keine Information über den konkreten Mitteleinsatz.

Radtke betont, daß der Kreditversicherer im Interesse des Kapitalanlegers eine zentrale Funktion zukommt. Im Fall Gundremmingen haften den Kapitalanlegern die Realreditinstitute als Emittenten der Pfand-

briefe mit ihrem gesamten Vermögen. Bei den Kommunalschuldverschreibungen treten zu dieser Haftung noch die Bürgschaften der KW und der EIB, sowie die mittelbare Rückbürgschaft der Geschäftsbanken.

Darüber hinaus wurde unter der Treuhandschaft der Dresdner Bank AG ein Sicherungsgut gebildet, das die Bank zur Sicherstellung der Realredite und Kommunalkredite verwaltet. Dieses Sicherungsgut enthält neben Grundschulden auf die Erbbaurechte noch weitere Vermögenswerte der KGV.

Warum eine Finanzierung durch Leasing?

Das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen setzte die Beleihungsgrenze bei 35 Prozent des Investitionsvolumens fest. Dadurch wurde der Umfang der Realredite auf diesen Anteil beschränkt. Obwohl das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen solchen Industriekredit-

durch Realreditinstitute zurückhaltend gegenübersteht, berücksichtigte man in diesem Fall nicht nur die Ertragsfähigkeit des Kraftwerkes, um der gesicherten Energieversorgung gerecht zu werden, wird vielmehr bei solchen Großkraftwerken eine Ausnahme situation anerkannt.

Was die Besicherung der Kommunalkredite betrifft, werden diese, so Radtke, neben den KW- und EIB-Bürgschaften, dinglich durch zweitrangige, auf den Namen der Bank eingetragene Buchgrundschulden besichert. Neben diesen erst- und zweitrangigen Grundschulden wurden zur weiteren Sicherheit die Zahlungsansprüche der KGV aus dem „Pachtvertrag“ an die Dresdner Bank abgetreten.

Zusätzliche Sicherheit während der Bauphase bot ein Sicherungsübereignungsvertrag, mit dem alle auf das Kernkraftwerksgelände verbrachten und zur Fertigstellung bestimmten Gegenstände an den Gesamtrentenbinder Dresdner Bank AG sicherungsweise übereignet wurden.

Radtke hält diese Kombination

von Grundschulden, Sicherungsübereignung und Abtretung schuldrechtlicher Ansprüche für eine optimale Sicherstellung der Kapitalanleger.

Warum eine Finanzierung durch Leasing? Radtke führt als entscheidenden Grund an, daß bei der dargestellten Form der Finanzierung weder das Leasingobjekt seitens der Energieversorgungsunternehmen aktiviert wird, und auch die Fremdmittel Aufnahme der Leasinggesellschaft erscheinen nicht in der EVU-Bilanz. Bei einer traditionellen Finanzierung hätte das Eigenkapital der Versorgungsunternehmen aufgestockt werden müssen, was heute zumindest der öffentlichen Hand als Großaktionär nicht leicht fällt.

Darüber hinaus ist die Bedienung des Eigenkapitals unter Berücksichtigung der anfallenden Steuern aufwendiger als die Zahlung von Fremdkapitalzinsen. Diese höheren Eigenkapitalkosten machen sich besonders in der bei solchen Projekten sehr langen Bauzeit negativ bemerkbar.

Interessant zu bemerken ist ebenfalls, daß mit der Finanzierung dieses Leasinggeschäftes ein ganz anderes Anlegerpublikum angesprochen wurde, als das bei konventionellen Industriefinanzierungen über Aktien- und Anleihenplatzierungen der Fall ist.

Die individuelle Beurteilung ist wichtig

Was die Bilanz des Leasingnehmers anbelangt, so sind zwei Seiten zu betrachten. Auf der einen Seite sehen die Eigenkapitalquote (Eigenkapital: Bilanzsumme) und die Anlagendeckung (Eigenkapital: Anlagevermögen) bei einem Leasinggeschäft günstiger aus, auf der anderen Seite verschlechtert sich beim Leasing die Umsatzrentabilität (Cash-flow: Umsatz), da die normalerweise im Cash-flow enthaltenen Abschreibungen nun beim Leasinggeber anfallen.

Radtke weist darauf hin, daß solch schematisierte Bilanzregeln in der Praxis keine zufriedenstellende Aussage machen können. Vielmehr kommt es seiner Meinung nach auf eine individuelle Beurteilung des entsprechenden Unternehmens und insbesondere der Größenordnung des Geschäfts an.

Leasingraten stellen für den Leasingnehmer eine verbindliche Zahlungsverpflichtung dar, der er auch in Zeiten geringer Kapazitätsauslastung und schlechter Ertragslage nachzukommen hat. Aus diesem Grund vertritt Radtke die Ansicht, daß der Geschäftsbericht des jeweiligen Unternehmens Angaben über die Existenz von Leasingvereinbarungen, ihr Volumen und die Höhe der jährlichen Leasingrate enthalten.

Radtke betont, daß Leasingfinanzierungen von Kraftwerken nur in einer strukturellen Übergangsphase zur Anwendung kommen sollten, sie jedoch angeboten werden müßten, um den gewaltigen Investitionsbedarf zur Sicherung der Energieversorgung zu decken.

Obwohl die Leasingfinanzierungen von Gundremmingen in der Öffentlichkeit auf Kritik gestoßen ist, wird sie, so Radtke, in der Praxis ihre Bewährungsprobe bestehen.

(DW.)

Immobilien-Leasing durch „Maßarbeit“

dil hat den passenden Zuschnitt für unternehmerischen Erfolg



Immobilien-Leasing ist eine komplexe Dienstleistung:

- maßgeschneiderte Vertragsgestaltungen: verlangen erfahrene Gesprächspartner
- langfristige Vertragsbindungen: verlangen Service und Sicherheit
- kostengünstige Investitions- und Leasingkonzepte: verlangen Finanzkraft, Minimierung der Baukosten und Optimierung der betriebswirtschaftlichen Wirkungen.

Diese wichtigen Punkte erfüllt besonders die dil, da sie jahrzehntelange Erfahrung besitzt, ein kundennahes Geschäftsstellennetz hat, Tochtergesellschaft der Deutsche Bank AG und Commerzbank AG ist und die anspruchsvollsten Leasingnehmer seit Jahren ihre Kunden sind.

Düsseldorf: (02 11) 35 09 51 Hamburg: (0 40) 33 17 71
Dortmund: (02 31) 43 79 51 München: (0 89) 7 25 50 91
Frankfurt: (06 11) 7 68 10 71 Stuttgart: (07 11) 73 20 47

Deutsche Gesellschaft für Immobilien- und Anlagen-Leasing mbH

Tochtergesellschaft der Deutsche Bank AG und Commerzbank AG

Immermannstraße 50/52, 4000 Düsseldorf, Tel. 0211/16910, Telex 8587363

Günstige Ansätze für eine optimistische Einschätzung

Das Wachstum hängt von der Finanzierung ab

Trotz der Rückschläge im Auftragszugang der letzten beiden Jahre, nach denen der Großanlagenbau um die Hälfte seines Ordervolumens geschrumpft ist, glaubt die Branche weiter an eine grundsätzlich positive Entwicklung.

Die ständig wachsende Weltbevölkerung mit ihrem weitgehend ungestillten Bedarf für Anlagen der Grundstoffindustrien und Schwellenländer, in denen sich mittlerweile Nachfrage für technisch hochentwickelte Weiterverarbeitungsanlagen aufgestaut hat, sind günstige Ansätze für eine optimistische Einschätzung. Ob und wie schnell sich aus dieser Lage Projekte ergeben, hängt allerdings von Umfang und Tempo einer Verbesserung der weltweiten Finanzierungsmöglichkeiten ab.

Kurz- und mittelfristig ist jedoch eine skeptische Betrachtung angebracht; die Talfrucht im Auftragszugang muß noch nicht abgeschlossen sein, wenn auch eher eine Stabilisierung auf dem jetzt erreichten niedrigen Niveau wahrscheinlich ist.

Bedenklich stimmt, daß sich die in diesem Lagebericht in den letzten Jahren beschriebenen negativen Tendenzen nicht nur zu verstärken, sondern noch zu verstärken scheinen. In dem daraus erwachsenen Wettkampf staatlicher Subventionssysteme ist der deutsche Großanlagenbau auf sich allein gestellt.

Unter ungleichen Startbedingungen wird er weiter darauf angewiesen sein, den schon in jüngerer Zeit erfolgreich gesuchten Teilausgleich für fehlende Großprojekte im Bereich mittlerer und kleinerer Anlagengrößen zu finden. Studien-, Forschungs- und Beratungsaufträge können dabei zukünftig eine wichtige Rolle als in der Vergangenheit spielen. Gegenseitige, Joint-Venture-Verfahren und Projektfinanzierung werden deutlich

die Geschäftsmöglichkeiten beeinflussen.

Die etwa Mitte 1982 eingetretene rückläufige Tendenz im Chemieanlagenbau hat sich fortgesetzt. Bei der ohnehin stark reduzierten Zahl an Großprojekten versucht die internationale Konkurrenz, die traditionellen Vorteile der deutschen Chemieanlagenbauer hinsichtlich Technologie, Qualität und Zuverlässigkeit durch außergewöhnliche Preisnachlässe und schwer zu ortende staatliche Hilfsmaßnahmen zu kompensieren.

Für die Auslastung der Produktionsanlagen im Bereich der Standardprodukte geht eine zusätzliche Bedrohung von der bevorstehenden Inbetriebnahme größerer Kapazitäten in Ländern mit preisgünstigen Einsatzstoffen aus. Die chemische Industrie in den Industrieländern konzentriert sich auf hochwertige Produkte wie Sonderkunststoffe und Feinchemikalien.

Auf dem Energiesektor trotz lokaler Störfaktoren eine weiterhin gespannte Situation. Großanlagen zur Aufarbeitung von Erdgas, Konversionsanlagen sowie geförderte Entwicklungsvorhaben auf dem Gebiet der Energiesubstitution sind Ausnahmen in einem von Attentismus geprägten Energiemarkt. Dies gilt auch für den Einsatz von Methanol als Treibstoff oder Treibstoffadditiv.

Der Bedarf an Düngemittelanlagen besteht vorwiegend in Ländern mit hoher Verschuldung, so daß ohne die Einschaltung der Weltbank oder anderer internationaler Finanzierungsinstitutionen nur geringe Realisierungschancen gegeben sind. Gute Aussichten bieten der Umweltschutz,

die Biochemie sowie die Nahrungsmittelindustrie.

Neben dem Trend zu kleinen und mittleren Anlagengrößen werden auch im Chemieanlagenbau durch den Investitionsstau Modernisierungs- und Konsolidierungsarbeiten an bestehenden Anlagen erforderlich werden. Die Anpassungen der Ausbaupläne in den Ländern des Pazifischen Beckens werden kurzfristig das Volumen der zunächst erwarteten Aufträge verringern. Mittel- und langfristig jedoch werden die Wachstumsraten der Region weit über denjenigen der Industrieländer liegen.

Der deutsche Chemieanlagenbau wird sich dem veränderten Umfeld anpassen, technische Vorteile erarbeiten und abwicklungstechnische Flexibilität beweisen müssen. Voraussetzungen hierfür sind vorhanden. Der verständlichen Forderung vieler Abnehmerländer nach Technologietransfer und Verlagerung von Lieferungen und Ingenieurleistungen wird der Chemieanlagenbau mit einer Doppelstrategie begegnen müssen, die einerseits Produktion und Beschäftigung in der Bundesrepublik Deutschland fördert, ohne daß sich andererseits international an Konkurrenzfähigkeit verliert.

Der Auftragssektor für Hütten- und Walzwerkeanlagen konnte sich 1983 nicht von dem Nachfrageeinbruch des Vorjahres erholen. Ein maßgeblicher Grund liegt zweifellos in der noch immer schlechten Absatzlage für Stahlprodukte, auch wenn sich im Jahresverlauf für Teilbereiche leichte Besserungstendenzen abzeichnen begannen. Insgesamt stagnierte die Weltstahlproduktion

1983 in etwa auf dem niedrigen Vorjahresniveau.

In den westlichen Industrieländern bestand angesichts der unzureichenden Kapazitätsauslastung in der Stahlherzeugung keine Notwendigkeit zu Erweiterungsinvestitionen. Wie schon in den Jahren zuvor waren die traditionellen Stahl Länder im wesentlichen nur an Modernisierungen vorhandener Anlagen und an Rationalisierungsinvestitionen interessiert.

Verhalten war ebenfalls die Nachfrage der Entwicklungs- und Schwellenländer nach Neuanlagen der Hütten- und Walzwerkindustrie. Hierzu trugen nicht zuletzt Zahlungsbilanzprobleme und ein hoher Verschuldungsgrad in vielen dieser Länder bei. Auch die Auftragsengpässe aus den Stahlhandelsländern lagen – entsprechend den Prioritäten in den jeweiligen Wirtschaftsplänen – unter den Bestellvolumina der Vorjahre.

Der deutsche Chemie-Anlagenbau muß sich dem veränderten Umfeld anpassen

FOTO: MANFRED VOLLMER

Die Geschäftsaussichten der deutschen Hersteller auf den internationalen Märkten bleiben gedrückt. Ein für 1984 erwarteter leichter Anstieg des Weltrohbahnerbrauchs wird die Nachfrage nach Hütten- und Walzwerkseinrichtungen nicht wesentlich befähigen können. In den westlichen Industrieländern werden Umbauten und Modernisierungsmaßnahmen im Vordergrund stehen.

Finanzierungsprobleme werden auch im laufenden Jahr vielen Entwicklungs- und Schwellenländern noch zu schaffen machen, ebenso manchen Staatshandelsländern. Diese Schwierigkeiten werden die Nachfrage nach Hütten- und Walzwerkseinrichtungen – insbesondere nach Großanlagen – weiter erheblich dämpfen.

Es ist zu befürchten, daß sich die Dürststrecke im Auftragssektor hinziehen wird. Ohne eine nachhaltige Verbesserung der Auftragslage werden aber weitere Folgewirkungen für die Beschäftigung unvermeidlich sein.

Die internationale Investitionsflaute bewirkte im Jahr 1983 einen Auftragsrückgang für Baustoffanlagen, der weit hinter den Erwartungen zurückblieb. Der seit Mitte vorigen Jahres zu beobachtende Einbruch verstärkte sich im Verlauf des Jahres. Angesichts unausgelasteter Produktionskapazitäten der Baustoffindustrie hielt die ausgeprägte Zurückhaltung gegenüber größeren Neuinvestitionen an. Konnte das Auftragsniveau in den letzten Jahren, gestützt auf einzelne Großaufträge, noch gehalten werden, bleiben die entscheidenden Aufträge für schlüsselfähige Anlagen 1983 aus.

Aus dem daraus abzuleitenden niedrigen Leistungsvolumen für die Folgejahre werden deutschen Anbietern erhebliche Kostendeckungsprobleme erwachsen, zumal auch die Konstruktions- und Werkstattanteile aus den Großaufträgen vergangener Jahre zwischenzeitlich weitgehend abgearbeitet wurden.

Bedingt durch den Ausfall des in den Opec-Ländern in der Vergangenheit noch vorhandenen Bargeschäfts konzentriert sich der gesamte Wettbewerbsdruck auf wenige langfristig zu finanzierende Projekte. In vielen Fällen resultiert daraus eine Abhängigkeit von günstigen Drittlandfinanzierungen, wodurch – abgesehen von Engineering und Procurement – die Leistungserbringung in inländischen Werkstätten unmöglich wird.

So führte die schlechte Beschäftigungssituation japanischer Anbieter zu Angeboten, die preislich teilweise unter dem Vergabenniveau des Jahres 1981 lagen. Zudem erfordern die im Markt verbliebenen ernsthaften Projekte aus finanzierungs- und genehmigungstechnischen Gründen extreme Vorabentwicklungszeiträume, was auf die unzureichende Kapazitätsauslastung deutscher Anbieter ebenfalls nicht ohne Einfluß geblieben ist.

Nachfragebelebung bei Modernisierung

Kurzfristig ist nicht davon auszugehen, daß die Nachfrage nach Neuanlagen zur Herstellung von Baustoffen einen Aufschwung erfahren wird. Die Investitionsfähigkeit und Bereitschaft der wichtigsten Kundenländer wird sich erst zeitversetzt im Erholungsweg der wirtschaftlichen Erholung westlicher Industrienationen einstellen, womit in naher Zukunft allerdings nicht zu rechnen ist.

Allenfalls eine Nachfragebelebung in Bezug auf Umbauten und Modernisierung bestehender Anlagen wird sich kurzfristig einstellen. Um an diesen Investitionen angemessen partizipieren zu können, werden deutsche Anbieter zur Vermeidung standortbedingter Nachteile in noch stärkerem Maße als bisher auf internationale Geschäftskonstruktionen ausweichen.

Der Rohstoff Kohle ist weltweit durch konjunkturell und strukturell bedingten Minderverbrauch in der

Eisen- und Stahlindustrie stark betroffen. Hieraus resultiert eine äußerst zurückhaltende Investitionstätigkeit mit Beschränkung auf unabdingbare Ersatzinvestitionen. Der notwendige Absatzausgleich als Energieträger für die Elektrizitäts- und Wärmewirtschaft konnte infolge schleppender Energiesubstitutionen nicht geschaffen werden.

Nur noch in einzelnen Ländern bestehen wegen Nachholbedarfs an Energie aktuelle Ausbaupläne in der Kohleindustrie. Die daran zu knüpfenden Erwartungen sind jedoch aller Erfahrung nach vorsichtig zu beurteilen. Die zukünftige Entwicklung wird weitgehend von politischen Entscheidungen abhängen, die in der Abwägung der konkurrierenden Energieform untereinander getroffen werden.

Auf dem Arbeitsgebiet Förderung und Aufbereitung von Eisenerzen sind die Geschäftsmöglichkeiten begrenzt. Der nur zögernd einsetzende Preisauftrieb an den internationalen Rohstoffbörsen reicht nicht aus, um auf dem Bergbau- und Hüttensektor Investitionstätigkeiten auszulösen. So herrscht bei direkten Erweiterungsinvestitionen nach wie vor große Zurückhaltung, da derartige unternehmerische Entscheidungen mit der weltweiten konjunkturellen Unsicherheit noch nicht in Einklang zu bringen sind.

Aufwärtstrend bei Aluminium

Lediglich die Nachfrage nach Aluminium als wirtschaftlich bedeutendes NE-Metall hat sich im Lauf des Jahres durch die kräftige Konjunkturbelebung vor allem in USA und Japan nach längerer Rezessionsphase gut entwickelt. So nehmen in letzter Zeit angesichts möglicher Versorgungseinsparungen amerikanischer Erzeuger schon eingemottete Kapazitäten zum Teil wieder in Betrieb. Die Bestände bei Herstellern und Verbrauchern sind nicht unerheblich abgesunken.

Eine anhaltend günstige Preisentwicklung läßt auf Investitionsspielräume hoffen, wobei die Investoren – angesichts von bis 50 Prozent Energiekosten an den gesamten Produktionskosten – ihre Entscheidungen hauptsächlich von der Zurverfügungstellung ausreichender und billiger Energie abhängig machen.

Das nunmehr seit mehreren Jahren anhaltende Tief bewirkte weitere Reduzierungen des Arbeitsvorrats in Konstruktion und Fertigung. Weit entfernt von normalen Beschäftigungsverhältnissen werden sich die deutschen Anbieter von Gewinn- und Auftragsengpässen auch 1984 auf niedrige Auslastungsniveaus einstellen haben. Die Erwartungen der Anbieter sind auf eine Ausweitung der bisher in Teilbereichen positiven Nachfrage- und Preisentwicklung gerichtet.

Vor dem Hintergrund des gegenwärtig im Bau befindlichen Leistungsvolumens bei Kraftwerken von rund 30 500 MWe (konventionell thermisch, Kern- und Wasserkraft), der Stagnation beim Stromverbrauch sowie der reduzierten Prognosen hinsichtlich der Verbrauchszuwachsraten ist mittelfristig zu erwarten, daß das Vergabevolumen für konventionelle thermische Anlagen in der Bundesrepublik Deutschland im Durchschnitt der nächsten Jahre auf dem niedrigen Niveau von 1982 liegen wird. Damit ist auch weiterhin mit einer ungenügenden Auslastung der inländischen Fertigungskapazitäten und einem zunehmenden Druck auf die Beschäftigung zu rechnen.

Lediglich vier neue Braunkohlenblöcke mit einer Gesamtleistung von zusammen rund 2 400 MWe sollen nach den bisherigen Planungen bis zum Ende des Jahrzehnts in Betrieb gehen und bis dahin stillzulegende alte Anlagen ersetzen.

Bei den Steinkohlekraftwerken befinden sich zwar einige große Blöcke

im fortgeschrittenen Planungsstadium; die Realisierungstermine sind allerdings noch völlig offen. Inwieweit hier die neue Großenergieanlagenverordnung wegen der sich aus ihr ergebenden erheblichen zusätzlichen Kosten, die die bundesdeutschen Elektrizitätsversorgungsunternehmen belasten, eine Stilllegung alter Kraftwerksblöcke und damit Ersatzbedarf zur Folge haben wird, läßt sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht abschätzen.

Darüber hinaus werden in der politischen Diskussion die Emissionsbegrenzungen der heute gültigen Verordnung bereits wieder in Frage gestellt und eine weitere Verschärfung der Emissionswerte für Großfeuerungsanlagen in Erwägung gezogen, zumal diese Möglichkeit schon in der Verordnung genannt ist und die Genehmigungsbehörden sie als Entscheidungsmaßstab ansetzen könnten.

Aus diesem Grund ist eine erneute Rechtsunsicherheit bei allen Beteiligten nicht auszuschließen, so daß eine weitere Beeinträchtigung der Realisierung der in Planung befindlichen konventionellen thermischen Großkraftwerke die Folge sein dürfte. Auch für den zukünftigen Ausbau kleinerer Kohleheiz- beziehungsweise Heizkraftwerke im Rahmen des Fernwärmeausbaus sind negative Entwicklungen daher wahrscheinlich.

Im Kernkraftwerksbereich wurde 1983 in der Bundesrepublik Deutschland kein Auftrag erteilt. Auch in den nächsten zwei bis drei Jahren sind nach den bekannten Planungen keine weiteren Kernkraftwerksvergaben zu erwarten. Neben den Kernkraftwerken mit einer Gesamtleistung von rund 10 400 MWe, die bereits in Betrieb sind, befinden sich derzeit weitere mit einer Kapazität von 13 900 MWe im Bau. Als Folge der Vereinfachung der Genehmigungsverfahren im organisatorischen und administrativen Bereich bei den Betreibern, den Genehmigungsbehörden und den Gutachtern scheinen die bis zum Ende dieses Jahrzehnts geplanten Inbetriebnahmen nicht gefährdet.

Überkapazitäten an Kraftwerksleistung

Auf den für die bundesdeutschen Anbieter zugänglichen Auslandsmärkten ist weiterhin sowohl im Bereich der konventionellen thermischen als auch bei den Kernkraftwerken ein niedriges Nachfragevolumen zu verzeichnen. Bei den erstgenannten kommen nur wenige Großprojekte zur Vergabe. Wichtige Ölfordeungsänderungen haben wegen der Rückgänge ihrer Einnahmen vergabereife Projekte zurückgestellt.

Darüber hinaus ist zukünftig zu erwarten, daß einige Anbieter aus den Industrieländern aufgrund des stagnierenden Stromverbrauchs, der Überkapazitäten an Kraftwerksleistung und durch inländische Nachfrage nicht ausgelasteter Fertigungskapazitäten verstärkt auf dem Weltmarkt als Konkurrenten auftreten und daher ein erhöhter Preisdruck zu verzeichnen sein wird. Auch im Kernkraftwerksbereich kommt es weltweit zur Streckung oder Annulierung geplanter Projekte.

Von den im Ausland 1983 vergebenen Kernkraftwerksanlagen konnte ein deutscher Anbieter eine Absichtserklärung (letter of intent) für den Bau eines 1 000-MWe-Kernkraftwerks hereinholen. An einer Reihe weiterer Kernkraftprojekte, die in den nächsten zwei bis drei Jahren vergeben werden können, ist die deutsche Kernkraftwerkswirtschaft beteiligt. Während in der Bundesrepublik Deutschland die Möglichkeiten der Stromerzeugung aus Wasserkraft vor allem aus ökologischen Gründen weitgehend ausgeschöpft sind, stellt für einige Staaten der Dritten Welt die Nutzung der Wasserkraft die wichtigste einheimische Energiequelle dar.

GERD ZÜLFIG



MIETEN ODER KAUFEN

Mit uns
die richtige
Entscheidung
treffen.

Wenn Leasing für Ihre
Investitionen die richtige
Alternative ist – wir haben enge
Kontakte zu maßgeblichen
Leasinggesellschaften.

Wir beraten Sie und übernehmen
die Refinanzierung.

Erfahren als Bank – verlässlich als Partner

Bayerische Landesbank

Girozentrale

Sie erreichen uns in München, Nürnberg und über jede bayerische Sparkasse sowie in Bonn, Frankfurt, London, New York, Singapur, Wien, Toronto, Johannesburg und Luxemburg.

Großaufträge gingen um 30 Prozent zurück

Fortsetzung von Seite IV
betragen hatte.

Über die tiefgreifende Verschlechterung des Auftragszustands hinaus hat es 1983 kundenseitig vorgenommene Annullierungen und Reduzierungen von Aufträgen aus verschiedenen Jahren in einem bis in die Geschichte des deutschen Großanlagenbaus auch nicht annähernd erreichten Wert von einer Milliarde Mark gegeben. Dies kann beim Ausweis der Auftragsleistungszahlen zwar aus statistischen Gründen nicht berücksichtigt werden, hat aber natürlich zusätzliche negative Auswirkungen auf die Beschäftigung.

Die in den Vorjahren beobachtete Konzentration des Bestellvolumens auf wenige Kundenländer hielt nicht an. Während die drei größten unter ihnen 1982 noch 40 Prozent des gesamten Exportauftragsvolumens auf sich vereinigten, entfielen 1983 auf die bedeutendsten drei Auftraggeber Sowjetunion (539 Millionen Mark), Nigeria (531 Millionen Mark) und Südafrika (442 Millionen Mark) nur knapp 20 Prozent des Auslandsauftragsvolumens.

Mit den Veränderungen im Auftragsvolumen gehen interessante Umschichtungen in der Struktur der Auftragsgrößenklassen einher. Betrachtet man die Entwicklung der Bestellungen von mehr als jeweils 100 Millionen Mark in den letzten drei Jahren, so läßt sich feststellen, daß 1981 genau 33 Aufträge dieser Größenordnung etwa die Hälfte des ausländischen Bestellvolumens ausmachten. 1982 ging diese Zahl auf 18 zurück, was etwa 40 Prozent des Gesamtauftragsvolumens entsprach.

Weniger Großaufträge

1983 gab es nur noch neun Aufträge über 100 Millionen Mark, die 20 Prozent des ausländischen Auftragsvolumens erbrachten. Im gleichen Zeitraum stieg der prozentuale Anteil der kleineren Aufträge (bis 5 Millionen Mark) von 11 Prozent aller Auslandsaufträge 1981 auf 15 Prozent 1982 und 22 Prozent im Jahr 1983.

Absolut aber war der Zuwachs an kleineren Aufträgen viel zu gering, um den dargestellten Einbruch im Gesamtvolumen zu verhindern. Die

beschriebenen Tendenzen sind lediglich insoweit nicht ungünstig, als sie sowohl die mit Großaufträgen als auch die mit der Konzentration auf wenige Kundenländer verbundene Risikobelastung abbauen helfen.

Im engen Zusammenhang mit der aufgezeigten Entwicklung steht auch die Veränderung des aus der Bundesrepublik Deutschland kommenden, grenzüberschreitenden Anteils von Lieferungen und Leistungen bei Auslandsaufträgen. Er ist von 78 Prozent im Jahr 1980 auf 77 Prozent 1981 und 64 Prozent 1982 zurückgegangen, 1983 bei wesentlich reduzierten Volumen allerdings wieder auf 75 Prozent angestiegen.

Abwanderung ins Ausland

Diese Tatsache scheint sich auf den ersten Blick nicht mit der Behauptung zu vertragen, ein immer größerer Teil der Fertigung des deutschen Großanlagenbaus wandere ins Ausland ab. Tatsächlich dürfte bei relativ kleineren Aufträgen aber der in der Bundesrepublik Deutschland verbleibende Anteil wesentlich größer sein als bei Großaufträgen. Gleiches gilt für Aufträge mit höherem Engineeringanteil. In der Summe vergleichbare Auftragsvolumina können also durchaus stark unterschiedliche Beschäftigungswirkungen im Inland haben.

Darüber darf aber nicht vergessen werden, daß der oben zitierte Anstieg des Inlandsanteils auf 75 Prozent des Exportwerts eine relative Größe bleibt, die die mangelhafte Gesamtauslastung im Großanlagenbau nicht beseitigt.

Vom Ausland am meisten geordnete Anlagenarten waren 1983 Kraftwerke (das einzige Arbeitsgebiet mit einem höheren Auftragsleistungswert als 1982), elektrotechnische Anlagen und Anlagen für die organische Chemie, letztere trotz eines erheblichen Auftragschwunds im Vergleich zum Vorjahr. Auch innerhalb der einzelnen Anlagearten ergeben sich von Jahr zu Jahr tiefgreifende Nachfrageschwankungen, die bei den deutschen Anlagenbauern ein großes Maß an Beweglichkeit und Anpassungsvermögen erfordern. Besonders augenfällig dürfte dies im Bereich Baustoffanlagen sein.

Großanlagen – ein unbestelltes Feld

Ein großer Markt ist dem Leasing-Geschäft noch weitgehend verschlossen geblieben: der deutsche Großanlagenbau. Die Gründe dafür liegen auf der Hand. Großanlagen erfordern ein so hohes Refinanzierungspotential, das ein Großteil der deutschen Leasing-Unternehmen nicht darstellen kann. Andererseits haben diese Anlagen so lange Abschreibungsfristen, daß das Leasing auch hier in Schwierigkeiten geraten könnte.

Hinzu kommt, daß die Banken, die in der Regel als Refinanziers hinter den Leasing-Gesellschaften stehen, eifersüchtig über die Großobjekte wachen und sie nur ungern der Leasing-Tochter überlassen. Großanlagen unterliegen ferner nicht einem so hohen Alterungstempo, daß es sich von dieser Seite lohnen würde, über kürzere ALA-Raten schneller neue Technologien einsetzen zu können.

Und dennoch kann der Großanlagenbau für Leasing interessant sein, nämlich für das Vertriebsleasing von Komponenten. Hier könnten Produzenten ihren Auftraggebern einen Service leisten, wenn sie darauf hinweisen, daß in Teilbereichen die Innovationen hohes Tempo haben, und daß es sich daher lohne, hier zu leasen.

Da Leasing exakte Marktkennntnis voraussetzt, hier ein Lagebericht der Arbeitsgemeinschaft Großanlagenbau.

Abbau von Fremdkräften

Die negative Entwicklung des Auftragszustands 1982 und 1983 traf den deutschen Großanlagenbau nicht unvorbereitet. Schon seit längerem hatten sich die Anzeichen dafür gemehrt, daß das hohe Orderniveau des Jahres 1981 (25,7 Milliarden Mark) nicht zu halten sein würde. Überraschend jedoch waren Ausmaß und Tempo des Rückgangs auf einen Auftragsleistungswert von nur noch 14,2 Milliarden Mark im Jahr 1983.

Dieser Einbruch ist selbst für das von starken Bewegungen nach oben und unten gekennzeichnete Industrieanlagengeschäft ungewöhnlich. Dabei trifft die Hauptlast die aus dem Maschinenbau kommenden Unternehmen. Sie haben innerhalb von zwei Jahren 45 Prozent ihres noch 1981 erzielten Ordervolumens verloren.

Die meisten Firmen sahen sich deshalb gezwungen, über den Abbau von Fremdkräften hinaus ihren Beschäftigtenstand 1983 der veränderten Situation anzupassen, um bei der Abwicklung des deutlich verringerten Projektvolumens dessen Ertragskraft nicht durch zu hohe Personalkosten weiter auszuhöheln. Diese Notwendigkeiten sind beschäftigungspolitisch sehr zu bedauern.

Die Entwicklung dürfte im großen und ganzen nun aber vorläufig abgeschlossen sein, weil wegen des mit dem Abbau von Mitarbeitern verbundenen Verlustes an wertvollem Know-how weitere Rationalisierungen im Personalbereich beim Großanlagenbau ohne erheblichen Substanzverlust für die Unternehmen schwer vorstellbar sind.

In dieser schwierigen Situation beobachtet der deutsche Großanlagenbau die internationale Lage mit gespanntem Besorgnis. Das weltweite Nachfragepotential ist durch anhaltende Finanzierungs- und Verschuldungsprobleme stark beeinträchtigt. Klassische Bestellländer der Dritten Welt, die früher für Auftragsvolumina von mehreren Milliarden Mark jährlich sorgten, sind als Kunden aufgrund von Zahlungsbilanzschwierigkeiten oder auch nur einer zurückhaltenden Ausgabenpolitik weitgehend ausgefallen.

Neue Auftraggeber unter den Entwicklungsländern, die die Auftragsverluste ausgleichen könnten, sind nicht ersichtlich. Die meisten potentiellen Kundenländer haben die in sie gesetzten Hoffnungen auf größere Aufträge nicht erfüllen können. Enttäuschend blieb auch der Vergabeverlauf im Ostblock einschließlich der Sowjetunion.

Der gegenüber dem Vorjahr nicht abgefallene Auftragsleistungswert aus den Industrieländern allein konnte das Gesamtbild nicht zum Positiven wenden. Insoweit dürfte auch eine weitere Belebung der Konjunktur in diesen Ländern den Großanlagenbau zunächst nicht wesentlich begünstigen, obwohl von einer Verbesserung des Investitionsklimas in der westlichen Welt sicherlich international mittelbare Anstöße für eine stärkere Vergabebereitschaft ausgehen.

Angesichts dieser für eine Lagebeurteilung überwiegend negativen Faktoren ist es dem deutschen Großanlagenbau kein Trost, daß sich die

auf dem Weltmarkt operierenden Wettbewerber vor vergleichbaren Schwierigkeiten sehen. Würde der Kampf um Projekte nach ordnungspolitischen Regeln stattfinden, dürften die Konkurrenten aus der Bundesrepublik Deutschland sogar gut gerüstet sein. Nach wie vor liegen sie nämlich mit ihren Angeboten in technischer und kaufmännischer Hinsicht weltweit auf den ersten Plätzen.

Auch die neuerdings festzustellenden Trends zu einem von vornherein höheren Engineeringanteil der Aufträge und zu niedrigeren Auftragsgrößen kommen – trotz anderer damit verbundener Nachteile – den deutschen Anbietern entgegen. Die ausländische Konkurrenz scheint vor allem auf die Richtungsänderung zu mehr Ingenieurleistung hin weniger gut vorbereitet zu sein.

Hohe Risiken

Diese günstigen Faktoren ändern jedoch nichts daran, daß das deutsche Angebot preislich häufig trotz des 1983 durchweg hohen Dollarkurses nicht mithalten konnte. Dort, wo Aufträge gleichwohl in die Bundesrepublik Deutschland gehen, sind sie mit hohen Risiken aus Kundenforderungen (etwa nach Kompensation, Produktionsgarantien, Service- und Ausbildungsleistungen) belastet, die weit über die Lieferung der eigentlichen Anlage hinausreichen.

Die mit dem Eingehen auf solche Kundenwünsche verbundenen Gefahren können die ohnehin knapp bemessenen Margen weiter aushöheln. Die von den Großanlagenbauern für 1983 erstellten Bilanzen und Ergebnisrechnungen haben wegen des Nachlauffeffekts zum Auftragsrückgang dessen starke Negativentwicklung zwar noch nicht ganz mitgemacht, zeigen zum Teil aber schon deutliche Auswirkungen des Verfalls der Preisqualität.

Besonders störend empfindet der deutsche Anlagenbau die seit Jahren bestandenen Wettbewerbsverzerrungen zugunsten der ausländischen Konkurrenten auf dem Gebiet der Exportfinanzierung. Es ist der Bundesregierung bisher nicht gelungen, diese Benachteiligungen abzubauen. Sie wirken sich vor allem dahingehend aus, daß durch gezielte staatliche

Maßnahmen eine Kostensituation für den Wettbewerber entsteht, die es ihm gestattet, entweder von vornherein dem Kunden einen attraktiveren Preis zu bieten oder aber zu einem bestimmten Preis noch einmal einen Auftrag hereinzunehmen, der für den deutschen Anbieter nicht einmal mehr kostendeckend ist.

Verstärkt wird die Wettbewerbsverzerrung, wenn ausländische Regierungen Mittel der Entwicklungshilfe einsetzen, um durch die Mischung von Marktmitteln und öffentlichen Geldern einen für den potentiellen Auftraggeber so attraktiven Mix aus Mitteln zu schaffen, daß das deutsche Angebot keine Chancen mehr hat. Auch in diesen Fällen gehen die deutschen Wettbewerber wegen des hohen technischen Standards ihres Angebots, auf den der Kunde oft nicht verzichten will, selten ganz leer aus. Sie erhalten Aufträge dann aber meistens zu Lasten der ohnehin schlechten Preisqualität und werden sich im allgemeinen mit einem geringeren Part etwa in einem Konsortium begnügen oder sogar ganz auf eine Rolle als Zulieferer beschränken müssen.

Damit geht neben dem möglichen Beschäftigungseffekt für die deutsche Volkswirtschaft auch die gerade im Industrieanlagenbau so wichtige Referenzwirkung für Folgeaufträge verloren. Ein Anlagebauer, der über mehrere Jahre auf einem bestimmten Arbeitsgebiet kein Projekt technisch mehr gestaltet hat, wird sich im internationalen Wettbewerb kaum Chancen ausrechnen dürfen. Er fällt damit als möglicher Auslöser für multiplikatorische Beschäftigungseffekte und als Know-how-Träger für die Volkswirtschaft eines Landes aus.

Trotz der aufgezeigten Wettbewerbsverzerrungen und der aus ihnen erwachsenen Benachteiligungen konnte der deutsche Großanlagenbau bisher im großen und ganzen ein Spitzenplatz im weltweiten Kampf um Projekte halten. Die letzten beiden Jahre haben allerdings deutlich gezeigt, daß diesem grundsätzlich zukunftssträchtigen Industriezweig bei aller Phantasie, Anpassungsfähigkeit und Einsatzbereitschaft der Mitarbeiter Grenzen gesetzt sind, wenn er ständig mit Unternehmen konkurrieren muß, die sich massiver Unterstützung erfreuen.

Wenn die Anlagenbauer trotz dieser Situation schon keine Subventionen fordern, müssen sie mit um so weniger Verständnis eine zusätzliche Belastung zur Kenntnis nehmen, die ihnen die Regierung mit fiskalpolitischer Begründung auferlegt: Zum 1. April 1984 erhöhen sich die Entgelte für die Inanspruchnahme der Exportkreditversicherung; insbesondere bei den Ausfuhrbürgschaften liegen – je nach Länge der im Anlagenbau üblichen Kreditlaufzeiten – die neuen Entgelte zwischen 45 und 75 Prozent über den bisherigen.

Es ist absehbar, daß diese Kostensteigerung, die die durchschnittlichen Ertragsmargen übersteigt, zu Auftragsverlusten führen wird, die das eine oder andere Unternehmen insbesondere angesichts des schon herrschenden Nachfragemangels in eine kritische Lage bringen können.

Ob die Bundesregierung demgegenüber wie versprochen kurzfristig spürbare Verbesserungen im Deckungs- und Finanzierungssystem einführt, bleibt abzuwarten. An Vorschlägen von Seiten der Anlagenbauer hierzu hat es nicht gefehlt.

Warten auf den Bund

Die vom Bund bereits angekündigte Einführung des Nichtzahlungstatbestands (protracted default) als deckungsauslösendes Moment entspricht zwar einer Forderung des Großanlagenbaus, läßt in der praktischen Ausgestaltung jedoch zu wünschen übrig.

Auch im Bereich der Finanzierung bleibt mancher Wunsch offen. Der OECD-Konsensus hat nicht alle in ihn gesetzten Erwartungen erfüllt. Die deutsche Industrie begrüßt ihn zwar grundsätzlich. Gleichzeitig bedauert sie jedoch, daß damit die Subventionspraxis der ausländischen Regierungen, wenn auch auf niedrigerem Niveau, offiziell sanktioniert ist.

Trotz mancher Schwierigkeiten ist der Großanlagenbau bisher noch keine Problembranche. Wenn die politischen Entscheidungsträger in der Bundesrepublik Deutschland bei ihren Maßnahmen den Belangen dieses Industriezweigs mehr Aufmerksamkeit schenken und seine Bedeutung besser einordnen, könnte er seinen volkswirtschaftlichen Beitrag wieder erhöhen. GERD ZÜLPIG

Deutsche Anlagen-Leasing GmbH, Wilhelm-Theodor-Römhild-Straße 30, 6500 Mainz 06131 8646

DAL

Wir haben mehr Unternehmen gebaut,
als die meisten Unternehmen jemals bauen
werden. DAL Leasing.

GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

FIBER-GLASS®
FIBERTEX
FASSADENTECHNIK

Wir sind ein erfolgreicher, renommierter Hersteller der weltweit bekannten FIBERTEX-BESCHÜTTUNGEN.

Im Rahmen des weiteren Aufbaus unserer Vertriebsaktivitäten bieten wir Ihnen die Möglichkeit, unser Partner als

LIZENZNEHMER
 im Bundesgebiet zu werden.

Unser zukunftsorientiertes FIBERTEX-FASSADENSCHUTZ- und BETONSANIERUNGSSYSTEM ist aufgebaut auf jahrzehntelange, internationale Erfahrung und hat sich weltweit hervorragend bewährt.

Bitte nehmen Sie mit uns Kontakt auf.
FIBERTEX-VERTRIEBSGESELLSCHAFT DEUTSCHLAND
 KOELLESTRASSE 22 - D-7500 KARLSRUHE 21
 Tel. 07 21 - 57 85 55 / 57 39 31
 TELEX 7 826 344 text d

Suchen Sie Absatzmöglichkeiten in dem Markt Saudi-Arabiens oder anderer Golfstaaten?

Verkaufsstarker Partner
 (s. unten als Generalagentur)

Stock Commodities! Ost-Kontakte vorhanden?

Barter-Geschäfte im Dreiecksverhältnis erwünscht!

Unsere Firma hat seit dem 1. 1. 84 eine saudische Mehrheitsbeteiligung. Die Träger verfügen über ausgezeichnete Beziehungen zum Königshaus sowie zu vielen Bereichen der privaten Wirtschaft.

Ihr Partner: **IDEA-IMPORT/EXPORT**
 Postfach 11 05, 4600 Dortmund 1
 Tel. 02 31 / 82 73 88, Telex 8 22 225, Idea d

Potent umständlich, zu verk.
 Gut geleg. 1. mittelmäßiges Möbelhersteller, zweites Bein. Vertrieb in allen Ländern.
 Zuschriften unter M 6004 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Wir sind eine „IMPORT-EXPORT“-Agentur, die für ausländische Gesellschaften (als Vertreter und/oder als Kommissionär) „Non-Food“-Konsumgüter weltweit erwerben oder verkaufen, bzw. vermitteln. Unsere Einfuhr- und Ausfuhrleistung erfolgt sich in Italien, wobei die Güter auch nur in „Transit“ sein können, d. h. nicht unbedingt für den Markt bestimmt sind.

Die zur Zeit von uns am meisten gehandelten Warengruppen sind folgende:

- Parfümerie- und Kosmetikartikel aller Marken und
- Bekleidungsartikel im weitesten Sinne

Wir verfügen über eine solide finanzielle Struktur in der Schweiz, modern ausgestattete Büros und qualifiziertes Personal in einer norditalienischen Stadt.

Sollten unsere Tätigkeit als Handels-Partner sich mit Ihrer Tätigkeit ergänzen sollte, oder unsere Funktion als Vertreter/Kommissionär mit Sitz in Italien Ihre Import-Export-Probleme lösen könnten, würden wir gerne die verschiedenen Möglichkeiten einer Zusammenarbeit mit Ihnen prüfen.

Citro 44-87599, Publicitas, Postfach, CH-8021 Zürich.

Gabelstaplerhersteller mit Sitz im Raum Frankfurt sucht für verschiedene Gebiete in der Bundesrepublik und West-Berlin

Vertragshändler für Verkauf und Kundendienst

Das Lieferprogramm umfasst Elektro- und Diesel-Fahrsitzgabelstapler von 0,8 bis 8,5 t Tragfähigkeit, Elektrotriebler von 3 bis 7 t Zugkraft, Schubmaststapler bis 2 t Tragfähigkeit, Ersatzteilversorgung und technische Betreuung ab Hausenstamm.

CESAB DEUTSCHLAND GMBH
 Vertriebsgesellschaft für Fördererzeugnisse
 Weiskircher Weg 5, 6050 Hausenstamm
 Tel. 0 61 04 / 6 33 13, Tlx. 4 10 159

Vakuumpumpenprogramm

Das Programm ist im Baukastensystem aufgebaut und ermöglicht die Produktion ein- und zweistufiger sowie trockenlaufender und ölgeschmierter Pumpen.

Das Angebot umfasst die kompletten Konstruktionspläne, betriebsbereite Pumpen und ein umfangreiches Lager.

Interessenten sollten Fertigungsmöglichkeiten und ein bestehendes Vertriebsnetz besitzen.

Anfragen an die Geschäftsleitung der Firma:
ODENWÄLDER PRÄZISIONSWERK
 Sauer & Sohn
 Groß-Zimmern-Str. 51
 6110 Dieburg, Tel. 0 69 71 / 26 66

STELLENGESUCHE

Sekretärin/Dolmetscherin

Ungarin, perfekte Sprachkenntnisse in Ungarisch, Deutsch, Russisch, Englisch in Wort und Schrift; Schreibmaschine und Stenografie; sucht interessanten Wirkungskreis.

Angeb. erbeten unter E 5910 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Dipl.-Biologin und begeisterte Zeichnerin
 (Spezialgebiet: feine, detaillierte Illustration) sucht nach Abschluss ihres Studiums eine entsprechende Stellung.

Angebote erbeten unter X 5903 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Geschäftsführer
 -vertriebsorientiert-

Seit Jahren in gleicher Position (Produktionsunternehmen), nachweislich ungewöhnlich erfolgreich tätig, starke Persönlichkeit, Wirtschaftstudium, absolut verhandlungsfähig und motivationsstark, Ende 30, ungekündigte Tätigkeit, sucht im Raum Hf/HB adäquate Aufgabe zum 1. 1. 85, evtl. früher.

Ang. erb. u. F 5911 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

VERLAGE
 Wir drucken und binden
 Dissertationen, Scripten, Reader, Institutions-Publikationen schnell und problemlos zu extrem günstigen Preisen.
 D. Gräbner, Göttenstraße 3, 8622 Altendorf b. Bamberg
 Tel. 0 95 45 / 87 91

Gebietsvertretungen für Top-Artikel
Haarpflegemittel im Versandhandel

Unser Produkt wurde seit 1. 1. 1984 in der BRD eingeführt und hat sich sehr gut bewährt. Wir suchen bundesweit noch Großhändler für den Vertrieb.

Nähere Informationen bei
Heinrich GmbH
 Kleinfeldstr. 22, 50119 Niedelst 2
 Tel.: 0 69 24 / 39 12-16
 Telex 4 192 063

Investition im Freizeitsektor

- mit neuem Konzept im Brauereisektor
- Hohe Rendite (ca. 100.000,-)
- Geringer Personaleinsatz
- Ideal für Kapitalanleger
- Investition ca. 150.000,-
- Standorte in 14 Lagen

Nähere Informationen über unser Vertriebskonzept bei
HAUS & CAPITAL
 Köln Immobilien-Service
 Abt. Franchise-Service
 D-5000 Köln 71
 Max-Liebmann-Str. 12
 Tel. 02 21 / 5501091-93

Handelsvertreter
 Kaufmann, 39 J., seit mehr als 10 Jahren im Bereich Kunstgewerbe - Porzellan - Mod. Einrichtung - etc. erfolgreich tätig, sucht solide H-Vertr. Auch Zeitvertr. PLZ 4-5 ausgen. Angebote unter F 5889 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Generalvertreter für Handelsartikel für die Schweiz gesucht.
 Ed. Besch
 PF 133, CH-5001 Aarau

Beteiligung
 Mindestkapital 20 000,- DM bei hoher Gewinnteilnahme für ein neues, am Markt orientiertes Einzelhandelskonzept gesucht. Das Marketingkonzept wird Ihnen nur per Vorbesuch. Angeb. u. G 5890 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Technischer Kundendienst
 im Großraum Stuttgart hat noch Kapazität frei und kann die Betreuung Ihrer Kunden übernehmen.
 Zuschriften erbeten unter K 5892 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Spezialist
 f. schwierige Kurieraufträge u. andere Problemstellungen im In- u. Ausland, nur ausgereifter, Einzelschritt erwünscht, die entspr. professionelles Vorgehen erfordern. Zuschriften unter K 5891 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Wenn Sie es eilig haben, können Sie Ihre Anzeige über Fernschreiber 8 579 104 aufgeben.

STELLENGEBOTE

Wir suchen einen jungen dynamischen
Betriebsassistenten
 (25-30 Jahre alt)
 der später die Stelle des Betriebsleiters übernehmen soll.

Gute Kenntnisse in der Verarbeitung von Duro- und Thermoplasten (Spritzgießmaschinen und Pressen), selbständiges Entscheiden sowie Fähigkeiten in der Führung von Personen setzen wir voraus.
 (Wohnungsbeschaffung möglich)

KIERS Kunststoff GmbH
 D-5982 Neuenrade · Oststraße 5
 Postfach 1305 · Tel. 0 23 92/63 11-13

Selbständige Existenz
 Moderne Ehe-Berufsausbildung sucht geeignete Damen und Herren für die Einrichtung einer Filiale. Kapital DM 3000 bis 15 000 erforderlich. Nebenberuflicher Start möglich.
 CPA, Postf. 11 04 41, 6000 Frankfurt 11

SPANIEN
 ERFAHRENER EXPORTKAUFMANN, Sitz in Spanien, Agentur, Import-Agentur, sucht für West- und Ost-Europa einen Vertriebspartner für Importeure und Exporteure in Industrie und Handel. Sprachen: Deutsch, Englisch, Spanisch. Kontakt: 11 08 64 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Sechs dringend im Nord-/Ostseeraum neuen Aufgabenbereich
 in Kurpark oder -Haus an der Rezeption.
 Angebote unter W 5902 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Staatl. gepr. Betriebswirt
 (Hotel- u. Gaststättenwesen)
 Ich, 42 J., ledig, reisefreudig, 9 J. l. Hotelwesen in Deutschland, Schweiz u. Frankreich, u. 4 J. im Nahen Osten i. kaufm. Bereich (Catering, Eink., Personal) tätig. Sehr g. verhandlungsfähig. Engl.-Kenntnisse i. Wort u. Schrift. Derzeit ungel. Stell. im Nahen Osten tätig.
 Suche neuen Aufgabenber. i. Ausl. (vorrangig Südost-Asien). Tüchtig. ist a. i. berufsverwandl. Bereichen möglich.
 Angeb. erb. unt. B 5907 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Bauingenieur
 37, TH Aachen 1977, Vertiefung: Straßenbau - Städtebau - Siedlungs- und Wasserwirtschaft. Erfahrung im Bauwesen, insbesondere im Straßenbau, Kanalisation, Eisenbahnen, sucht neuen Wirkungskreis.
 Angeb. u. A 5906 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Rechtsanwältin
 28, RA-Zul. 3/84, sucht zum baldigen Einsatz Mitarbeit bei RA, bevorzugt im LG-Bereich HA/PO/BO/EO u. Arnberg.
 Angeb. erb. u. V 5901 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

NE-Metall-Kaufmann
 (Aluminiumhändler)
 45, in leitender Stellung, langj. Erfahrung im In- u. Ausland, führungs-erfahren, Englisch, sucht neue leitende Aufgabe.
 Angebote erb. unter U 5890 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

BAU, WARTUNG, INSTANDHALTUNG VON TECHNISCHEN ANLAGEN

Ing. grad., 43 Jahre, verh., über 10 Jahre praktische Erfahrung in leitender Position mit folgenden beruflichen Schwerpunkten:

- Steuerung, Wartung, Instandhaltung von stationären u. mobilen modernen technischen Anlagen.
- Koordination und Überwachung von Bauprojekten im Bereich Produktions- u. Versorgungsbetrieben
- Planung, Durchführung u. Kontrolle von kurz- u. mittelfristigen Maßnahmen zur Sicherung von Betriebsabläufen

sucht entsprechende neue Aufgabe.

Kontaktaufnahme erbeten unter H 5913 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Diplom-Chemiker, Dr. rer. nat.

43, Organiker und Analytiker, langjährige erfolgreiche Praxis als Laborleiter (Analytik) in der Pharmaindustrie, sucht neue Tätigkeit in der Industrie oder bei Behörden in Analytik, Qualitätskontrolle, Dokumentation oder im Außendienst. Angebote erbeten unter Y 5904 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Computer-Vertrieb
 Prof. mit langj. Erf. im Vertrieb von KZ-Dienstleistungen, Mikro- u. Mehrplatz-Systeme, z. B. Vertriebsstellen (Regional) mit guter Bz. in AD-Außen-, Schulung u. Motivation, an neue Aufgabe als Leiter Vertrieb od. Geschäftsstelle bei innovativem Unternehmen der Branche.
 Kontakt erb. u. FA 47 935 an WELT-Verlag, Postfach, 5000 Hamburg 35

Bauassessor/Planer
 29 J., Dipl.-Ing. (TU), ortsgeliebter, Berufserfahrener, kommunikativer, regional- und bauplanerisch, fundierte Kenntnisse in Bau- und Planungsrecht, Interessen: Bauwirtschaft, Interdisziplinäre Tätigkeit (Standortplanung, Entwicklungsplanung, Beratungsleistung), vorgegebene, Verband, Kammer, Privatwirtschaft.
 Ang. unter Z 5905 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Diplomassistentin
 in ungekündigter Stellung, sucht neuen Wirkungskreis. Diplomassistentin in Fachbereich des öffentlichen Dienstes. Zuschriften unter U 6126 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Verstärkter Bankkfm.
 1. ungel. Stellung, verh., 47 J., bietet: 30jähr. Berufserf. mit Schwerpunkt Auslandsgeschäft (seit ca. 20 J.), gute engl.-u. franz.-Kenntnisse, sucht: neuen komplexen Verantwortungsbereich zum 1. Juli 84 bei Bank o. Industrie im Großraum Finn.
 Zuschriften unter K 6002 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Hotel-Kaufmann
 19jähr., mittl. Befäh., 18 Mon. Aufst. in Frankr. an Sprachschl. d. Unt. Renssen, selbständ., verantwortungsbewusst, ungel. Stell. in Hotel- u. u. S. 5898 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Kfm. Führungskraft
 44 J., verh., ungel. Stell., Techn. Ber. u. Orga. Ausbildung mit ausgezeichneten Führungsqualitäten, z. Z. Verwalter eines großen Unternehmens, langjährige Tätigkeit in betriebswirtschaftlichen Bereichen der Metall- und Fleischwarenindustrie, sucht: neue verantwortungsvolle Aufgabe im Raum Norddeutschland.
 Zuschr. erb. unter K 6018 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Sachverständigenrat (28 J., mündl.)
 ungel. Angest. Verhältnis, z. Z. Orga. Vertrieb u. Ausb. Stell. z. 1. 7. 84 o. spätr. im Raum Bonn. Angeb. erb. u. F 5896 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Dynam. Kaufmann
 Dipl.-Betriebswirt, Ind.-Kfm., 33 J., verh., vertriebsorientiert, sucht: neue Führungsaufgabe in den Bereichen Verkauf, Einkauf, Organisation, im Raum Norddeutschland. Zuschriften erb. u. F 5899 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Ein bewährter Weg zum beruflichen Aufstieg
Stellengesuche in der WELT

Stellengesuche erscheinen in der WELT als Doppel-Insertion jeweils am Mittwoch und am darauf folgenden Samstag.

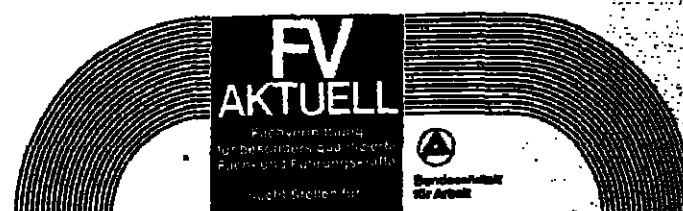
Stellengesuchanzeigen werden bei der WELT zu stark ermäßigten Preisen berechnet.
 1 Anzeigenmillimeter (das ist eine Fläche von 1 mm Höhe und 1 Spalte = 45 mm Breite) kostet für beide Erscheinungstage DM 5,59.

Preis- und Größenbeispiele

30 mm / 2spaltig
 DM 335,16 zuzügl.
 DM 10,26 Chiffre-Gebühr

35 mm / 1spaltig
 DM 195,51 zuzügl.
 DM 10,26 Chiffre-Gebühr

20 mm / 1spaltig
 DM 111,72 zuzügl.
 DM 10,26 Chiffre-Gebühr



Diplom-Ökonom

35, Industriekaufmann, Erfahrung in sämtlichen Bereichen des Finanz- und Rechnungswesens eines Industriebetriebes, Englisch- und Spanischkenntnisse; sucht Position im Finanz- und Rechnungswesen, Controlling oder Bereich Steuern, allgemein Betriebswirtschaft im Raum Schleswig-Holstein/Hamburg.

Auskünfte erteilt: Frau Kocura
 Fachvermittlungsdienst Bochum, Hofstede Straße 128
 4630 Bochum 1, ☎ 02 34/623-460, -457, FS 825 309

Exportkaufmann und Betriebswirt (Außenhandel)

44, 20 J. Exportpraxis (Chemie, Investitionsgüter, Elektrotechnik), davon 9 J. im Anlagenbau, Behörden- und Konsortialgeschäft. Erfahrungen in Markterschließung, Aufbau Auslandsvertriebsnetz, Akquisition, Angebots- und Vertragswesen, Finanzierung, Projekt-Controlling, Abwicklung und Mitarbeiterführung; 5 J. Verkaufstätigkeit in Frankreich und mehrjährige Vertriebspraxis in Europa und Übersee; Englisch und Französisch fließend; sucht leitende bzw. qualifizierte Position im Exportbereich.

Auskünfte erteilt: Frau Kocura
 Fachvermittlungsdienst Bochum, Hofstede Straße 128
 4630 Bochum 1, ☎ 02 34/623-460, -457, FS 825 309

Diplom-Ingenieur Bergbau

44, ca. 20 J. Praxis auf den Gebieten Bodenmechanik, Exploration, Hydrologie und Entwässerungstechnik sowie Projektierung und betriebliche Planung für Tagebau und Betriebe der Steine- und Erdenindustrie. Wunsch: Überwiegend praxisorientierte Tätigkeit auf geotechnischem Gebiet, bevorzugt im süddeutschen Raum.

Auskünfte erteilt: Frau Hinkel
 Fachvermittlungsdienst Düsseldorf, Fritz-Roeber-Straße 2
 4000 Düsseldorf 1, ☎ 02 11/8226-437, -458, FS 8588 292

Archivar/Dokumentar

42, gel. Industriekaufmann, Volkswirtschaftsstudium o. Abschluß, durch langj. Dokumentation fundierte Kenntnisse in internat. polit., histor. und wirtschaftl. Länderkunde, 7 J. Bildarchivar in ungekündigter Stellung, verantwortlich für Systematisierung von internat. zeitgeschichtl. Pressebildmaterial, gute engl., ausbau-fähige franz. Sprachkenntnisse; sucht Mitarbeit in Archiv od. Dokumentationswesen in Presse/Mediabereich oder Wirtschaftsunternehmen.

Auskünfte erteilt: Herr Steinmeyer
 Fachvermittlungsdienst Hamburg, Kurt-Schumacher-Allee 16
 2000 Hamburg 1, ☎ 040/24844-2557, FS 2163 213

International erfahrener Manager

49, dynamisch, einsetzbar, engl., frz. Ktn., langj. Allein-geschäftsführer/Vorsitzender der Geschäftsführung; sucht neue, verantwortungsvolle Aufgabe als Geschäftsführer/Controller. Erfahrung in Theorie und Unternehmenspraxis moderner Controlling; Beherrschung aller Instrumente des modernen Absatz-Marketings; fundierte Kenntnisse in technischer Produktgestaltung und Design sowie deren Umsetzung in Serienfertigung; moderne Betriebs- und Mitarbeiterführung.

Auskünfte erteilt: Frau Mellin
 Fachvermittlungsdienst Saarbrücken, Am Arbeitsamt 1-5
 6600 Saarbrücken, ☎ 06 81/50 04-257

An: DIE WELT, Anzeigenabteilung,
 Postfach 10 08 64, 4300 Essen 1

Bestellschein

Bitte veröffentlichen Sie in der Rubrik Stellengesuche zum nächst-
 erreichbaren Termin eine Anzeige

_____ mm hoch; _____ spaltig zum Preis von DM
 zuzüglich DM 10,26 Chiffre-Gebühr.
 Alle Preise einschließlich 14% Mehrwertsteuer.

Name: _____

Straße/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Vorwahl/Telefon: _____

Unterschrift: _____

Der Anzeigentext: _____